

sind, die Nachbarschaftshilfe auch in der Steiermark zu fördern. Ich meine, daß es auch bei uns hier möglich sein müßte, dieses burgenländische Modell zum Vorbild zu nehmen. Und wie mir von Herrn Landesrat Josef Gruber bekannt ist, sind Gespräche in dieser Richtung bereits im Gang, da selbstverständlich nicht das Land, sondern die Bezirke in Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen diese Nachbarschaftshilfe übernehmen können. Der Vorteil ist ja nicht nur, daß die hilfsbedürftigen Menschen nicht einfach in ein Alters- und Pflegeheim abgeschoben werden, da eine Entwurzelung eines alten Menschen gegen seinen Willen oft ganz tragisch endet, sondern der Vorteil liegt auch darin, daß der Hilfsbedürftige durch die Tatsache, daß der Betreuer diese Hilfe nicht ganz gratis tun muß, nicht immer nur als Beschenkter dazustehen braucht.

Aber auch für das Land Steiermark würde diese Art von Nachbarschaftshilfe eine große finanzielle Ersparnis darstellen. Wenn man bedenkt, was ein Altersheim oder ein Pflegeheimplatz zur Zeit monatlich kostet, so kann man ermesen, wie günstig die Sozialhilfeträger im Fall der Nachbarschaftshilfe finanziell wegkommen. Es ist selbstverständlich, daß es kein Patentrezept für die sozialen Dienste gibt, aber die Nachbarschaftshilfe ist eine von vielen Möglichkeiten, und es ist sehr zu begrüßen, daß Herr Landesrat Gruber dabei ist, diese Möglichkeiten aufzugreifen. Fest steht sicher, daß gerade soziale Dienste die Hilfsformen der Zukunft sein werden. Wir wissen, daß die finanziellen Mittel hierfür beschränkt sind, so wie wir auch wissen, daß nicht alle Hilfen vom Land bzw. von den Sozialhilfeträgern durchgeführt werden können. Das Land und die Sozialhilfeverbände können nach ihren Möglichkeiten finanziell vieles zur Linderung der Hilfsbedürftigkeit beitragen, aber eines müssen wir auch als unsere humane Verpflichtung betrachten, nämlich die Einstellung der Mitmenschen zu den Hilfsbedürftigen insofern zu prägen, daß keiner von der Gemeinschaft, ob er einer seelischen oder körperlichen Betreuung bedarf, allein und im Stich gelassen wird. Denn, wie ich schon vorher einmal sagte, viele menschliche und soziale Probleme können wieder nur durch die Mitmenschen selbst gelöst werden. Unsere Aufgabe als Politiker muß es sein, sinnvolle Betreuungsmaßnahmen für ältere, kranke und hilfsbedürftige Menschen in die Tat umzusetzen, damit alle nur erdenklichen Fälle von Bedürftigkeit erfaßt und so die Lücken im sozialen System geschlossen werden können. Nach wie vor muß der Mensch im Mittelpunkt aller unserer politischen Bestrebungen stehen, und danach müssen wir als Mandatäre unsere Zielvorstellungen richten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Steiner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Steiner: Herr Präsident! Hohes Haus!

Man könnte fast glauben, hier ist ein Aufmarsch der Brucker. Frau Kollegin Meyer ist aus Bruck, ich komme als Neuling aus Bruck. Ich bin ein Newcomer hier, und möchte mich auch hier zu Wort melden. Ich habe es übernommen, zum Kapitel 4 zu sprechen; zur Entwicklungshilfe. Trotzdem möchte ich mir erlauben, weil ich als Brucker hier stehe, auch meinen Wunsch zu äußern,

daß ich selbstverständlich für das Krankenhaus bin, Frau Kollegin Meyer, wir dürfen hier keine doppelte Optik und Strategie führen. Meine Freunde sind für das Krankenhaus in Bruck, und, Herr Landesrat Gruber, alle sind wir seinerzeit aufmarschiert und haben uns für das Krankenhaus Bruck eingesetzt. (Landesrat Gruber: „Wir werden weiter marschieren!“) Jawohl! Ich habe im Entwurf für 1982 gesehen, Landesvorschlag 1982, daß das nicht drinnen steht, heuer der Krankenhausbau, und daß das einvernehmlich für heuer so gelöst wurde. Daher habe ich in dieser Weise mich nicht gemeldet. Als kommunalpolitisch Erfahrener habe ich erfahren, 1960, daß mir Bürgermeister Hahn gesagt hat, als ich von Sportangelegenheiten auf der Murinsel reden wollte: „Lieber Freund, wir reden jetzt über das Jahr 1961 und nicht über 1962.“ (Abg. Brandl: „Das ist schon lange her!“) Daher habe ich dann also geschwiegen, und so rede ich auch jetzt nicht über 1983. Aber sonst möchte ich meinen, sind wir uns einig, und ich freue mich darüber, daß eben der Herr Landesrat Heidinger ein Herz für Bruck hat. Ich hoffe, daß die Verantwortlichen nach Maßgabe der Mittel und Möglichkeiten sich auf das Rechte besinnen.

Dann möchte ich auch noch als Brucker sagen, daß wir aus einem schwer geprüften Bezirk kommen, daß Ende Februar 415 Arbeiter, Angestellte bei der Firma Felten entlassen werden. Ich möchte deponieren, daß hier die Verantwortlichen alles tun, daß hier die Arbeitsplätze gesichert werden, und daß nötige Maßnahmen ergriffen werden. Ich möchte Herrn Landesrat Fuchs danken, daß er schon Gespräche geführt hat mit den Verantwortlichen, und, wenn Herr Nationalrat Rechberger gesagt hat, er wird dafür sorgen, wenn etwa hier Leute entlassen werden sollen, daß er sie eventuell bei der VEW unterbringt, dann kann es alle nur freuen. Und ich möchte noch einmal appellieren und auf diesen Notzustand hinweisen in Bruck an der Mur, daß es unsere gemeinsame Sorge über die Parteien hinweg ist. (Allgemeiner Beifall.)

Nun zum Punkt Entwicklungshilfe: Unser Generaldebattenredner, Prof. Schilcher, hat großartig ausgeführt in seiner Generalrede: „Wie hältst es du mit-dem, der anders denkt, wie hältst es du mit dem, der andere Farbe hat“, und das ist die Frage der Entwicklungshilfe. Ich glaube, wenn auch der Ansatz dafür nicht etwa so ist, daß man sagen kann, es verdient eine lange Rede. Ich glaube, gerade hier ist eine Bewußtseinsbildung außerordentlich notwendig. Und ich glaube, aus einer Bewußtseinslage entstehen Gesetze, und aus Gesetzen kommen unter Umständen Mittel. Daher ist es wichtig, daß auch von der Landesseite her Mittel eingesetzt werden, und vor allem in neuester Form der Entwicklungshilfe richtige Projekte eingesetzt werden. Denn die neueste Erkenntnis in der Entwicklungshilfe lautet nicht, so uns so viel Prozent des Bruttosozialeinkommens und -produktes, sondern Projekte, Regionalförderung, und hier ist die Steiermark – glaube ich – modern vorgegangen. Die Entwicklungsländer stehen zu Beginn der Dekade der achtziger Jahre vor zwei bedeutenden Herausforderungen: Erstens müssen sie versuchen, den bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in einem internationalen Umfeld beizubehalten. Eine Tatsache, die weniger vorteilhaft zu sein scheint als etwa vor einem Jahrzehnt oder gar noch vor einem Jahr. Sie müssen zweitens mit der Not der 800

Millionen Menschen, das ist ein Fünftel der Menschheit, fertig werden. Diese 800 Millionen Menschen leben in absoluter Armut. Und absolute Armut heißt absoluter Mangel an Nahrung, Wohnung, Kleidung, Bildung, Gesundheit und Arbeit. Sie leben am Rand des Überlebens und ihres Existierens. Die vielfältigen Bemühungen in Vergangenheit und Gegenwart zur Verbesserung der Weltbedingungen und Chancen der Menschen in den Entwicklungsländern blieben – weltweit gesehen – ohne entscheidende Erfolge. Bei 800 Millionen Menschen ist der sogenannte Fortschritt völlig ausgeblieben. Häufig ist das Gegenteil eingetreten. Ich berufe mich hier auf einen bedeutenden Mann der Entwicklungspolitik, Rudolf Heinrich Strahm: „Überentwicklung, Unterentwicklung, sieben Sackgassen der Weltwirtschaft“, und ebenfalls auf das Modell Steiermark, ein Buch, das man sich kaufen kann, das im Kapitel 8 wertvolle Projekte für Entwicklungshilfe zeigt. Das war auch Grundlage meiner Literatur. Die Armut der ärmsten Menschen und Länder nimmt zu, die Reichen werden reicher, die Armen werden noch ärmer. Das ist der gegenwärtige Stand. Armut und Unterdrückung, Ungerechtigkeit und große Ungleichheit der Entwicklungschancen sind heute zu einem weltweiten Skandal geworden. Der grundlegendste Aspekt der Fehlentwicklung ist die zunehmende Auseinanderentwicklung der Oberschichten und der armen Massen, die Desintegration zwischen Zentren und Randgebieten innerhalb der Entwicklungsländer. Man erwartete, daß die Wachstumsimpulse allmählich auf das unterentwickelte Hinterland ausstrahlen würden. Man erwartete ein allmähliches Auffüllen der Peripherie mit moderner Wirtschaft, ein Hineingezogenwerden dieser Menschen in den Entwicklungsprozeß. Ereignet hat sich aber das Gegenteil. Allein die Zentren sind in den Himmel gewachsen. Nur Oberschichten sind auf Kosten der armen Menschen stark geworden. In fast allen Entwicklungsländern haben nur zehn, 20 oder 30 Prozent vom bisherigen Wachstum profitiert, während 70, 80 und 90 Prozent der Bevölkerung nicht mehr, sondern weniger zum Konsumieren haben und ins Elend gedrängt worden sind. Durch Landflucht, durch verschiedene andere Dinge, durch Ankettung an den Weltmarkt sind diese schlechten Vorgänge eingetreten. Diese Zentren sind Wachstumsenklaiven in einer ärmer gewordenen Welt. Es gibt die Sackgasse „Welthandel“; wie sie Strahm ausführt. Die Fehlinvestitionen, die Fehlvorgänge in Senegal, in Jamaika und etwa in lateinamerikanischen Staaten, in Brasilien. Eine Sackgasse ist auch die Verschuldung. Es gibt heute 17 verschiedene Kreditarten für Entwicklungsländer. Neue Kreditschleusen sind in Diskussion. Der Verschuldungsgrad der Entwicklungsländer ist heute immens und jagt selbst den Bankiers von Wallstreet und Zürich und allen traditionellen Ökonomen die Angst in die Knochen oder ins Hirn. Ende 1976 betrug der totale Schuldenberg aller Entwicklungsländer um die 240 Millionen Dollar. Und wie mir mitgeteilt wird, sind es jetzt, 1981, 500 Milliarden Dollar. Das internationale Verschuldensnetz gleicht einem gefährdeten Kartenhaus. Der Verschuldungsgrad ist heute viel größer als 1929, dem Jahr des Bankenkraches, als ein Zusammenbruch in New York die ganze Weltwirtschaft in die Krise stürzte. Die Zahlungsunfähigkeit eines einzigen Landes könnte alles ins Rollen bringen. Diese Bedingungen nun, wenn etwa ein Land weiter-

hin Kredite braucht, um existieren zu können, dann werden wieder Bedingungen gestellt – diese Bedingungen sind der Imperialismus in der heutigen Zeit.

Nun zu neuen Ansichten über Entwicklungshilfe. Ich komme dahin, wie sich die Steiermark gerade dahin ausgerichtet hat. Seit Jahrzehnten bemühen sich Industrieländer, Kirchen und viele Sozialinstitutionen, ihren Beitrag zur Entwicklungshilfe finanziell zu leisten durch unmittelbare Entwicklungshilfe, durch Hilfe für die Armen und Unterstützung verschiedener Institutionen. Das aber genügt nicht. Es reicht im bisherigen Ausmaß und in bisheriger Form nicht aus. Es bedarf umfassender Veränderungen im Verhalten und in der Politik der Industrieländer und der Entwicklungshilfe. Solche Veränderungen müssen von der Einsicht und Bereitschaft der Bevölkerung in den Industrieländern bei uns getragen werden. Denn die Lebenschancen der Ärmsten in der dritten Welt können nicht entscheidend langfristig verbessert werden, ohne daß das Bewußtsein, die Lebensbedingungen und der Lebensstil der Menschen bei uns berührt würden, und ohne daß unsere Leute betroffen werden. Das ist eine Angelegenheit der Bewußtseinsbildung! (Beifall bei der ÖVP.) Es besteht die Notwendigkeit und Verpflichtung für alle Menschen, sich ganz dafür einzusetzen, die Elendssituation der Armen zu verändern. Diese Veränderungen müssen tiefgreifend sein und den ganzen Menschen im Auge haben – die Richtung ist eindeutig, für ein menschlicheres Leben. Wir kennen die Forderung nach staatlicher Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes. In Österreich sind es zur Zeit 0,23 Prozent. Die seit zwei Jahrzehnten von allen Entwicklungsbürokratien eingehämmerte Theorie, wonach eine Finanzierungslücke entstehe, welche nur durch Hilfe von Finanzmitteln von außen gedeckt werden könne, entpuppt sich als unbrauchbar. Noch nirgends ist eine eigenständige, selbsttragende Entwicklung auf Grund von Finanzleistungen von außen in Gang gebracht worden. Noch nirgends, wo sich Kräfte auseinanderentwickelt haben, sind sie durch Finanzpumpen von Geld und Technik wieder zusammengekittet worden. Noch nirgends hat das Geld allein Abhängigkeiten abgeschafft. Es ist falsch, weiterhin die weltweite Integration und den Universalismus zu predigen, wie er bisher der Theorie der Entwicklungshilfe zugrunde lag. Die neue Vision und Version liegt daher in der Entwicklung von Regionalräumen, in der Integration zwischen benachbarten Ländern. Ein solches regionalisiertes Weltssystem ist weltwirtschaftlich auch stabiler und weniger krisenanfällig. Die Feststellung von Adam Smith und in seinem Gefolge von Peter Ducker, einem Nationalökonom in Amerika, einem Österreicher, der das Buch geschrieben hat „Fundamente von morgen“, im Ekon-Verlag zu lesen, spricht davon, daß der Wohlstand der Nationen von der Fähigkeit, von der Geschicklichkeit, vom Urteilsvermögen und der Bildung ihrer Bürger abhängt, mit denen der Faktor Arbeit im allgemeinen eingesetzt wird. Diese These besitzt höchste Aktualität. Daher sind Entwicklungshilfe und Bildung sehr zusammen zu sehen.

Neue Wege in der Steiermark: Den neuesten Erkenntnissen über Sinn, Zweck und Form der Entwicklungshilfe Rechnung tragend, hat die Steiermärkische Landesregierung mit Beschluß vom 2. Februar 1981

einen Beirat für Probleme der dritten Welt errichtet. In seiner Sitzung vom 26. Juni 1981 konnte dieser Beirat, dem Prof. Schilcher und Kohlhammer, wie ich weiß, angehören, entscheidende Grundsatzklärungen verabschieden und besondere Modelle ins Auge fassen. Die Steirische Entwicklungshilfe kennt das Modell auf den Kapverdischen Inseln, die Steirische Entwicklungshilfe kennt das Modell in El Salvador mit den Dominikanern, und die Steirische Entwicklungshilfe kennt das Gesundheitsprojekt im Südsudan, von dem Prof. Schilcher eingangs bei seiner Generaldebatte gesprochen und dabei auf Prof. Sixtl hingewiesen hat. Das Energieprojekt auf den Kapverden ist ein strukturelles Projekt, welches, sollte es gelingen, ungeheure Nachahmungswirkungen erfahren wird. Das Gesundheitsprojekt im Südsudan trägt der Gesinnung Rechnung, daß die präventive Medizin für die Entwicklungsländer in ihrer Wirkung viel weitreichender und auch billiger ist als der Export von kurativen medizinischen Vorgängen. Wer sich ein wenig in der Entwicklung auskennt, der weiß, wie schwierig es ist, in einem Land, welches wie El Salvador vom Bürgerkrieg zerrissen ist, ein Projekt zu starten, welches nicht im Interesse der um die Macht kämpfenden Parteien gelegen ist, sondern zum Wohle der in Gesamtmitleidenschaft gezogenen Bevölkerung.

Zukunftsperspektiven für 1981: Der Schwerpunkt der Arbeit im Jahre 1982 wird sicherlich auf einer Intensivierung der Partnerschaften zu Ländern der Regionen in der dritten Welt richten. Alle materielle Hilfe, die durch das Land Steiermark geleistet wurde beziehungsweise geleistet werden wird, sollte Hand in Hand mit einer ideellen Identifikation gehen. Nur dann geschieht Entwicklungshilfe, wenn wir uns damit identifizieren, und dann wird auch etwa das Materielle zum Immateriellen umgesetzt. (Allgemeiner Beifall.)

An konkreten Projekten ist momentan die Errichtung einer Kleinbauernkaffeegenossenschaft in Kolumbien ins Auge gefaßt. Eine außerordentlich zukunftsweisende Maßnahme ist ferner die Erstellung eines entwicklungspolitischen Eignungskataloges für Produkte der kleinen und mittleren steirischen Industrie und Gewerbebetriebe. Dieses Vorhaben geht von der Hypothese aus, daß Handel zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern zum gegenseitigen Nutzen möglich ist. Oft erzeugen kleine und mittlere Betriebe genau jene Produkte, an denen in Entwicklungsländern ein Bedarf besteht. Aber kleine und mittlere Betriebe besitzen oft nicht die Infrastruktur, bei internationalen Messen dabei zu sein, oder auch bei österreichischen Handelsdelegierten auf sich aufmerksam machen zu können. Dem soll abgeholfen werden, indem in Zusammenarbeit mit dem Institut für Umweltforschung jedes steirische Industrie- und Gewerbeprodukt nach entwicklungspolitischen Kriterien analysiert und katalogisiert wird. Diese Maßnahme soll auch ein Mittel sein, um entwicklungspolitisches Gedankengut aus seinem idealistischen Schattendasein herauszuführen und den traditionellen Bereich unserer Wirtschaftsbeziehungen mit Ländern der dritten Welt zu durchdringen. Es ist das Verdienst des Ressorts von Herrn Landesrat Fuchs, darangegangen zu sein, die Industrie- und Gewerbeprodukte mittlerer Technologie von steirischen Klein- und Mittelbetrieben zu katalogisieren und nach entwicklungspolitischen Kriterien zu

beurteilen. Die Exporte der Steiermark in die Entwicklungsländer sind relativ gering, und es mangelt an einer koordinierten und gezielten Exportstrategie. Wenn es aber dann gelingt, dann ist etwas geleistet, Entwicklungshilfe zum gegenseitigen Nutzen, zu ihrem Nutzen und zum Nutzen der steirischen Wirtschaft. (Allgemeiner Beifall.)

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit wurde und wird in der Steiermark großgeschrieben. Auch die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der Steiermark kann sich sehen lassen. Auf der Technischen Universität läuft eine Lehrveranstaltung, die sich mit den Problemen der Infrastruktur und den entwicklungspolitischen Kriterien der Industrie- und Gewerbebetriebe beschäftigt. In Seggau fand zum Thema „Dritte Welt im Unterricht“ ein Seminar statt. Zur Zeit findet dort eine Tagung für Lehrer höherer Schulen statt. Es geschieht sehr viel zur Bewußtseinsbildung.

Und nun, meine Damen und Herren, die Eigenheiten der steirischen Entwicklungshilfe, und damit komme ich zum Schluß: Ein Beispiel guter Kooperation, könnte man sagen, sind diese Vorgänge der steirischen Entwicklungshilfe. Obwohl der Beirat für Probleme der dritten Welt aus Menschen unterschiedlicher Parteizugehörigkeit und Weltanschauung zusammengesetzt ist, konnten dennoch in einer außerordentlich konstruktiven Atmosphäre alle Beschlüsse einstimmig gefaßt werden. Weiter ist noch die sehr gute und große Zusammenarbeit mit anderen Institutionen zu erwähnen, die mit Entwicklungshilfemaßnahmen befaßt sind. So war von vornherein klar, daß die Errichtung der Biogasanlage auf den Kapverden die finanziellen Möglichkeiten des Landes Steiermark um ein Vielfaches übersteigen wird, aber auf Grund von der Sache orientierten Gesprächen mit dem Bundeskanzleramt, dem Wissenschaftsministerium, der Caritas Internationalis, der Caritas von Kapverden und der Katholischen Männerbewegung wird das Projekt gelingen. Die katholische Kirche in der Steiermark mit ihren Gliederungen, mit Bruder in Not von der Männerbewegung, mit der Hilfe der Frauenbewegung usw., all das ist ein Ruhmesblatt in der Entwicklungshilfe. Allein 23 Steirer und Steirerinnen sind aus dem katholischen Bereich in verschiedenen Ländern der dritten Welt als Entwicklungshelfer im Einsatz. Dafür muß ihnen auch im Namen des Landtages gedankt werden. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Alle Entwicklungshilfe steht nie allein unter dem finanziellen Aspekt, sondern in der Überzeugung, auch eine breitere gesinnungsmäßige Identifikation mit den durchgeführten Projekten zu haben. Entwicklungshilfe ist Entspannungspolitik, ist Abbau des Nord-Süd-Gefälles, Entwicklungspolitik ist eminente Friedenspolitik, die uns alle angeht, auch angesichts der Vorgänge in Polen. Ich danke sehr. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Kohlhammer hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Kohlhammer: Hohes Haus, sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bitte, nicht zu glauben, daß ich das Thema Entwicklungshilfe, wenn ich jetzt aus Selbstdisziplin, indem ich versuche, Zeit zu sparen und es beschneide,

nicht ernst nehme. Aber ich vertraue darauf, daß ich noch viele Gelegenheiten habe in der kommenden Zeit, zu diesem Thema Stellung zu nehmen beziehungsweise mich dafür zu engagieren. Außerdem habe ich dem Herrn Kollegen Dr. Steiner sehr gerne gegönnt, daß er in seiner Jungferrede die Leistungen des Landes Steiermark aus dem abgelaufenen Jahr hier aufzeigte. Ich habe als Mitglied des Beirates mit Freude erleben dürfen, welcher Geist in diesem Beirat herrscht, und ich kann nur meine Bewunderung für das Engagement dieser Leute hier ausdrücken, und ich möchte sagen, daß es selbstverständlich ist, wenn hauptamtliche Personen sich engagieren, daß aber gerade jenen, die ehrenamtlich tätig sind, öffentlich Anerkennung ausgesprochen werden sollte, und das möchte ich ausdrücklich tun. Der Beirat hat außerdem das Glück, von einem Mann versorgt zu werden, der sich über alle Maßen engagiert. Ich möchte hier ausdrücklich die Leistungen von Herrn Magister Pumpernig hervorheben, der unsere Sitzungen vorbildlich vorbereitet, und es uns sehr leicht macht, letztlich die Entscheidungen zu treffen. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, wir haben uns sehr über die Aufstockung des Betrages auf eine Million Schilling gefreut. Sie hat für mich mehr als Symbolwert gehabt. Sie hat in der Praxis wirklich Ansätze geliefert, hier Hilfsmaßnahmen zum Weiterleben zu schaffen, ich möchte sagen, manchmal habe ich das Gefühl gehabt, überhaupt zum Leben zu verhelfen. Ich bedaure natürlich, daß diese Summe, dieser Symbolwert von einer Million Schilling, jetzt etwas abgemildert wurde auf 900.000 Schilling. Ich danke trotzdem für den Ansatz, daß er weiter drinnen ist, und ich darf mich heute darauf beschränken, die Leistungen der Mitglieder des Beirates anzuerkennen, aber auch den Gruppen, die im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe tätig sind, öffentlich Dank und Anerkennung auszusprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich möchte kurz noch bei Herrn Dr. Maitz anschließen. Er hat hier schon die Leistungen aus der Behindertenhilfe aufgezeigt. Wahrscheinlich auch aus Selbstdisziplinierung seinerseits ist mir als Deutschlandsberger diese Tageswerkstätte für Behinderte eine Spur zu kurz gekommen. Ich möchte hier sagen, daß innerhalb eines Jahres 70 engagierte Leute wirklich Berge versetzt haben und daß sie als Sekiton der Vereinigung zugunsten behinderter Kinder und Jugendlicher ein altes Bauernhaus gekauft haben, dann mittels Bausteinaktionen, Benefizveranstaltungen, aber auch durch Leistungen beteiligter Firmen diese Werkstätte in einem Jahr oder innerhalb des Jahres tatsächlich verwirklichen könnten. Es haben hier Firmen großartige Leistungen nicht verrechnet, Material- beziehungsweise Sachleistungen wurden von Einzelfirmen bis zu 150.000 Schilling nicht verrechnet. Meine Damen und Herren, dieses Engagement ist bei der Bevölkerung des Bezirkes äußerst positiv aufgenommen worden, und es haben sich sehr viele sehr gern daran beteiligt. Ich möchte mich auch bei Herrn Landesrat Gruber bedanken, daß er aus seinen Budgetmitteln dafür 250.000 Schilling zugeschossen hat, und ich möchte ihn ausdrücklich bitten, daß er weiterhin diesem Projekt seine besondere Unterstützung gewährt.

Noch zu einem anderen Punkt ganz kurz. Ich kann es mir nicht ganz verkneifen, Herr Kollege Dr. Schilcher, auf eine Aussage Ihrer Generalrede einzugehen, wo man heraushören konnte oder sollte, daß wir uns von Ihnen oder Ihrer Partei in der Frage reglementieren lassen, welche Anträge wir stellen dürfen oder sollen. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß besonders der sozialistische Landtagsklub sehr sorgfältig darauf Bedacht nimmt, welche Anträge finanzierbar und realisierbar sind. Und ich darf Ihnen sagen, meinem Empfinden nach könnten Sie sich eher an uns ein Vorbild nehmen. (Beifall bei der SPÖ.) Ich würde zu diesem Wettstreit einladen, das aufzulisten nach seriösen Anträgen, die Verwirklichungsmöglichkeiten haben, und ich halte jede Wette, daß wir seriöser aussteigen als Sie. (Abg. Kanduth: „Das ist wirklich nicht seriös, zuerst die Anträge auszuhandeln und dann einzubringen.“ – Abg. Schrammel: „Das ist wirklich Hochmut, da reden wir nicht darüber!“) Meine Damen und Herren, das können wir gerne tun. Und wenn jemand eine Finanzierungsmöglichkeit gefunden hat, dann war es in sehr, sehr vielen Fällen unser Finanzreferent, Landesrat Dr. Klauser. Das gilt für die Planaibahn seinerzeit genauso wie für das im Bau befindliche Landeskrankenhaus in Deutschlandsberg. Das will ich Ihnen sagen. Wir schämen und genießen uns keineswegs, dafür die Initiative ergriffen zu haben. Wir sind stolz darauf, daß wir uns eingesetzt haben und daß wir die entsprechenden Anträge gestellt haben. Meine Damen und Herren! (Abg. Schrammel: „Es ist eine Bevormundung des Kollegen Strenitz, des Klubobmannes!“) Kollege Schrammel, es ist mir verständlich, daß Sie einerseits durchaus akzeptieren, daß wir aktiv und konstruktiv Leistungen in die Landespolitik einbringen. Sie haben es eben nicht so gern, wenn die Bevölkerung das erkennt und auch anerkennt, so wie es bei den Wahlen geschehen ist. (Abg. Dr. Maitz: „52 Prozent Mehrheit für die steirische Volkspartei sind ein deutlicher Beweis, da gebe ich Ihnen völlig recht, das ist eine große Anerkennung!“) Unseren Beitrag haben sie jedenfalls anerkannt, mehr wollen wir ja gar nicht.

Meine Damen und Herren, ich bin auch sicher, und dazu wollte ich eigentlich kommen, daß das Landesaltenpflegeheim in Deutschlandsberg nur dann verwirklicht werden kann, wenn der zuständige Landesrat mit dem Landesfinanzreferenten eine entsprechende Finanzierungsmöglichkeit finden wird. Ich danke der Landesregierung für den Beschluß beziehungsweise für die Genehmigung der Planungsarbeiten, die im Frühjahr 1982 abgeschlossen werden sollen. Der erste Schritt war eben der Kauf des Grundstückes, der zweite der Planungsauftrag, und wir wünschen uns natürlich sehr, daß möglichst kurzfristig dahinter der Baubeginn folgen wird, und ich ersuche im Namen der betroffenen Bevölkerungsgruppe, daß das möglichst bald geschieht und er in der Reihung in der Prioritätenliste den entsprechenden Platz findet. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Frau Präsident Zdarsky, ich erteile es ihr.

Präsident Zdarsky: Herr Präsident, Hohes Haus!

Sehr oft wird von zuviel Staat gesprochen, dann aber auch wieder, daß das soziale Sicherheitsnetz zu grob

geknüpft wäre. Wenn man die Zahlen in der Gruppe 4 anschaut, so erscheinen manche Posten für viele zu niedrig und welche zu hoch angesetzt. Das Thema, über das ich spreche will, scheint in einigen Ansätzen der Gruppe 4 versteckt auf und kommt aber auch sicher noch in einigen anderen Haushaltsposten dieses Budgets zum Tragen. Und doch könnten gerade diese Schillinge eingespart werden, das heißt, viel besser eingesetzt werden - ich meine die Schillinge, die der Steuerzahler aufwenden muß, um die Folgen und Begleiterscheinungen des unmäßigen Alkoholkonsums, so weit es möglich ist, zu reparieren. Der Alkoholismus ist ein Problem ohne Grenzen. Sehr viel wird von der Drogensucht gesprochen. Sehr oft wird von der Drogensucht gesprochen mit einem Glas Wein in der Hand und in der anderen Hand vielleicht eine Zigarette. (Abg. Ing. Turek: „Sie wollen uns alle Vergnügungen nehmen!“) Mit Recht wird die Bekämpfung der Drogensucht gefordert, doch der Alkohol ist salonfähig bei uns. Manche Alkoholiker sind bei uns so salonfähig, daß sie gerade dadurch interessanter werden für Presse und Fernsehen. (Allgemeiner Beifall. - Abg. Ing. Turek: „Es haben so viele geklatscht, weil sie sich anscheinend betroffen gefühlt haben!“) Ohne daß sie in den „Club 2“ kommen.

Der Alkoholmißbrauch hat alle sozialen Schichten erfaßt und neue Trends geben zur Sorge Anlaß. Eine erschreckende Zunahme gibt es bei Frauen, Jugendlichen und sogar bei Kindern. Österreich hat 650.000 Alkoholgefährdete und ein bis zwei Prozent der Bevölkerung sind Alkoholiker. Der volkswirtschaftliche Schaden geht in die Milliarden. Die Folgen für den einzelnen und seine Familie ist eines der traurigsten Kapitel in unserer Gesellschaft, und ich glaube, dies gibt nicht Anlaß zum Lachen. Die körperlichen, seelischen und geistigen Schäden zerstören die Persönlichkeit bis zum Zusammenbruch. Die Familien leiden bis zu ihrem Zerfall, und wenn die Mehrzahl der Drogenabhängigen in die Altersgruppe der 16- bis 25jährigen fällt, die Droge den jungen Menschen rasch zerstört, und er auch rasch aus der Gesellschaft in die sogenannte Szene fällt, so wird der Alkoholiker dagegen erst oft spät auffällig. Er leistet lange Zeit noch seine Routinearbeit und wird dadurch nicht irgendwie auffällig und wird toleriert. Im Gegensatz zu den Drogensüchtigen ist der Großteil der Alkoholiker noch pflichtversichert, wenn er in eine Heilanstalt eingeliefert wird, und belastet finanziell zuerst einmal die Krankenversicherungen. Geht der Alkoholiker keiner geregelten Arbeit nach, wird das Sozialbudget nach § 29 des Sozialhilfegesetzes belastet. Es sind die Sozialhilfverbände und das Land Steiermark, die zur Kasse gebeten werden. Für die Stadt Graz zeigt die im Sozialbudget budgetierte Rechnung für das Landesonderkrankenhaus für das Jahr 1981, hören Sie bitte genau her, 32,028.487 Schilling. Da keine Abrechnung des Einzelfalles erfolgt, kann man annehmen, daß ein Fünftel dieser Summe, also rund 6 Millionen Schilling, als Leistung für die Betreuung Alkoholkranker eingesetzt wird. Das, finde ich, ist eine sehr große Summe, die ganz bestimmt anderweitig viel besser verwendet werden könnte. Da die Einweisung meist durch den Polizeiarzt mittels Parere erfolgt, wird nach dem Sozialhilfegesetz verrechnet, das heißt 50 Prozent Bezirkssozialhilfverband, 50 Prozent Land, und nur sehr verein-

zelt kommen Alkoholkranke freiwillig zur Entgiftung und auch zur anschließenden Entwöhnung. Auch für diese Entwöhnungskur muß der Alkoholkranke selbst den Antrag stellen. Wenn keine andere Möglichkeit für die Bedeckung vorhanden ist, wird für die Kosten, die enorm hoch sind, das Behindertengesetz zur Anwendung gebracht. Ich habe mir sagen lassen, daß eine Entwöhnungskur auf zirka 100.000 Schilling bis 200.000 Schilling kommt. Wenn man diese Summe nimmt, so weiß man, daß das enorm hohe Summen sind, die der Steuerzahler dafür aufbringt. Wenn man noch dazu die hohe Rückfallquote bedenkt, muß man sich sagen, daß mehr für die Motivation zur Abstinenz und weniger für die Werbung für Alkohol getan werden muß. (Allgemeiner Beifall.) Die schwedische Regierung zum Beispiel schenkt auf keinem Empfang Alkohol aus. (Abg. Loidl: „Nachahmenswert!“)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Gesamtzahl der Alkoholkranken in der Steiermark läßt sich nicht erfassen. Auf Bezirksebene von seiten der Sozialhilferferate, der Sozialarbeiter und der Amtsärzte, sind alle Zahlen mit großer Unsicherheit behaftet. Eines läßt sich jedoch mit Sicherheit feststellen: Die Zahl derer, die sich an der fließenden Grenze von regelmäßigem, starkem Alkoholkonsum zum Alkoholismus befinden, oder diese bereits überschritten haben, ist um einiges größer als die Verwender anderer Drogen. Dies wird auch durch eine IFES-Umfrage in der Steiermark bestätigt. 42 Prozent der Befragten kennen jemanden, der großen Alkoholmißbrauch betreibt, während nur acht Prozent jemand bekannt ist, der Drogen nimmt. Ich glaube, daß diese acht Prozent etwas zu hoch gegriffen sind. Es gibt fünfmal so viele Alkoholtote als Drogentote. Im Institut für Gesundheit und Umweltforschung in Wien wird veröffentlicht, daß die Zunahme der Sterbefälle an Krankheiten der Verdauungsorgane hauptsächlich der Leberzirrhose anzulasten sind. Diese Zunahme ist um 44 Prozent gestiegen und ist meist auf übermäßigen Alkoholkonsum zurückzuführen. Hier weisen leider die Weinbauern- und Heurigenausschankgebiete eine besonders signifikante erhöhte Leberzirrhosesterblichkeit auf. Einige Bezirke der Steiermark sind in der österreichischen Statistik hier sehr führend. Aber wo bleibt noch die Ziffer derer, die auf der Straße ihr Leben oder die Gesundheit lassen müssen und sehr oft unschuldigerweise. Wer zahlt die Materialkosten, die Versicherungssummen, und vor allem, wer zahlt für Leid und Unterhalt der beteiligten Familien? Die Hintergründe, warum ein Mensch zur Flasche greift, sind mannigfach. Sicher sind es vielfach persönliche Probleme, die der einzelne, besonders wenn er labil ist, durch den Alkoholkonsum scheinbar bewältigt. Zum anderen ist Alkohol auch überall erhältlich. Da die Steiermark im Spitzenfeld des Alkoholkonsums liegt, ist dadurch nicht nur indirekt und direkt unser Budget damit befaßt. Es ergeben sich auch andere Schwierigkeiten. Ziemlich genaue Angaben liefern die Bezirksämter über Alkoholkranke als bedingt vermittlungsgerechte Arbeitnehmer. In der ganzen Steiermark waren im Februar 1980, also vor einem Jahr, etwa 200 Personen wegen Trunkenheit schwer vermittelbar. Diese Zahl bezieht sich allein nur auf die unter der Rubrik „Trunkenheit, Vorstrafen, Charaktermängel“ geführten Personen; also die sogenannten Sandler. Im Februar 1981, ein Jahr später, ist

dieser Personenkreis auf etwa 300 angestiegen. Der Frauenanteil lag an beiden Stichtagen bei zirka acht Prozent. Ich glaube, daß das zu nieder gegriffen ist. Frauen bleiben fast immer beim Trinken in der Anonymität. Leider meiden Frauen auch die Beratungsstellen. Selbsthilfegruppen, außer den Anonymen Alkoholikern, existieren in acht Bezirken: in Mürrzuslag, Bruck, Leoben, Judenburg, Deutschlandsberg, Leibnitz, Hartberg und Liezen. Hier in Graz weiß ich persönlich nur von zwei Gruppen Anonymer Alkoholiker. Es sind ja etliche soziale Barrieren, die den Zugang zu den Selbsthilfegruppen einengen. Alkoholiker aus dem Ort, wo sich die Gruppe trifft, gehen niemals in eine solche Gruppe. Auch die „Bessergestellten“ sind kaum für eine solche Gruppe anzusprechen. Starke Alkoholiker stellen nur einen ganz geringen Prozentsatz in diesen Gruppen. Als förderlich erweist sich eine angeschlossene Angehörigengruppe, da sie die Therapiebasis verbreitert und größeres Verständnis für die Therapie weckt. Sicher wäre es von großem Vorteil, ein Verbot von Alkohol am Arbeitsplatz durchzusetzen. Es würde auch die Zahl der Arbeitsunfälle zurückgehen. (Allgemeiner Beifall.) Eine ausreichende ärztliche Betreuung und eine Nachbetreuung, eventuell nach dem Modell Kalksburg, wären sehr gut, und mehr spezialisierte Sozialarbeiter und vor allem eine Alkoholikerheilstätte nach dem Muster Kalksburg eventuell in der Obersteiermark wären vordringlich. (Abg. DDR. Stepanitz: „Das wäre auch für die Mittelsteiermark vordringlich!“) Und dazu natürlich begleitende gesetzliche Maßnahmen. Ich weiß, daß das Protest erregt, aber null Promille zum Beispiel für den Verkehrsteilnehmer!

Sehr geehrte Damen und Herren! Alkohol als sozial tolerierte Droge anzusehen, schädigt die Volksgesundheit. Alle Steuerzahler subventionieren diese Krankheit so lange, bis sie aufhört, gesellschaftsfähig zu sein. Viel Leid und viel Geld auch in unserem Budget könnte gespart werden, würde unser Denken in Bezug Alkohol intoleranter sein. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort hat sich der Herr Abgeordnete Erhart gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Erhart: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

In Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde habe ich mich entschlossen, meine Rede über Erziehungsheime etwas zu kürzen und nur ein paar Bemerkungen zu diesem Thema zu machen. (Allgemeiner Beifall.) Mit diesem Applaus zwingen Sie mich allerdings dazu, mich wirklich zu beeilen.

Die Vorrednerin, Frau Präsident Zdarsky, hat jetzt ein Thema behandelt, welches ja auch hier mit dem Nachfolgenden zusammenhängt, denn die Produkte, wenn man das so ausdrücken will, vieler Alkoholikerfamilien sind letzten Endes jene Kinder und Jugendliche, mit denen wir das Problem haben in den Erziehungsheimen, in der ganzen Jugendfürsorge. Es wurde zu diesem Thema all die Jahre schon viel ausgesagt, und ich darf sagen, wir liegen ja auch alle grundsätzlich hier in der gleichen Meinung. Ich möchte sagen, daß wir nicht zufrieden sind mit dem heutigen Stand bezüglich unserer Großheime, daß wir aber noch nicht wirklich alle Alternativen dazu gefunden haben, und

daß wir vor allem, wenn wir eine Kosten-Nutzen-Rechnung anstellen, natürlich nicht dem naiven Glauben unterliegen können, daß zum Beispiel ein geschädigter Jugendlicher, ein Jugendlicher, der aus einem sozial schwierigen Milieu kommt, daß der einfach, nachdem er einige Jahre Erziehungsheim absolviert hat, vielleicht als charakterfester, guter Staatsbürger herauskommen kann. Diese Kosten-Nutzen-Rechnung können wir hier nicht anstellen, das ist klar. Trotzdem aber wissen wir auch, daß wir auf diese Einrichtung auch in Zukunft nicht verzichten werden können. Vielmehr – und das haben Beratungen von Sozialarbeitern, von Fachleuten gezeigt – muß ein Umdenken kommen, eine Umgestaltung, und ich möchte sagen, daß das Land Steiermark hier bereits Wege gegangen ist, daß man von der Erziehungsanstalt früherer Zeiten, wo das Heim Aufbewahrungskarakter gehabt hat, übergeht zur Therapie. Und daß vor allem der Berufsausbildung größerer Raum gegeben wird, dazu kommen alle anderen Alternativen und Maßnahmen. Das beginnt ja schon vorher zu Hause bei der Familie, Familienberatung. Das wären Alternativen wie Wohngemeinschaften, denen wir ja lange Zeit ein bißchen kritisch gegenübergestanden sind. Ich darf hier das Beispiel anführen, wenn man bei den Kindern vergleicht, war es früher das Waisenhaus, so ist es heute das Kinderdorf, wo die Kinder in familienähnlichen Zellen erzogen werden. Und so könnte man sich das auch bei Jugendlichen, bei geschädigten Jugendlichen vorstellen, um einerseits die Isolation zu erreichen, daß der eher harmlose Fall nicht mit jenem Profi zusammenkommt, der dann letztendlich noch schlechten Einfluß auf ihn ausübt. Über alle diese Dinge ist diskutiert worden. Man kann es zusammenfassen vielleicht in den Punkten: Punkt eins: Einführung der Dezentralisierung als Grundprinzip der Fürsorgeerziehung überhaupt. Das heißt: Intensivierung der Familienberatung, das heißt Errichtung von Wohngemeinschaften – wie ich schon gesagt habe – und auch sehr wichtig die Schulungen der Pflegeeltern. Als Punkt zwei die Änderung der Organisationsformen der Heime. Eher ein Wohngruppenverbundsystem, kleinere Einheiten, weg vom Großheim. Vor allem eine Funktionsänderung der Heime insofern, die Schwerpunktverlagerung – auch schon gesagt – von der Aufbewahrung weg hin zu Therapie. Letztlich eine Funktionsausweitung dieser Heime, die Intensivierung des Kontaktes mit den Eltern, mit den Jugendlichen, Elternberatung, Familientherapie usw. Ein weiterer Gedanke, er wurde heute schon ausgesprochen, und damit möchte ich schon zum Schluß kommen, ist, daß vielleicht auch in Zukunft, so wie es die Frau Kollegin gesagt hat, und sie hat Gehmacher zitiert, man nicht erwarten kann, daß diese neuen Alternativen nun auch wieder direkt vom Land ausgehen, sondern daß man in Zukunft hier eher auch dem Förderungsgedanken nahetritt und daß jene Vereinigungen, die mittlerweile in der Jugendwohlfahrt schon Großes leisten, hier mehr betraut werden sollen. Ich kann da mit den Anschauungen der Kollegin Klasnic vollinhaltlich übereinstimmen. Ich darf abschließend sagen, daß alle diese Bemühungen schließlich nur dazu führen sollen, daß ein breiteres Instrumentarium geschaffen wird, verhaltensgestörte und gefährdete Kinder und Jugendliche besser zu betreuen, nach dem Grundsatz, daß vorbeugen besser als heilen ist. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sponer. Ich erteile es ihm.

Abg. Sponer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bin zwar nicht in der Lage, ein solches Versprechen abzugeben wie der Kollege Erhart. Ich werde mich aber trotzdem bemühen, ihm zu folgen. Mein Thema in dieser Gruppe wäre noch einmal das Problem der Behinderten in diesem Jahre. Und wenn heute schon gesagt wurde, es hat verschiedene spezielle Jahre gegeben, so darf ich dazu sagen, und im besonderen zum Jahr der Behinderten, das ja von der UNO im vorigen Jahr beschlossen wurde, daß es 1981 proklamiert wird: Die Erfahrungen, die wir aus diesen Aktionen – wenn ich das so nennen darf – gesammelt haben, sind ja eigentlich die und können auch nichts anderes sein als ein Hinweis, ein Anstoß, daß man in der Zukunft sich mehr um diese speziellen Dinge Gedanken machen möge, aber auch versuchen soll, die Probleme, die damit anstehen, zu lösen. Und wenn ich vielleicht zum Jahr der Behinderten 1981 anfügen darf, dann möchte ich sagen, analog dazu hätte man auch sagen müssen, das Jahr 1981 darf nicht nur ein Jahr der Behinderten, sondern es müßte auch ein Jahr des Friedens sein. Und zwar deshalb, weil beide Dinge unmittelbar damit zusammenhängen, und wenn man weiß, daß es derzeit auf dieser Welt, wie in Asien, in Afrika, in Südamerika, und wie es uns leider scheint, in Europa, kriegerische oder andere Auseinandersetzungen gibt, dann ist ja als Nachfolge immer wieder festzustellen, daß daraus leider immer wieder Menschen behindert werden, und somit die Behindertenanzahl auf unserer Welt sich vergrößert. Wenn ich auf Österreich zu sprechen kommen darf, so muß ich sagen: Gott sei Dank sind wir in der Vergangenheit von all diesen Dingen verschont geblieben. Trotzdem ist die Zahl der Behinderten in unserem Lande nicht geringer geworden, sondern sie steigt ständig an, und es ist zu erwarten, daß in den kommenden Jahren leider die Zahl der Behinderten noch zunehmen wird. Die Möglichkeiten sind ja leider die, daß auf unseren Straßen, aber auch auf den Arbeitsplätzen und oft auch durch Leichtsinn Verletzungen entstehen, die im Endeffekt zu Behinderungen führen. Meine Damen und Herren, aber auch anlässlich dieses proklamierten Jahres möchte ich auch auf eines hinweisen, nämlich auf die Vergangenheit, wo es leider auch bei uns in Österreich Zeiten gegeben hat, wo Behinderte schlechter behandelt wurden als Tiere, und wo Behinderte sehr bewußt von der Öffentlichkeit versteckt wurden. Es hat auch Zeiten in diesem Lande gegeben, wo Behinderte brutal ermordet wurden, und wo sich die damaligen Machthaber es sich sehr leicht gemacht haben, sich nämlich vom Problem der Behinderten durch diese mörderischen Aktionen zu befreien. Andererseits, und das ist das erfreuliche, können wir heute feststellen, daß sich die Menschen in unserem Lande, aber auch darüber hinaus, sehr ernst und intensiv mit den Problemen der Behinderten auseinandersetzen, und daß man nun zu verstehen beginnt, daß eben Behinderte andere Lebensbedingungen haben als die übrigen Menschen.

Noch eines, meine Damen und Herren, und das ist ein erfreulicher Aspekt: Auf Grund unserer doch

gesunden Gesundheitspolitik in diesem Lande ist es möglich, und das war in der Vergangenheit nicht möglich und man hat diesem Problem auch viel zu wenig Beachtung geschenkt, daß man nämlich bei den Säuglingen heute bereits Behinderungen feststellen kann auf Grund der Untersuchungsmöglichkeiten und auf Grund der Untersuchungen, die im Endeffekt durchgeführt werden, und daß somit die Möglichkeit besteht, im frühesten Stadium eventuelle Behinderungen zu behandeln, und es gelingt, Gott sei Dank auch, daß zum Teil Behinderungen, die im Säuglings- und Frühkindesalter festgestellt werden konnten, wieder beseitigt werden können. Der Kreis der Behinderten in unserem Land scheint doch sehr groß zu sein. Offiziell spricht man von ein bis sechs Prozent der Gesamtbevölkerung. Nur eines, meine Damen und Herren, das Wort Behinderte oder Behinderung ist relativ, und es gibt auch hier sehr viele Dunkelzahlen, und es gibt auch Feststellungen, wo man sogar von 30 Prozent Behinderten in diesem Land spricht.

Aber vielleicht doch einige Zahlen zur Darstellung. Im Jahre 1979 hat es in Österreich 63.000 registrierte Verkehrsunfälle gegeben. Resultierend von den Verletzungen dieser Unfälle ist eine Zahl sehr interessant, daß nämlich auf Grund bleibender Behinderung, bleibender Arbeitsverminderung und Verletzungen aus diesen Unfällen für 12.450 Personen Renten und Pensionen aus der gesetzlichen Sozialversicherung erbracht werden mußten. Und das in einem Jahr. Vielleicht noch ein Vergleich, meine Damen und Herren: Wenn wir wissen, daß jeder vierte der etwa 1,6 Millionen Renten- und Pensionsbezieher auf Grund geminderter Erwerbsfähigkeit oder dauernder Invalidität die Pension bezieht, so ist das, glaube ich, auch eine sehr, sehr beachtliche Zahl, die sich wieder mit dem deckt, was ich für 1979 sagen konnte. Noch eines, obwohl das Jahr 1945 und der Zweite Weltkrieg schon so weit zurückliegen, so haben wir heute doch noch eine sehr beachtliche Zahl, nämlich zirka 96.000 Kriegsversehrte und Opfer politischer Verfolgungen, die derzeit noch eine Rente wegen Gesundheits- und Körperschäden beziehen.

Meine Damen und Herren, nicht erst im heurigen Jahr, sondern bereits im Jahre 1975 hat die Bundesregierung einen eigenen Fonds im Sozialministerium eingerichtet, und zwar für all diejenigen, die noch besonderer Hilfe bedürfen. Dieser Fonds wird vom Sozialministerium verwaltet und steht jedem Österreicher zur Verfügung. Ich darf auch dazu sagen, daß es für die Hilfe für Behinderte Gott sei Dank eine sehr umfangreiche Anzahl von Vereinen, Institutionen der freien Wohlfahrtspflege und Behindertenorganisationen, aber auch Bund, Länder und Gemeinden gibt, die viel und Wesentliches leisten und dazu beitragen, daß den Behinderten in unserem Lande die Lebensbedingungen so angenehm und gut als möglich gestaltet werden können. Die Interessen – und auch das glaube ich, ist notwendig, hier festzustellen, weil man das immer wieder bei Veranstaltungen, bei Gesprächen, aber auch bei Diskussionen wahrnimmt, nachdem ja die Behinderungen sehr verschieden sind – der einzelnen Behindertenorganisationen unterscheiden sich entsprechend der Art und Ursache der Behinderung und den Bedürfnissen der einzelnen Behindertengruppen oft recht stark. Es ist daher notwendig, um die

unterschiedlichen Interessen aufeinander abstimmen zu können, gemeinsame Schwerpunkte zu finden. Auch das war ein Grund, daß bereits 1975 vom Bund die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation gegründet wurde, und dieser Organisation gehören derzeit mehr als 50 Organisationen, Behindertenorganisationen an. Sie kann also als Dachverband gesehen werden. Auch in der Steiermark, meine Damen und Herren, wurde und konnte im heurigen Jahr unter der Federführung des zuständigen Referenten, des Herrn Landesrates Gruber, ein solcher Dachverband, nämlich der Dachverband Steirischer Behindertenhilfe, gegründet werden. Auch hier ist es beachtlich, wenn man sich die Mitglieder, die sich in dieser Dachorganisation vereint haben, anschaut, wenn man sieht, wer das ist, das sind einmal 15 Organisationen, Selbsthilfeorganisationen, das ist aber unter anderem auch die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, das ist die Steiermärkische Gebietskrankenkasse, die sich hier mitbeteiligt und versucht, mitzuhelfen, das ist das Landesinvalidenamts Steiermark und das ist auch die Arbeitsmarktverwaltung. Und eine der Aufgaben, die sich dieser Dachverband gestellt hat, der sehr wesentlich ist, und ich möchte das stellvertretend für alle anderen Aufgaben sagen, ist, daß ein sogenannter Behindertenplan ehestens in der Steiermark erstellt wird.

Meine Damen und Herren, bereits bestehende Gesetze geben uns die Möglichkeit, den Behinderten zu helfen. Wenn ich von der Steiermark spreche, sind das einerseits das Sozialhilfegesetz, das Behindertengesetz, Behindertenhilfe und andere Dinge mehr. Was mich aber besonders freut, daß auch auf Grund einer Initiative, die sich im heurigen Jahr ergeben hat, und auch hier darf ich sagen, ist Landesrat Gruber sehr maßgeblich beteiligt, alle Voraussetzungen geschaffen sind für die Schaffung einer geschützten Werkstätte mit 100 Arbeitsplätzen, die hier in Graz errichtet wird. Noch etwas darf ich sagen, auch erstmalig und zum Anlaß des Jahres der Behinderten: Erstmalig hat Landesrat Gruber im heurigen Jahr einen Erholungsurlaub für behinderte Kinder eingeführt bzw. durchgeführt. Man weiß, daß das eine sehr gute Aktion war, und die Aktion wird sich sicherlich auch in der Zukunft fortsetzen. Aber andere Dinge wurden noch gesetzt in der Steiermark. Es wurde nicht nur gesprochen, wie es heute schon einmal gesagt wurde, es hat keinen Sinn, von dieser Stelle aus hier schöne Worte zu sagen und keine Taten zu setzen. Dazu möchte ich auch sagen, wenn es sein sollte, daß zum einen oder anderen Problem keine Taten gesetzt werden, dann, meine Damen und Herren, müssen wir uns selbst bei der Nase nehmen, denn dann waren wir wahrscheinlich nicht genug initiativ, um das eine oder andere einzuleiten.

Aber nun wieder zurück. Am 16. Mai dieses Jahres konnte der Welttag der Invaliden in Graz durchgeführt werden. Ebenfalls konnte im heurigen Jahr erstmals in der Steiermark beziehungsweise in Graz ein Steirischer Behindertensporttag abgehalten werden. Auch andere Möglichkeiten hat es noch gegeben, um die Öffentlichkeit in unserem Lande über das Problem der Behinderten zu informieren. Es hat eine sehr gute Wanderausstellung gegeben, wo über Behindertenhilfe Informationen ausgesagt wurden. Diese Wanderausstellung wurde in allen steirischen Bezirken

gezeigt. Viele Aktivitäten wurden darüber hinaus auch noch in der gesamten Steiermark, in den steirischen Bezirken, von den Selbsthilfeorganisationen, aber auch mit Unterstützung der Landesregierung, in dem Fall des Referenten Herrn Landesrat Gruber, durchgeführt.

Meine Damen und Herren, ein Problem noch: Auf Grund der überproportionalen Zunahme der Arbeitslosigkeit Behinderter muß es uns in Zukunft und ich möchte sagen, in ehester Zukunft, gelingen, mehr geschützte Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, aber auch in der Privatwirtschaft für die Betroffenen zu schaffen. In der Steiermark ist heuer sehr vieles offen geblieben. Damit möchte ich nur das bekräftigen, was ich eingangs gesagt habe: Es ist nicht möglich, in einem Jahr all das durchzuführen, wo berechnete Wünsche bestehen, sondern in dem speziellen Jahr, so wie heuer, müßte das der Grund sein, die ersten Aktivitäten zu setzen. Aber darüber hinaus soll es ein Denkanstoß sein und auch eine Verpflichtung und Aufgabe von uns allen, die wir in diesem Lande leben und die Möglichkeit haben, all das, was vorgenommen wurde, auch fortzusetzen. Eines ist uns, glaube ich, im besonderen gelungen, das ist sehr positiv. Daß nämlich die Öffentlichkeit problembewußter geworden ist, und ich glaube, das darf ich wiederholen, es muß unser aller Aufgabe sein, die Verbesserung der Koordination auf dem Gebiet der Behindertenbeihilfe und der Behindertenpolitik zu erreichen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich unterbreche jetzt die Sitzung auf eine halbe Stunde. Um 13.30 Uhr beginnen wir wieder, und zwar mit der Abschlußrede zu diesem Kapitel von Herrn Landesrat Gruber. (Unterbrechung der Sitzung um 13 Uhr – Wiederaufnahme der Sitzung um 13.45 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich erteile Herrn Landesrat Gruber das Wort zum Schlußwort „Soziale Wohlfahrt“, Gruppe 4.

Landesrat Gruber: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsident!

Ich glaube, es ist gerade die ungünstigste Stunde, in der ich mich nun mit dem Abschluß des Kapitels der Sozialen Wohlfahrt befassen muß. Ich kann aber trotzdem vorausschicken, daß alle Redner eigentlich zu diesem Kapitel in einer gewissen Übereinstimmung zum Ausdruck gebracht haben, daß der Weg, den wir in der Sozialpolitik gegangen sind und den wir auch mit diesem Budget an sich weiter beschreiten, als ein richtiger Weg anerkannt wird. Es gibt natürlich immer wieder unterschiedliche Auffassungen, das ist gut so. Aber auch im internationalen Vergleich können wir immer wieder feststellen, daß Österreich im Hinblick auf die Leistungen für die soziale Sicherheit eine bedeutende Position hat. Im abgelaufenen Jahr betragen die Ausgaben für soziale Sicherheit in Österreich 26 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Damit lag Österreich im Vergleich mit den EG-Ländern an fünfter Stelle hinter den Niederlanden mit 31,1 Prozent, Belgien mit 27,1 Prozent, Dänemark mit 26,7 Prozent und der BRD mit 26,6 Prozent. Damit ist, glaube ich, auch schon die Diskussion beantwortet, daß auch im Zuge der Novellierung des Allgemeinen Sozialversiche-

rungsgesetzes eben auch immer wieder andere Leistungen gefordert werden müssen und daß es eben nicht nur möglich ist, die Ausgabenseite zu verbessern. Es ist auch gar keine Frage, daß man im Bereich der Sozialpolitik erkennen muß, daß die finanziellen Möglichkeiten in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit begrenzter sind als im vergangenen Jahrzehnt. Und es kommt zweifelsohne darauf an, daß wir die vorhandenen finanziellen Mittel entsprechend umschichten und neue Schwerpunkte bilden. Es gilt daher ohne Zweifel der Grundsatz, daß wir versuchen müssen, mit gleich viel oder zum Teil sogar mit weniger Geld die entsprechenden erforderlichen Leistungen zu erbringen. Auf Grund der österreichischen Gegebenheiten ist es so, daß die Sozialversicherungsträger die größten Leistungen im Bereich der sozialen Sicherheit zu erbringen haben, und das Budget der österreichischen Sozialversicherungsträger hat in diesem Jahr die 150-Milliarden-Schilling-Grenze überschritten. Im steirischen Landesbudget stehen im kommenden Jahr für den Bereich der Sozialhilfe und der Behindertenhilfe 917 Millionen Schilling zur Verfügung. Davon 893 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt und 24 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt. Das ist eine Steigerung von 5,8 Prozent im ordentlichen Haushalt und ein Rückgang der finanziellen Möglichkeiten im außerordentlichen Haushalt von 37 Prozent. Jeder, der sich diese Prozentsätze in Erinnerung behalten wird, wird auch einschätzen können, wieviel gerade im außerordentlichen Haushalt von vorhandenen Wünschen natürlich im kommenden Jahr nicht realisiert werden kann. Ich darf in Erinnerung rufen, daß es ein langgehegter Wunsch war, eine neue, Heilpädagogische Station zu errichten, und daß die natürlich auf Grund dieser Budgetansätze wieder auf ein nächstes oder ein weiteres Jahr verrückt werden muß. Im Vergleich zum Gesamtbudget des Landes steht für Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Jugendwohlfahrt ein Betrag von 4,76 Prozent zur Verfügung. Es ist heute schon zum wiederholten Male von den Debattenrednern gesagt worden, daß die freie Wohlfahrt in unserem Land besondere Leistungen erbringt und daß diese freie Wohlfahrt auch entsprechend im Gesamtkonzept unserer Sozialhilfepolitik zu berücksichtigen ist. Ich kann nur sagen, das ist für mich keine Neuigkeit, und das ist sicherlich auch keine neue Erkenntnis, sondern wir haben uns schon bisher immer im besonderen Maße dafür eingesetzt, daß eine sinnvolle und gute Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Wohlfahrt im Land Steiermark sichergestellt ist. Ich kann sogar sagen, es hat gerade in der Steiermark schon eine starke Tradition, daß diese Zusammenarbeit der öffentlichen und der freien Wohlfahrt hier auch entsprechend gepflegt und von der öffentlichen Wohlfahrt her auch entsprechend gefördert wird. Es ist auch gar keine Frage, daß die freie Wohlfahrt mit ihren vielen Tausenden ehrenamtlichen, freiwilligen Mitarbeitern einen Beitrag dazu leistet, daß das soziale Engagement in unserem Land in breiten Kreisen der Bevölkerung immer wieder wachgehalten wird und auch immer wieder erneuert wird. Es ist ebenso eine feststehende Tatsache, daß die freie Wohlfahrt durch ihr unbürokratisches Wirken, ihr spontanes Wirken besonders in Krisensituationen in der Lage ist, rascher und wirksamer tätig zu werden als die öffentliche Wohlfahrt. Nur eines muß dabei auch angemerkt wer-

den, ohne die entscheidende finanzielle Hilfe durch die öffentlichen Gebietskörperschaften wäre die Tätigkeit in der freien Wohlfahrt nicht möglich, das heißt, diese könnte sicherlich nicht so effizient sein, wie sie bei uns ist.

Die sozialpolitische Konzeption muß natürlich auch im Lauf der Zeit immer wieder geändert und den neuen Bedürfnissen angepaßt werden. Damit ein bedarfsgerechter mittelfristiger Sozialplan für das Land Steiermark erstellt werden kann, haben wir dem IFES-Institut schon vor einem Jahr einen Auftrag für eine entsprechende Grundlagenforschung erteilt und können wir erwarten, daß dieser umfassende Bericht etwa im März des nächsten Jahres vorliegen wird. Selbstverständlich haben wir mit dem Landesbudget und den Ansätzen des Landesbudgets immer wieder die traditionellen Aufgaben zu erfüllen, aber auch neue Aufgaben aufzunehmen und eben auch diese finanziell zu bedecken. So gehört es zu den wesentlichen Aufgaben der Sozialhilfepolitik, für jene Kreise zu sorgen, die ausschließlich ihren Lebensbedarf durch die Sozialhilfe gedeckt bekommen. Durch die großen Anstrengungen, die im letzten Jahrzehnt im Kampf um die Beseitigung der Armut in Österreich gemacht wurden von der Bundespolitik, vom Sozialminister, ist es möglich gewesen, diese Zahl der von der Sozialhilfe Lebenden von Jahr zu Jahr weiter abzusinken. Und so werden im kommenden Jahr und auch jetzt mit Jahreschluß etwa 5000 Personen als ausschließliche Empfänger der Sozialhilfe geführt, wobei wir darauf geachtet haben, daß der Richtsatz in der Sozialhilfe, nachdem die Einkommen dieser Menschen verbessert werden, immer mit dem Dynamisierungsfaktor des ASVG etwa gleichgestellt beziehungsweise nach oben abgerundet wird und so auch für das nächste Jahr auf Grund des Beschlusses der Landesregierung eine Richtsaterhöhung um 6,4 Prozent beschlossen wurde.

Eine wichtige Aufgabe, und sie wurde schon vom Herrn Abgeordneten Zinkanell angeführt, ist die Betreuung jener alten Menschen, die eben unsere vielfältige Hilfe aus der Sozialhilfe brauchen. Es ist dabei festzustellen, daß der Bedarf an Altenheimplätzen heute sinkend ist, während andererseits der Bedarf an Pflegebetten enorm steigt. Wir haben heute bereits in Altenheimen freie Plätze, haben aber gleichzeitig für unsere Landesaltenpflegeheime mit etwa 1000 Betten eine Vormerkliste von derzeit 300 Personen, wobei oft die Wartezeit etwa bis zu einem Jahr dauert. Wir haben es daher als eine wichtige Aufgabe angesehen, daß wir uns bemühen, jenen Sozialhilfeverbänden in den Bezirken und jenen privaten Einrichtungen, die Pflegestationen führen, entsprechend finanziell zu helfen. Das ist bei den Budgetansätzen dieses Jahres sicherlich noch nicht so deutlich zum Ausdruck gekommen. Ich werde mich aber verstärkt bemühen, das weiter entsprechend zu beachten.

Wichtig erscheint uns in diesem Zusammenhang auch die Erweiterung und die Verstärkung unserer sozialen Dienste, die es ja überhaupt ermöglichen, daß viele alte Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und in ihrer eigenen Wohnung betreut werden können. Ich greife dankbar die Anregung des Herrn Abgeordneten Stepantschitz auf, im Zusammenhang mit dem besonderen Gedenkjahr für Erzherzog Johann vielleicht auch in der Richtung der Altenhilfe, der

offenen Altenhilfe einen starken Vorstoß zu machen. Es ist im Landesbudget ein Betrag von nicht einmal einer Million Schilling vorgesehen, um zum Beispiel das Steirische Altenhilfswerk zu fördern, das derzeit 33 vollbeschäftigte Altenhelfer im Dienst hat und damit mit dem Einsatz und mit den betreuten Personen sicherlich ein Altenheim in der Größenordnung von 300 bis 350 Betten erspart; das mit einem Aufwand von einer Million Schilling aus dem Landesbudget. Ich muß sagen, das ist finanziell einmalig und ich glaube menschlich gut, wie diese Lösung hier getroffen wurde. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die Hauskrankenpflege eine sehr sinnvolle Einrichtung ist, die ebenfalls ausgebaut und verstärkt gehört. Ich glaube nur, bei dieser Konstruktion unserer Hauskrankenpflege ist uns ein Fehler passiert. Man hat zu sehr Wert darauf gelegt, einen eigenen und neuen Verein zu gründen, als das Angebot von vorhandenen aufzunehmen, zu stärken und auszubauen. Ich darf in diesem Zusammenhang nur erinnern, daß sich das Rote Kreuz, der Landesverband des Roten Kreuzes, bereit erklärt hat, die Organisation der Hauskrankenpflege in der ganzen Steiermark einzurichten und aufzuziehen, wenn wir vom Land aus eine entsprechende Unterstützung geben würden, wozu wir uns ja auch grundsätzlich bereit erklärt haben. Aber es ist hier ein gewisses Konkurrenzverhältnis mit dem neu zu gründenden Verein entstanden, und verständlicherweise hat sich das Rote Kreuz zurückgezogen. Zurückgeblieben ist ein Verein, der bis heute noch nicht richtig Tritt fassen konnte, und der sich auch noch nicht richtig entwickelt hat. Aber vielleicht kommen wir zu einer gemeinsamen Überlegung, daß wir noch einmal auf das Angebot des Roten Kreuzes zurückkommen.

Darüber hinaus hat auch eine Umfrage gezeigt, daß es viele Menschen in der Steiermark gibt, die bereit wären, selbst in Form von Nachbarschaftshilfe ehrenamtlich tätig zu sein. Es wäre natürlich zweifelsohne gut, wenn wir dieses Potential mobilisieren könnten, worauf ja auch Frau Abgeordnete Klasic hingewiesen hat und Frau Abgeordnete Meyer mit dem Beispiel des Burgenlandes. Ich kann dazu nur sagen, selbstverständlich ist das eine gute Sache, wir haben auch schon vor langer Zeit durch eine Umfrage in den Bezirken festgestellt, daß Interesse besteht und daß auch Menschen da sind, die sich für eine solche Aufgabe zur Verfügung stellen würden. Wir werden das ohne Zweifel konsequent weiter verfolgen.

Der Aufwand der Behindertenhilfe, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, und das, glaube ich, kann man im Jahr der Behinderten heute durchaus entsprechend im Hohen Haus herausstellen, hat sich enorm nach oben entwickelt. Im Jahre 1962 haben wir im Landesbudget für die Behindertenhilfe noch 62 Millionen Schilling veranschlagt gehabt, und im Jahre 1982, zehn Jahre später, sind wir bei 383 Millionen Schilling gelandet. Ich glaube sagen zu können, daß wir im Hinblick auf die finanziellen Aufwendungen der Behindertenhilfe damit rechnen werden müssen, daß diese Aufwendungen weiter steigen, weil es vielfache Gründe dafür gibt, daß diese Hilfe im größeren Maß in Anspruch genommen wird, und weil wir auch aus den Abgängen der Sonderschulen und der Schwerstbehindertenklassen in unseren Sonderschulen mehr Behinderte als bisher zu erwarten haben. Und es ist und

bleibt eine wichtige Aufgabe nach der Motivierung der Bildungsfähigkeit, auch dafür zu sorgen, daß eine mögliche Berufsausbildung und, wenn nicht anders möglich, eine entsprechende Beschäftigungstherapie gegeben ist. Ich weiß, daß wir mit den Sozialhilfverbänden in Diskussionen sind. Wir haben diese Diskussionen über Kostenentwicklung, und ich glaube, daß es gut sein wird, wenn wir eine objektive Untersuchung durchführen, wie sich tatsächlich die Kosten seit der Beschlußfassung des Sozialhilfgesetzes entwickelt haben, um dann gemeinsam mit den Gemeindeverbänden eventuell über eine Änderung der finanziellen Aufwendungen zu sprechen. Aber zuerst muß eine entsprechende objektive Untersuchung gemacht werden. Es zeigt sich auch bei den Budgetposten der Behindertenhilfe, daß die Kosten für die Unterbringung in Heimen und Anstalten beachtlich steigen. Wir haben bereits in diesem Voranschlag für 1982 110 Millionen Schilling angesetzt. Das ist eine sehr, sehr starke Kostenentwicklung nach oben.

In diesem Zusammenhang darf ich nur, weil der Herr Abgeordnete Maitz ein bestimmtes Problem mit dem Bezirk Voitsberg angeschnitten hat, sagen: Ich selbst habe für die Beschäftigungstherapiewerkstätte Maria Lankowitz einen Startförderungsbeitrag von 250.000 Schilling aus dem Landesbudget zur Verfügung gestellt und habe diese Gruppe auch unterstützt, und ich habe jetzt erst vor einigen Wochen, um auf Ihre Klage einzugehen, dem Bezirkshauptmann von Voitsberg einen Brief geschrieben, wo alle diese Dinge angeführt sind, und ich warte auf einen Bericht. Nach diesem Bericht werden wir uns darüber unterhalten können, wie diese Dinge hier abgewickelt wurden oder wie sie geändert werden sollten. Wichtig ist immer wieder, und das sehen wir immer deutlicher, daß jene Behinderten, die eine gewisse Leistungsfähigkeit erreicht haben, eine bestimmte Berufsausbildungsmöglichkeit haben und daß wir sie auch auf Arbeitsplätze vermitteln können. Und es war mein erklärtes Ziel seit der Schaffung des Steiermärkischen Behindertengesetzes, möglichst viele geschützte Arbeitsplätze in der freien Wirtschaft zu finden und die Behinderten nicht in Gettos, sondern auf diesen geschützten Arbeitsplätzen unterzubringen. Wir können hier immerhin darauf verweisen, daß wir jetzt 1118 Behinderte auf geschützten Arbeitsplätzen in der freien Wirtschaft haben. Wiewohl ich sagen muß, daß diese Zahl in den letzten Jahren nur mehr sehr schwierig zu vergrößern war, die Zahl der geschützten Arbeitsplätze in einer so schwierigen wirtschaftlichen Situation ist natürlich nicht so ohne weiteres zu vergrößern. Es freut mich, daß es auch innerhalb des Landesdienstes möglich war, mit Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart zu vereinbaren, daß wir die Zahl der geschützten Arbeitsplätze im nächsten Jahr von 185 auf 210 aufstocken, so daß wir zusätzlich 25 Behinderte auf geschützten Arbeitsplätzen im Landesdienst unterbringen können. Insgesamt beträgt der Aufwand für die geschützte Arbeit im Landesbudget bereits mehr als 60 Millionen Schilling. Zweifelsohne auch ein beachtlicher Betrag. Da wir aber immer wieder feststellen, daß es nicht möglich ist - wir haben derzeit etwa 450 Bescheide bei Behinderten draußen, für einen geschützten Arbeitsplatz, denen wir keinen geschützten Arbeitsplatz vermitteln können. Es entsteht ja

immer wieder der Irrtum, daß durch die Zuerkennung der geschützten Arbeit durch diesen Bescheid nach dem Behindertengesetz auch schon ein Arbeitsplatz zugewiesen ist oder werden kann. Hier sind wir nun dabei, und ich hoffe, daß der Hohe Landtag seine Zustimmung erteilt, gemeinsam mit dem Bund eine geschützte Werkstätte in Graz zu errichten mit einem Kostenaufwand von 30 Millionen Schilling für etwa 50 Behinderte, wobei der Bund, das Sozialministerium, diese Kosten auf Jahre hinaus vorfinanziert und das Land erst zu einem späteren Zeitpunkt, etwa ab 1983, 50 Prozent dieser Aufwendungen für die Errichtung der geschützten Werkstätte zurückzahlen muß.

Im Voranschlag ist aber auch für das Pflegegeld, für jene Personen, die auf keinen Arbeitsplatz vermittelt werden können, ein Betrag von 103 Millionen Schilling vorgesehen und gibt es derzeit 2800 Empfänger des Pflegegeldes nach dem Behindertengesetz. Auf Grund der Erhöhung von sechs Prozent werden in der Stufe 1 ein Pflegegeld von 1530 Schilling und in der Stufe 2 von 3060 Schilling ab 1. Jänner 1982 bezahlt. Ebenso haben wir einen lange gehegten Wunsch der Zivilblinden in der Steiermark nun in diesem Landesbudget verpacken können beziehungsweise erfüllen können. Immer wieder wurde bei den Landesversammlungen der Zivilblinden die Forderung aufgestellt, daß das Bundesland Steiermark endlich einmal mit jenen Bundesländern, die die höchste Blindenbeihilfe zahlen, gleichziehen soll und daß das einmal gemacht werden könnte. Diese Forderung des Zivilblindenverbandes ist mit diesem Budget erfüllt. Wir haben die Blindenbeihilfen um 9,7 Prozent erhöht und sind damit mit Salzburg und Oberösterreich an der Spitze der Länder, die die höchste Blindenbeihilfe zahlen.

Nun noch zu einem Kapitel, das im vergangenen Jahr oder auch schon im vorigen Jahr sehr viel an Diskussion gebracht hat. Man konnte feststellen, daß mehr als in vergangenen Jahren sich Politiker, Experten, Erzieher, Sozialarbeiter mit den Fragen der Jugendwohlfahrt befaßt haben, und es ist die gesamte Jugendwohlfahrt der Steiermark in einer großen Diskussion und in vielen einzelnen Arbeitskreisen erörtert worden. Ich glaube feststellen zu können, daß ausgehend von dieser Jugendwohlfahrtsenquete, die ich im November des vorigen Jahres initiiert habe, viele junge Menschen sozusagen aufgetaucht sind, die sich persönlich engagieren und die die ernste Absicht und auch die entsprechende Ausdauer nun unter Beweis gestellt haben, im Bereich der Jugendwohlfahrt mitzuwirken. Wir haben auch gleichzeitig, um entsprechende erziehungswissenschaftliche Erkenntnisse zu bekommen, dem Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Graz unter der Leitung von Univ.-Prof. Wurzwallner einen Auftrag erteilt, eine Studie über die Fragen der Jugendwohlfahrt in der Steiermark auszuarbeiten. Es zeigt sich auch hier, daß die mannigfaltigen Probleme nur mit einem differenzierten Angebot an Hilfsleistungen bewältigt werden können. Nur ein kleiner Teil – und auch das ist gut so – der Kinder, der im Elternhaus keine Aufnahme findet, muß von uns aufgenommen werden oder in Einrichtungen der Jugendwohlfahrt der öffentlichen und der freien Wohlfahrt betreut werden. Einen ganz wichtigen Platz in dieser Jugendwohlfahrt – das möchte ich ausdrücklich unterstreichen – wird man in Zukunft den Pflegeeltern

zuordnen müssen, und wir haben schon in den letzten Jahren mit einer entsprechenden Pflegeelternschule begonnen, um diesen Personenkreis, der in der Steiermark 4000 Pflegekinder versorgt, besser mit der Aufgabe vertraut zu machen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und auch späterhin – das wird man ohne Zweifel miteinbeziehen müssen – eine entsprechende finanzielle Abgeltung zu geben. Besonders geschulte Pflegeeltern müssen wir bekommen, die auch bereit sind, schwierige Jugendliche zu nehmen, wenn wir unsere Heime weiter entlasten wollen. Der Weg, den wir damit beschritten haben, hat sich jedenfalls schon als sinnvoll und richtig erwiesen.

Darüber hinaus werden wir uns in der Jugendwohlfahrt mit der Frage der Tagesmütter intensiv zu beschäftigen haben. Das ist auch eine Aufgabe, die wir entsprechend betreuen müssen, die wir auch finanziell entsprechend fördern müssen. Das neue Jugendwohlfahrtsgesetz, das kommen wird, wird uns auch im Steiermärkischen Landtag bei der Behandlung des Ausführungsgesetzes die Möglichkeit geben, alle jene Fragen und jene Dinge einzufügen und einzuordnen, die wir aus den spezifisch steirischen Gesichtspunkten dabei untergebracht haben möchten. Aber eines, glaube ich, meine Damen und Herren, muß auch gesagt werden: Mit den derzeitigen Personalständen im Bereich der sozialen Wohlfahrt werden wir keinesfalls das Auslangen finden. Wenn der Herr Kollege Jungwirth gesagt hat, um einen effizienten Dienst in der Hauskrankenpflege einzurichten, würden wir etwa 60 Diplomschwesterinnen brauchen, wird das wahrscheinlich richtig sein. Ich kann nur sagen, mit unseren derzeitigen Ständen an Fürsorgerinnen können wir auch keineswegs das Auslangen finden, denn wenn ich nur ein Beispiel herausgreife, daß im Bezirk Radkersburg 300 Pflegekinder von drei Sozialarbeiterinnen betreut werden, dann spricht das Bände, sofern man dabei das Wort „betreut“ überhaupt noch in den Mund nimmt. Es ist die spezifische Aufgabe der Sozialarbeit, sicherlich allen jenen Menschen zu helfen, die der Hilfe der öffentlichen Hand bedürfen und die nicht in das System der sozialen Sicherheit fallen und im Hinblick auf unsere Sozialversicherungseinrichtungen und auf die Sozialpolitik des Bundes keine entsprechende Berücksichtigung finden.

Ich bin auch überzeugt, meine Damen und Herren, daß es uns in gemeinsamer Anstrengung immer wieder gelingen wird, die traditionellen Aufgaben in der Sozialhilfepolitik zu erfüllen und die neuen Erfordernisse aufzunehmen. So komme ich auch schon zum Schluß und möchte Ihnen danken für die Unterstützung, die Sie mir als Sozialreferent immer wieder gegeben haben, und möchte auch allen Mitarbeitern im Büro und in der Rechtsabteilung 9 meinen Dank aussprechen. Denn alle zusammen – glaube ich – müssen wir wirken, um eine gute Arbeit für jene Menschen zu leisten, die eben der Hilfe unserer Sozialpolitik bedürfen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 4, Wohnbauförderung. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Wohnbauförderung hat ohne Zweifel eine sehr, sehr große Bedeutung in unserem Aufgabenbereich, und man könnte grundsätzlich sehr viel darüber sagen. Ich möchte mich aber auf ganz wenige und wie mir scheint, doch wesentliche Punkte beschränken. Die Diskussion um die Reform, um die grundlegende Reform unseres gesamten Systems der Förderung ist ja noch immer im vollen Gang. Je öfter man solche Diskussionsbeiträge liest oder daran teilnimmt, desto mehr kommt einem zum Bewußtsein, wie schwierig die Situation ist. Es ist nur eines klargestellt, meine Damen und Herren, daß ein großer Bedarf an Wohnungen da ist und daß es auch keine Schwierigkeiten gibt, diese zu bauen. Die große und bisher noch immer unbeantwortete Frage ist, wie kann der soziale Wohnbau in einer Art und Weise finanziert werden, daß man mit Recht von einem sozialen Wohnbau sprechen kann, um gleichzeitig so viele Wohnungen zu bauen, daß wenigstens der dringendste Bedarf gedeckt werden kann. Ein einfaches Beispiel: Nehmen wir eine 100-m²-Wohnung für eine Familie mit drei Kindern, diese Wohnung kostet, ich sage es ganz einfach, damit wir uns beim Rechnen nicht anstrengen müssen, eine Million Schilling. Wenn man die Wohnung bezieht, angenommen man hat diese Million, legt sie auf den Tisch, läßt sie bauen und bezieht die Wohnung, so bezahlt man ungefähr 2000 Schilling an Betriebs- und Heizungskosten. Das wäre erträglich, aber wer hat diese Million? Wer sie nicht hat, der muß sie sich ausborgen, mit zwölf Prozent, das sind 120.000 Schilling Zinsen, die Amortisation dazu, mit Betriebskosten sind das 15.000 bis 16.000 Schilling pro Wohnung, das wäre der sogenannte frei finanzierte Wohnungsbau. Diese Diskrepanz ist eigentlich das ganze Problem unserer Wohnbauförderung. Wir gehen bisher den Mittelweg einer Kombination in der Aufbringung von Eigenmitteln, Kapitalmarktdarlehen und Förderungsbeiträgen; dies verbunden mit einer großzügigen Subjektförderung. Und auch dieses System reicht, wie wir wissen, nicht aus, und deswegen soll reformiert werden, aber wie? Wir haben im Rahmen des uns gegebenen Spielraumes durch die weitreichende Änderung der Förderungsrichtlinien - ich will da nicht näher eingehen, wir haben davon gesprochen, als es beschlossen wurde -, durch die Auflassung der Annuitätzuschüsse etwas eingeleitet, was in diese Richtung geht. Aber darüber hinaus gäbe es nur zwei Möglichkeiten, um die Belastungen, die immer noch zu groß sind, zu mildern. Entweder wir bauen weniger mit den vorhandenen, immerhin sehr großen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, darüber wird der Herr Landesrat Koiner reden, damit wir uns das ein bißchen teilen, daß keiner zu lange redet, oder wir bekommen irgendwo zusätzliche Gelder her. Das ist ganz einfach gesagt. Weniger bauen ist im Interesse der Wohnungssuchenden das schlechteste, Mittel aufzubringen, ist das schwierigste. Die 30 Schilling Wohnungsbeihilfe wären eine Möglichkeit, davon haben wir schon gesprochen. Eine wesentliche und besonders wirksame Maßnahme, meine Damen und Herren, wäre es auch, wenn man sich doch dazu entschließen könnte, die aushaftenden langfristigen Darlehen im verkürzten Zeitraum hereinzuholen. Denn die soziale Diskrepanz - ich möchte

auch da nicht näher eingehen, ich nehme an, daß Sie das wissen, was ich meine in der Kürze - durchwegs gleichwertiger Wohnungen, die inzwischen im Lauf der Jahre eingetreten ist, ist tatsächlich sehr, sehr ungerecht, man kann fast sagen, es ist untragbar. Es sind viele Milliarden Schilling ausständig. Und wenn man auch einen sehr behutsamen Weg gehen würde in dieser Frage, wäre das sehr viel. Da bei der Rückzahlung der Eigenmitteldarlehen, die uns auch sehr belasten, die Einkommensentwicklung berücksichtigt werden sollte, das hat der Abgeordnete Schaller auch schon einmal hier zur Diskussion gestellt und man soll das nicht vom Tisch wischen. Daß die Wohnbauförderung von der Gewährung der Wohnbeihilfen entlastet werden sollte, weil diese Beihilfen eine familienpolitische Maßnahme und keine Wohnbaumaßnahme sind, das haben wir auch schon gesagt, aber wir machen uns keine Illusionen, das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt gewiß nicht durchführbar.

Was die Zinsen betrifft, die Kapitalmarktmittel, die notwendig sind, da könnte man die Förderungsbeiträge von 60 auf 70 Prozent erhöhen. Aber das ist wieder die Wirkung, daß man wieder weniger bauen kann, oder es gelingt doch, was ich bei der Wirtschaftsdebatte gesagt habe, den Kreditapparat zu veranlassen, daß Mittel und Wege gefunden werden, die Kapitalmarktmittel doch etwas billiger zu bekommen. (Abg. Dr. Heidinger: „Freund Loidl, die Vorschläge haben wir voriges Jahr diskutiert!“) Ein Bankdirektor hat da natürlich eine andere Meinung als einer, der sich das Geld ausleiht und die Zinsen zahlen muß. Das ist klar. (Abg. Dr. Heidinger: „Wir haben ganz die gleiche Meinung, die Notenbank hat eine andere!“)

Meine Damen und Herren, nicht zuletzt, das möchte ich auch in aller Kürze sagen, sollten wir uns neuerlich überlegen und prüfen, ob wir nicht beim Bauen selbst billiger und wirtschaftlicher sein könnten: Da sage ich etwas, was ich gar nicht gerne sage, weil man das vielleicht anders auslegen kann, obwohl es das nicht ist. Die erstaunliche Tatsache nämlich, daß wir vor Jahrzehnten schon 20 bis 24 Monate gebraucht haben, um einen Wohnblock fertigzustellen, und so, als ob es überhaupt keine technische Entwicklung gegeben hätte, brauchen wir immer noch 20 bis 24 Monate, bis ein Haus wirklich bezugsfertig ist. Das ist fast das Doppelte wie in den skandinavischen Ländern. Die Ursache liegt, das ist auch ganz einfach, in der ungenügenden Organisation des Bauablaufes. Daß es dann Verzögerungen gibt, das ist schon manchmal ziemlich arg. Es wäre das eine wichtige Aufgabe der Bauträger, sich im verstärkten Ausmaß dieser Sache anzunehmen, und ich möchte sagen, daß es Beispiele gibt, wo das mit großem Erfolg geschehen ist. Es ist halt nicht die Regel.

Vielleicht sollte ich noch darauf hinweisen, daß das Bauen etwas wirtschaftlicher zu gestalten wäre, auch durch die Bestimmungen, daß die zukünftigen Wohnungsinhaber etwas mehr mitbestimmen können, eingebunden werden sollen in das Baugeschehen, und dadurch diesem Ziel dient. Aber auch die Verpflichtung der Bauträger, für eine bessere Bauaufsicht zu sorgen, geht in diese Richtung.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus haben wir aus gegebenem Anlaß mit aller Deutlichkeit schon wiederholt darauf hingewiesen, daß wir von den Wohnbauträgern in Erfüllung ihrer gewährten Gemeinnüt-

zigkeit sowie als Treuhänder öffentlicher und privater Gelder erwarten, daß sie alles tun, um die Interessen der Wohnungswerber zu wahren und alles unterlassen, was dem entgegensteht. Wir waren in diesem Haus einhellig der Auffassung, daß es zweckmäßig ist, eine Kontrollinstanz einzurichten, deren Aufgabe es ist, die Einhaltung dieser Grundsätze zu überwachen. Das ist bisher auch noch nicht geschehen. Ich bin schon am Schluß, meine Damen und Herren! Da grundsätzlich über die notwendige Reform der öffentlichen Wohnbauförderung ja Einvernehmen besteht, ist zu hoffen, daß doch bald Entscheidungen in der Grundsatzgesetzgebung, das sage ich ausdrücklich, getroffen werden, welche uns diesem Ziel, das wir gemeinsam haben, näherbringen. Aber ganz besonders – das muß ich noch einmal sagen – Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross, ihr habt es ja mehr oder weniger vereinbart –, ganz besonders warten wir auf das Wohnbausonderprogramm. In erster Linie die Wohnungssuchenden, aber auch die Bauarbeiter, die diese Arbeitsplätze so dringend benötigen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kanduth. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kanduth: Frau Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn man gestern an dieser Solidaritätskundgebung teilgenommen hat und heute die Nachrichten verfolgt, dann muß man feststellen, daß es Entwicklungen gibt, die zu großer Sorge Anlaß geben. Und irgendwo kommt man sich ein bißchen komisch vor, wenn man dann über viel kleinere Sorgen in diesem Hohen Haus redet. Aber man muß es doch tun. So habe ich mir vorgenommen, einmal über die Genossenschaften einige Worte zu sagen. Sie sind ja nicht immer sehr gut weggekommen in diesem Hohen Haus bei Diskussionen. Ich darf aber auch davon reden, daß es auch in diesen Bereichen Sorgen gibt. Ich glaube auch, daß wir in aller Deutlichkeit sagen können, daß sich in der letzten Zeit das Image dieser gemeinnützigen Genossenschaften in der Steiermark doch um einiges verbessert hat. Ich glaube, daß einmal die Presse dazu beigetragen hat, aber ganz besonders – und davon bin ich wirklich überzeugt – haben dazu beigetragen die neuen Richtlinien, die im heurigen Sommer herausgegeben wurden. Vor allem deshalb, meine Damen und Herren, weil es die Genossenschaften zu mehr Kontakt mit den zukünftigen Wohnungseigentümern zwingt. Das ist meiner Auffassung ein ganz wesentlicher Teil dieser Frage. Die künftigen Wohnungseigentümer erhalten dadurch das Recht mitzureden und vor allem die Gewißheit, daß sie in die Geschäftsgebarung bei der Bauabwicklung jederzeit Einsicht nehmen und dies überprüfen können. Dies ist meiner Meinung eine wirklich positive Entwicklung für beide Teile. Trotzdem möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, um die Sorgen der Genossenschaft auch aufzuzeigen. Ein ganz besonderes Problem, und das wird in den letzten Jahren immer stärker, ist die Frage der Betriebskosten. Wenn man im Jahre 1970 für eine Eigentumswohnung pro Jahr 1030 Schilling etwa an Betriebskosten bezahlt hat, so zahlt man im Jahre 1980 – meine Damen und Herren – 4400 Schilling, also um 328 Prozent mehr. Eine noch härtere Belastung für die Wohnungseigentü-

mer stellt allerdings die Steigerung der Heizkosten dar. Und auch hier ein Vergleich: Im Jahre 1970 hat man durchschnittlich pro Wohneinheit 1842 Schilling auf den Tisch legen müssen. Heute sind es 6508 Schilling, eine Steigerung um 253 Prozent. Betriebskosten, Heizkosten usw. sind vom Wohnungseigentümer oder auch Mieter selbst zu tragen. Er bekommt dafür keine Wohnbeihilfe, und daher ist dies eine ganz harte Belastung. Dies gilt vor allem für jene Wohnungseigentümer noch mehr, die sich vor dem Jahre 1968 eine Eigentumswohnung erworben haben, weil dieser Personenkreis aus dem Kreis der Wohnbeihilfeempfänger völlig ausscheidet. Und wenn man bedenkt, daß das Einkommen von 1970 bis 1980 etwa um 125 Prozent zugenommen hat, so kann man sich ausrechnen, welche Belastungen auf die Menschen mit diesen Wohnungen zukommen. Eine weitere große Sorge – und ich weiß schon, das hört unser Generaldirektor genau so wenig gern – sind die Hochzinspolitik und die Zinsbelastung. Diese Hochzinspolitik, wie sie zur Zeit gemacht wird, bringt schon sehr viele Probleme mit sich; vor allem wieder in dem Kreis von Menschen und Wohnungseigentümern, die keine Wohnbeihilfe erhalten, denn alle jene, die eine Wohnbeihilfe erhalten, meine Damen und Herren, dort ist diese Subjektförderung in der Steiermark so großzügig, daß diese Zinssatzerhöhungen durch die Wohnbeihilfe abgedeckt werden. Aber es gibt ja sehr viele, die eben nicht hineinfallen. Ich möchte auch dazu sagen, daß eine Zinssatzerhöhung bei einer Genossenschaft mit einer Größenordnung von vielleicht 8000 Wohnungen, die sie zu verwalten hat, einen Aufwand von rund 200.000 Schilling erfordert. Das sind innerbetriebliche Kosten, die selbstverständlich nicht auf den Wohnungseigentümer umgelegt werden können und von den Genossenschaften selbst zu tragen sind. Dazu kommt noch – das ist gar nicht so einfach den Menschen klarzumachen –, daß die Genossenschaften für diese Dinge wirklich nichts dafür können. Eine weitere Sorge ist sicherlich – wie sie auch kurz angezogen wurde – die Frage der Neubautätigkeit. Wir haben nicht jenes Ausmaß, das wir brauchen würden. Wir können bei weitem nicht die Wünsche erfüllen, die an uns herangetragen werden. Hier muß ich doch erinnern, daß der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky Anfang der siebziger Jahre sehr deutlich gesprochen hat, jährlich um 5000 Wohnungen mehr zu bauen. Die Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß wir seit etwa der Mitte der siebziger Jahre jährlich mindestens um 5000 Wohnungen weniger bauen. Natürlich wird dadurch der Fehlbestand immer größer. Es ist schon irgendwo bedrückend, daß man nicht in der Lage ist, die lebensnotwendigen Bedürfnisse – dazu gehört eine menschenwürdige Wohnung – unserer Mitmenschen zu befriedigen. Die Subjektförderung, wie sie zur Zeit in der Steiermark gehandhabt wird, ist sicherlich für viele unserer Mitbürger die Grundlage, daß sie sich eine Eigentumswohnung kaufen können. Ich bekenne mich voll und ganz zu dieser Subjektförderung. Darüber gibt es überhaupt keinen Zweifel, wobei ich glaube, es gibt ja auch niemand, der sie nicht bejahen würde. Trotzdem muß ich auch das noch einmal zitieren. Es müßte die Wohnbeihilfe eigentlich für diese Subjektförderung aus dem Topf des Wohnbaus herauskommen. Es ist eine echte Sozialleistung und hat mit dem Wohnbau an und für sich nichts zu tun. Sie gehört – meiner Meinung – also tatsächlich

in die Kompetenz des Herrn Sozialministers. Und wenn man bedenkt, daß dies ja Hunderte Millionen Schilling sind, die im Jahr an Wohnbeihilfen ausgegeben werden, und wenn man das umlegen würde, dann heißt das, daß wir um Hunderte Wohnungen im Land mehr bauen könnten. Das heißt aber auch nicht nur, daß wir die Wünsche unserer Mitbürger leichter befriedigen würden, sondern daß wir einen außerordentlichen Beitrag für die Wirtschaft und für die Arbeitsplatzsicherung leisten. Wenn wir allein in unser Budget schauen, dann sind es im kommenden Jahr 175 Millionen Schilling, die für Wohnbeihilfen ausgegeben werden. Wenn ich das umlege, sind das gut 300 Eigentumswohnungen, die wir dafür mehr bauen könnten. Die Idee, die Wohnbeihilfe in der Höhe von 30 Schilling abzuschaffen, die kann ich auch nur bejahen. Ich möchte aber auch dazu dezidiert sagen: Sie ist nur dann sinnvoll, wenn dieses Geld ausschließlich dem Wohnbau, der Sanierung, der Verbesserung zugeführt wird. Wenn es wieder - so wie man es bereits gehört hat - für andere Zwecke verwendet wird, ja dann ist es mir wohl lieber, es bleibt, wo es ist. Ich möchte Sie also einladen, Herr Kollege Loidl, Sie haben sicherlich die besten Kontakte in dieser Richtung und den größten Einfluß - vielleicht können wir es doch erreichen, daß diese 30 Schilling, die letztlich eine Milliarde Schilling im Jahr ausmachen, tatsächlich für Wohnbauzwecke hergenommen werden. Ich habe mir also erlaubt, in der gebotenen Kürze einige Anregungen zu geben. Eine gesunde Wohnbaupolitik zum Wohle unserer Mitbürger muß das Anliegen aller Parteien sein. Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Meyer. Ich erteile es ihr.

Abg. Meyer: Sehr geehrte Damen und Herren!

Seit einigen Jahren, und das ist heute gesagt worden, wird immer wieder von der Notwendigkeit gesprochen, Änderungen am bestehenden System der Wohnbauförderung vorzunehmen. Es werden immer wieder die verschiedensten Reformvorschläge diskutiert. Diese Diskussion ergibt sich schon daraus, daß in den letzten Jahren diese exorbitante Erhöhung auf der Kostenseite, wie etwa bei den Kreditzinsen, gegeben ist und daher ein immer stärkerer Einsatz verlorener Zuschüsse notwendig ist, um die Auswirkungen dieser Erhöhungen auf den Wohnungssuchenden zu verringern. Durch diesen immer stärkeren Einsatz der verlorenen Zuschüsse bleibt natürlich immer weniger Geld für Neubauten. Im letzten Jahr sind ja die Baukosten weiterhin gestiegen, der Index weist eine Erhöhung um acht Prozent aus, und die Kreditzinsen für Hypothekarkredite sind auf zwölf Prozent angestiegen. Die dadurch bewirkte Verteuerung des Wohnungsaufwandes für Neubauwohnungen liegt weit über dem Einkommenszuwachs. Die Betriebs- und Heizkosten sind so angestiegen, daß zu befürchten ist, daß diese Neubauwohnungen nicht mehr an jenen Personenkreis vermietet oder ins Eigentum übertragen werden können, für den die öffentliche Wohnbauförderung als Instrument der Sozialpolitik geschaffen wurde. Schon jetzt sind ja die sozialpolitischen Maßnahmen der Subjektförderung, die eigentlich am Anfang nur für besonders förderungswürdige Randschichten der wohn-

nungssuchenden Bevölkerung geschaffen wurde, zum Normalfall geworden. Die Mehrheit der Wohnungssuchenden kann sich eine Neubauwohnung ohne staatliche Beihilfe überhaupt nicht mehr leisten.

Wenn ich die Wohnungssituation in der Steiermark aus der Sicht des obersteirischen Industriegebietes betrachte, so muß man doch feststellen, daß dieses Gebiet in mehrfacher Hinsicht stark benachteiligt wurde. Durch die jahrzehntelangen Versäumnisse auf dem Gebiet der Straßenplanungen in der Mur- und Mürzfurche entstanden verkehrspolitische Mängel, die sich nun in dieser wirtschaftlich so schwierigen Zeit besonders hart auswirken. Außerdem besteht seit Jahren eine prekäre Wohnsituation in den Ballungszentren, wie in Aichfeld-Murboden, in Leoben, in Bruck, in Kapfenberg, denn gerade in den Ballungszentren leben ja viele Menschen auf engem Raum zusammen. Diese prekäre Situation auf dem Wohnsektor, die auch heute noch besteht, ist wohl eine Folge davon, daß viele Jahre hindurch ja auch der Verteilungsschlüssel bei den Wohnbauförderungsmitteln in der Steiermark doch zugunsten des ländlichen Raumes ausgefallen ist. Erst jetzt mit dem Verteilungsschlüssel 50 : 50, 50 Prozent für die ÖVP-verwalteten und 50 Prozent für die SPÖ-verwalteten Gemeinden, zu denen ja durchwegs die größeren Städte zählen, konnten auch für die obersteirischen Industriegebiete wesentliche Fortschritte auf dem Gebiet des Wohnungsbaues erzielt werden. Obwohl gerade in den letzten Jahren dort in diesen Gebieten viele neue Wohnungen gebaut wurden, kann ich als Beispiel die Stadt Bruck an der Mur zitieren, die noch immer den Fehlbestand in dieser Region mit 700 Wohnungssuchenden aufweist. Dazu kommen noch zirka 70 Familien, die durch den Bau der Schnellstraße vom Mürztal ins Murtal nun umgesiedelt werden müssen.

In diesem Zusammenhang ist besonders zu begründen, daß ein Sonderwohnbauprogramm erstellt wurde, das doch insgesamt 900 Wohneinheiten zusätzlich fördern kann. Und dieses Sonderwohnbauprogramm hat sicherlich zweierlei Bedeutung. Zum ersten wird zusätzlicher Wohnraum geschaffen, der ja dringend benötigt wird, da in den achtziger Jahren mit einer Zunahme von Hausstandsgründungen zu rechnen sein wird, da die geburtenstarken Jahrgänge aus den sechziger Jahren ins Heiratsalter kommen. Damit entsteht ein vermehrter Wohnungsbedarf vor allem aber wieder in den Stadtregionen.

Die zweite große Bedeutung dieses Sonderwohnbauprogramms ist sicher wirtschaftlicher Natur. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Bauwirtschaft einen wesentlichen Schlüsselbereich darstellt, der gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten anfällig, aber auch als Instrument der Konjunkturbelebung einsetzbar ist. So trägt dieses Sonderwohnbauprogramm sicher einiges auch zur Erhaltung und Sicherung von Arbeitsplätzen bei. Wenn man von den Problemen der Wohnbauförderung spricht, so soll nicht unerwähnt bleiben, daß das Land Steiermark ja als erstes Bundesland in Österreich einen neuen Weg in der Wohnbauförderung insofern gegangen ist, als die Annuitätenzuschüsse für neu zu bauende Wohnungen, außer bei Heimen, in Zukunft zur Gänze wegfallen. Die Wohnbeihilfe wird hingegen zugunsten der einkommensschwachen Bevölkerungsschichten sehr wesentlich angehoben werden. Und

durch die Streichung des Annuitätenzuschusses, der gerade in den letzten Jahren durch die enorm gestiegenen Kreditkosten immer im größeren Ausmaß erforderlich wurde, ist man von der Objektförderung doch mit der erhöhten Wohnbauhilfe mehr auf die Subjektförderung übergegangen. Das erscheint mir besonders deshalb wichtig, weil damit doch eine wesentlich gerechtere Verteilung der vorhandenen öffentlichen Mittel erreicht werden kann. Weiters ist auch mehr Gerechtigkeit in der Vergabe der Mittel dadurch gegeben, daß die Förderung nach der Haushaltsgröße gewährt wird. Das heißt in der Praxis, daß es in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, daß ein Ehepaar ohne Kinder eine 120 m² große Wohnung voll gefördert erhält. Diese Neuregelung der Förderung nach Haushaltsgröße erscheint auch deshalb noch wertvoll, weil das Ziel unserer Politik, nämlich den Einkommensschwachen finanziell unter die Arme zu greifen, damit wieder mehr in den Vordergrund tritt. Außerdem war schon in den letzten Jahren zu bemerken, daß durch die hohen Kostensteigerungen beim Bau selbst wie auch beim Wohnungsaufwand der Trend wieder zu etwas kleineren Wohnungen, wie etwa zwischen 70 und 90 m², gegeben ist. Die gemeinnützigen Bauvereinigungen, die ja die Hauptbauträger in der Wohnungswirtschaft darstellen, werden durch die Maßnahme, daß eine begrenzte Quadratmeteranzahl pro Haushaltsmitglied gefördert wird, mehr dazu verhalten, familiengerechtere und dadurch aber auch eher erschwinglichere Wohnungen zu bauen. Nicht zu übersehen ist auch, daß es viele alleinstehende Menschen gibt, die genauso den Wunsch nach der eigenen Neubauwohnung haben wie eben die Familien. Bei den meisten alleinstehenden Menschen ist die Nachfrage, so ergibt das die Praxis, für Garçonnières oder Zweizimmerwohnungen besonders groß. In den letzten zehn Jahren wurde darauf kaum Bedacht genommen. In Zukunft wird auch hier das Angebot der Nachfrage und vor allem der Förderungsmöglichkeit angepaßt werden müssen.

Ein weiteres Problem stellen nach wie vor ja die Zweit- und Drittwohnungen dar, und es ist sicher sehr schwierig, diese Zweit- und Drittwohnungsbesitzer ausfindig zu machen. Doch ist gerade in diesem Zusammenhang auch die jetzige Aktivität des Landes Steiermark sehr zu begrüßen, die jetzt eine strenge Überprüfung in dieser Hinsicht durchführt. Es ist nur wünschenswert, daß diese Kontrollen noch weiter ausgebaut und verstärkt werden mögen. Wenn wir in der Steiermark auf dem Förderungssektor neue Wege gegangen sind, so wäre unter Umständen auch noch für weitere Reformen überlegenswert, ob man nicht auch einmal davon abgehen könnte, von Bauträgern die heute sicher nicht mehr zeitgemäße Mindestausstattung zu verlangen, die noch immer vorsieht, daß in einer neuerrichteten Wohnung eine Abwäsche und ein E-Herd sowie die Verkleidung der Wände im Bad und in der Küche mit Fliesen oder einem anderen dauerhaften Belag und PVC-Bodenbeläge vorhanden sein müssen. Die Erfahrungen bei den Bauvereinigungen ergeben jedoch immer wieder, daß diese Mindestausstattungen von den wenigsten Wohnungswerbern, so wie sie angeboten werden, auch angenommen werden. Das Wegfallen der Mindestausstattung hätte sicher den Vorteil, daß die Wohnungsanwärter von den Hand-

werkern nicht mehr so abhängig wären als bisher. Bekanntlich müssen ja die Sonderwünsche vom gleichen Handwerker erfüllt werden, der bei der Grundausstattung der Billigstbieter war, und in vielen Fällen, und das soll auch einmal offen gesagt werden, sehen manche Handwerker gerade in den Sonderwünschen das Geschäft ihres Lebens, und die Wohnungsanwärter werden hier zur Kasse gebeten. Ein weiterer Vorteil wäre, daß die Wohnungen durch den Wegfall der Mindestausstattung billiger würden und somit weniger Förderungsmittel in Anspruch genommen werden müßten. Vielleicht wären diese Überlegungen Denkanstöße für weitere Reformen in der Wohnbauförderung.

Abschließend soll festgestellt werden, daß das Wohnen zu den Grundbedürfnissen der Menschen zählt. Fragt man die Menschen nach den wichtigsten Kriterien für ihre Lebenszufriedenheit, dann nennen 90 Prozent neben Gesundheit, Partnerbeziehung und Einkommen die Wohnsituation, das heißt, daß eine wirklich unbefriedigende Wohnsituation bei den meisten Menschen stark auf die allgemeine Lebenszufriedenheit drückt. Diese Feststellungen sollen doch dazu führen, daß auch weiterhin ein Teil einer verantwortungsbewußten Sozialpolitik sein muß, daß wir alles tun, um auch den Menschen mit geringen Einkommen zu helfen, dieses Grundbedürfnis Wohnen insofern zu erfüllen, daß man auch ihnen dem heutigen Standard entsprechende und wirtschaftlich einigermaßen erschwingliche Wohnungen zur Verfügung stellen kann. Damit schaffen wir für die Menschen unseres Landes jene Voraussetzungen, die notwendig sind, daß alle an der Verbesserung der Lebensqualität ihren Anteil haben. Danke! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Diese Gruppe ist immerhin eine sehr große Gruppe mit 2,8 Milliarden Schilling; so daß es sich schon auch auszahlt, zumindest einige Gedanken noch dazuzusagen, wobei ich mich nicht zu wiederholen brauche. Wir sind uns in den wesentlichen Fragen durchaus einig. Wir haben auch gerade auf dem Gebiet des Wohnbaues um Lösungen gerungen, die von allen mitgetragen werden können. Das Jahr 1981 hat uns sicher einige gravierende Neuerungen gebracht. Darüber ist schon gesprochen worden. Ich kann darauf verzichten. Wir wissen allerdings auch, daß die Änderung der Förderungsrichtlinien allein das Problem des Wohnbaues nicht lösen kann. Und hier sind schon unsere gravierendsten Punkte genannt worden — die Kostenexplosion, ich brauche mich nicht zu wiederholen, die Verteuerung des Wohnens von der Betriebskostenseite her, die Verteuerung des Bauens durch die Zinsenexplosion und durch die Hochzinspolitik. Einen Punkt möchte ich allerdings nennen, der bisher nicht genannt worden ist: die zunehmende Schwierigkeit, Mittel für die Finanzierung des Wohnbaues überhaupt aufzubringen. Hier fällt uns die derzeitige Politik auf den Kopf, weil sie das Bausparen allmählich uninteressant macht. Durch die Verschlechterung der Bausparbedingungen einerseits und durch die Hochzinspolitik andererseits haben wir mit dem Faktum zu kämpfen, daß

wenig angespart wird, daß damit auch weniger Bauparmittel zur Verfügung stehen. Im Jahre 1980 sind in Österreich immerhin noch 22 Milliarden Schilling Bauparmittel in den sozialen Wohnbau geflossen und damit 45 Prozent der Gesamtfinanzierung. Heuer waren es nur mehr 14,5 Milliarden Schilling, und im Jahre 1982 rechnen wir mit 11,5 Milliarden Schilling. Das heißt, es fehlen uns hier vor allem auch Mittel, die von der Kostenseite her für den Wohnbau an sich sehr günstig sind. Nun, Kollege Loidl hat diesen Teufelskreis schon aufgezeigt: Weniger bauen und mehr fördern oder mehr bauen und weniger fördern! Ich bin mit ihm durchaus einer Meinung, daß wir auch hier überlegen sollten, die langfristigen Darlehen, Wohnhauswiederaufbau, Bundeswohn- und Siedlungsfonds mit heute unsinnigen Förderungsbedingungen, 90 Jahre unverzinslich, zu verkürzen. Es ist sicher ein sehr schwerwiegender Eingriff, weil in bestehende Verträge durch Gesetz eingegriffen wird. Aber ich glaube, im Sinne der Gerechtigkeit ist auch so etwas vertretbar.

Ich meine aber doch, daß wir einen Faktor auch noch besprechen sollten, der in die Richtung Kosten geht: die zunehmende Belastung des Wohnbaues durch die Steuern. Ich meine, daß wir auch hier eine gemeinsame Vorgangsweise finden könnten. Wir haben auch öfter schon darüber gesprochen. Es ist eine Tatsache, daß es im Wohnbau von der Steuerseite her zwei Kategorien an Förderung gibt. Die einen, die Mietwohnungen, sind ohne Mehrwertsteuer, und die Eigentumswohnungen sind mit der üblichen Mehrwertsteuer von 18 Prozent, einige Positionen mit acht Prozent belastet. Das bedeutet, daß wir die Mittel für den Wohnbau sehr schwer aufreiben, um sie dann teilweise wiederum in den Steuersäckel des Finanzministers zurückfließen zu lassen.

Wir haben uns das ausgerechnet. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Mietwohnungsbau, der etwa 40 Prozent in der Steiermark ausmacht – eine sehr hohe Zahl, ich hätte das gar nicht geglaubt –, mehrwertsteuerfrei ist, und die Eigentumswohnungen mit Mehrwertsteuer belastet sind, bezahlen wir an den Finanzminister jährlich etwa 260 bis 270 Millionen Schilling an Mehrwertsteuer. Wenn wir hier gleiches Recht schaffen und diese Diskriminierung der Eigentumswohnung beseitigen, den sozialen Wohnbau mehrwertsteuerfrei setzen, würden damit in der Steiermark allein im Jahr 350 bis 400 Wohnungen mehr gebaut werden können. Ich appelliere an die Freunde von der anderen Seite, auch in Wien in diese Richtung hin tätig zu werden, weil wir damit nicht nur mehr bauen, sondern auch die einzelne Wohnung sehr beträchtlich verbilligen könnten. (Beifall bei der ÖVP.) Das würde bedeuten, daß wir, wenn man keine Rechnung zugrunde legt, die Wohnung im Schnitt um 150.000 bis 200.000 Schilling billiger herstellen könnte.

Nun, wenn man die Diskussion und den Pessimismus ein bißchen verfolgt, hat man manchmal fast den Eindruck, daß wir überhaupt nichts mehr bauen. Ich glaube, dem ist durchaus auch nicht so. Auch hier zwei, drei Ziffern. Wir haben im Jahre 1979 nahezu 3000 Wohnungen gefördert. Wir sind 1980 zurückgefallen auf 2100. Wir werden aber heuer, wenn wir die im letzten Beirat positiv begutachteten Förderungsbegehren berücksichtigen, rund 3500 Wohnungen fördern, die werden in Bau gehen. Das ist eine Ziffer, wie wir sie

seit vielen Jahren nicht erreicht haben. Wenn man sich auch den Stand der zur Zeit im Bau befindlichen Wohnungen (Stand vom 22. September) anschaut, sind es immerhin in der Steiermark rund 14.141, die sich im Bau befinden. Davon allein in Graz 4600. Ich glaube, das zeigt uns schon, daß der Wohnbau heute ein ganz gewaltiger wirtschaftlicher Faktor geworden ist, ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor vor allem im Hinblick auf die Konjunkturprobleme, mit denen wir uns sowieso jetzt auseinandersetzen haben. Gemeinsam mit dem Sonderwohnbauprogramm, mit dem Vorziehen von 900 Wohnungen zu den bereits bewilligten, werden wir ganz sicher einen sehr starken Impuls wirtschaftspolitischer Art setzen können, der wahrscheinlich und hoffentlich auch Auswirkungen in Richtung Konjunkturbelebung, Beschäftigungspolitik, Arbeitsplatzsicherung auch in der Steiermark darstellt. Ich glaube eher, daß wir das Wohnungsproblem allein mit dem Neubau auch nicht lösen können. Es müßte uns gelingen – und das ist der zweite Punkt, auf den ich doch hinweisen möchte –, das ganze Potential leerstehender Wohnungen einmal auch wieder der Nutzung zuzuführen. Ich habe mir hier einiges angesehen. Es gibt allerdings leider Gottes die jüngsten Erhebungen noch nicht, die Ziffern stammen aus 1971, von der damaligen Wohnungszählung. Im Jahre 1971 sind in der Steiermark 26.191 Wohnungen leergestanden, in Graz waren es 5155. Nun, ich glaube, daß die kürzlich in einer Zeitung genannte Ziffer von 6000 nicht ganz stimmen dürfte, weil man mitberücksichtigen muß, daß ein Teil der leerstehenden Wohnungen einfach nicht mehr bewohnbar ist. In der Steiermark gibt es 14.051 Wohnungen der Kategorie 1 und 2. Das sind die gut und bestens ausgestatteten Wohnungen, in Graz allein 2500 Wohnungen, die leerstehen. Wir müssen nach Wegen und Möglichkeiten suchen, dieses Potential wieder nutzbar zu machen. Und hier eine kritische Anmerkung: Wenn man nämlich den Ursachen nachgeht, warum die Wohnungen leerstehen, so glaube ich, daß mit Ursache ein sehr versteinertes, altes, ideologisch belastetes Mietengesetz gewesen ist. Ich weiß es nicht, aber ich fürchte, daß die Chance, mit dem neuen Mietengesetz dieses Problem lösen zu können, nicht sehr groß ist, weil man sich von gewissen ideologischen Fixierungen auch diesmal nicht zu lösen vermochte. Es ist schade, weil damit eine Chance wirklich wiederum vorbeigegangen ist.

Und ein letztes: Ich glaube, daß wir uns auch sehr überlegen müßten, wie weit wir neben den leerstehenden Wohnungen sanierbares Potential in die Förderung miteinbeziehen beziehungsweise entsprechende Anreize in dieser Richtung hin schaffen sollten. Das Institut für Umweltforschung hat im Jahre 1976 eine Bedarfserhebung gemacht, die sicherlich da und dort in Frage gestellt worden ist. Aber wenn man diesen Ziffern nachgeht, kann man sagen, daß es in der Steiermark immerhin unter Berücksichtigung der sanierbaren Fälle unter Ausscheidung von Klein- und Kleinstwohnungen rund 63.000 Wohnungen gibt, die einer Sanierung zugeführt werden könnten, auf Graz bezogen sind es 24.000 Wohnungen, die heute Substandardwohnungen sind, 18.000 wären sicherlich sanierbar. Mit dem Beginn der Wohnungsverbesserung in der Steiermark haben wir einen echten ersten Ansatz gefunden. Wohnungsverbesserung und Alt-

haussanierung zusammen genommen, haben wir im Jahre 1975 1500 Fälle gefördert. Im Jahre 1980 waren es 4500. Das ist fast eine Verdreifachung. Ich konzediere durchaus, und ich gebe gerne zu, daß nicht alles in die Richtung gelaufen ist, wie wir es gerne möchten, daß die Förderung vielfach eine Zentralheizungsförderung geblieben ist, daß heute noch Elektroheizungen gefördert werden, unbegreiflich für mich. Wir werden ganz sicher in der Zukunft in Richtung großflächiger Sanierung denken müssen. Ich weiß schon, daß das Sanieren äußerst schwierig ist, vor allem in Miethäusern, seien es rechtliche Probleme oder manchmal fast unlösbare mietenrechtliche, steuerrechtliche, bodenrechtliche Probleme. Ich glaube auch, daß der einzelne in diesem Bereich nicht sehr weit kommt.

Ich möchte hier auch eine kritische Anmerkung sagen. Ich würde mir wünschen, daß unsere Wohnbaugenossenschaften mehr Interesse für diesen Komplex der Sanierung hätten. Ich fürchte, daß man lieber auf der grünen Wiese das „Zehnerhaus“ neu baut. Das ist ein eingelaufenes System, da weiß jeder, wie das geht. Die Liebe, sich mit so komplizierten Geschichten wie Sanierung, auseinanderzusetzen, ist nicht sehr groß, vielleicht auch, weil es wirtschaftlich nicht so viel bringt. Aber trotzdem, ich halte diese Schwerpunktverlagerung, und eine solche wird es sein müssen, in Zukunft als überdenkenswert, als wichtig, als sehr wichtig, einmal deshalb, weil wir hier vorhandene Substanz nicht verfallen lassen dürfen, weil wir auch hochwertige Bausubstanz als Kulturaufgabe zu erhalten haben und weil wir, meine Damen und Herren, auch mit der Sanierung in einem hervorragenden Ausmaß Arbeitsplatzpolitik machen können, und zwar eine Arbeitsplatzpolitik, die ich für ganz entscheidend halte. Vergleichen Sie einmal Wohnbau, womöglich in Fertigteilbauweise, wieviel hier an Kapitaleinsatz, Maschineneinsatz und wie wenig an Arbeitseinsatz ist mit einem Sanierungsvorhaben, wie viele Menschen hier beschäftigt werden können. Und das sind vor allem qualifizierte Leute, vom Fassadierer bis zum Installateur, wo wir eigentlich mit den gleichen Mitteln für viele Menschen in diesem Land Arbeit schaffen könnten und auch dazu beitragen, die mittelständische Wirtschaft, die ja heute das eigentliche Rückgrat unserer Beschäftigungspolitik ist, weiter zu stärken.

Meine Damen und Herren, ich bin am Ende. Ich hoffe, einige Gesichtspunkte für die Wohnbaupolitik beigetragen und aufgezeigt zu haben, wie wir dieses Instrument Wohnbaupolitik auch zur Arbeitsplatzsicherung einsetzen und damit auch das Wohnproblem vieler Menschen in diesem Land lösen können. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Das Wort hat nun Herr Landesrat Koiner.

Landesrat Koiner: Frau Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Nach den Beiträgen der Debattenredner könnte ich es mir eigentlich sehr leicht machen und sagen: Ich danke vielmals, es sind alle wesentlichen Dinge dargestellt worden. Was zum Beispiel Herr Kollege Loidl gemeint hat, wir werden uns die Arbeit teilen, würde für mich den angenehmen Effekt haben: Ihr habt so

viel Arbeit auf euch genommen, es bleibt mir nichts mehr zu sagen. Ein bißchen zu wenig wäre das doch. Gestatten Sie mir, folgendes festzustellen: Wir haben einige Änderungen, sehr wesentliche Änderungen, in den Richtlinien gemeinsam erarbeitet und dann auch durch Verordnung fixiert, ich brauche nicht mehr darauf zurückkommen und nenne im wesentlichen den Wegfall des Annuitätzuschusses und die Reduzierung der Laufzeit. Dies möchte ich hier vor dem Hohen Haus sagen, contra legem, weil wir diese Verordnung als notwendig erachtet haben. Ich bin trotzdem nicht beunruhigt, daß sehr viel passieren wird, weil niemand etwas gegen diese „Contra-legen-Verordnung“ tun wird. Die Beteiligung der Wohnungswerber, die ich für sehr wichtig halte, die Änderung der geschlossenen Siedlung und der Reihenhäuser, die einfach unumgänglich und die alte Regelung nicht mehr gerecht war, wurden doch einige sehr wesentliche Änderungen geschaffen. Was an Beiträgen herausgekommen ist, ist fast alles hundertprozentig zu bestätigen. Was mir Sorge bereitet, ist auch zum Ausdruck gekommen: Ich erinnere mich an den Kollegen Prensberger als Generalredner – ich habe es mir eigens aufgeschrieben –, der auch völlig zu Recht gemeint hat, die Wohnbauförderung müßte noch sozialer werden. Ich erinnere aber daran, was die Debattenredner gesagt haben, was auch zu beachten ist. Und wenn unüberhörbar der Ruf der Bauwirtschaft auf das Sonderwohnbauprogramm gekommen ist, zu dem wir ja gesagt haben und zu dem ich heute auch sagen kann: Es ist fertig, es kann sicher zeitgerecht begonnen werden, wir sind über die Bühne, auch gemeinsam und ohne Probleme. Es kann also im Frühjahr voll begonnen werden. In aller Deutlichkeit zeigt sich auch, was eigentlich so stark zum Ausdruck gekommen ist. Wir haben uns eigentlich um nichts anderes mehr zu bemühen, als die Gelder, die uns anvertraut sind, möglichst günstig zu administrieren. Da gibt es die zwei Möglichkeiten, sozial zu sein, mit der Tatsache – die darf man einfach nicht übersehen –, daß das seine Rückwirkungen auf die Quantität der geförderten Wohnungen hat. Das ist einmal nicht zu übersehen. Aber zweitens bitte, und das ist auch zu überlegen, daß jener, der eine Wohnung hat und sehr sozial gefördert ist und jetzt noch mehr gefördert wird, eigentlich auch schon wieder eine Ungerechtigkeit darstellt gegenüber jenem, der sagt: „Und ich warte noch immer darauf, für mich können sie weniger bauen, und die Vorteile stehen für mich überhaupt nicht zur Verfügung.“ Zwischen diese beiden Torstangen muß die Wohnbauförderung durch, wenn sie den Ball ins Tor bringen will. Das in aller Deutlichkeit. Ich möchte auch sagen, daß wir diese Richtlinien nach einer doch sehr eingehenden Debatte und vielen Abwägungen verhältnismäßig schnell über die Bühne gebracht haben. Es wäre daher wirklich wünschenswert, wenn auch auf der Bundesebene das nun verhältnismäßig lange schon in Diskussion stehende zügig über die Bühne gehen würde. Das betrifft sicher diese 30 Schilling. Zahlen sind hier auch genannt worden. Ich glaube, daß die Wirkung der Wohnbauförderungsbeiträge, wenn sie in die Wohnbauförderung gehen, ungleich größer ist und daß dies eigentlich zwei Schachteln Zigaretten sind – ich bitte um Entschuldigung, daß ich immer in Zigaretten denke –, es sind aber eigentlich zwei Schachteln Zigaretten, die auf den einzelnen zukommen. Nun, eines muß ich noch sagen,

und das ist auch deutlich herausgekommen. Ich glaube, es ist einfach eine Illusion zu glauben, daß die Wohnbauförderung all das, was auf die österreichische Familie, auf den Wohnungswerber und auf den Wohnungsbesitzer zukommt, ausgleichen kann, denn die Betriebskosten, wie Energie-, Müllabfuhr-, Wasser-, Kanal-, Stromkosten, steigen ständig. Ich möchte aber auch die Mißentwicklung bei den Mietenwohnungen und im Mietenrecht erwähnen. Das kann einfach die Wohnbauförderung nicht ausgleichen, außer wir machen eine völlig andere Art der Förderung. Da gibt es keine Illusion, und ich möchte auch nicht eine solche Illusion bestehen lassen.

Nun, ich habe mir überlegt, ob man noch zu den Zinsen etwas sagen soll. Das wird ja verschieden dargestellt. Gar keine Frage, daß das ein wesentlicher Faktor in der ganzen Wohnbauförderung ist. Aber diese Frage stellt sich natürlich auch nicht ganz unproblematisch dar. Schauen Sie, die Habenzinsabkommen sind gefallen. Ich brauche nicht darauf zu sprechen kommen, warum und wer die Hauptbetreiber sind. Ich glaube nicht, daß es zu einem neuen Habenzinsabkommen kommt. Da gibt es viele Überlegungen dazu. Aber eines ist erkennbar, bitte sehr. Vor nicht allzu langer Zeit sind die Zinssätze für kurzfristiges Tagesgeld nach langen Bemühungen – das ist eine Marke in der Zinssatzhöhe –, von 13 auf neun Prozent zurückgenommen worden. Ein Ansatzpunkt, ein Hoffnungspunkt in der Zinssatzpolitik. Entsetzter Schrei aus der Nationalbank, kurzfristig, innerhalb von drei Tagen, erfolgte darauf ein Abfluß von 3,5 Milliarden Schilling aus Österreich. So kompliziert stellt sich das also – leider Gottes – dar. Und auch hier können wir leider auch nur feststellen, daß wir nur begrenzt Handlungen setzen können, von denen wir überzeugt sind, daß sie gut wären. Wir sind hier eingebunden in einen internationalen Mechanismus. Ich möchte das auch nochmals deutlich sagen.

Und nun zum Abschluß. Damit nicht etwas im Raum stehen bleibt, was mir manchmal auch Sorge bereitet und was in manchen Medien als Schlagwort herauskommt – der soziale Wohnbau ist am Ende. Ich halte so etwas für sehr gefährlich, und ich betrachte es manchmal als fast eine Verlegenheit, wenn man gerade nichts anderes zu schreiben weiß, denn es stimmt einfach auf gar keinen Fall. Und deshalb auch nur in Kürze die Zahlen. Zuerst einmal die Zahlen, was seit 1970 gefördert worden ist. Wir haben im Geschoßbau seit 1970 über 40.000 Wohneinheiten gefördert. Wir haben im Eigenheimbau etwas weniger als 40.000 neue Wohneinheiten gefördert. Wir haben also seit dem siebziger Jahr de facto 80.000 neue Wohneinheiten geschaffen, und multiplizieren Sie es nun mit drei oder mit vier, dann werden Sie doch zu Zahlen kommen und zumindest zu dem Beweis, daß einiges auf dem Gebiet geschehen ist. Ich gebe aber gerne zu, daß die Anforderungen natürlich gestiegen sind. Und wenn in etwa zehn Jahren 80.000 neue Wohneinheiten geschaffen sind, dann bitte, muß einfach hier eine qualitative Anhebung des Wohnungsstandards erfolgt sein. Gott sei Dank! Wir haben in der Wohnungsverbesserung über 17.000 Begehren, in der Althausinstandsetzung fast 9000 Begehren, in der Hausstandsgründung über 13.000 Begehren positiv erledigen können, und wir haben 17.700 Eigenmittlersatzdarlehen gewährt und

dafür eine Milliarde Schilling ausgegeben. Und auch hier nur eine informative Zahl, manchmal graut es mir, wenn ich diese Dinge unterschreibe, und es ist gar nicht so selten, daß heute Eigenmittlersatzdarlehen in einer Größenordnung von 140.000 bis 150.000 Schilling auf 20 Jahre, bitte ohne Zinsen, zur Verfügung gestellt wurden. Ich weiß, daß dies manchmal notwendig ist, aber es ist auch unerlässlich zu sagen, daß damit die Quantität der Wohnbauförderung einfach auch eingeschränkt.

Meine Damen und Herren, zum letzten Stand etwa September 1981: Auch noch hiezu ein paar Zahlen. Wir haben in der Steiermark insgesamt über 14.000 Wohnungen in Bau. Davon sind in Graz mit gleichem Datum etwa 4652 Wohnungen im Bau, größtenteils doch mit einem Baufortschritt zwischen 75 und 90 Prozent, so daß wir doch sagen können, die Wohnbauförderung ist nicht am Ende, und wir werden sicherlich auch im nächsten Jahr – so die Zahlen halten –, ich hoffe es sehr, wieder um fast 200 Millionen Schilling gegenüber 1981 mehr zur Verfügung haben und auch hier noch einiges tun können. Frau Abgeordnete Meyer, ich bin auch voll mit Ihren Ausführungen einverstanden. Nur eines muß ich dazusagen: Wenn es gelänge, über die Streichung der Mindestanforderungen die Wohnungen billiger zu machen, dann würden wir uns sehr schnell einig werden. Ich glaube nur nicht daran, wenn man das wirklich genau untersucht. Aber wenn das der Fall wäre, wer würde sich denn – um Gottes Willen – dagegen stellen, wenn mit einer solchen Leichtigkeit die Wohnungen billiger werden würden. Das ist das, was ich noch sagen wollte.

Nun zum Schluß: Es gibt sicher drei große Dinge, die mir als der zuständige Referent am Herzen liegen. Erstens möchte ich zu einer Objektivierung in der Vergabe der Förderungszusagen kommen. (Beifall bei der ÖVP.) Frau Kollegin Meyer, Sie haben aus der Sicht Ihrer Region darauf hingewiesen, mir als Wohnbaureferenten geht es etwas anders. Ich höre es aus allen steirischen Gemeinden. Es ist einfach eine Tatsache. Es kann einfach nicht davon abhängig sein, wer mir als Bürgermeister sympathisch oder unsympathisch ist, ob ich an dem Tag, an dem der Bürgermeister zu mir kommt, gut oder schlecht aufgelegt bin, ob der jetzt die Förderungszusage bekommt oder ob er sie nicht bekommt. Es gibt bis dato zur Beurteilung keine objektiven Unterlagen. Wir haben veranlaßt, daß die Forschungsmittel, die wir etwa in der Größenordnung von einer Million Schilling je Jahr zur Verfügung haben, auf zwei Jahre konzentriert eingesetzt werden, um ein fremdes, außenstehendes Institut zu beauftragen, uns objektive Unterlagen hierfür zu erstellen. Das ist mir ein wichtiges Anliegen. Das zweite Anliegen, und auch das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen, trotz all dieser verschiedenen Gesichtspunkte, meine Damen und Herren, die Wohnbauförderung muß sozial bleiben. Ich weiß, daß wir, wenn wir weniger sozial sind, mehr Wohnungen bauen können, und daß das auch nicht erwünscht wäre. Aber im Prinzip muß ich sagen, es hilft mir nichts, wenn ich um ein Drittel mehr Wohnungen bauen kann, aber die Menschen einfach dort nicht einziehen können. Also muß der Wohnbau sozial bleiben. (Allgemeiner Beifall.) Das dritte Anliegen, das ist mein guter Vorsatz: Wir werden keine Förderungszusagen für Monsterprojekte mehr auf ein-

mal hinausgeben. (Allgemeiner Beifall.) Wir sehen überall dort, wo wir in überschaubaren, kontrollierbaren Größen fördern, daß es gut geht. Insbesondere dort, wo die Menschen noch eine Beziehung dazu haben, am meisten Beziehung haben sie natürlich beim Eigenheim, das sie selbst bauen. Da wissen sie genau, was sie vom Land als Förderung bekommen. In einer überschaubaren Größenordnung ist das auch noch kontrollierbar und wird auch jetzt sicherlich kontrolliert werden. Wenn das Bauvorhaben über fünf, sechs, sieben oder acht Jahre hingeht, Hunderte Wohnungen gebaut werden, dann weiß niemand mehr, wofür das Geld aufgewendet wird, es weiß niemand mehr, wann die Zinsen wirklich eingesetzt werden können. Solche Förderungszusagen wird es nicht mehr geben. (Allgemeiner Beifall.) Im übrigen, meine sehr geehrten Damen und Herren, bedanke ich mich herzlich für diese wirklich objektive Darstellung, für die Gemeinsamkeit. Es zeigt sich, daß wir trotz rechts und links und blau usw. (Abg. Ing. Turek: „Die Frau Präsident hat es nicht gerne, daß man blau sagt!“) Manchmal ist es ganz unterhaltsam, daß wir trotz dieser Verschiedenartigkeit eigentlich in sehr wenigen Punkten auseinander sind, fast in gar keinen. Was an mir liegt und an der Abteilung 14 und am Büro und am Referat, ich glaube, das kann ich versichern, daß wir uns zumindest bemühen werden, die Mittel, die wir zur Verfügung haben, so zu administrieren, daß sie möglichst effektiv und günstig eingesetzt werden. Ich danke vielmals. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Gruppe 4 mehr vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Erhart: Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen anfangs gestellten Antrag.

Präsident Zdarsky: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 4 einverstanden ist, möge zum Zeichen des Annahme die Hand erheben. Die Gruppe 4 ist angenommen.

Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Richard Kanduth. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kanduth: Frau Präsident, Hohes Haus!

Im Finanzausschuß wurde die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, behandelt. Sie sieht Einnahmen in der Höhe von 9.887.000 Schilling vor und Ausgaben in der Höhe von 281.762.000 Schilling. Namens des Finanzausschusses bitte ich um Annahme dieses Kapitels.

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Pfohl: Hohes Haus, Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Es mag zunächst erstaunlich wirken, daß sich ausgerechnet ein Mann der Wirtschaft in Angelegenheiten der Kultur zu Wort meldet. Es ist aber in einem sehr hohen und erfreulichen Ausmaß, gerade in den letzten Jahren, bewußt geworden, wie eng einerseits Wirt-

schaft und Kultur miteinander verknüpft sind, und wie wenig Bereiche des Kulturlebens ohne professionelles wirtschaftliches Denken und Management auskommen können, wollen sie nicht in ihrem Bestand überhaupt gefährdet werden. Wir sehen immer klarer, daß es Bereiche gibt, in denen es ganz einfach notwendig ist, ohne die künstlerische Freiheit auch nur irgendwie anzutasten, die Künstler durch Wirtschaftsfachleute und Manager von Dingen zu entlasten, an denen sie aus der Natur ihrer Anlage heraus scheitern müssen.

Erlauben Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß ich nur einige wenige Punkte anreiße, die mir wichtig erscheinen und von denen ich so viel zu verstehen glaube, daß ich mir diese Bemerkungen gestatten darf. Bevor ich zu jenem Thema komme, das mir am unmittelbarsten am Herzen liegt, nämlich dem Theater in Graz, gestatten Sie mir einige stichwortartige Bemerkungen zu ein paar anderen Fragen, die nicht übersehen werden dürfen. Da ist zunächst die Frage der Musikschulen in unserem Land, die zu einer positiven und wichtigen Befruchtung des Kulturlebens in allen Teilen des Landes beitragen und die dafür sorgen, daß immer mehr junge Menschen die Möglichkeit bekommen, ohne weite Wege auf sich nehmen zu müssen, ihre musischen Fähigkeiten zu entfalten. Wir müssen alle zusammen ein Ja zu dieser großen Einrichtung sagen. Ich meine aber auch, daß wir streng darauf achten müssen, die Dinge so im Griff zu behalten, daß wir sie auch auf Dauer finanzieren können und daß wir nicht auf einmal vor einer Situation stehen, in der es ein Jetzt-geht-es-nicht-mehr gibt.

Ein besonderes Kapitel ist unsere international renommierte Kunsthochschule, die – auch wenn sie eigentlich eine Sache des Bundes ist – immer mehr unser Anliegen bleiben muß. Ich finde es nicht sehr würdig, wenn der Rektor einer solchen Einrichtung, der noch dazu Vorstand eines international anerkannten Forschungsinstitutes ist, seine Hochschule faktisch von einem Besenammerl aus leiten muß. Es ist auch nicht vertretbar, wenn Studenten und Lehrer am ersten Jazzinstitut Europas in Räumen proben müssen, die nicht einmal mehr als Abstellräume taugen, und wenn die Abteilung Schauspiel ein mehr als armseliges Dasein fristen muß. Wir wissen genau um die schwierige finanzielle Lage, in der sich der Bund, in der wir uns alle befinden. Trotzdem aber glaube ich, daß wir unseren gesamten Ideenreichtum entfalten müssen, um unserer Kunsthochschule mit immerhin über tausend Hörerinnen und Hörern aus dem In- und Ausland bessere Möglichkeiten zu verschaffen. Davon würde schließlich nicht nur die Hochschule, sondern die gesamte Stadt und ihr Kulturklima profitieren.

Und nun noch ein Wort zur bildenden Kunst. Ich gestehe freimütig, daß ich mich in Sachen moderner Kunst nicht als Experte bezeichnen kann und daß es mir schwerfällt, zu manchen Werken der neuen Kunst Stellung zu nehmen. Trotzdem glaube ich, daß man darauf hinweisen muß, welch Trauerspiel es ist, daß die Neue Galerie des Landes weder wichtige Werke der modernen Kunst erwerben kann noch in der Lage ist zu verhindern, daß immer wieder bedeutende Bilder steirischer Künstler aus Privatbesitz über den Kunsthandel ins Ausland gehen, weil die offizielle Galerie des Landes nicht in der Lage ist, auch nur ein einziges

gutes Bild pro Jahr zu erwerben. Ich meine, daß hier innerhalb des Kulturbudgets eine Umschichtung vonnöten wäre.

Man kann nicht über die Budgetgruppe 3 sprechen, ohne ein bedeutendes Ereignis hervorzuheben: den Steirischen Herbst. Als einziges umfassendes Avantgardefestival Europas bringt der Steirische Herbst seit Jahren immer mehr ausländische Journalisten und Besucher nach Graz. Im Jahre 1981 wurden 189 Veranstaltungen von über 71.000 Besuchern und 140 Auslandsjournalisten besucht. Der Steirische Herbst bringt für das internationale Renommee unseres Landes mehr als fast alle anderen Kulturveranstaltungen zusammen. (Allgemeiner Beifall.) Man mag zur modernen Kunst stehen, wie man will, aber die geschichtliche Erfahrung lehrt einen, daß viele heute voll anerkannter, hervorragender Künstler zu ihrer Zeit leidenschaftlich und unnachsichtig bekämpft und diffamiert wurden. Der Zeitgeist ist eben nicht immer ein objektiver, zuverlässiger Juror, der entscheidet, ob eine Darbietung oder Darstellung Kunst ist oder nicht. Ich erinnere beispielsweise an Rodin, Richard Wagner oder in ganz besonderem Maße an Schiele. Nur als Nebensatz: Herrn Nitsch zähle ich nicht zu dem Personenkreis, den spätere Generationen als Künstler bezeichnen könnten. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber jetzt zum Theater, zunächst zur Theaterleitung: Ihre Meriten sind in vielen Hinsichten unbestritten, Ihre Stärke liegt aber sicher nicht in der Einhaltung der vorgegebenen Kompetenzen zwischen Intendanten und Verwaltungsdirektor. Zu allen wesentlichen Entscheidungen wäre die gemeinsame Zeichnung beider Herren notwendig. Das wäre beispielsweise bei Engagements von Gästen wie überhaupt bei der Ensemblepolitik. Man könnte den Eindruck gewinnen, wir hätten zwei Intendanten und keinen Verwaltungsdirektor. Ich bin der Überzeugung, daß man im Umgang mit dem Ensemble zu einer anderen und besseren Einstellung gelangen müßte. Eben bei diesen Engagements wäre darauf Rücksicht zu nehmen, ob nicht die eine oder andere Rolle aus dem eigenen Haus gleich gut oder sogar besser zu besetzen wäre als mit einem teuren Gast.

Ensemblepflege scheint mir überhaupt ein wichtiges Stichwort, das ich lieber verwenden möchte als das Wort Ensembleschutz, das hier allerdings auch angebracht wäre. Das soll aber nicht heißen, daß ich grundsätzlich gegen jedes Engagement von Gästen bin, es sollte aber von der künstlerischen wie auch von der finanziellen Seite überlegter erfolgen.

Nun zu den Finanzen: Einleitend muß eines mit aller Klarheit festgestellt werden: Das derzeitige Theaterbudget, einschließlich philharmonisches Orchester, belastet 1982 das Land und die Stadt Graz mit je fast 67 Millionen Schilling und stellt die absolute Obergrenze des noch Vertretbaren dar. (Beifall bei der ÖVP.) Mehr ist wirklich nicht drinnen. Es ist bedauerlich, wenn es von gewissen Kreisen immer wieder so dargestellt wird, als wäre es Böswilligkeit, Unwillen oder Unverständnis, wenn die Gebietskörperschaften oder gar der Theaterausschuß – der auf diese Dinge überhaupt keinen Einfluß hat – nicht mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Sache des Theaterausschusses ist es aber, darauf zu achten, daß die vorhandenen, sicher nicht überreichlichen Mittel bestmöglichst,

vernünftig eingesetzt werden. Auch in der Kunst muß man die Kunst beherrschen, mit dem Vorhandenen überdurchschnittliche Kunst zu bieten, und nicht gleich zu drohen; dann sacken wir ins Provinzielle ab. Das wäre zu primitiv.

Ich würde der Theaterleitung empfehlen, die sicher noch vorhandenen Möglichkeiten im Rahmen der finanziellen Gegebenheiten auszuschöpfen und durch Kreativität und bessere Zusammenarbeit aller Angehörigen der Vereinigten Bühnen zu beweisen, daß die Grazer Vereinigten Bühnen trotzdem ihre gute Position in der Weltrangliste der Bühnen halten können, selbst gegen Theater, die ein wesentlich höheres Theaterbudget haben als wir. Wie schon eingangs erwähnt, soll wirtschaftliches, und zwar betriebswirtschaftliches Denken und Handeln helfen, die vorhandenen Mittel besser und rationeller einzusetzen, um der Kunst mehr Spielraum zu ermöglichen. Und dazu gehört halt mehr Transparenz im Rechnungswesen, mehr Information, mehr gegenseitiges Vertrauen von oben nach unten und von unten nach oben, aber auch zwischen Theaterausschuß und Theaterleitung und umgekehrt. Die Reorganisation des Rechnungswesens auf EDV-Basis ist auf Grund eines Beratergutachtens seit einigen Monaten im Gang, die Arbeiten liegen in der Zeit.

Zur Verbesserung des Arbeitsklimas, der Information, des gegenseitigen Vertrauens, kurz der menschlichen Situation der Vereinigten Bühnen, ist ein einwöchiges Klausurseminar außerhalb von Graz geplant, an dem ein möglichst repräsentativer Querschnitt aller Beteiligten der Vereinigten Bühnen teilnehmen soll. Wenn das gruppenspezifische Unterfangen gelingen soll, so ist die Teilnehmerzahl allerdings mit zirka 25 limitiert. Sollten wir Erfolg haben, wird es zweifellos zu einer Fortsetzung kommen können.

Nun zur Opersanierung: Auch dazu vorweg etwas Grundsätzliches: Man kann auf dem Standpunkt stehen, daß die Oper Hochkultur bedeutet, die weder zeitgemäß noch wünschenswert ist, und die 230 Millionen Schilling anderweitig besser verwendet werden sollten. Das ist ein Standpunkt, den ich zwar nicht teile, der aber berücksichtigt werden müßte, sollte es die Mehrheit wünschen. Dann allerdings sollte man die Vereinigten Bühnen als Ganzes in Frage stellen. Bejaht man aber die Oper und das Theater grundsätzlich, dann muß man auch das Funktionelle, nicht zuletzt unter den vorhin aufgezeigten finanziellen Gesichtspunkten, bejahen. Ich werde gelegentlich über die Opersanierung angesprochen und bin oft erstaunt, wie einseitig bis unorientiert über den Anbau und die Finanzierung geurteilt wird.

Ich möchte daher feststellen: Die Kosten für die Sanierung der Vereinigten Bühnen, den Neubau der Werkstätten, des Kulissendepots in der Girardigasse, des Verbindungsbaues zur Oper, die Aussiedelung des ÖAMTC, der Trafik, die Schaffung einer Ersatzwohnung in der Girardigasse für Dr. Diehl und für viele andere notwendige Maßnahmen sind in den zwischen Land und Stadt vereinbarten 230 Millionen Schilling voll enthalten. Eine Überziehung dieses Betrages wird nicht eintreten. Daß heute von 253 Millionen Schilling die Rede ist, geht darauf zurück, weil die 230 Millionen Schilling auf Basis September 1980 wertgesichert sind. Die Finanzierung erfolgt nicht aus dem Budget der Gebietskörperschaften, sondern 100prozentig durch

den zweckgebundenen Fernsehschilling. Es zeigt sich, daß selbst fleißige Opernbesucher so gut wie nichts von den Schwierigkeiten wissen, die vor und nach, aber auch während der Vorstellung hinter dem Vorhang bestehen. Ich kann mich an keinen Fall erinnern, daß nach einem ausführlichen Aufklärungsgespräch nicht die Anbauvariante akzeptiert wurde. Dieser große Informationsmangel hat mich auf den Gedanken gebracht, an die Medien das Ansinnen zu stellen, die Bitte zu richten, gemeinsam eine Kampagne zu starten, den Bürger, die breite Öffentlichkeit, über die Problematik zu informieren, vor der der Bauausschuß steht. Als unverbesserlicher Optimist glaube ich, daß es in Zusammenarbeit mit den Medien durchaus möglich ist, ein Klima zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, das notwendige Verständnis bei den interessierten, aufgeschlossenen Grazer Bürgern zu bilden. Denn ohne das Verständnis der Bürger kann der Opernneubau nicht beschlossen werden.

Seit 80 Jahren ist keine nennenswerte Investition in das Opernhaus getätigt worden, seit 80 Jahren hat sich aber auch das Theaterspielen verändert, es haben sich auch die sozialen, die hygienischen und Arbeitsschutzbestimmungen wesentlich geändert. Bisher ist es oft mehr schlecht als recht gelungen, die Schwierigkeiten des Hauses im wahrsten Sinn des Wortes zu überspielen, so daß der Zuschauer von all dem, was sich hinter der Bühne abgespielt hat, nichts gemerkt hat. Im Bühnenraum ist einfach zu wenig Platz, um rationell zeitgemäßes Theater zu spielen.

Vor wenigen Tagen war die ausverkaufte „Bohème“ am Spielplan. Sie mußte abgesetzt und durch ein Stück ersetzt werden, das nicht einmal das halbe Haus gefüllt hat. Grund: Der Umbau für die „Bohème“ hätte wieder einmal den nebenbei gesetzlich verbotenen, aber so oft notwendigen, durchlaufenden, freiwilligen Einsatz des technischen Personals über 13 Stunden hinaus verlangt.

Das Kardinalproblem bei der Opernhaussanierung ist die Verbindung zu einem zu errichtenden Kulissendepot, in der Girardigasse. Daß dieser Anbau zu bewerkstelligen ist und technisch kein Problem darstellt, steht inzwischen außer Frage. Daß er nur in einem mit der Sanierung des bestehenden Hauses sinnvoll ist, ebenfalls. Daß eine Lösung unter der Erde nicht sinnvoll ist, ist inzwischen wohl auch klar geworden, weil eine solche Lösung auch durch die Folgekosten viel zu teuer käme.

Die Frage des Stadtbildes ist ein Problem, das meines Erachtens auch von der ästhetischen Seite her zu bewältigen sein müßte. Ich halte mich in dieser Frage gerne an die Meinung des Prorektors der Technischen Universität Graz, Professor Hollomey, der einmal ausdrücklich gesagt hat, daß man ruhig mehr Vertrauen zu den Architekten und hier in erster Linie auch zu jenen in Graz haben dürfe.

Meine Damen und Herren, wir sind bereits in Termindruck. Kommt es nicht bis Juni/Juli 1982 zu einer Bauentscheidung, dann muß die Oper laut Behördenbescheid am 30. Juni 1983 gesperrt, die geplante Eröffnung kann im November 1984 aber nicht mehr gewährleistet werden.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch einen Appell, der mir sehr am Herzen liegt. Im kommenden Jahr feiern

wir den 200. Geburtstag des steirischen Prinzen Erzherzog Johann, dem unser Land so viel Gutes bis in unsere Tage herauf verdankt. Bekennen wir uns alle dazu, daß wir diesen Geburtstag mit einem Festjahr begehen, dessen Höhepunkt zweifellos die große Landesausstellung in Stainz sein wird. Tragen wir überall, wo wir können, dazu bei, daß in optimaler Koordination zwischen dem Träger des Jubiläums, nämlich dem Land Steiermark, der wissenschaftlichen Leitung der Ausstellung, allen Institutionen, die sich mit Beiträgen zu diesem Jahr einstellen, und den Medien ein Erzherzog-Johann-Jahr begangen wird, das uns allen zu Ehre und Nutzen gereicht. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Ich erteile dem Abgeordneten Kirner das Wort.

Abg. Kirner: Hochverehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Für die sozialistische Fraktion möchte ich zur Gruppe 3 Kunst, Kultur und Kultus, natürlich oder leider auch kürzer als zuerst geplant, einige Anmerkungen vorbringen, wobei es sich aber nicht nur um das alljährlich gleiche Lied des zu wenigen Geldes handelt, sondern ich muß auch einige grundsätzliche Feststellungen treffen. Eine sehr positive Einstellung kann erfreulicherweise seitens des Landes zum Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ und zum Österreichischen Bundesjugendorchester festgestellt werden. Dieser Bundeswettbewerb, diese Herausforderung für die musisch begabte Jugend Österreichs, fand heuer innerhalb von 14 Jahren zum siebten Male, vom 12. bis zum 18. Oktober in Leoben, statt und bildete den niveauvollen Abschluß eines umfangreichen musikalischen Geschehens, das mit Landeswettbewerben im März und April in allen Bundesländern begonnen hatte, an denen 1600 junge Künstler teilnahmen und von denen 470 zum höchsten Ausscheidungswettkampf nach Leoben kamen. 174 Preise und 24 Sonderauszeichnungen konnten von einer Jury vergeben werden, und das bedeutet keinesfalls eine Inflation von Preisen, sondern die Leistungsdichte und die Steigerung der Qualität hat in den letzten Jahren besonders zugenommen. Diesmal gab es sogar erstmals einen Sologesangswettbewerb, dessen Experiment voll gelungen war, so daß bei Beibehaltung dieser Sparte in Zukunft so manche österreichischen Opernstars darauf hinweisen werden können, Preisträger in Leoben gewesen zu sein, was ja auf dem Instrumentalwettbewerb schon längst der Fall ist. Leoben und damit die Steiermark ist für viele junge Menschen Österreichs zum Karrieresprungbrett geworden und bietet ihnen so die Chance, sich instrumental und auch gesanglich einen Weg in die Zukunft aufzubauen, und sie werden damit dem Ruf Österreichs als Musikland besonders gerecht. Leider werden dem Wettbewerb als auch den Konzerten des Bundesjugendorchesters in den Massenmedien viel zu wenig oder kaum Beachtung geschenkt. Sie liefern halt, wie man so schön sagt, keine geeigneten Verkaufsschlagzeilen für die Titelseiten und für Sondermeldungen. Die Steiermark war mit 69 jungen Musikern sehr gut vertreten, hinter Vorarlberg an zweiter Stelle, obwohl die Beschickung zum steirischen Landeswettbewerb aus den Bezirken sehr unterschiedlich war und zweifelsohne besser sein

könnte. Es ist aber erfreulich, daß etwa das Kulturreferat und die Musikschule Fohnsdorf gleich die erste Veranstaltung ihres Konzertabonnements den steirischen Preisträgern dieses Bundeswettbewerbes widmete. Ein sicherlich nachahmenswertes Beispiel für die Förderung heimischer Künstler.

Bei den sonstigen Ansätzen für das musikalische Geschehen im Land, und zwar bei den privaten Musikvereinen, die draußen im Land, fernab der Landeshauptstadt, eine so wichtige Aufgabe des Laienmusizierens erfüllen, für das man allen Beteiligten, den Ausübenden, den Musikpädagogen und den Eltern besonders dankbar sein muß, ist es halt wieder einmal weniger statt mehr geworden. Ich glaube, gerade jetzt im Advent erlebt man besonders stark, wie es im ganzen Land bei uns singt und klingt zur Freude aller, auch der vielen Gäste, die bei uns sind.

Mit Bedauern muß ich weiters feststellen, daß zum Beispiel auch diesmal wieder mehr als vorgesehen der Zuschuß für das Theater der Stadt Leoben eine neuerliche Kürzung erfahren hat. Ich glaube, wenn dieses älteste Theater Österreichs, in dem noch immer gespielt wird, nun sogar unter einem Grazer Direktor, in der Landeshauptstadt stehen würde, dann hätte man sicherlich einen Ausweg gefunden, wie dies ja die erst kürzlich heraufbeschworene Finanzkrise bei den Vereinigten Bühnen gezeigt hat. Bei allem Bekenntnis zu diesen hervorragenden Grazer Bühnen wird es aber künftig beziehungsweise ehestens notwendig sein, besondere Maßnahmen zu treffen, um derartige Druckmittel zum Jahresende und überhaupt grundsätzlich zu vermeiden.

Und nun auch einige Worte zum Steirischen Herbst. Hier darf ich feststellen, daß laut einer Presseaussendung die Besucher- und die Kostenbilanz für das Jahr 1981 in vielen Bereichen ein erfreuliches Bild zeigen, daß es aber auch sicherlich in einigen Punkten Anlaß zum Nachdenken gibt, was ja auch Kollege Dr. Schilcher in seiner Generalrede anklingen ließ. Ich glaube aber, daß trotz mancher offener Fragen über Kosten und Verbesserung der Besucherfrequenz in einzelnen Bereichen man das Problem eines liberalen Kulturklimas und die Forderung nach einer Verankerung der Freiheit der Kunst in der Verfassung nicht vergessen und nicht übersehen darf, damit sich die letzten unwürdigen Äußerungen und Vorkommnisse durch das Oberhaupt der Landeshauptstadt nicht wiederholen. Erster Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross, Landesrat Klauser und Stadtrat Stingl haben dazu bereits eine klare Aussage getroffen, auch der Herr Landeskulturreferent. Bereits 1968 anlässlich der Eröffnung des Steirischen Herbstes sagte der damalige Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren unter anderem: „Wenn wir aber wie immer in diesem Jahr und in den künftigen Jahren Künstler und Gelehrte aus anderen Ländern und aus anderen geistigen Landschaften einladen, so soll das ein Zeugnis unserer Gesinnung sein, wie weit, wie frei, wie offen in die Welt und in die Zeit hinein unser Interesse reicht.“ Die steirische Kulturinitiative unter ihrem Kuratoriumsvorsitzenden, Landtagsabgeordneten Präsident Ileschitz, konnte in der abgelaufenen Saison wieder eine Reihe gut besuchter und beachtenswerter Veranstaltungen, Aktionen und Projekte in der Zusammenarbeit von Arbeitnehmerorganisationen und 90 Partnern in 65

steirischen Gemeinden durchführen und neue Wege einer dezentralisierten Kulturarbeit gehen. Ich hoffe, daß dies auch mit dem Steirischen Herbst unter der neuen Leitung möglich sein wird. Übrigens eine jahrzehntelange Forderung von mir, diesen Steirischen Herbst in einer dezentralen Art und Weise auch für die Bezirke draußen zugänglich zu machen. Schwerpunkte dieser breiten Programmpalette dieser steirischen Kulturinitiative waren unter anderem die „Steirische Autoreise“, die „Musikgespräche“, die „Lieder der Zeit“ und die „Schauspiele“ mit Beiträgen des Jugendtheaters der Vereinigten Bühnen Graz. Auch in der Alten Galerie am Joanneum Graz hat das Lebende Museum mit dem im vergangenen Jahr arbeitenden Projekt gastiert. Leider machen zuwenig andere Museen davon Gebrauch. Es gab auch Aktionsprojekte mit Workshops, Seminaren und Ideenwerkstätten, wobei erstmals der Versuch einer Ideenwerkstätte unternommen wurde. Eine mögliche Konsequenz aus dem Erfolg der Ideenwerkstätte sollte eigentlich das Einbauen von bildnerischen Werkstätten in die Lehrlingsausbildung, vielleicht vorerst einmal als Schulversuch in den Berufsschulen sein. Zum Jahr der Behinderten gab die Steirische Kulturinitiative die Produktion der „Krüppeloper“ in Auftrag, die von der Deutschlandsberger Theatergruppe „Biwulf“ in ganz hervorragender Weise präsentiert wurde. Und ähnlich wie vor Jahren in Weiz, wurde heuer auch in Eisenerz ein Animationsprojekt initiiert, im Zuge dessen die Eisenerzer eingeladen wurden, ihre unmittelbare Umgebung bewußter zu betrachten und einen Beitrag zur positiven Bewältigung von Problemen zu leisten.

Schließlich muß noch besonders hervorgehoben werden, daß in Zusammenarbeit mit der Walter-Buchebner-Gesellschaft unter anderem die Projektreihe „Werkstattgespräche“ zwischen Künstlern, Schülern und Lehrlingen nachahmenswert erscheint. So konnten also trotz mehr als bescheidener Zuwendungen seitens des Landes in 250 Veranstaltungen beziehungsweise Projekten, Anregungen und Anstöße für eine Kulturarbeit, die wegführt vom reinen Kulturkonsum und dessen Schwerpunkt der Aktivitätsgedanke war, durchgeführt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus dem Bereich Museen und Denkmalpflege möchte ich kurz die Bemühungen des Montanhistorischen Vereines Österreichs, Arbeitskreis „Montandenkmal Fohnsdorf“, besonders hervorheben. Da die bisher geleisteten Arbeiten um die Schaffung eines Kohlebergbaumuseums von ganz besonderer Bedeutung sind – nicht nur wegen der Erhaltung kultureller und technisch wertvoller Einrichtungen, sondern es soll ja vor allem der Zugänglichmachung dieser Einrichtungen für die breite Öffentlichkeit dienen. Und der Kollege Halper hat ja gestern ein besonders wohlverdientes Lob den Bergleuten ausgesprochen. Ich hoffe, daß hier die weiteren erforderlichen Mittel in Kooperation mit anderen verantwortlichen Stellen bereitgestellt werden, bevor der Rost diesen mit Seltenheitswert ausgestatteten Förderturm beseitigt.

Kurz ein zweites Problem: Ich habe bereits am 6. Dezember 1979 hier vor dem Hohen Haus über die wirtschaftlichen und strukturellen Schwierigkeiten, aber auch von der internationalen montanhistorischen Bedeutung Vordernbergs gesprochen. Damals konnte

ich ein wichtiges erhaltungswürdiges Objekt dieser alten Eisenhütteniedlung herausgreifen, nämlich den ehemaligen Getreide- und Proviantspeicher, das sogenannte „Kastenhaus“. Ich hoffe und wünsche sehr, daß bald alle negativen Bemühungen im Sinn des Denkmalamtes entkräftet werden, damit die finanziellen Mittel von allen dem Projekt Gutgesinnten schnell und im ausreichenden Maß nach Vordernberg fließen können. Diese und viele andere Maßnahmen, wie etwa das Projekt „Eisenstraße“, ich hatte damals ebenfalls darüber gesprochen, die vorbildliche und mehrfach ausgezeichnete Ortsbildpflege der jüngsten Stadt Trofaiach oder die für 1984 beantragte Landesausstellung in Eisenerz, sind wichtige fremdenverkehrsorientierte Hilfestellungen gegen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in diesen Regionen von Leoben durch das ganze Vordernberger Tal bis einschließlich Eisenerz und Hief-lau. Hier muß ich also wirklich anerkennend hervorheben und unterstreichen, daß sich die Persönlichkeiten aller politischen Lager mit hohem Verantwortungsbewußtsein um die Lösung dieser schwierigen Probleme bemühen. In diese Richtung zielen auch die besonderen Anstrengungen für das Erzherzog-Johann-Jahr 1982. Die Stadt Leoben wird am 19. Jänner mit einem Festakt und der Festansprache von Herrn Landtagspräsidenten Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren eine Reihe bemerkenswerter Veranstaltungen unter dem Leitsatz „Eine Stadt gedenkt des steirischen Prinzen“ beginnen. Auch Vordernberg, wo Erzherzog Johann als Radmeister tätig war, und die heute weltweit anerkannte Montanuniversität Leoben damals unter dem Namen „Steiermärkisch-ständische Montanlehranstalt“ in das Leben rief, wird mit drei Spezialausstellungen zu einem Besuch einladen. Der Heimatverein St. Stefan ob Leoben in Zusammenarbeit mit allen nördlichen Kulturträgern und auch andere obersteirische Volks- und Brauchtumsvereine, Gemeinschaften, Institutionen und Gemeinden werden im kommenden Jahr ihren besonderen Beitrag leisten. Ich hoffe, daß nicht nur die überaus wertvollen zentralen Veranstaltungen des Landes ihre notwendigen finanziellen Zuschüsse erhalten werden, sondern daß man auch an die übrige steirische Landschaft denkt.

Hohes Haus! Es ist überaus erfreulich, daß man trotz aller wirtschaftlichen Sorgen und Probleme auf die kulturellen Anliegen nicht vergißt, sondern daß bereits in der 2. Sitzung des Steiermärkischen Landtages durch die beiden Fraktionen, SPÖ und ÖVP, Anträge betreffend ein Gesetz über die Förderung von Kultur und Kunst in der Steiermark eingebracht wurden. Auch die Alternativen 2000 befassen sich eingehend mit diesem Problem. Ich will aber hoffen, daß es nicht nur bei der Einbringung bleibt, sondern daß ehe baldigst die Verhandlungen fortgesetzt werden, damit der von der sozialistischen Fraktion bereits in der VIII. und IX. Gesetzgebungsperiode eingebrachte Antrag auf Errichtung eines Kulturbeitrages und das am 18. März 1980 in Erweiterung dieses Antrages verlangte Kulturförderungsgesetz wenigstens in der X. Gesetzgebungsperiode Wirklichkeit werden.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Noch ein paar abschließende Sätze. Mit diesem Kulturförderungsgesetz geht es uns so ähnlich wie mit dem Fremdenverkehrsgesetz, über das Kollege Brandl und auch andere Mitglieder des Hohen Hauses am ersten

Tag unserer Beratungen positiv gesprochen hatten, dort der Herr Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart als Fremdenverkehrsreferent und hier der Herr Landeskulturreferent Prof. Kurt Jungwirth, der auch keine Freude mit dieser Forderung hat und sich lange dagegen stellt. Doch auch hier ein erfreulicher Sinneswandel. Das geforderte Gesetz wird sicherlich kein Allheilmittel darstellen, aber es soll helfen, die vielen noch offenen Probleme um Kunst und Künstler in der Steiermark einer besonderen Lösung zuzuführen. Meine Damen und Herren, ich bitte um Ihre wertvolle Hilfe bei der Verwirklichung dieser Zielvorstellungen. Danke! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Auch die Freiheitlichen werden dem Kapitel 3 ihre Zustimmung geben. (Allgemeiner Beifall.) Danke für diesen Applaus. (Abg. Hammer: „Es ist auch das erste Mal!“) Meine Damen und Herren, es wurde schon viel über Oper, Vereinigte Bühnen, darstellende Kunst, über den Steirischen Herbst gesprochen. Gerade zum Steirischen Herbst möchte ich dem Kameraden Kirner etwas dazusagen. Wenn man auf der einen Seite die absolute Freiheit der Kunst fordert, dann muß man auch die Freiheit der Meinungsäußerung zur Kenntnis nehmen. (Abg. Ritzinger: „Herr Oberbaurat, rede über Nitsch!“) Wenn jemand glaubt, daß ihm Nitsch nicht gefällt und es auch sagt, dann muß man es halt auch zur Kenntnis nehmen, daß es jemand nicht gefällt. Und der Grazer Bürgermeister hat ja nichts anderes gesagt, als daß es ihm nicht gefällt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte kurz auf das Jahr der Ortsbildpflege und Ortsbildgestaltung eingehen und möchte danken, daß im ganzen Land Steiermark sehr viele Initiativen gesetzt wurden, um eben das Ortsbild zu bewahren beziehungsweise es auch wiederherzustellen. Ich glaube, daß es sicherlich richtig war, in der Bevölkerung die Gesinnung zu wecken, daß eben unsere Landschaft eines Baustils und eines Ensemblebildes in den einzelnen Städten, Märkten und Dörfern bedarf, und damit hier ein Gesamtbild geschaffen werden soll, das der Steiermark das Bild, das sie seit Jahrhunderten hat, erhalten läßt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Wortmeldung wäre sicherlich unvollständig, wenn ich mich nicht auch der Blasmusik etwas zuwenden würde. Ich möchte sagen, daß gerade auf dem Blasmusiksektor im letzten Jahr sehr viel geleistet wurde. Wenn es im Jahr 1980 der Landesblasmusiktag in Graz war, so war es im Jahr 1981 der Steirische Bläserfesttag, der alles überstrahlt und alle beeindruckt hat. Es war ein Höhepunkt im heurigen Jahr und ein Nachweis der Leistungen der steirischen Blasmusik. Es war ein Fest für Aug und Ohr im überfüllten Stephaniensaal, und Landeskapellmeister Rudolf Bodingbauer, der neben Landesobmann Dr. Meier diesen Bläserfesttag organisierte, stellte die Jury und die einzelnen Musikkapellen vor. Bei diesem Leistungsspiel ging es um Ausdruck und Gestaltung, Tempo, Stimmung, Tonkultur und Artikulation, Phrasierung, Atmung, aber auch um Dynamik

und Zusammenspiel. Mit Stolz können wir feststellen, daß das steirische Musikschulwesen in den letzten 15 bis 20 Jahren durch intensive Schulung der Kapellmeister und der Jungmusiker einen enormen Aufschwung erlebt hat. Das hohe Niveau bestätigen auch die anwesenden Gäste aus allen Bundesländern. Hier waren es zum Beispiel der Bundeskapellmeister Rudolf Zemann, die Landeskapellmeister Reiter, Ertl, Sollfeldner, Schadenbauer. Diese Herren arbeiten in ganz Österreich in verschiedenen Blasmusikkapellen entweder bei der Militärmusik oder unter anderem bei der Gardemusik. Der Erfolg der steirischen Blasmusik war besonders schön. Erfreulich war die Leistung des Jugendblasorchesters aus Gleisdorf. Die Musikschule hat dort ein Jugendblasorchester, 80 Burschen und Mädchen mit einem Durchschnittsalter von 14 Jahren unter der Leitung des Kapellmeisters Tscheskutti spielen hinreißend. Ich glaube, daß Direktor Schabl, der Chef der Musikschule, sehr stolz sein kann auf sein Jugendblasorchester.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es hat sich gezeigt, und man erkennt es bereits, daß die Beschäftigung mit einem Musikinstrument eine der wertvollsten Freizeitgestaltungen ist und unendliche Möglichkeiten der Ausdrucksbildungen vermittelt. Den jungen Leuten, die später in einem Orchester einer Musikschule, Musikkapelle oder in einer Band mitspielen, wird ganz nebenbei auch Einordnung in eine größere Gemeinschaft gegeben, sie werden dazu erzogen, und lernen dabei, sich einzufügen, jedoch ohne die Individualität aufzugeben. Somit glaube ich, daß dieser musikalischen Tätigkeit ein hoher erzieherischer Wert zukommt. Die anderen teilnehmenden Kapellen mögen mir verzeihen, daß ich sie nicht alle so belobige. Aber insgesamt waren alle sehr gut, ob das VÖEST-Alpine, Zeltweg, Deutschlandsberg waren, was mich als Weststeirer wieder freut. Aber bestechend war für mich Gleisdorf mit diesem Durchschnittsalter dieser Leute. Ein herzliches Dankeschön den Organisatoren. Es war beste Werbung für die Blasmusik, und auch der ORF hat sich hier eingeschaltet und wird mehrere Sendungen von diesem Bläserstag bringen. Ich glaube, daß der Schritt von der Biermusik zur Konzertmusik vollzogen erscheint. Ich möchte an dieser Stelle einem Mann, der sich sehr große Verdienste um die Blasmusik verdient hat, jedoch aus gesundheitlichen Gründen aus der aktiven Verantwortung zurückgetreten ist, ein Dankeschön sagen. Es ist dies der Altlandesobmann Direktor Willi Konrad. Herzlichst ein Dankeschön für seine Mühen und Plagen. (Allgemeiner Beifall.) Ich möchte aber auch nicht versäumen, allen Musikern, Kapellmeistern und allen Obmännern für ihren selbstlosen Einsatz (Abg. Pörtl: „Das bist ja selber!“) – das ist ja mein Problem –, für die Erhaltung des steirischen Kulturgutes Blasmusik ein Dankeschön zu sagen. Schließlich und endlich ist ja die Blasmusik Kulturträger Nummer eins in den steirischen Gemeinden. Ein großer Beitrag dazu war aber auch das Steirische Blasmusikbuch von Professor Suppan, das alle Blasmusikkapellen in Schrift und Bild festhält. Ich glaube, daß dies eine ausgesprochen gelungene Dokumentation der steirischen Blasmusik ist. Ein herzliches Dankeschön natürlich den steirischen Gemeinden für ihr Verständnis, für die jährlichen Aufwendungen und Zuwendungen an die Blasmusik. Ein herzliches Danke-

schön der Bevölkerung der Steiermark, die immer wieder bereit ist, in die Tasche zu greifen, um den Blasmusikern auch ein bißchen das Leben zu erleichtern. Schließlich und endlich ist es ja doch so, daß heute eine Blasmusik mit 40 Musikanten zirka 80.000 Schilling braucht, um nur das tägliche Leben zu fristen. Das Jahresbudget muß mindestens 80.000 Schilling ausmachen. Und da muß die Blasmusik sehr viel selbst aufbringen.

Nun zum Budget selbst und zum neuen Budgetansatz 7670, der einen Betrag von 1.129.000 Schilling ausweist. Ein Dankeschön für diese Summe, Herr Landesrat! Ich glaube dem Landesrat Jungwirth sowohl als auch dem Finanzreferenten Dr. Klauser. Ich bin überzeugt, nachdem dieser Betrag das erste Mal aufscheint, daß hier mehrere Posten zusammengezogen wurden, so daß dieser stattliche Betrag herauskommt. Ich glaube, es ist eine Anerkennung der Idealisten, die oft Jahrzehnte hindurch Freizeit und Geld opfern, um der Jugend, die heute sehr bedroht ist von vielen Einflüssen, eine sinnvolle Freizeitgestaltung zur Freude anderer zu bieten. Ich glaube, damit sollen wir den Beitrag beschließen. Schließlich und endlich habe ich ja schon die „gelbe Karte“ bekommen von Herrn Abgeordneten Ritzinger. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neuhold. Ich erteile es ihm.

Abg. Neuhold: Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch ich höre die steirische Blasmusik, und darum möchte ich auch darüber reden. Die steirische Blasmusik, wie mein Vorredner soeben ausgeführt hat, ist zu einem Begriff geworden, den wohl jedes Kind bis hinauf zum Greisenalter, zum alten Menschen, zu deuten weiß, und der etwas aussagt. Man braucht sich gar nicht erst in romantische, nostalgische und volkstümliche Vorstellungen hineindenken, um die umfassende kulturelle Bedeutung der steirischen Blasmusik in unserem ländlichen Raum, aber auch zunehmend im städtischen Bereich, zu erkennen, denn unsere Blasmusik ist durchaus mit neuzeitlicher, moderner Musik vertraut und schweren Stücken in der Oberstufe und Kunststufe gewachsen. Es ist für mich auch keine übliche Pflichtübung, sondern ein inneres Anliegen, die Blasmusik mit einigen Betrachtungen zu bedenken. Einfach deswegen, weil in 381 steirischen Blasmusikkapellen 13.000 Blasmusiker, und daher 13.000 Idealisten, mitarbeiten und musizieren. Was dabei an musikalischem Wirken für unsere Heimat herauskommt, konnte man im Vorjahr – wie auch schon von meinem Vorredner erwähnt – beim Landesmusikfest und heuer wieder beim Steirischen Bläserstag im Stephaniensall erleben. Das kann man eigentlich landauf, landab immer wieder bei vielen Veranstaltungen erleben und bewundern. Wenn auch immer von einem Kapellmeister angeführt, ist hier doch der selbständige Mensch tätig mit viel Freude der Selbsterfüllung, und ich möchte sagen, auch das – so meine ich – ist „steirischer Herbst“ mit anderen Mitwirkenden, mit anderen Inhalten und anderen Darbietungen. Und so gesehen ist sicher die Blasmusik für viele Menschen jener Ausgleich an musischen Kulturerlebnissen, die ihnen anderweitig vielleicht nicht so zusagend erscheinen.

Nun ist erstmalig – mein Vorredner hat auch das schon erwähnt – das große Steirische Blasmusikbuch – so sieht es aus – vom Verlag Molden herausgekommen, es wurde von Prof. Suppan und Prof. Eugen Brixel und vom Steirischen Blasmusikverband mühsam zusammengefaßt, koordiniert und reich illustriert. Es sind schließlich 381 Musikkapellen hier bildlich enthalten, und es ist so sicher ein hochinteressantes – ich möchte sagen – frühgeschichtliches und auch zeitgeschichtliches Werk, denn die Beschreibung der Entstehung der Blasmusik ist sicher hochinteressant, die weit hinter das 12. Jahrhundert zurückreicht. Ich könnte mir vorstellen, daß sowohl dieses Buch für Gratulanten als auch für Beschenkte ein herrliches Werk zum Studium sein könnte. Es ist auch eine offizielle Anerkennung für das Wirken der steirischen Blasmusikkapellen, wie es auch als offizielle Anerkennung gesehen werden darf, daß der finanzielle Beitrag im heurigen Landesvoranschlag unter einem eigenen Titel wiederum aufscheint, und dafür möchte ich als einer der Bezirksobmänner des Steirischen Blaskapellenverbandes auch dem zuständigen Referenten, Landesrat Prof. Jungwirth, sehr herzlich danken. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein kurzes Wort zu einem weiteren musischen Bereich im ländlichen und städtischen Raum, nämlich zu unseren Musikschulen. Der Jahresbericht der Musikschulen für Steiermark 1980/81 sagt aus, daß 12.272 Musikschüler die 40 steirischen Musikschulen besuchen. Das ist wieder eine Zunahme um 244 Schüler, und es ist daher nicht verwunderlich, wenn gerade in den Blasmusikkapellen von diesen Musikschulen her eine reichliche Beschickung erfolgt, und der Prozentsatz der Jugendlichen dort weit über 30 Prozent beträgt. Selbstverständlich sind über 55 Millionen Schilling im Landesvoranschlag für die Musikschulen, die Landesmusikschule ist gesondert dotiert, vorgesehen, und selbstverständlich sind das Belastungen für das Land, für die Gemeinden und für die Eltern. Aber um so mehr muß gesagt werden, daß wir uns trotzdem über diese Entwicklung freuen können, daß die Jugend das musische Angebot annimmt und dabei auch immer wieder ein erzieherischer Faktor mitbeachtet werden kann. Erwähnen möchte ich auch bei dieser Gelegenheit die vielen Gesangsvereine und Chöre, die – so scheint es mir persönlich – in der alljährlichen Budgetdebatte immer etwas stiefmütterlich behandelt werden, die aber auch in vielfältiger Weise zur kulturellen Bereicherung unserer Heimat beitragen. (Allgemeiner Beifall.) Sie alle zusammen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Musikschulen, die Musikkapellen, die Chöre, die verschiedenen kleinen Musiziergruppen, die Sängerinnen und Sänger werden besonders wieder im Erzherzog-Johann-Jahr, im nächsten Jahr, ihren Beitrag zu den verschiedenen festlichen Feiern leisten. Und wir alle haben Grund, uns darauf und hierüber zu freuen. Es gebührt ihnen allen unser Dank, daß sie in ihrer Freizeit für uns und unserer Heimat zur Verfügung stehen. Danke schön! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Das Wort erteile ich dem Abgeordneten Trampusch.

Abg. Trampusch: Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Kultur hat ein sehr breites Spektrum, und nachdem sich jetzt vor mir ein Kollege von der ÖVP und 50 Prozent der FPÖ-Fraktion mit der Blasmusik befaßt haben, möchte ich mich bei allem Respekt für die Blasmusik einem anderen Thema zuwenden. Wir haben ja im nächsten Jahr bekanntlich das Erzherzog-Johann-Jahr. Es gibt aber noch ein Jubiläum. Das Steiermärkische Landesmuseum Joanneum wurde ganze 170 Jahre alt. Die am 1. Dezember 1811 gegebenen Statuten für diese Stiftung nennen als Aufgabe an erster Stelle die Erforschung der Geschichte. Gemäß diesem Statut sollen – ich zitiere – „alle im Lande vorfindlichen Denkmäler der Vorzeit, Meilen- und Grabsteine, Inschriften, Statuen usw. zusammengekehrt werden“. Mit diesem Auftrag wurde auch der Anstoß für die erste Erforschung der seinerzeitigen und einzigen antiken Stadt auf dem heutigen Gebiet der Steiermark, nämlich von „Flavium Solvense“, wie sie der Römer Plinius nannte, oder von „Flavia Solva“, wie wir sie heute nennen, gegeben. Vor mehr als 1900 Jahren wurde ein Großteil des Gebietes der heutigen Steiermark von dieser Stadt aus verwaltet, und die Grazer können es eigentlich dem Stamm der Markomannen aus dem 4. Jahrhundert verdanken, daß sich die Landeshauptstadt hier und nicht 35 Kilometer weiter murabwärts befindet. Seit vielen Jahren wird nun von den Archäologen in diesem ehemaligen Siedlungsareal gegraben. Viel Denkmäler und Funde sind heute im Joanneum aus dieser Zeit gesammelt und auch ausgestellt. Aber immer waren diese wissenschaftlichen Grabungen mit einem Wettlauf um Zeit und Geld verbunden. Nicht immer war man sich über die flächenmäßige Abgrenzung dieses Fundgebietes einig. So war das Interesse um die Bewahrung und Erforschung der Reste dieser Römerstadt einem mehrfachen Wandel unterworfen. Nun scheint man sich wieder stärker der historischen und kulturellen Verpflichtung zur Erforschung der eigenen Vergangenheit bewußt zu werden. Trotzdem werden aber immer noch Notgrabungen vorgenommen und die freigelegten Mauerreste nicht konserviert, sondern dem Verfall preisgegeben. Noch immer erinnert an Ort und Stelle eher ein bekannter Fußballverein gleichen Namens an diese Stadt als sichtbares Zeichen. Sicher hat sich in den letzten Jahren einiges zum Besseren gewandt. Bund, Land und auch die Gemeinde Wagna haben ihren Beitrag zur archäologischen Erforschung von Flavia Solva zu erbringen versucht. Dafür möchte ich danken. Aber, meine Damen und Herren, um diese antiken Stätte echt zu bewahren und zu erhalten, muß noch mehr geschehen. Der Bund müßte im Rahmen seiner Denkmalschutzkompetenzen mehr Mittel zur Verfügung stellen, das Land Steiermark könnte vor allem im „Erzherzog-Johann-Jahr“ eine besondere historische Verpflichtung erfüllen, insbesondere durch Grundtauschaktionen, da das Land Steiermark der größte Grundstückseigentümer in der Gemeinde ist und dafür Möglichkeiten hätte. Auf jenen Grundstücken, die dem Land Steiermark im Fundgebiet dann gehören würden, könnte ohne Zeitdruck wirklich wissenschaftlich gegraben werden, und so könnte endlich auch die berechtigte Forderung nach Errichtung eines Freilichtmuseums erfüllt werden. Die Gemeinde Wagna wiederum hat und wird in der Ortsplanung ihren Teil dazu beitragen. Durch die Gründung eines archäologischen Vereines auf breitester Basis soll ver-

sucht werden, alle Gebietskörperschaften, alle einschlägigen kulturellen Institutionen, aber auch private Förderer zur gemeinsamen Aktivität zu bringen. Hier und heute lade ich besonders alle zuständigen Stellen, Institutionen und Verantwortlichen des Landes Steiermark ein, im Geiste dieser zitierten Gründungsstatuten des Joanneums im Erzherzog-Johann-Gedenkjahr 1982 nicht nur symbolische Akte zu setzen, sondern eindrucksvoll zu beweisen, daß es uns wirklich ernst ist mit der Erforschung und Bewahrung unserer gemeinsamen historischen Güter. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernitz: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sicherlich auch nur in aller Kürze einige Sätze zu einem Punkt, der mich besonders immer wieder bewegt und den ich gerade für die Kulturpolitik als sehr bedeutend in unserem Land halte. Alle Wertschätzung natürlich allen anderen Kulturträgern, auch der Blasmusikkapelle, selbstverständlich, von unserer Warte aus, weil auch ich persönlich weiß, daß gerade hier in diesem Rahmen die Blasmusik ein Treffpunkt der Jugend in letzter Zeit geworden ist, was besonders zu begrüßen ist. Aber ich möchte nur einige Sätze hier sagen, vor allen Dingen zu jenem Teil des Budgets, wo es leider auch, sicher gezwungenermaßen, Herr Landesrat, Kürzungen gegeben hat, zum Beispiel die Förderung unserer steirischen Heimatmuseen oder die Erhaltung künstlerisch sehr wertvoller Einrichtungen oder Bauwerke bzw. Instandsetzungen, obwohl gerade, und das ist auch in den ausführenden Anleitungen drinnen, dieser Posten sehr bedeutende kulturgeschichtliche Einrichtungen unseres Landes sind. Sie sind eben neben der Schönheit unseres Landes auch ein sehr, sehr großer Anziehungspunkt vor allen Dingen im Rahmen des Fremdenverkehrs. Seien es Stifte, seien es Schlösser, seien es Museen, die wir in unserem Land wirklich als große Kulturzentren betrachten können und natürlich auch draußen in den Regionen jene Punkte oder jene Konzentrationspunkte für kulturelle Veranstaltungen immer wieder darstellen, weil eben die Menschen in den verschiedenen Regionen nicht so leicht die Möglichkeit haben wie hier vielleicht in der Landeshauptstadt, Theater- oder Opernbesuche durchzuführen. Was mir persönlich natürlich sehr am Herzen liegt, ist, ich habe auch im Finanzausschuß meine Anfrage dahingehend gerichtet, daß wir auch im Bezirk Liezen einige solche sehr wertvollen Kulturdenkmäler, Schlösser oder Stifte haben. Persönlich liegt mir gerade das Schloß Trautenfels sehr am Herzen, weil es auch im Mittelpunkt unseres Bezirkes liegt. Es gehört dem Steirischen Jugendherbergswerk. Es ist zum Teil angemietet durch das Landesmuseum und einer landwirtschaftlichen Fach- und Berufsschule. Gerade dieses Landesmuseum hat ja sehr große Aktivitäten in diesem Bereich des Fremdenverkehrs gesetzt, und auch die Landwirtschaftliche Fach- und Berufsschule hat eine sehr große Bedeutung in diesem Bereich. Wenn man feststellt, daß auch dieses Jugendherbergswerk jene große Bedeutung hat, daß es gerade sehr stark von ausländischen und inländischen Jugendlichen besucht wird, die immer wieder mit

großer Begeisterung dort weggehen, so müßte man auch sagen, ist das ein Vorgriff auf die Zukunft, weil gerade diese jungen Menschen vielleicht die Gäste von morgen in unserer schönen Steiermark sein werden. Gerade dieses Schloß Trautenfels hat eben neben seinen vielen kulturellen Einrichtungen eine ganz besondere Bedeutung für unsere Region. Es ist eben dieser bauliche Zustand sehr, sehr bedenklich. Ich glaube, eine Bürgermeistergemeinschaft hat ja an alle Herren der Steirischen Landesregierung ein diesbezügliches Ansuchen um eine Förderung gerichtet. Vor allen Dingen deshalb, weil gerade hier mit diesen Einrichtungen für die Zukunft die Voraussetzungen des kulturellen Lebens draußen in den verschiedenen Regionen gegeben sind. Natürlich werden auch nebenbei jene für die Zukunft notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, die auch die Fremdenverkehrswirtschaft immer wieder brauchen wird. Ich glaube, und wir können hoffen, daß gerade diese Investitionen für unseren Bereich von so großer Bedeutung sind, wenn wir sie erfüllen können, und um das möchte ich Sie heute, meine Damen und Herren, ersuchen, wenn es möglich ist, diese Voraussetzung der Förderung gerade in jenen Bereichen weiterhin tatkräftigst durchzuführen, daß wir mit allen unseren Einrichtungen für den Fremdenverkehr und für die Kultur auch in Zukunft einen großen Erfolg haben werden. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Ich erteile das Schlußwort dem Herrn Landesrat Jungwirth.

Landesrat Prof. Jungwirth: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte zuerst für die konstruktiven Beiträge in dieser Debatte danken und gleich auf zwei eingehen, die sich mit punktuellen Vorhaben und Anliegen aus den steirischen Bezirken beschäftigt haben. Es steht für mich außer Frage, daß Flavia Solva nicht nur ein großes Wort ist, sondern auch eine große Verpflichtung. Es war ganz einfach die erste große bedeutende Siedlung auf unserem Landesgebiet. Sie liegt unter der Erde seit den Stürmen der Völkerwanderung, und wir müssen etwas dafür tun. Wir haben Vorbilder. Es gibt andere Bundesländer, wie Niederösterreich oder Kärnten, die mit diesen Zeugen der Vergangenheit sehr behutsam und sehr gut umgehen. Uns ist das bisher in Flavia Solva aus verschiedensten Umständen nicht in ausreichendem Maße geglückt. Das ist keine einfache Geschichte, weder für die Gemeinde noch für das Land, vielleicht auch nicht für den Bund, der ja in erster Linie zuständig ist, aber ich bin auch der Auffassung, daß es gemeinsam gelingen muß, hier eine neue Tat zu setzen. Eine vorbereitende Konferenz hat ja vor einigen Monaten am Retzhof stattgefunden, an der alle beteiligten Institutionen und Vertreter teilgenommen haben. Ich glaube, wir haben einen neuen Weg eingeleitet. Ich bin auch sehr gerne bereit, hier auf Landesebene zu helfen, wo ich nur helfen kann, weil, wie gesagt, es eine Verpflichtung ist, dieses ganz bedeutende Denkmal in einer Form herauszuholen, die tragbar ist, die vertretbar ist, auch kostenmäßig sicher vertretbar ist. Aber ich glaube auch, daß es hier möglich sein muß, im geeigneten Rahmen auch eine frei zugängliche Anlage, eine Freilichtanlage zu schaf-

fen, die durchaus auch für den regionalen Fremdenverkehr eine Attraktion sein kann. Die zweite Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Tschernitz betreffend Trautenfels ist ebenso von großer Bedeutung, denn es ist ein großes Haus, ein wichtiges Haus. Wir sind sehr froh, mit dem Joanneum drinnen zu sein. Ich habe mich sehr gefreut, vor einigen Wochen den Speicher in Ennsdorf offiziell eröffnen zu können, das Lebenswerk des Prof. Haiding ist damit abgerundet worden. Dieses Haus beherbergt eben auch eine Jugendherberge, die dort der Besitzer ist, und eine landwirtschaftliche Fachschule. Wir müssen es natürlich erhalten, und ich bin auch sicher, daß das mit vereinten Kräften gelingen wird, da es natürlich ein regionales Zentrum ist, das nicht nur für die Jugend aus dem Ausland, sondern vor allem auch für die Bevölkerung des ganzen Ennstales eine bedeutende Rolle spielt. Nicht zu Unrecht nennt sich dieses Museum ja Landschaftsmuseum Trautenfels, und sein neuer Leiter Dr. Hänsel ist so wie sein Vorgänger Haiding wirklich sehr bemüht, auch die ganze Landschaft hereinzuholen, und deswegen müssen wir diesen Stützpunkt im Ennstal für die Kultur gut erhalten.

Meine Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Pfohl hat bereits über die Problematik der Kultur im allgemeinen und der Theater im besonderen grundlegende Worte gesagt. Und ich bin ihm persönlich sehr dankbar, daß er sich als kultur- und kunstinteressierter Wirtschaftsmann so sehr um die Problematik unserer Vereinigten Bühnen einsetzt, denn wenn ein Kulturreferent oder ein Kulturpolitiker hier einsteigt, dann wird jeder sagen „du mußt es ja so machen“ und „das ist ja ganz selbstverständlich“. Aber wenn auch von einer anderen Seite her, von der Seite der Ökonomie hier auf Ordnung gesehen und in den Betrieb hineingeleuchtet wird, so kann das nur im gemeinsamen Interesse sein. Das Besondere an einem Theater ist es ja, daß es ein Wirtschaftsbetrieb ist, der etwas produziert, was man nicht messen und zählen kann, nämlich Kunst. Daraus ergeben sich ganz besondere Schwierigkeiten, auch daraus, daß natürlich viele Entwicklungen von außen in das Theater hineingetragen werden, ich meine wirtschaftliche Entwicklungen, soziale Entwicklungen, an denen nicht zu rütteln ist. Kein Theaterdirektor war dabei, als in Österreich vor Jahren das Arbeitszeitgesetz im Nationalrat beschlossen wurde, das für die Theater ganz besondere Probleme geschaffen hat, die sich in hohen Überstundenleistungen, sprich in hohen oder höheren Abgängen, spiegeln. Und kein Theaterintendant hat eine Chance, die Energiekosten, die von außen hereinkommen, zu drosseln oder die Dynamik der Preise und der Gehälter zu drosseln. Das heißt also, hier ist wirklich ein Wirtschaftsbetrieb gegeben, der mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, und darüber hinaus sich eben auch ununterbrochen der Kritik zu stellen hat mit der Frage: Ist dieses Theaterstück gut genug gewesen, ist es gut gespielt? In diesem Zusammenhang ist bei aller Kritik an der Verwaltung der Vereinigten Bühnen, die wir zwischendurch vom Theaterausschuß her sicher zu Recht sehr hart formuliert haben, denselben Häusern, dem Opernhaus, dem Schauspielhaus und dem Philharmonischen Orchester wirklich für große Leistungen zu danken. Sänger, Schauspieler, Musiker, Techniker haben hier wirklich auch in der letzten Zeit, auch seit Beginn dieser Saison,

lebendiges Theater, gutes Theater gebracht, auch vor ausverkauften Häusern schwierige Stücke im „steirischen Herbst“ gespielt, und das sei in aller Form auch hier gesagt, und zu diesen Leistungen müssen wir stehen, und zu diesen Leistungen haben wir auch zu gratulieren und zu danken. Nicht zu übersehen ist die Problematik der baulichen Ausstattung des Opernhauses. Es ist das Fallbeil der Schließung mit Juni 1983 voll gegeben. Die kommissionelle Überprüfung hat gezeigt, daß es so nicht weitergehen kann. Es muß das Haus saniert werden. Ob der Vorhang dann im Jahre 1984 wieder aufgeht, nämlich zeitgerecht wieder aufgeht, das hängt davon ab, ob Termine, Entscheidungen, wichtige Entscheidungen in allernächster Zukunft, binnen kurzer Frist, in ein bis zwei Monaten, endgültig fallen. Die Vorentscheidungen, was den Kostenrahmen betrifft, sind längst getan. Der muß eingehalten werden. Das ist von allen Seiten ausgesprochen worden. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Es ist ein erster Schritt getan worden dadurch, daß im Bauausschuß vor einer Woche die Vergabe für das Werkstattengebäude über die Bühne gegangen ist. Jetzt geht es um Kulissenräume, jetzt geht es um das Haus selber, und jetzt geht es auch um die bauliche Veränderung innen und außen. Und hier wird es notwendig sein – es ist alles eingeleitet –, daß man unter größter Verantwortung und mit dem größten Verantwortungsbewußtsein und zusammen mit Städtebauern und Architekten die Lösung einleitet, eine Jury einsetzt, so daß auch die Öffentlichkeit darüber informiert wird, was möglich ist beziehungsweise was geplant wird. Das muß also in Kürze über die Bühne gehen. Es haben mich die Leute des Theaters und viele andere Fachleute inzwischen von dieser Notwendigkeit voll überzeugt. Wir müssen dazu stehen, und wir müssen nach der richtigen Lösung streben. Vergessen wir nicht, meine Damen und Herren, daß an unseren Vereinigten Bühnen 600 Männer und Frauen arbeiten, daß hier auch Arbeitsplätze zu sichern sind und daß durchaus Qualität im Theater mit Sparsamkeit gepaart gebracht werden kann. Es geht natürlich sehr oft ums Geld, aber bitte sehr, wir dürfen es auch wiederum nicht überdrehen in unserer Kritik und nicht das Kind mit dem Bade ausgießen. Was wir für die Vereinigten Bühnen leisten, macht etwa 3,5 Promille unseres Budgets aus, und auf der anderen Seite dürfen wir sicher sagen, ein Land und eine Stadt, die sich nicht mehr das Erlebnis „Theater“ leisten würden, wären auf einem falschen Weg und wären auf einem Weg, der einfach nicht für die Lebensqualität ihrer Bewohner der richtige sein kann. Ich möchte also bei allen Einschränkungen, die ich schon getan habe, was einige Punkte der finanziellen Gebarung betrifft, mein Bekenntnis zum Theater wiederholen und mich mit den Kräften, die in unserer Oper und im Schauspielhaus arbeiten und zwischendurch immer wiederum hervorragendes Theater bringen und spielen, voll solidarisieren.

Meine Damen und Herren, in der Diskussion haben bereits die Abgeordneten Pfohl, Kirner und Schilcher über den „steirischen Herbst“ gesprochen. Ich kann mich daher wirklich in aller Kürze darauf konzentrieren. Er ist in diesem Jahr – so glaube ich sagen zu dürfen – eindrucksvoll über die Bühne gegangen mit Schwerpunkten speziell im Musiktheater, an der Steirischen Akademie und im Literatursymposium, die ganz

bedeutende Leistungen gebracht haben und ein großes Echo weit über Österreich hinaus in den deutschen Sprachraum und noch darüber hinaus getragen haben. Wir sind immer wiederum beeindruckt von den Kritikern, die wir manchmal mit der Verzögerung von ein bis zwei Monaten aus dem ganzen deutschen Sprachraum erhalten, und ich möchte nur stellvertretend für viele, viele andere, die eine ganze Menge von dicken Ordnern füllen, eine einzige kurz zitieren, das ist schon ein bißchen ein alter Brauch. Sie entstammt der „Süddeutschen Zeitung“, die auf der ersten Seite – zwei Tage nach der Eröffnung des „steirischen Herbstes“ – einen Leitartikel am 19. Oktober 1981 dem „steirischen Herbst“, und damit Graz und der Steiermark, gewidmet hat. Dort heißt es, ein kurzes Zitat: „Die Zeit ist ein großes Sieb, heißt in der Steiermark die mutige Devise beim Sichten von Kulturversuchen der Gegenwart. Auch wenn dabei viel Spreu aufgewirbelt wurde, es ist doch so manches kulturelle Weizenkorn hier aufgegangen. Immer mehr heute schon arrivierte Künstler kommen trotz kleiner Gagen – ich wiederhole –, trotz kleiner Gagen wieder als Dank für ihre erste Chance. So hat auch Elias Canetti mehrmals beim „steirischen Herbst“ gelesen und zuerst einen Preis der kleinen Stadt Graz erhalten, bevor der Nobelpreis für Literatur die große Welt auf ihn aufmerksam machte. Soweit ein Echo aus prominenter Ecke über den „steirischen Herbst '81“.

Der Herr Abgeordnete Kirner hat die Freundlichkeit gehabt, mich an die Problematik eines Kulturförderungsgesetzes zu erinnern. Ich möchte diese Wortmeldung sehr gerne aufnehmen. Kulturgesetze, die sinnvoll sein sollen, sind nicht einfach zu bauen, weil Kultur, Kunst nicht meßbar, greifbar und wägbare sind. Ich möchte nur daran erinnern, ohne jede Polemik, daß ja beispielsweise auch der Bund sich auf diesem Gebiet sehr schwer tut. Seit zehn Jahren wird über ein Gesetz gesprochen, das die Problematik der Bundestheater zu regeln hätte, aber es ist bis heute nicht gekommen. Es ist nicht ganz einfach zu bauen. Letzten Endes hat das Filmförderungsgesetz des Bundes, das sehr verdienstvoll vor etwa einem Jahr oder eineinhalb Jahren beschlossen wurde, auch rund zehn Jahre, ich übertreibe nicht, rund zehn Jahre gebraucht, bis es in den Diskussionen zwischen Film, Wirtschaft, Kultur, verschiedenen Ministerien endgültig finalisiert worden ist. Das ist also keine leichte Aufgabe. Ein solches Gesetz soll ja einen Sinn haben. Wenn das nicht der Fall ist, dann sollen wir es uns ruhig ersparen, dann wäre es nur eine rhetorische Pflichtübung für eine Landtagssitzung und nicht mehr. Aber wir haben die Zeit nicht verloren. Wir haben immerhin die Entwürfe, die vorliegen, auch den sozialistischen Entwurf, an Vereine, an Verbände, an Künstler ausgesandt. Nicht nur an Künstler bitte im Sinn der Hochkunst, wir haben sie auch an die Blasmusik geschickt, an die Heimatmuseen, an den Sängerbund usw., und wir haben interessante Rückmeldungen bekommen, die wir zu einem Katalog zusammenfügen können. Wir haben auch mit Künstlern zu sprechen begonnen. Aus diesen Gesprächen haben sich einige interessante konkrete Realisierungen bereits ergeben. Beispielsweise die Änderung der Jury für die künstlerischen Aufträge an Landesbauten. Eine im Vergleich zu anderen Bundesländern wirklich beispielhafte Einführung in der Steiermark, wo wir den

Bitten und Wünschen der Künstler voll Rechnung getragen haben, nämlich ihre Vertreter in die Jury einzubeziehen. Wie ich höre, geht das ganz ausgezeichnet. Es funktioniert, und wir sind darüber sehr froh. Wir könnten natürlich dieses Statut auch in ein solches Gesetz einbauen. Es geht eigentlich nur mehr darum, zusammenzubauen, was ja schon gegossen ist. Ähnliches müßte mit anderen Elementen und Bausteinen möglich sein. Beispielsweise werden wir morgen den Preis für die zeitgenössische Malerei zu verleihen haben. Auch hier haben wir uns mit den Künstlervereinigungen und mit der neuen Berufsvereinigung der Bildenden Künstler Österreichs in der Steiermark zusammengesetzt. Ihr Vorschlag war ja auch, die Jury zu verändern. Wir sind diesem Vorschlag zum erstenmal im Jahre 1981 nachgekommen. Es hat sich bewährt. Wir können sicherlich auch dieses Element als einen Baustein für eine Gesetzwerdung verwenden. So meine ich also, daß wir im Jahre 1982 wirklich auf sinnvolle und konstruktive Weise auch in dieser Materie weiterkommen werden. Es geht natürlich immer wieder um die Frage der materiellen Absicherung, und die ist nicht ganz einfach. Auch hier haben wir bereits eine Zusammenstellung vorliegen über die Förderungen des Landes, die eine vertragliche Absicherung haben, siehe „steirischer Herbst“, siehe Vereinigte Bühnen oder Musikverein. Wir können uns vorstellen, daß auch das eine Grundlage für eine gesetzliche Regelung darstellt. Sicherlich dürfen wir nicht vergessen, daß immer wieder Einrichtungen bei aller künstlerischen Polemik wirklich sehr verdienstvoll arbeiten, sei es das Forum Stadtpark oder seien es weniger progressive, die manches Mal wirklich nicht wissen, wie sie ihren Sekretär, der ohnedies nicht sehr hoch bezahlt ist, bezahlen sollen oder wie sie ihre Heizkosten bestreiten können. Wir haben hier wirklich manches Mal dramatische Situationen. Wenn das Gesetz eine Erleichterung bringt, dann soll es uns recht sein. Wir werden auf diesem Gebiet in dieser Materie im Jahre 1982 sicherlich die Beratungen fortsetzen.

Und nun zuletzt, meine Damen und Herren, 1982, 20. Jänner. In diesem Saal wird der Landtag eine Festsitzung abhalten, denn es wird der 200. Geburtstag Erzherzog Johanns sein. Es wird auch der Herr Bundespräsident zu diesem Festakt erscheinen. Es wird sich daran ein Hochamt des Bischofs im Grazer Dom anschließen und daran ein Empfang des Herrn Landeshauptmannes. Ein großer Tag, der zugleich Auftakt ist für das Jahr 1982, in dem wir im Gedenken an den steirischen Prinzen natürlich manchen offiziellen Part spielen werden, beispielsweise die große Landesausstellung in Stainz. Aber wir haben auch sehr früh damit begonnen, viele Menschen im ganzen Land, auch Vereine, Gemeinden, Verbände, Interessensvertretungen anzusprechen, sie um ihre Mitwirkung und ihre eigene Initiative zu bitten. Wir glauben, das ist ganz im Sinne des großen Mannes, der nicht sein Land, das er sehr liebte, von oben nur verwalten oder beglücken wollte, sondern immer wieder auch die Menschen aufgerufen und aufgefordert hat, selber mitzutun. Ich muß Ihnen sagen, meine Damen und Herren, das Echo ist beeindruckend. Wir haben ein gewaltiges Echo, viele, viele Beiträge, die kommen werden. Wir führen schon ganze Listen. Wir werden sicherlich rund um den 20. Jänner das erste Mal darüber sprechen. Es freut

mich auch ganz besonders, daß sich auch viele Jugendverbände gemeldet und gesagt haben, wir möchten auch etwas tun. Die Landjugend wird zum Beispiel zusammen mit der Raiffeisenorganisation Wegheiligtümer im ganzen Land renovieren. Die Naturschutzjugend hat sich gemeldet und hat gesagt, wir wollen etwas für die Grünpflege tun. Wir haben eine Aktion „Natura pro“. Wir wollen die „grüne Idee“ ins Land tragen, sozusagen ein „grünes Jahr“ aus dem Jahr 1982 machen. Und das paßt, so meinen wir, durchaus auch zu dem Motto, wenn wir daran denken, daß ein Buch über Erzherzog Johann, das kürzlich erschienen ist, den etwas reißerischen Untertitel hat, „Habsburgs grüner Rebell“. Meine Damen und Herren, es wird sicherlich der Ruf und der Name der Steiermark dadurch auch wiederum weit hinausgetragen werden. Wir haben vor kurzem in Frankfurt mit großem Erfolg in den Medien über Erzherzog Johann gesprochen und dabei ein Buch präsentiert. Es wird übrigens im Jahr 1982 auch die Stadtgemeinde Graz eine Büste Erzherzog Johanns der Stadt Frankfurt widmen. Sie wird dort in einer Parkanlage neben der Paulskirche, wo er ja 1848/49 entscheidend gewirkt hat, aufgestellt werden. Es werden die Deutschen Bundesbahnen einen Sonderzug anlässlich der Ausstellungseröffnung in die Steiermark führen. Wir haben mit großen Illustrierten im deutschsprachigen Raum Verbindung aufgenommen, um dieses Thema auch dort zu spielen, denn das sind natürlich ideale Werbeträger. Es sind bereits vier Bücher aufgelegt worden. Die steirischen Verlage sind erfreulich eingestiegen. Arnold bei Stocker, Magenschab bei der Styria, Theiss bei Böhlau und der Brandhofer bei Leykam sind schon heraußen, und wir hören, daß die Bücher gut gehen. Ich glaube, wir haben mit der Idee, mit dem Gedanken dieses Gedenkjahres einen guten Moment erwischt. Ich würde an Vordernberg erinnert. Ich kenne die ganze Problematik auch dieses Ortes, der fast nur mehr von einstiger Größe zehren kann. Wir sind auch dort in Verbindung betreffend eine kleine Ausstellung im nächsten Jahr und auch betreffend die denkmalpflegerischen Maßnahmen. Ich nehme an, daß wir sie ganz besonders im Hinblick auf 1984 dort größerspielen können. Es gibt das Projekt, den Gedanken der Eisenstraße im Zusammenhang mit der Ausstellung „Steirisches Eisen“ in Eisenerz 1984, an der ja auch schon gearbeitet wird, größerspielen. Und dazu gehört natürlich Vordernberg, das steht völlig außer Zweifel.

Nun, meine Damen und Herren, ich hoffe also, daß dieses Jahr nicht nur äußere Aktion, sondern auch vielen Menschen innere Bereicherung bringen wird. Wir haben jedenfalls versucht, vieles gut vorzubereiten, aber wir wären allein zu schwach gewesen, wenn nicht viele, viele mitgewirkt hätten, denen ich jetzt schon dafür danken möchte. Seien es Mitarbeiter, Beamte, seien es vor allem aber auch Vereine, Kammern, Interessenvertreter, Menschen im ganzen Land. Einen Dank vielen Männern und Frauen, die in der Kulturarbeit in der Steiermark tätig sind. Einen Dank auch jenen, die in den Einrichtungen des Landes wirken. Ich nenne in der gebotenen Kürze auch nur eine stellvertretend für alle anderen. In ein paar Tagen wird es soweit sein. Das Joanneum – und das ist eigentlich ganz sinnvoll an diesem Vorabend des Gedenkjahres für Erzherzog Johann – erwartet in

diesen Tagen seinen 500.000 Besucher, im Jahr 1981, wohlgemerkt; mit seinen vielen Abteilungen, zwei liegen außerhalb von Graz, nämlich in Stainz und Trautenfels, und mit dem Schloß Eggenberg zusammen, wo aber die Empfangsgäste nicht mitgezählt werden, hat es tatsächlich durch konsequente Arbeit und gute Modernisierung seiner Abteilungen, die noch nicht abgeschlossen ist, sich immer mehr Interesse an der Öffentlichkeit erworben, und wird also in ein paar Tagen die halbe Million mit der Besucherziffer 1981 überschreiten. Ich glaube, das ist eine Leistung, die sich sehen lassen kann. Einen Dank meinen engeren Mitarbeitern in der Rechtsabteilung 6 unter Herrn Hofrat Dattinger, der auch als Wanderprediger für Erzherzog Johann und das Gedenkjahr wirklich sehr intensiv und fleißig seit Monaten im ganzen Land unterwegs ist, in meinem Büro und in allen Einrichtungen des Landes, die zu meinem Referat gehören. Es sind Menschen, die daran arbeiten, daß dieses Land, diese Steiermark ein Land – ich möchte sagen – mit einer besonderen Farbtonung auf der österreichischen Kulturlandkarte besteht. Und wollen wir hoffen, daß es in diesem Sinne auch gut weiterlebt. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Zur Gruppe 3 liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Kanduth: Ich verzichte auf das Schlußwort und ersuche um Annahme der Gruppe 3.

Präsident: Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden sind, bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Ich danke.

Wir kommen zur Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Karl Maitz. Ich gebe ihm das Wort.

Abg. Dr. Maitz: Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 2 umfaßt die Bereiche Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Die Endsummen sind bei den Einnahmen 3.652,687.000 Schilling, der Ausgabenbereich umfaßt 4.261,005.000 Schilling. Im Sinn des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme.

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile es ihm.

Abg. Hammerl: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir sind etwas in Verzug, und daher versuchen wir alle, unsere Diskussionsbeiträge sehr komprimiert zu geben. Normalerweise gibt es also Einleitung, Hauptteil und Schluß. Ich möchte jetzt den Versuch machen, das alles zusammen in einem Satz zu sagen. (Allgemeiner Beifall.) Meine Damen und Herren, ich hoffe, es gelingt. (Abg. Ing. Stoisser: „Vorschußapplaus!“)

Meine Damen und Herren, ich würde ersuchen, dringendst den Entwurf eines neuen, modernen und zeitgemäßen Kindergarten- und Hortgesetzes vorzulegen und diesen Entwurf raschest im Steirischen Landtag zu behandeln, wobei die dienstrechtlichen Bestim-

mungen für die Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen gleichzeitig in Sonderregelungen in die bestehenden steirischen Gemeindedienstrechte eingebaut werden sollen, und schließlich möge bedacht werden, ob nicht ein eigenes Hortförderungsgesetz in diesem Zusammenhang überlegt werden sollte. Schluß der Debattenrede. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Lateiner sagt: Vivant sequentes! Frau Abgeordnete Klasnic hat das Wort.

Abg. Klasnic: Herr Präsident! Hohes Haus!

Gegenwart und Zukunft stellen uns andere Aufgaben, die nach neuen Lösungen, nach viel Intelligenz, viel Mut und viel Phantasie verlangen. Besonders ist die Beachtung der Tatsache, daß die Stärkung der Phantasie, die Entwicklung der Kreativität und die Förderung der Ausdrucksfähigkeit und der sprachlichen Kommunikation für die Entfaltung der Persönlichkeit unabdingbar sind. Die Befähigung des Menschen, am arbeitsteiligen Prozeß und an der Gestaltung des Lebens, in Gesellschaft und Staat initiativ mitzuwirken, hat größte Bedeutung. Ich habe gelesen, in einem Menschenleben wird es in Zukunft 40.000 Arbeitsstunden geben, die durch 660.000 Stunden Freizeit unterbrochen werden. Weder für die jungen Menschen in unserem Land noch für die, die in Staat und Gesellschaft Verantwortung tragen, besteht Grund zur Mutlosigkeit und Resignation. Ich appelliere dabei aber auch an die Verantwortlichkeit der Medien und bitte um ihre aktive Mitarbeit im Umsetzen und Vermitteln. Wir müssen den Mut haben, die jungen Menschen mit Ordnungsbegriffen wie Fleiß, Korrektheit und Sauberkeit vertraut zu machen. Wir, die Österreichische Volkspartei, wollen Modelle fördern, die durch neue, anerkannte Ausbildungsberufe schwach begabten Jugendlichen die Möglichkeit gibt, sich von ungelernen Tätigkeiten über anerkannte Ausbildungen höher zu qualifizieren. Wir versuchen, diese Auswirkungen für die Zukunft durch die Basislegung zu erreichen, und ebenfalls zu erreichen, daß wir Menschenpersönlichkeiten erziehen, die das Risiko einer eigenständigen Entscheidung auch tatsächlich tragen können.

Mein Kollege Kollmann hat mich gebeten, Ihnen einige Zahlen zu den Lehrlingen zu sagen. Ein kurzer Überblick statistisch gesehen: Im Schuljahr 1980/81 befanden sich 35.606 Lehrlinge in der Steiermark in Ausbildung. Mit dieser Zahl stehen wir an der Spitze Österreichs. Im Verhältnis dazu ist auch die Zahl der ausbildungsberechtigten Lehrbetriebe auf 11.500 bis Ende 1980 angestiegen. Heuer sinkt diese Zahl erstmals bei den Lehrlingen um zirka 1000. Das Land Steiermark hat den besten Ruf, den es in der Lehrlingsausbildung gibt. Zusätzlich wurde in den letzten Jahren etwas begonnen: die Persönlichkeitserziehung der Lehrlinge. Unser Herr Landesrat Fuchs hat in Zusammenarbeit mit der steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz, der Handelskammer, dem Lehrlingsunterstützungsverein, dem Landesschulrat und verschiedenen anderen interessierten Organisationen begonnen, darüber nachzudenken, ob eine rein berufsbezogene Ausbildung das einzige ist, was man den Lehrlingen mitgeben kann und mitgeben soll. Als Aufgabe hat man sich gestellt, die Lehrlinge zu selbstbewußten und selbstverantwortlichen Staatsbürgern zu erziehen, zu

Staatsbürgern, die bereit sind, Fragen zu stellen und nicht nur zu kritisieren und die Dinge über sich ergehen zu lassen. Als Einstieg für die Beantwortung der Fragen hätte man ja die verschiedensten Dinge nehmen können, doch hat es sich angeboten, den Einstieg über die Gesundheit zu machen. Es geht dabei darum, am Beispiel der Gesundheit zu zeigen, daß es nicht eine Frage ist, ob man reagierend zur Krankenkasse geht, wenn man krank ist, sondern daß man sich durch ein vernünftiges und gescheites Leben, durch eine bewußte Vorsorge in gesundheitlicher Hinsicht selbst versorgt.

Es wurde von der steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz, Geschäftsführer ist Frau Dr. Kalnoky, mit ihren Mitarbeitern ein Programm ausgearbeitet, welches über drei Jahre hindurch läuft, und unter anderem in den Landesberufsschulen ausprobiert wird. Es läuft so ab, daß im ersten Lehrjahr die Lehrlinge hinsichtlich ihrer Zähne untersucht werden, im zweiten Jahr, wenn sie die Berufsschule besuchen, wird die Frage der Körperhaltung, der Gelenke und der Haltungsschäden aufgeworfen, und sie werden dahingehend untersucht. Im dritten Jahr wird mit Hilfe des AKL-Testes die Frage der persönlichen Leistungsfähigkeit erkundet. Im vergangenen Jahr wurde auch noch ein Psychologe eingestellt, um den Lehrlingen auch in dieser Hinsicht, in der Persönlichkeitsbildung und bei Bewältigung der Probleme am Arbeitsplatz, im Beruf, aber auch in der Schule eine entsprechende Hilfestellung zu geben. Der Psychologe, Herr Dr. Wölfl, hat mir von einem Wochenendseminar erzählt, und da hat er den Satz eines Lehrlings gesagt. Dieser meinte: „Wir müssen viel lernen, was wir im Beruf verwerten können. Wir möchten aber auch sinnvoller leben lernen.“ So denken unsere jungen Menschen, die viele Sehnsüchte in sich tragen, die dann, wenn sie nicht erfüllt werden, leider auch oft in Sucht umschlagen. Aber gerade dies möchte ich in dem Zusammenhang sagen: Die Rauschgift- und Alkoholsucht gefährdet die Zukunft vieler Jugendlicher. Zum Schutz der Jugend muß die gesamte Öffentlichkeit und nicht nur die Polizei diese Gefahren bekämpfen. Die vorrangige Aufgabe dabei ist aber die Unterbindung des Drogenhandels. Im Namen unserer Fraktion fordere ich konsequentes und gnadenloses Vorgehen gegen die Suchtgifthändler und Hilfe für die Süchtigen. (Allgemeiner Beifall.) Wir wollen unseren jungen Menschen beistehen, sie sind deshalb führungsbedürftig, weil sie von uns erwarten, jene Hoffnungen umgesetzt zu bekommen, um ihr Leben meistern zu können, um ihr Leben bestehen zu können. Wir wollen Politik mit der Jugend und nicht für die Jugend machen. In Gesprächen merkt man immer wieder, daß sich ein junger Mensch wünscht, ernstgenommen zu werden, das Gefühl haben zu können, angenommen zu sein, aber dabei auch sich selbst zu erkennen, fertigwerden zu können mit seinen Stärken und Schwächen und mit seinen Konflikten umgehen zu lernen. Der Wunsch, selbst seine Anliegen in die Hand zu nehmen, auch für das spätere Leben, wenn die behütete Zeit vorbei ist, eigene Lösungen finden zu können und zu wollen, daß man sich selbst sagt, ich kann es. Dieser Glaube an sich selbst muß besonders im jungen Menschen gestärkt werden. Dies ist ein Weg und vor allem das Ziel dieser Arbeitsgruppe, und dies soll auch den Lehrlingen in

der Berufsschulzeit vermittelt werden. Ein Lehrling sagte: „Weil ich hier als Mensch so ernstgenommen werde, tut es mir leid, daß ich das letzte Jahr Berufsschulpflicht habe.“ Was dieses Modell will, und hier stellte sich die Lehrlingsausbildung voll in den Dienst dieser Sache, ist Verantwortung statt Versorgung, zukunftsorientierte statt spontane Aktionen, Glaube an Kreativität und Leistung statt nur Glaube an Dienstjahre, und letztendlich auch Risikofreude statt Absicherungsbestreben.

Ein besonderes Anliegen hätte ich noch: Die Bildung der Mädchen muß besonders kritisch verfolgt werden, da sie auch in Zeiten von Ausbildungs- und Berufssorgen keinesfalls vernachlässigt werden darf. Bildung ist und bleibt der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit und die beste Investition für die Aufgabe der Familie. Zur Pflicht aber gehört auch Freude, denn Freude kann durch nichts ersetzt werden. Die Freude an persönlicher Leistung, am Eigentum, an gelungener Arbeit, an erfüllter Pflicht macht frei, wirkt persönlichkeitsbildend und gehört auch zur Erziehung.

Jetzt zum Abschluß noch ganz kurz zu einem anderen Thema: zur Erziehung zum Frieden in der Welt. Friede ist ein Wort, das in diesen Wochen besonders oft beschworen, aber auch oft mißbraucht wird. Für uns bedeutet Eintreten für den Frieden: Eintreten für die persönliche Freiheit, Eintreten für die soziale Gerechtigkeit, Eintreten für die Demokratie. Überall dort, wo dem Menschen die persönlichen Grund- und Freiheitsrechte vorenthalten werden, kämpft er um die persönliche Freiheit und wird es Konflikte geben. Überall dort, wo Friedenserziehung auf der einen Seite, die Erziehung zum Haß auf der anderen Seite betrieben wird, ist der Friede gefährdet. Überall dort, wo die Menschenwürde durch soziale Unterdrückung mißachtet wird, wird der Mensch dagegen aufbegehren und für soziale Gerechtigkeit kämpfen, selbst mit dem Risiko, sein eigenes Leben einzusetzen. In Polen ist es zur Zeit so, Tausende Frauen und Mütter mit ihren Familien und Kindern weinen, hungern und frieren und schauen unsicher in die Zukunft. Die Frauen der ÖVP Steiermark haben in einer spontanen Sammelaktion Mittel gesammelt. Ich darf sie nun unserem Landeshauptmann als Initiator in Form eines Schecks übergeben, damit er ihn dem Konto der Steiermärkischen Landesregierung, welches er initiiert hat, zur Verfügung stellt. Es soll eine kleine spontane Hilfe sein. (Allgemeiner starker Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Freitag hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Freitag: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich darf einleitend zum Kapitel 2 sagen, daß meine Fraktion diesem Kapitel die Zustimmung geben wird. Die Zustimmung ist unter anderem auch deswegen möglich, weil, auf der Politik der Bundesregierung aufbauend, die dem Unterrichtswesen auch in finanzieller Hinsicht oberste Priorität einräumt, auch das Land Steiermark sich diesem nicht verschließen kann. Ich möchte nur auf einige Fakten seitens der Bundesregierung hinweisen: Für die Schulbuchaktion wurden der Steiermark insgesamt 148,6 Millionen Schilling, für die Schülerfreifahrt 465,8 Millionen Schilling, und

damit liegt die Steiermark an der ersten Stelle Österreichs, und für Schul- und Heimbeihilfen 84 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Von 1970 bis 1981, also seit der Zeit der SPÖ-Bundesregierung, wurden 23 Schulen der Unterrichtsverwaltung mit Gesamtbaukosten von 1,4 Milliarden Schilling fertiggestellt, sieben sind mit Gesamtbaukosten von einer Milliarde Schilling in Bau und sechs sind in Planung, deren Gesamtbaukosten mit 565 Millionen Schilling vorgesehen sind. Seit 1970 wurden fünf Schulen der Wissenschaftsverwaltung mit Gesamtbaukosten von 730 Millionen Schilling fertiggestellt, sechs Schulen mit 712 Millionen Schilling Baukosten sind in Bau, zwei Schulen mit Gesamtbaukosten von 237 Millionen Schilling sind in Planung. Für den Schulbau allein wurden also nahezu 3 Milliarden Schilling seitens des Bundes dem Land Steiermark zur Verfügung gestellt. Ebenso konnten noch fast alle Lehrer durch die Senkung der Klassenschülerzahlen, vorerst zwar nur an den Volksschulen, und durch die Bewilligung zusätzlicher Klassen untergebracht werden. Die durchschnittlichen Klassenschülerhöchstzahlen liegen derzeit bei der Volksschule bei 21 Schülern, bei den Hauptschulen bei derzeit 25 Schülern.

Wenn ich im Vorjahr von einer Verunsicherung beim Weiterbestehen von niederorganisierten Schulen gesprochen habe, so darf heute erfreulicherweise festgestellt werden, daß durch die gezielten Maßnahmen der Bestand dieser wichtigen Kulturträger weiterhin gesichert ist. Aber es muß auch hier und heute deutlich gesagt werden, daß es in Zukunft immer schwieriger sein wird, einen Dienstposten zu erhalten, da die Schülerzahlen nicht wesentlich steigen und ein Sättigungsgrad auf dem Pflichtschullehrersektor erreicht ist. Auch wir Politiker müssen den Hörern der Pädagogischen Akademie sagen, wie dies schon in Schreiben des Herrn Bundesministers Sinowatz und der Direktoren der jeweiligen Anstalten geschieht, daß die Berufsaussichten nicht sehr günstig sind und mit längeren Wartezeiten für eine Anstellung zu rechnen sein wird.

Noch ein Wort der Kritik zur Personaleinstellung: Es kommt leider noch immer vereinzelt vor, daß einem Bezirk Lehrer zugewiesen werden, deren Fächer nicht gebraucht werden und so dann echte Schwierigkeiten bestehen, den geprüften Fachlehrer im wahrsten Sinne des Wortes fachgerecht einzusetzen. In den musischen Fächern gibt es einen echten Bedarf, hingegen sind die sprachlichen Fächer bereits überlaufen. Die Bezirke sollen daher nur nach den notwendigen Fächern ihren Lehrbedarf anfordern, und die Zuweisung soll dann entsprechend erfolgen. Zur Personalpolitik im allgemeinen möchte ich mir wünschen, daß die Ausgewogenheit durch das Votum der Wähler nicht nur im Lehrerbereich, sondern auch im nichtwissenschaftlichen Bereich ihren Niederschlag finden würde. Es geht nicht an, daß gerade im nichtwissenschaftlichen Bereich nur Bewerber zum Zug kommen, die der ÖVP nahestehen oder ihre Mitglieder sind. Gestärkt durch das gute Landtagswahlergebnis vom 4. Oktober müssen auch unsere Wünsche mehr Berücksichtigung finden. (Beifall bei der SPÖ.)

Wer sich zur Demokratie bekennt, muß sich auch danach richten und nach gewissen Grundsätzen handeln; das heißt auch der zweitstärksten Partei im Lande

Möglichkeiten der Verwirklichung ihrer berechtigten Wünsche geben.

Von der Personalproblematik weg will ich nun einige Punkte anführen, die, anfänglich auch stark kritisiert, sich positiv durchgesetzt haben. So gibt es derzeit von den 592 öffentlichen Volksschulen an 389 Volksschulen die volle Unterrichtswoche, an 44 Volksschulen den 14-Tage-Rhythmus bzw. an einzelnen Klassen die Fünftageschulwoche. Insgesamt haben also fast 72 Prozent der Volksschulen von der Möglichkeit dieser Einrichtung Gebrauch gemacht. Beachtliche Mittel des Bundes werden auch für den Förderunterricht, der durch Fortbildungsveranstaltungen eindeutig an Niveau gewonnen hat, für die Legasthenikerbetreuung und für die fremdsprachliche Vorschulung verwendet. Die intensiven Bemühungen in der Lehrerfortbildung und der Fortbildungswille bei den Pflichtschullehrern bei den Pädagogischen Wochen haben einen erfreulichen Erfolg gezeigt. Trotzdem sind leider noch zu wenig Lehrer in Englisch und Französisch ausgebildet. Zur Umgestaltung des Werkunterrichtes in der Grundschule kann gesagt werden, daß nach einer einjährigen Anlaufphase der technische Werkunterricht voll im Unterrichtsgeschehen integriert ist, wobei weder die Mädchen mit dem technischen, noch die Knaben mit dem textilen Werken Schwierigkeiten haben, lediglich von seiten der Eltern noch einige Vorurteile vorherrschen.

Abschließend möchte ich für den Volksschulsektor folgende Anregungen bzw. Wünsche für die Zukunft deponieren: Es müßten neue Wege der Notengebung gefunden bzw. Überlegungen angestellt werden, ob eine verbale Beurteilung im Sinne von Gesamtnoten, und dies auch fächerübergreifend, nicht sinnvoller bzw. leistungsfördernder ist. „Ausgezeichneter Erfolg“ soll in der Grundschule nicht ausgewiesen werden, weil er ein Mittel frühzeitiger Selektion und für die spätere Schullaufbahn nicht von Bedeutung ist. Und schließlich, es sollen auch Dienstposten, zusätzliche Dienstposten, für Sprachheillehrer geschaffen werden.

Nun zu den Hauptschulen: Auf dem Hauptschulsektor zeichnen sich durch die rückläufigen Geburtenzahlen Rückgänge der Schüler- und Klassenzahlen ab, die wahrscheinlich bis zum Schuljahr 1985/86 anhalten werden. Die Unterrichts- und Erziehungsarbeit wie auch der Unterrichtserfolg an den 200 steirischen Hauptschulen ist durchaus zufriedenstellend. Leistungsunterschiede treten vornehmlich in den zweiten Klassenzügen auf. Eines ist klar, es wird sicherlich keinen Schultyp geben, der frei von Leistungen und Leistungsdruck sein wird. Daher erscheint uns die Forderung nach der neuen Mittelschule, das heißt der gemeinsamen Schule mit gemeinsamen Lehrplänen der 10- bis 14jährigen nach wie vor gerechter zu sein. Wir sind uns dessen bewußt, daß die Schulgesetze Verfassungsgesetze mit einer Zweidrittelmehrheit sind und die diesbezüglichen Verhandlungen schon seit Jahren laufen. Die zur Begutachtung aufgelegte 7. SchOG-Novelle wird derzeit diskutiert. Ich bin aber überzeugt, daß innerhalb der großen Parteien der Konsens gefunden werden kann, weil alle Fraktionen eine positive Weiterentwicklung der Schule, zu der die Übernahme der bewährten Schulversuche in das Regelschulwesen gehören, im Auge haben.

Und noch ein Problem will ich bei den Hauptschulen aufzeigen. Durch den Zustrom an voll ausgebildeten Hauptschullehrern konnte der Anteil an fachgeprüften Lehrern erhöht werden. Dennoch sind ungeprüfte und teilgeprüfte Lehrer, die nicht an einen Prüfungsabschluß denken, zum Teil schon viele Jahre an den Hauptschulen tätig. Obwohl sie in der Regel auf Grund ihrer Erfahrungen und positiven Arbeitseinstellung ersprießlich arbeiten, wird es Aufgabe der Schulverwaltung sein, sie an die Volksschulen rückzugliedern, wobei diesen Lehrern aber nicht unbillige Härten zugemutet werden sollten, weil sie zu einer Zeit, wo es zu wenig Hauptschullehrer gegeben hat, gegen ihren Willen an die Hauptschulen zugewiesen worden sind. Ich möchte zu den polytechnischen Lehrgängen überleiten und feststellen, daß seit dem 1. September 1981 der neue Lehrplan in Kraft ist, und daß das Ansehen des polytechnischen Lehrganges im Steigen ist. Es muß aber längerfristig das Ziel sein, möglichst viele selbständige polytechnische Lehrgänge zu führen, da die Effizienz wesentlich größer ist, als wenn diese Klassen bzw. diese Schulstufe den Hauptschulen angeschlossen sind. Von den derzeit 75 polytechnischen Lehrgängen werden nur 30 als selbständige geführt. Auffallend dabei ist, daß Mädchen in weitaus geringerem Maße als Knaben vom Angebot des polytechnischen Lehrganges Gebrauch machen, was wohl damit begründet werden kann, daß hier die Haushaltungsschulen die Mädchen sozusagen „abwerben“ bzw. dieser Schultyp für die Zukunft der Mädchen geeigneter erscheint.

Schon zum Schluß kommend noch einige Aspekte zum Sonderschulwesen in der Steiermark: Auch bei den Sonderschulen ist parallel zu den Volksschulen eine rückläufige Entwicklung festzustellen. Dagegen nehmen die Schülerzahlen an den Sonderschulen für spezielle Behinderungsarten zu. Der höchste Schülerzuwachs ist an den Sonderschuleinrichtungen für Körperbehinderte und Schwerstbehinderte zu verzeichnen, wobei festzustellen ist, daß schwerstbehinderte Kinder unbedingt in eine sogenannte S-Klasse gehören und nicht in eine ASO-Klasse. Das größte Problem ist aber immer wieder die zeitgerechte Aufnahme von sonderschulbedürftigen Kindern, wobei oft die Kontaktnahme mit den Erziehungsberechtigten äußerst schwierig ist. Es zeigt sich eines nämlich deutlich, daß bei rechtzeitiger Einweisung die Lehrplanforderungen erfüllt und Schullaufbahnverluste weitgehend vermieden werden können. Ein Problem für sich sind auch oft die angeschlossenen Sonderklassen an den Volksschulen, wenn zum Beispiel Schüler der 1. bis 5. Schulstufe in einer Klasse unterrichtet werden sollen. Mehr als drei Schulstufen sind für Lehrer wie auch für Kinder unzumutbar. Ein Lösungsvorschlag wäre: Die 1. bis 3. Schulstufe sollen weiter an der Volksschule verbleiben, die Mittel- und Oberstufe sollten aber unbedingt an eine Sonderschule verlegt werden. Gerade im Jahr der Behinderten wurden sehr viele Aktivitäten seitens der Sonderschulen gemeinsam mit dem Sozialreferat der Steiermärkischen Landesregierung gesetzt. Die Behinderten wollen kein Mitleid, sondern wollen trotz oder gerade wegen ihrer Behinderungen voll anerkannt und in das normale Tagesgeschehen integriert werden. Hier hat ein verstärktes Umdenken im positiven Sinne in der Öffentlichkeit stattgefunden. Dies ist nicht zuletzt auch durch die vielen Aktionen in diesem

Jahr und durch das Aufzeigen der Probleme möglich geworden. Ich möchte hier am Beispiel der Sonderschule Feldbach aufzeigen, wie aktiv dort die Lehrer tätig sind bzw. welche Aktionen und Initiativen im Rahmen der Schule gesetzt werden bzw. wurden. Zahlreiche gemeinsame Veranstaltungen mit Schülern der Volksschule 1 wie Badebesuche, Wandertage, Unterrichtsstunden und andere Dinge mehr wurden durchgeführt. Regelmäßige Teilnahme am Bezirkswaldlauf der Jugend, Reitstunden, Theaterfahrten und ein selbst veranstalteter Weihnachtsbasar haben die Zielsetzungen gerade im Jahr der Behinderten, nämlich die Teilnahme behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben und an der Entwicklung ihrer Gemeinschaft, voll erfüllt. Ähnliche Aktionen und Initiativen werden auch in Zukunft durchgeführt werden. Aber gerade bei diesen Aktionen hat sich gezeigt, daß Hilfs- oder Betreuungskräfte für die S-Klassen unbedingt erforderlich sind. Hier wird es in Zukunft einer bundes- oder landesweiten Regelung bedürfen, da die Lehrkräfte Betreuungs- und Lehraufgaben zusammen allein nicht bewältigen können.

Zum Schluß kommend noch eine Anregung: Im Rahmen des Behindertengesetzes bestimmen Amtsarzt, Fürsorge, Vertreter des Arbeitsamtes und andere mehr die Einstufung der Behinderten. Bei schulpflichtigen Kindern sollte auch ein Sonderschullehrer zu Rate gezogen werden. Ich ersuche daher um Überprüfung, ob die Möglichkeit der Hinzuziehung eines Sonderschullehrers bei diesen Teamsitzungen nicht zweckmäßig und erforderlich wäre.

Abschließend möchte ich allen Lehrern, es sind dies fast 12.000 Kolleginnen und Kollegen in der Steiermark, für ihre geleistete Arbeit danken und bitten, im Sinne ihrer ethischen Verpflichtung und zum Wohle unserer anvertrauten Kinder weiterhin so positive Arbeit zu leisten. Danke schön! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Steiner. Ich erteile es ihm.

Abg. DDr. Steiner: Herr Präsident, Hohes Haus, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist mir gerade beim Hergehen zugerufen worden „kurz“ – ich werde mich auch daran halten: kurz und bündig. (Allgemeiner Beifall.) Vor mir liegt – ich bin Lehrer, und man könnte gerade bei dem Punkt sagen, wenn das Herz voll ist geht der Mund über –, aber ich werde mich sehr beschränken, vor mir liegt die Materie, Herr Kollege Freitag, die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle, der Entwurf. Und da ich diese Materie kenne, will ich in aller Kürze nur sagen, was gefällt uns, was gefällt mir als Pädagogen, und was gefällt uns nicht. Dieser Entwurf steht bis 10. Februar zur Beratung, und dann soll diese große 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle im Mai Gesetz werden, die eine grundlegende Neuordnung unseres Schulsystems bringen wird. Positiv stehe ich dem als Pädagoge gegenüber, und ich bin auch hier in einem Sinn mit meinen Gesinnungsfreunden: Abschaffung des 13. Schuljahres; das ist längst fällig, nicht Sistierung, Abschaffung, ersatzlos streichen, damit es nie mehr wieder kommt. Das Volksbegehren 1969 hat dafür gesorgt. Zweitens: Abschaffung der Aufnahmeprüfung für die Allgemeinbildende höhere Schule, ersatzlos streichen, hat sich in

bisheriger Form nicht bewährt, brauchen wir nicht mehr. Es wird andere Überlegungen geben müssen. Positiv: Einführung anstelle der alten Hauptschule die neue Hauptschule, im Entwurf heißt sie Mittelschule, also die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen mit Leistungsdifferenzierung, und damit Abschaffung des diskriminierenden zweiten Klassenzuges, und damit aber Einführung der lebenden Fremdsprache für alle. In der Steiermark besuchen zur Zeit 24.400 Schüler den zweiten Klassenzug und in ganz Österreich 120.000. Es wird das eintreten: jeder Steirer eine lebende Fremdsprache. Ein Wunsch, der aus dem Erzherzog-Johann-Jahr von 1959 stammt, Herr Präsident. Ich glaube, dazu wird die Schulgesetznovelle verhelfen. Weiters möchte ich sagen, ein Ja zur Fremdsprache in der Grundstufe, die ja bis jetzt als Versuch unverbindlich gewesen ist. Warum sollen die Österreicher nicht polyglotter werden. Dann ein Ja zur fünfjährigen Bildungsanstalt der Kindergartenausbildung. Fünfjährig soll sie werden und mit Matura abschließen. Das ist gewünscht. Warum nicht! Nur heißt es im Entwurf „Kindergärtner“. Und man sagt und vermutet, daß die Frau Dohnal damit zu tun hat, daß alles nur mehr männlich wird, Kindergärtner, Arbeitslehrer, nicht mehr Lehrerinnen. Herr Kollege, Sie haben noch von Kindergärtnerinnen gesprochen, die gibt es nicht mehr. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein völliges Ja zur Neuorganisation der Lehrerfortbildung. Die Lehrerfortbildung gibt es am Pädagogischen Institut für die Pflichtschullehrer, für die AHS-Lehrer nur in Form von Arbeitsgemeinschaften. Die Einrichtung eines großen Pädagogischen Institutes mit Abteilungen für Pflichtschullehrer, für AHS-Lehrer, für Berufsschullehrer und Akademielehrer soll erfolgen. Das ist auch zu wünschen. Weiters ein absolutes Ja zur Klassenschülerzahlensenkung, und zwar in der Pflichtschule, der Grundstufe der Sechs- bis Zehnjährigen zwischen 10 und 30, so daß unter Umständen eine Klasse mit zehn Schülern geführt werden kann. Im Dienstpostenplan ist vorgesehen, daß pro Klasse etwa 18 Schüler gedacht sind, das ist ein Dienstposten. Dies wäre absolut zu vertreten und zu begrüßen. Problematisch ist etwa die Frage, wie kommt man in die Allgemeinbildende höhere Schule, die weiterhin bleiben soll, wenn es keinen ersten Klassenzug mehr gibt. Da wird es nur mehr die Eltern- und Bildungsberatung geben müssen. Könnte man nicht sagen, bei einem gewissen Notendurchschnitt ohne weiters oder sonst durch irgendeine Kontrolle oder Prüfung. Darüber könnte man noch diskutieren. Ebenfalls problematisch ist die Frage der Umstufung, ebenfalls die Abschaffung des realistischen Gymnasiums. Das wird abgeschafft. Es soll nur mehr ein altsprachlich-neusprachliches Gymnasium geben, und im neusprachlichen können drei Fremdsprachen gewählt werden, unter Umständen ohne Latein. Da gibt es gewisse Bedenken. Zur Pflichtschule: Bedenklich ist etwa die Pflichtvorschule für Dispenzkinder. Es soll möglich sein, daß Kinder etwa, wenn sie für schulunfähig erklärt werden, noch im Kindergarten bleiben können. Es soll nicht zur Pflicht werden, daß sie unbedingt in die Vorschule gehen sollen. Wichtig ist die Beibehaltung, aber nicht Aushöhlung der Langform, indem man die Unterstufe und die Oberstufe im Lehrziel völlig trennt. Es heißt noch im § 34 des Schulorganisationsgesetzes, Aufgabe

der Allgemeinbildenden höheren Schule ist es, eben eine höhere Allgemeinbildung zu vermitteln und zur Hochschulreife zu führen, von der ersten bis zur achten Schulstufe. Wir halten etwas von dieser Langform. Ich möchte sagen, die Langform ist nicht so schlecht, und ich möchte wünschen, daß sie erhalten bleibt, nämlich wenn man bedenkt, daß der Bürgermeister Gratz seinen Sohn im Theresianum hat, daß berühmte Politiker ihre Kinder in den Langformen haben, und die Langform an und für sich auch von den Lehrern der anderen Fraktion durchaus begrüßt wird. Daher Beibehaltung der Langform in der Form etwa, wie sie bisher gesehen wurde und besteht. Dieser Pluralismus würde nämlich die Elternrechte aufrechterhalten. Ich habe mir extra den Artikel 2 des ersten Zusatzprotokolls zur Menschenrechtskonvention herausgeschrieben, wo es heißt: Das Recht auf Bildung darf niemandem verwehrt werden. Der Staat ist verpflichtet, das Recht der Eltern zu achten und die Unterrichtswahl möglichst freizugeben. Das heißt also Pluralismus der Unterrichtsformen aufrechterhalten. Langform und neue Hauptschule oder Mittelschule, keine Fahnenfrage, möchte ich sagen.

Dann zum Schluß möchte ich sagen, einen recht herzlichen Dank dafür, daß ich in dieser Gruppe 2 drinnen finde, daß 16,9 Millionen Schilling für den Beginn des Internatsbaues der Höheren Försterschule in Bruck vorgesehen sind und der Spatenstichbeginn für 1982 vorgesehen ist. Mit diesem Dank schließe ich meine Stellungnahme und meinen Bericht. (Allgemeiner starker Beifall.)

Präsident: Der Beifall dauert fast länger als die Rede. Herr Abgeordneter Erhart hat das Wort.

Abg. Erhart: Herr Präsident, Hoher Landtag!

Da ich vom Beruf nicht Lehrer bin wie mein Vorredner, kann ich auch nicht soviel in Kürze sagen wie er, aber ich werde mich bemühen, dafür nur ein Drittel von dem Umfang zu sagen, welchen ich mir vorgenommen habe. Zum Kapitel Jugendförderung also nur einige Bemerkungen: Ich habe voriges Jahr bei diesem Thema den Herrn Landesrat als zuständigen Referenten kritisiert, daß bei der Umschichtung innerhalb seines Referates auf Grund der Kürzungen die Jugendförderung zu schlecht dabei weggekommen ist, und habe gemeint, daß man hier am falschen Platz spart. Ich konnte heuer schon bei den Zahlen feststellen, daß es hier Veränderungen gegeben hat, und ich möchte wieder betonen, daß es gerade bei der außerschulischen Jugenderziehung wirklich notwendig ist, vielleicht zu überdenken, daß man hier doch mehr investieren müßte. Ein wichtiger Faktor ist diese außerschulische Jugenderziehung, sehr verehrte Damen und Herren. Wir wissen, daß auf Grund der natürlichen Entwicklungsprozesse, die sich in der Zeitspanne zwischen Kind- und Erwachsensein ergeben, also im Jugendalter, ein besonderes Bedürfnis zum Anschluß an eine gleichaltrige Gemeinschaft gegeben ist, und das kann aber - um das eine Extrem zu nennen - genauso gut eine Rockerbande sein, wie es auf der positiven Seite eine Jugendgruppe sein kann, die freiwillige Sozialdienste leistet. Und dazwischen gibt es eine große Bandbreite von Jugendorganisationen, die alle zum Ziel haben, die Jugendlichen zu sinnvoller

und schöpferischer Freizeitgestaltung hinzuführen. Eine Freizeitgestaltung, ein Umgang mit jungen Leuten, der letztlich dazu führen soll, charakterlich starke Menschen in eine zu erhaltende demokratische Gesellschaftsordnung als Erwachsene zu integrieren. Das sind allgemeingültige Aussagen, die dann nichts bringen, wenn sie nur theoretischer Natur sind, wenn sie im Zuge notwendiger Budgeteinsparungen erfolgen, wenn hier Mittel bei der außerschulischen Jugenderziehung gekürzt werden oder wenn gesetzliche Grundlagen für eine verstärkte Jugendarbeit seitens der Jugendverbände fehlen. Ich darf kurz auch an eine Denkschrift im vorigen Jahr seitens des Steirischen Landesjugendbeirates an die Abgeordneten zum Steiermärkischen Landtag erinnern, wo damals ausgesagt wurde, daß das Präsidium des Landesjugendbeirates schärfstens gegen die Kürzungen der Förderungsmittel protestiert hat. Es wurde damals in dieser Denkschrift darauf hingewiesen, daß in einer Zeit, wo es skrupellosen Rauschgifthandel, steigenden Drogenkonsum, Jugendkriminalität gibt, gerade dann die Bedeutung der vielfältigen und von Idealismus getragenen Jugendarbeit durch Budgetkürzungen natürlich kraß abgewertet wird. Und aus der Überlegung heraus, sehr verehrte Damen und Herren, daß es nichts bringt, wenn alle Jahre wieder von diesen Übelständen geredet wird, aber dann letzten Endes doch keine ernsthaften Gegenmaßnahmen eingesetzt werden, von dieser Überlegung aus ist meine Fraktion ausgegangen, einen Antrag zu stellen, einen Gesetzesantrag, nämlich für ein modernes Jugendförderungsgesetz. Dieser Gesetzesantrag wurde eingebracht, und in diesem Gesetzesentwurf geht es vor allem darum, für die Errichtung, die Erweiterung, die Ausgestaltung, die Erhaltung und die Führung von Jugendberatungsstellen, von Jugendzentren, Lokalen für Jugendorganisationen, Jugendwarteräume, Jugendherbergen und dergleichen mehr Mittel zu bekommen, und sie gesetzlich zu regeln. Ebenso Mittel für die Kosten der Aufklärung über die Folgen von Alkohol, Nikotin und Suchtmittelgenuß, Aktionen zur internationalen Jugendverständigung, kulturelle Aktivitäten der Jugend, die Ausbildung und Fortbildung von Jugendleitern und Fachkräften im politisch-pädagogischen Aufgabenbereich der Jugendarbeit, die Herausgabe und den Verleih von Jugendbüchern, Jugendschriften, die Herstellung und Vorführung von Jugendfilmen und die Anschaffung für Geräte und Arbeitsbehelfe. Ich weiß, daß dies alles viel Geld kostet, sehr viel Geld sogar. Um dieses Geld zu sichern, gibt es in diesem Gesetzentwurf auch gleich den Vorschlag für eine feste Bindung an das jeweilige Budget, nämlich in der Höhe von einem Promille des ordentlichen Landesvoranschlages. Geht man von dem heute zur Diskussion stehenden Budget aus, also von den rund 19 Milliarden Schilling, dann würde ein Promille 19 Millionen Schilling ausmachen, und diese 19 Millionen Schilling sind ungefähr ein bißchen mehr, als die Hälfte von den heute für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Mitteln. Mit dieser gesetzlichen Regelung wäre dann eine dauerhafte finanzielle Grundlage für die außerschulische Jugenderziehung gegeben, welche auf Grund der Gesetzeskraft dann nicht immer vom Gespenst der Mittelkürzungen betroffen wäre. Aber nicht nur ums liebe Geld geht es bei diesem Gesetzentwurf, obwohl es zugegebenerweise eine große Rolle spielt, sondern auch die Zusammen-

setzung des Landesjugendbeirates soll gesetzlich geregelt werden. Was die globale Aufteilung der Förderungsmittel betrifft, wäre ein Jugendreferatsausschuß zu bilden, der dann auf Grund der Stärke und der Aktivitäten der Jugendorganisationen den sogenannten Verteilervorschlag erstellen würde. Der Landesjugendbeirat soll aber vor allem als Berater der Landesregierung bei der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen, welche die Jugend selbst betreffen, beziehungsweise in allen wichtigen Fragen der Jugendarbeit tätig werden können.

Sehr verehrte Damen und Herren! Ein bald beschlossenes Steiermärkisches Jugendförderungsgesetz könnte uns in der Jugendarbeit einen echten Schritt weiterbringen, einen Schritt weiterbringen zur Realisierung des schon oft hier zu diesem Kapitel Gesagten. Und so wichtig mir eine gesetzliche Regelung der Jugendförderung erscheint, so wichtig, glaube ich, ist ein Gesetz auf einer anderen Ebene, das aber zum Teil auch direkt mit den Jugendfragen zusammenspielt. Ich meine hier, wenn ich es kurz erwähnen darf, die gesetzliche Regelung betreffend die Spielautomaten beziehungsweise die Spielstuben oder Spielsalons genannt. Auch hier habe ich in der vorigen Budgetdebatte auf diese Problematik hingewiesen und zu dem im Juli 1980 eingebrachten Antrag der Abgeordneten Erhart, Sponer, Dr. Horvatek und Zinkanell gesprochen. Dieser Antrag, der dieses Thema zum ersten Mal in den Steirischen Landtag gebracht hat, hat eine gesetzliche Regelung verlangt. Er ist zwar hier im Haus auf Grund des Ablaufens der Gesetzgebungsperiode nie behandelt worden. Ein Erfolg hat sich aber insofern gezeigt, als es erstens dann sehr bald darauf einen sachlich ähnlichen Antrag seitens der ÖVP gegeben hat, ich glaube vom Kollegen Ritzinger und Genossen; und was ich für sehr erfreulich halte, daß es mittlerweile bereits einen Beamtenentwurf gibt, einen Beamtenentwurf für ein Spielautomatengesetz, der schon in eine sogenannte Vorbegutachtung gegangen ist. Offenbar hat man die Dringlichkeit zu einer gesetzlichen Regelung erkannt, und ein Hearing, veranstaltet vom Gemeinde- und Verfassungsausschuß, hat das ja ebenfalls gezeigt. Ich darf betreffend des Beamtenentwurfes Herrn Hofrat Dr. Gspandl zu dieser Arbeit gratulieren, weil ich glaube, daß dies, bis auf ein paar Abänderungen, wir haben in diesem Hearing darüber diskutiert, ein sehr brauchbares Gesetz werden könnte. Vor allem auch – das betrifft mich dabei im besonderen, weil ich mich dafür am meisten interessiere – was den Jugendschutz betrifft. Zu überlegen wird bei diesem Spielautomatengesetz hauptsächlich die Grundfrage sein, soll man die sogenannten Geldspielapparate, das sind die Gewinnautomaten, grundsätzlich abschaffen, oder reichen die im Entwurf geplanten Einschränkungen und Auflagen aus, um diese Materie in den Griff zu bekommen. Ich möchte dabei eines zu bedenken geben, daß – falls andere Bundesländer diese Geldspiel- oder Gewinnautomaten grundsätzlich abschaffen, und ich weiß, daß es bereits vier Bundesländer gibt, wo das im Gesetz vorgesehen ist, ich darf Vorarlberg zitieren, Kärnten hat es abgeschafft, Wien und Salzburg bewegen sich auch auf derselben Linie. (Abg. Dr. Heidinger: „Die will er ja besteuern!“) Ich glaube, es ist eine halbe Lösung. Entweder man hat es abgeschafft, dann darf es sie nicht mehr geben, aber

daß man gleichzeitig etwas besteuert, was man abgeschafft hat, das kann ich nicht unterschreiben. (Abg. Dr. Heidinger: „Das kann man sicher nicht machen!“) Das ist uninteressant dabei, da darf ich Ihnen vollkommen recht geben, Herr Dr. Heidinger. Wenn wir uns schon entschließen, es auch abzuschaffen, dann würde ich sagen, dann soll man es dann tun, wenn sich die Mehrheit der österreichischen Bundesländer in diese Richtung bewegt, weil eines wollen wir bestimmt nicht erreichen, daß dann Steiermark jene Insel ist, wo dann die ganzen Geldspielautomaten hereinkommen und wo man letzten Endes davon sprechen kann, daß Steiermark ein Las Vegas von Österreich werden wird. Das wollen wir sicherlich dabei nicht. Ich muß auch sagen, Kollege Dorfer, daß ich mit Ihren Ausführungen nicht einverstanden sein kann, wobei ich nicht genau weiß, wie Sie es gemeint haben. Sie sagen, ein Abschaffen der Spielautomaten wäre schlecht für den Fremdenverkehr, schlecht für die Gastwirtschaften, ich glaube, Sie richtig zu zitieren. Hier muß man Spielautomaten mit Gewinnmöglichkeiten von gewöhnlichen Spielapparaten, die nur der Unterhaltung dienen, auseinanderhalten. Wir sehen ja, was sich in den Spielhöhlen tut. Der Jugendschutz muß Vorrang haben. Wenn man aber zu einer Lösung kommen könnte, ich kenne hier die Ideen aus dem Deutschlandsberger Bereich, daß es auch Geldspielautomaten in Zukunft gäbe, die nur ganz geringe Gewinnmöglichkeiten haben, die echt nur dem Unterhaltungssektor dienen, dann würde ich eher dafür plädieren, daß diese Gewinnautomaten zwar nicht in den Spielsalons vorkommen sollen, aber daß man nichts dagegen haben kann, wenn in irgendeiner Gastwirtschaft ein solcher steht. Aber die allgemeine Tendenz und Aussage war, solche Geldspielautomaten, wie sie heute stehen, wo man in einer Stunde Tausende Schilling gewinnen oder meistens verlieren kann, da möchte ich dafür plädieren, sie gänzlich abzuschaffen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Schluß kommend, sehr verehrte Damen und Herren, möchte ich noch einmal wiederholen, daß ich glaube, daß in der Jugendarbeit ein gewaltiges Umdenken Platz zu greifen hätte, und daß wir besser, und ich habe so etwas Ähnliches heute schon zur Jugendfürsorge gesagt, dabei sind, in die Jugend vorher zu investieren, als dann über Maßnahmen, die nicht billiger kommen, uns den Kopf zerbrechen zu müssen. Durch sinnreiche Gesetze wie Jugendförderungsgesetz oder Spielautomatengesetz können wir eben dort schon ansetzen, wo man eine negative Entwicklung noch verhindern kann. Denn, was wir wollen, ist eine geistig und körperlich gesunde Jugend als die zukünftigen Träger und Gestalter unseres Landes. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Aichhofer. Ich erteile es ihm.

Abg. Aichhofer: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte über ein sehr wichtiges Kapitel im Voranschlag sprechen, und zwar über den Ansatz 240 Kindergärten. Mir scheint es deswegen so wichtig, weil es doch das Wertvollste betrifft, was wir besitzen, nämlich unsere Kinder. Der Kindergartenbesuch ist der erste Schritt im Leben eines Kindes, den es tut, um in einer

Gemeinschaft zu leben. Daher ist es auch sehr wichtig, daß jene, die diese Gemeinschaft beaufsichtigen, eine gute Ausbildung haben. Die Ausbildung unserer Kindergärtnerinnen kann als sehr gut bezeichnet werden, denn die Erfolge, die ersichtlich sind, bestätigen es. Seit dem Kindergartengesetz 1974 hat es sich gezeigt, daß sich auch kleinere Gemeinden einen Kindergarten leisten konnten. Vor dem Jahre 1974 war es vielen Gemeinden nicht möglich, eine Kindergärtnerin oder Helferin anzustellen, weil die Kosten für die Bezahlung dieser Kindergärtnerinnen für eine Wohnsitzgemeinde viel zu hoch waren. Die Gemeinden haben ja große Aufgaben zu erfüllen. Ich denke da an die Schneeräumung, an die Beschaffung von Schutzwegen usw. Herr Landesrat Heidinger hat heute gesagt, daß die Schneeräumung beim Spital in Murau soviel ausmacht wie der Abgang. Jetzt können Sie sich vorstellen, wie viele Tausende von Schillingen Gemeinden aufbringen müssen, die ein Vielfaches an Kilometern zu räumen haben. Seit dem Jahre 1974 hat sich aber sehr vieles zum Wohle der Gemeinden, aber auch zum Wohle der Eltern für die Kinder geändert. 1974 hatten wir 184 öffentliche und 95 private Kindergärten, zusammen 279. 1981 sind es 343 öffentliche, 145 private, zusammen 489. Dazu kommen noch 15 Erntekindergärten und 6 Bundeskindergärten. In diesen Kindergärten haben 833 Gruppen Aufnahme gefunden, dazu noch 16 Gruppen in den Erntekindergärten und 14 in den Bundeskindergärten. In all diesen Kindergärten sind 21.153 Kinder untergebracht. Auch 962 Kindergärtnerinnen haben einen gesicherten Arbeitsplatz. Das Land Steiermark hat seit Inkrafttreten des Kindergartengesetzes große Geldmittel aufgewendet. An Personalförderung 394,2 Millionen Schilling, an Bauförderung 184,3 Millionen Schilling, an Subjektförderung, und das möchte ich ganz besonders hervorstreichen, 264,089 Millionen Schilling. Zusammen 847,821.227 Schilling. Auch im Jahre 1982 sind 139,141.000 Schilling vorgesehen. Diese Beträge, verehrte Damen und Herren, sind gut investiert. Wir ermöglichen unseren Kleinsten eine gute vorschulische Erziehung. Es müßte sich nach meinem Dafürhalten auch der Bund über den Familienlastenausgleich bei den Kindergärten beteiligen. (Beifall bei der ÖVP.) Die Gemeinden und die Eltern danken allen Verantwortlichen im Lande für das große Verständnis für die Kleinsten in unserem Lande. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Maitz.

Abg. Dr. Maitz: Verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

In einer Zeit großer weltpolitischer Spannungen werden die einen den Sport als Insel der Seeligen bezeichnen, andere als faszinierendes Abenteuer für Junge oder als Gesundbrunnen für Ältere, wieder andere als Modeerscheinung unserer raschlebigen Industriezeit, oder aber, und davon bin ich überzeugt, Sport fördert den Tatendrang, das Gemeinschaftsbewußtsein, dient als Blitzableiter für Agressionen, schafft Freundschaften über alle weltanschaulichen und gesellschaftlichen Grenzen hinweg. Mit einem Wort, ich glaube, daß der Sport uns mit seinen vielen Facetten reicher macht, daß wir ohne Spiel und Bewe-

gung ärmer wären. Ich meine aber auch, daß wir uns gegen Schlagworte wehren, und daß wir uns hüten sollen, wie die einen, vor allem in den Massenmedien auch, vor allem den Hochleistungs- und Spitzensport herauszuheben, Profis aller Art und Schattierungen, die auch mit den Früchten ihrer Arbeit ein überdurchschnittliches Einkommen erzielen, ähnlich wie in der Unterhaltungsbranche, oder auf der anderen Seite den Breiten- und Freizeitsport pervertieren, wie bei gewissen, einmal im Jahr stattfindenden Großveranstaltungen. Die Bedeutung, die wir im Vergleich zu anderen Staaten oder zum Beispiel amerikanischen Städten dem Freizeit-, dem Breitensport geben, ist vom Land und von den Gemeinden zu fördern. Nicht wie in amerikanischen Großstädten, wo sich Manager den Freizeitsport als ausschließliches Geschäft unter den Nagel gerissen haben und wo Breitensport nur dann betrieben werden kann, wenn sehr viel Geld vom einzelnen investiert wird. Das heißt, unser System der freien Vereine mit ehrenamtlichen Funktionären bringt etwas Unbezahlbare, bringt Kameradschaft, Geselligkeit und das alles noch dazu fast gratis, und bietet echten Breitensport, wo jedermann eine Art von Vereinigung finden kann, in der er sich geborgen fühlt und sachlich richtig betreut Sport betreibt. Schlagworte also wie „Leistungssport ist schädlich“, „Nur Fitneßsport ist gesund“, „Bezahlter Sport ist rundweg abzulehnen“, oder wie man es oft hört „Wo nur elf oder zweiundzwanzig spielen und 100.000 zuschauen, da geht der Sinn des Sportes verloren“, so logisch das im ersten Augenblick klingen mag, es ist doch höchst oberflächlich, so zu reden. An einem Beispiel möchte ich das demonstrieren. Ich nehme bewußt ein ausländisches Beispiel: Der schwedische Tennisspieler Björn Borg ist ein perfekter Profi, der mit seinem Spiel viele Millionen verdient, der seine ganze Zeit, seine volle Zeit dem Ball und dem Racket widmet, der jeden Zentimeter seiner Sportkleidung mit Werbung füllt und teuer verkauft. Aber weil er seine Tenniskunst so perfekt beherrscht, weil er unvergeßliche Spiele liefert, hat sein Beispiel sicherlich viel mehr junge Leute zum Tennissport gebracht als alle Lehrbücher und alles gute Zureden. An diesem Beispiel wird der logische Zusammenhang zwischen Spitzen- und Breitensport klar. Was wäre das eine ohne das andere.

Ein anderer Bereich, zu dem ich ein Wort sagen möchte – ich nehme hier auch alle möglichen Zwischenpassagen raus, damit ich kürzer sein kann, was dem Zeitpunkt angemessen ist –, ist der Schulsport. Dem Schulsport kommt sehr hohe Bedeutung zu, weil gerade im jungen Menschen die Freude am Spiel und an gesunder Bewegung geweckt werden muß. Das überträgt sich sinnvoll dann auf sein ganzes Leben. Und gerade aus diesem Grund müssen wir uns gegen alle Tendenzen sehr wehren, wo Schulsport in der Stundenanzahl, wie es einerseits von Minister Sinowatz überlegt und zur Überlegung gegeben wurde, gekürzt werden soll, aber auch dort müssen wir uns zur Wehr setzen, wo Schulschikurse nicht mehr stattfinden sollten aus budgetären Überlegungen von der Bundesebene her oder eingeschränkt werden sollen. Da glaube ich, wird sicher am falschen Platz gespart.

Ein kurzes Wort zur Sportförderung des Landes. Ich glaube, daß hier das Wesentliche erreicht wird, nämlich das richtige Maß zwischen den Großveranstaltungen

gen und der Förderung des Breitensports. Die Wechselwirkung ist heute auch schon einmal angesprochen worden. Wenn wir den Österreich-Ring mit viel Geld fördern, wenn wir Schiweltmeisterschaften in der Dachstein-Tauern-Region machen oder Nordische Weltmeisterschaften in Murau bekommen haben oder die WM im Orientierungslauf in Aigen im Ennstal, dann ist das nicht, weil man die Sportsensation über alles stellen will, sondern solche Großveranstaltungen geben eben auch sehr, sehr vielen Menschen Arbeit und Einkommen, bringen dem Land internationales Ansehen und verschaffen dem Fremdenverkehr unerläßliche Impulse. Ebenso wird aber durch die Förderung des Landes dem Trend zum Freizeitsport in vermehrtem Maß Rechnung getragen werden, denn noch wichtiger ist eben, Sport zu betreiben, als Sport anzuschauen. Einfach weil Sport Spaß machen soll und weil Sport und Spiel die Menschen näherbringt. Und was brauchen wir in einer schweren Zeit wichtiger, als daß Menschen sich einander näherkommen, sich besser verstehen und auch gegensätzliche Standpunkte dadurch leichter miteinander austragen können.

Interessant ist ein Phänomen, das ich zum Schluß noch nennen möchte. In der Steiermark sind nach den organisierten Fußballern die zweitgrößte Gruppe die Eisschützen mit 24.000 Aktiven. Und das ist für mich auch ein Beweis, daß bodenständige und aus der Eigenart des Landes gewachsene Sportarten unsere besondere Aufmerksamkeit und Förderung verdienen. Daß Zahlen aber hin und wieder täuschen können, möchte ich an einem anderen Beispiel zeigen. In der Steiermark geben 44 Prozent der Männer und 40 Prozent der Frauen an, daß sie als ihren liebsten Sport das Schwimmen betreiben, danach kommt Schifahren und radfahren. Wäre das richtig, so müßte die Steiermark ein Land hervorragender Schwimmer sein. Ein Blick auf die internationale und nationale Skala zeigt uns aber, daß dies nicht so der Fall ist. Daher sind Statistiken eben nicht immer das einzig Wahre, denn diese Leute haben Schwimmen als Sport mit dem Baden verwechselt, das wir alle gerne tun. Aber das ist noch kein Sport im Sinne einer aktiven regelmäßigen Betätigung. Das Wesentliche – und das möchte ich zum Schluß sagen – ist also nicht die Frage, welche Sparten nun besser oder schlechter sind, ob Spitzen- oder Breitensport, ob der eine Sport oder der andere, sondern wichtig ist überall das rechte Maß, noch wichtiger die Vermeidung von Auswüchsen. Dort, wo Menschen durch den Sport zu Freunden werden, dort wo sie sich gesund erhalten, wo uns der Sport reicher macht an Aktivität und Geist, dort überall ist er wertvoll, ja geradezu unentbehrlich für unsere Gesellschaft. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Schwab hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Schwab: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Jugendförderung des Landes hat im Vorjahr, kurz vor und auch während der Budgetdebatte, einige Aufregung verursacht. Die Jugendverbände haben sich beklagt, daß die Mittel bei der Förderung ständig zurückgehen und sie ihre Aufgaben nicht mehr in dem Ausmaß erfüllen können, wie es notwendig wäre. Ich

bin persönlich sehr froh und sehr dankbar dafür, daß du, Herr Landeshauptmann, gemeinsam mit dem Herrn Landesrat Jungwirth wirklich ein klares Zeichen und ein Signal für die Zukunft, für die Jugend und für die Jugendförderung unseres Landes gesetzt hast. Und ich kann leider dem Herrn Kollegen Erhart nicht ganz beipflichten, wenn er neuerlich von Kürzungen spricht, weil es in einigen Ansätzen bedeutende Erhöhungen gibt. In der Gesamtheit ein Plus von 26 Prozent, bei Jugendherbergen und Jugendheimen ein Plus von 66 Prozent und die Förderung der genannten Jugendverbände eingerechnet bereits die Nachbedeckung von 800.000 Schilling für das Jahr 1981 noch immer ein Plus von 45 Prozent. Man muß das – glaube ich – richtigstellen. (Abg. Erhart: „Ich habe gesagt, daß es heuer besser ist und es Umschichtungen gibt!“) In der Frage Jugendgesetz, Jugendförderungsgesetz werden wir uns, das ist mein Bemühen, im ersten Halbjahr 1982 sicherlich zusammensetzen. Es muß sichtbar werden, daß das Land an starken Jugendorganisationen interessiert ist und der außerschulischen Jugendarbeit jene Bedeutung beimißt, die ihr zukommt. Das Steiermärkische Jugendschutzgesetz in der geltenden Fassung stammt aus dem Jahr 1968, und seither hat sich sicher vieles geändert. Es ist notwendig, das bestehende Jugendschutzgesetz in eine zeitgemäße Form zu bringen.

Sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir – ich will es kurz machen – auch einige persönliche Gedanken zur Situation der Jugend im Land. Wir leben in einer Zeit, die sehr stark geprägt ist von Orientierungslosigkeit, von Gleichmacherei, von Passivität und die auch geprägt ist von mangelnder Bereitschaft vieler Menschen, das Leben in unserer Gesellschaft verantwortungsbewußt – ich betone verantwortungsbewußt – mitzugestalten. Der Verlust von Wertvorstellungen und auch der materielle Wohlstand sind leider Gottes vielfach Ursachen dafür, daß Familienleben zerstört wird, die Sinnhaftigkeit des Lebens generell in Frage gestellt wird und der materielle Egoismus zunimmt. Außerdem werden die Konsumreize laufend gesteigert. Hier beginnt die große Verweigerung der Jugend, weil sie sich natürlich die Frage stellt, wie soll es weitergehen, soll es so weitergehen. Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist meiner Meinung nach das ständige Fragen und Suchen nach neuen haltbaren Erfüllungen, die wir teilweise oder zum größten Teil in Werten wiederfinden, die Jahrzehnte und Jahrhunderte sogar Gültigkeit gehabt haben, wo man nur in den vergangenen zehn, fünfzehn Jahren geglaubt hat, man könne alles über Bord werfen, weil ohnehin alles machbar und beherrschbar sei. Und das hat sich als der große Trugschluß herausgestellt. Das ist mit eine Ursache, denken wir alle miteinander nach, auch in diesem Hohen Haus, für eine gewisse Politikverdrossenheit der jungen Leute. Die Jugend spürt, daß sie eines Tages unter Umständen, ich sage unter Umständen, für das aufkommen und geradestehen wird müssen, was sie nicht oder was sie nur zum Teil verschuldet hat, wenn wir ständig einen Vorgriff auf die Zukunft machen. Ich bin halt bitte auch bei dieser Aussage von einem gewissen bäuerlichen Denken geprägt, weil ich als Bauer heute auch nicht das verbrauchen kann, was ich erst in der nächsten Woche erarbeiten und ernten werde. Damit hängt auch meiner

Meinung nach die Frage des Sinndefizites zusammen. Schauen wir hinein in die Jugend, reden wir mehr mit ihr als zu ihr. Es gibt eine ungeheure Sehnsucht nach wohlthuender Illusion, vielleicht kann man es so formulieren. Und es gibt meiner Meinung nach drei Gruppen von jungen Menschen: Das ist eine Gruppe, die sehr in die Tiefe geht, die nach dem Dahinter fragt und die ungeheuer stark nach Verankerung sucht. Und in Wahrheit, meine Damen und Herren, erleben wir gerade in dieser ersten Gruppe ein Engagement der Jugend, wie selten zuvor. Der zweite Teil sind meiner Meinung nach die Romantiker, die einen sehr guten Kern haben, die das Beste wollen, die aber auf der anderen Seite wenig Bezug zur Realität oder Wirklichkeit haben. Dann ist die dritte Gruppe. Ich weiß sehr wohl, daß es auch gefährlich ist, wenn man so etwas ausspricht, wenn man Menschen einordnet und zuteilt, das sind die Illusionisten und Phantasten, denen eigentlich bis heute alles vorgelegt wurde, dann gibt es plötzlich irgendwo ein Eckerl, das nicht mehr da ist, das abgezwickelt werden muß, und dann steigen sie auf die Barrikaden und schreien, was ihnen diese böse Gesellschaft alles antut. Radikale Veränderungen werden verlangt. Ich bin persönlich dagegen, daß man nur verändert um des Veränderns willen, weil damit noch lange nicht gesagt ist, daß etwas besser wird. Ich bin aber sehr für Erneuerungen, für das Verlassen eingefahrener und ausgefahrener Geleise. Und wenn wir, meine Damen und Herren, und das gilt für alle in diesem Haus, wenn wir einen Gegenpol zu diesen Entwicklungen und zu diesen Gruppen schaffen wollen, die wir alle nicht wünschen, wenn wir diesen Gegenpol schaffen wollen, dann müssen vor allem unsere guten und vor allem die stillen jungen Menschen stärker auch in der Öffentlichkeit zeigen, was sie im Innersten sind. Auch wir, und ich höre schon auf, können in der Steiermark dazu einen Beitrag leisten, indem wir nämlich in der täglichen Arbeit, und auf das kommt es an, Bedacht nehmen, Politik, Institutionen, Apparate überschaubarer zu machen, sie von gewissen Sachzwängen, die sicherlich notwendig sind, so weit es geht zu befreien und einzugehen auf die vorhin genannten Anliegen und Sehnsüchte der jungen Leute. Es geht daher um beides: um konkrete kleine Schritte der Alltagspolitik und um längerfristige hoffnungsvolle Perspektiven. Sonst geht es nicht. Was wir brauchen, ist für unsere Zukunft ungeheuer viel Bereitschaft zur geistigen Erneuerung, und wir brauchen ein ungemein starkes Wachstum im geistigen, im menschlichen und im persönlichen Bereich. Das halte ich für dringendst notwendig. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Jungwirth. Ich erteile es ihm.

Landesrat Prof. Jungwirth: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte zuerst dem Herrn Abgeordneten Schwab zu seinen Worten gratulieren, die zu den wichtigsten zählen, die in diesem Haus in den letzten Tagen meines Erachtens gesprochen wurden, und möchte noch kurz darauf zurückkommen. Zuerst noch einleitend ein paar Worte zu den Beiträgen der Herren Abgeordneten Hammerl und Aichhofer. Der Herr

Abgeordnete Hammerl hat sich in einem Satz zu Wort gemeldet, den ich mit einem Satz beantworten möchte. Was gesetzliche Regelungen betrifft, halte ich die Forderung nach einem einheitlichen Dienstrecht, die von den Kindergärtnerinnen erhoben wird, für einen legitimen Wunsch, den ich sehr gerne und gut befürwortet meinem dafür zuständigen Kollegen Wegart zu meiner Linken weiterreiche. Der Herr Abgeordnete Aichhofer hat Zahlen genannt und aus der Praxis des Kindergartens in der kleinen Gemeinde gesprochen. Ich möchte dazu sagen, daß wir derzeit bei 28 verhandlungsreifen Projekten stehen aus verschiedenen steirischen Gemeinden und Pfarren und daß weitere 15 Projekte anhängig sind zur Errichtung eines Kindergartens. Wir sehen uns natürlich immer sehr genau an, wie es mit den Zahlen steht. Und nicht nur wir schielen danach, sondern viele andere, speziell auch Lehrer und Lehrervertreter. In diesem Zusammenhang ist das Jahr 1981 ein wenig ermutigend. Wenn die Hochrechnungen stimmen, dann werden die Geburtenziffern des Jahres 1981 in der Steiermark immerhin die zweithöchste Marke nach dem Jahr 1975 erreichen. Wir hatten ein absolutes Tief im Jahre 1977, seither geht es aufwärts, und im Jahre 1981 scheinen wir fast die Marke des Jahres 1975 wiederzugewinnen. Das gibt einen gewissen Mut für die Zukunft. Es geht ja nicht um die Kindergärten und nicht um die Schulen, die sind ja für die Kinder da, sondern es geht um das gute Weiterleben unseres Landes. Ich möchte also diesen Seitenblick auf die Statistik an dieser Stelle gerne eingeleitet haben. Was die Schule betrifft, haben sich der Herr Abgeordnete Steiner und auch der Herr Abgeordnete Freitag mit der 7. SchOG-Novelle beschäftigt, die jetzt in Wien eingebracht wird, und die in die Begutachtung geht. Ich möchte dazu sagen, daß ich nicht ganz verstehe, warum die Begutachtungsfrist so kurzgehalten ist. Denn es ist ein großes Gesetz, es ist ein wichtiges Gesetz, und es kommen einige Probleme auf uns mit einer solchen gesetzlichen Regelung zu. Ich spreche nicht über x Details, ich spreche auch nicht grundsätzlich zur Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen, obwohl das Thema natürlich immer wieder quasi eine Herausforderung ist, aber davon wurde schon geredet, und ich erspare es mir. Ich habe mich in diesem Haus schon in der Diskussion zu diesem Thema zu Wort gemeldet. Aber eine ganz konkrete Problematik: Wenn dieser Entwurf so durchginge, dann würde es bedeuten, daß an jetzigen Hauptschulen, gleichgültig wie die in Zukunft heißen, der zweite Klassenzug aufgelassen wird. Zugleich sollen in drei Fächern, in Deutsch, Englisch und Mathematik, je drei Leistungsgruppen eingeführt werden. Das bedeutet eine Umstrukturierung von Klassen und Klassengemeinschaften zumindest in gewissen Fächern. Das bedeutet mit Sicherheit Raumprobleme an unseren Hauptschulen im ganzen Land. Wir können nicht mit letzter Bestimmtheit sagen, wie sich diese Neuformierung an den einzelnen Schulen auswirkt, weil das natürlich auch von ihrer derzeitigen Größe und Klassenzahl abhängt. Aber es kommen sicherlich neue Probleme auf uns zu, genauer gesagt, auf die Schulerhalter, das sind die Gemeinden, und damit natürlich auf das Land, weil die Gemeinden, wenn hier neue Anforderungen auftauchen, selbstverständlich zum Land gelaufen kommen. Ich habe daher die zuständige Rechtsabteilung 13 beauftragt, eine Blitzumfrage zu starten, nach-

dem dieser Entwurf vorgestern – glaube ich – erst eingetroffen ist, an alle steirischen Hauptschulen über die Bezirksschulräte. Blitzumfrage eben deswegen, weil die Frist so kurz ist. Am 10. Februar sollten bereits alle Antworten in Wien sein, und dazwischen liegt Weihnachten, und wir wissen doch genau, daß da auch die Arbeit in den Ämtern und Behörden einige Zeit blockiert ist. Ich verstehe wirklich nicht, warum man es mit einem so wichtigen und großen Gesetz so eilig hat. Aber sei dem, wie dem auch sei, das ist ein Beispiel dafür, daß im Parlament in Wien ein Gesetz zur Beratung steht, das bedeutende Auswirkungen pädagogischer, aber auch finanzieller Natur hat, und es ist daher ganz besonders wichtig, daß die davon Betroffenen auch Zeit haben, sich zu Wort zu melden. Wir werden dafür sorgen müssen, daß diese Antworten schnell hereinkommen. Ich nehme an, daß dies gelingt und werden sie selbstverständlich auch in die Begutachtung des Landes einzufließen haben. Aber ich möchte auf diese eine ganz bedeutende Problematik im Zusammenhang mit der 7. SchOG-Novelle ausdrücklich hingewiesen haben. Was die Schule und auch diese Schulreform sonst betrifft, nur noch ein Gedanke, der mir auch am Herzen liegt. Wir haben gestern, vorgestern, stundenlang und ausführlich über Wirtschaftsfragen und Wirtschaftsförderung diskutiert. Vergessen wir nicht, meine Damen und Herren, daß die gute Entwicklung – möchte ich sagen –, die gute Ausbildung der Köpfe, der Herzen und der Hände unserer Menschen eine der besten Wirtschaftsförderungen ist. Und was mir in der Schuldiskussion persönlich abgeht, eigentlich seit Jahren, ist die Frage der Schule der Talente. Es gibt ja so viele Talente und Begabungen, die in den jungen Menschen stecken, von den manuellsten bis zu den geistigsten Talenten und Begabungen. Darinnen liegen doch Quellen für unser Land, nicht nur für die Steiermark, sondern für ganz Österreich. Dieses kleine Österreich kann ja nur dann bestehen, wenn es alle seine Reserven ausschöpft, und seine Talentreserven gehören doch zu seinen kostbarsten Reserven. In diesem Sinn plädiere ich immer wiederum für eine Schule der Verschiedenheit, weil Talente verschieden sind und Menschen verschieden sind. Gerechtigkeit ist wichtig, aber es wäre eine falsche Gerechtigkeit zu sagen, daß die Schule die totale Gleichheit am Ende der Ausbildung in ihren Abgängen haben muß. Das stimmt ja nicht, das wäre eine Vergewaltigung der Menschen, das nimmt ihnen die Lebensfreude, und das nimmt uns auch viele Chancen im Land. Ich plädiere für eine Diskussion über die Schule der Vielfalt, für die Ausschöpfung der Talentreserven. Wir haben Talenteschulen für unsere Schifahrer beispielsweise in Schladming, zu Recht. Interessant, für den Sport machen wir es, auch anderswo in Österreich. Für viele andere Begabungen, die im Menschen stecken, machen wir es nicht. Warum eigentlich nicht? Ich bin dafür, daß wir dieses Thema neu und immer wiederum auf die Tagesordnung nehmen.

Nun noch ein Wort zur allgemeinen Jugendförderung, über die die Abgeordneten Schwab und Erhart gesprochen haben. Hier sind gottlob finanzielle Aufbesserungen gelungen. Und für die Arbeit, die mit der Jugend und für die Jugend geschieht, ist das – so meine ich – wirklich wichtig und berechtigt gewesen.

Ich meine damit viele Vereine und Verbände, sicherlich auch unser Landesjugendreferat und auch viele freie Gruppen. Wir sind hier nicht kleinlich und versuchen wirklich, auf die Beweglichkeit der jungen Menschen Rücksicht zu nehmen. Wir wissen sehr genau, daß sich immer wiederum Neues bildet und Altes vergeht, auch in den Gruppen, die sich finden. Daher müssen wir in einer sensiblen Form auf die jungen Menschen eingehen. Übersehen wir nicht, meine Damen und Herren – ich schließe, glaube ich, nahtlos an die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schwab –, daß wir es wiederum mit einer neuen jungen Generation zu tun haben, die anders ist als die Jugend von 1970. Es war damals eine sehr unruhige Generation. Sie war auch sehr stark ideologisiert. Man konnte mit vielen von ihnen diskutieren, daß die Fetzen flogen. Das war damals die Zeit der sogenannten Neuen Linken, einer sehr unbequemen Tendenz; für alte Linke und alte Rechte und alte Mittlere war das immer sehr herausfordernd und provokant, mit diesen jungen Menschen zu sprechen. Heute liegt diese Ideologisierung bei uns in Österreich nicht vor oder nur in ganz kleinen Dosen. Aber die jungen Menschen sind offen, sie sind trocken wie Schwämme und warten auf das Wasser, das sie aufsaugen können. Und was ihnen gemeinsam ist, ist naturgemäß die Schau in die Zukunft. Sie haben ihren jugendlichen Überschwang und ihre Lebensfreude, gottlob, das muß ja wirklich so bleiben. Sie haben aber doch auch eine Befürchtung, und gerade in diesen Tagen ist – um nur ein Beispiel zu nennen – diese Untersuchung über die Jugend in Österreich im Molden-Verlag herausgekommen, die das auch bestätigt. Aber es gibt x andere, wir brauchen nicht das eine Buch zum Beweis dafür. Es gibt, ob es uns recht ist oder nicht, eindeutig eine starke Atomangst, die geht quer durch die Richtungen, und betrifft Burschen und Mädchen, betrifft die kriegerische Verwertung der Atomenergie genauso wie ihre friedliche Nutzung. Und die steckt natürlich auch hinter den Massenaufmärschen in anderen Ländern, und wir dürfen die Bewegung nicht geringschätzen und einfach abqualifizieren als irgend etwas Manipuliertes und politisch Gesteuertes, da würden wir es uns zu einfach machen. Das ist derzeit eigentlich in vergleichbaren Ländern die einzige echte Jugendbewegung, die junge Menschen in Marsch setzt. Bei uns in Österreich ist es nicht so akut, aber im Inneren haben sie es und tragen sie es. Und damit müssen wir doch rechnen. Daher also auch die Notwendigkeit, in Jugendarbeit, in Jugendpolitik auf diese Problematik einzugehen. Wenn von einem Gesetz für Jugendförderung gesprochen wird, auch dann muß ich sagen, soll oder muß es ein sinnvolles Gesetz sein, und hier geht es – ich reiße nur einen Punkt an – um eine Frage, die man immer wieder hört, die einem oft und oft gestellt wird, eine ganz banale und handfeste Frage: „Wo habt ihr Erwachsene für uns einen Raum, wo wir Jugendliche uns organisieren, treffen können?“ Jugend braucht Räume. Sie braucht sie in Graz, da gibt es Diskussionen derzeit darüber, sie braucht sie draußen in den Bezirken genauso. Sie hat nicht genug Räume. Sie ist bereit, sie sich selber zu adaptieren. Es kostet nicht viel Geld. Es geht nicht um sehr viel Geld, weil hier viel Initiative und viel Kraft da sind. Es geht nur um ein bißchen Entgegenkommen. Es geht oft um einen kleinen Schritt von irgendeiner Seite, von Erwachsenen, Gemeinden,

Personen oder Vereinen. Nur darum geht es sehr oft. Aber gerade das ist wichtig. So, meine Damen und Herren, wollen wir nicht vergessen, daß junge Menschen mit ihren Sehnsüchten auf die Welt gekommen sind. Sie suchen Gemeinschaft, sie suchen Wertungen, sie suchen Wertungen neu und wieder, sie suchen Orientierung. Wir sind aufgerufen, sie ihnen zu geben. Gerade gegen Ende einer Landtagsdebatte, in der sehr viel über Aktion gesprochen wurde, über Machbarkeit gesprochen wurde, über Geld gesprochen wurde und über die Wirtschaft gesprochen wurde, wollen wir nicht vergessen, daß es auch um die Frage geht, wozu das alles, um die Sinnfrage. Besonders bei unseren jungen Menschen. Ich möchte mit einem Zitat aufhören, das vielleicht auch hereinpafßt in diese vorweihnachtliche Zeit, obwohl es kein rein religiöses Zitat ist. Ich lese es Ihnen zuerst vor und sage Ihnen nachher, von wem es ist. Es ist kein Radikaler und kein Politiker, von welcher Seite auch immer, auch kein Priester, das sage ich von vornherein; er schreibt: „Unsere Gesellschaft wird von einer Managerbürokratie und von Berufspolitikern geleitet, die Menschen werden durch Massensuggestion motiviert. Ihr Ziel ist, immer mehr zu produzieren und zu konsumieren, und zwar als Selbstzweck. Sämtliche Aktivitäten werden diesem wirtschaftlichen Ziel untergeordnet. Die Mittel sind zum Zweck geworden. Der Mensch ist ein gut ernährter, gut gekleideter Automat, den es überhaupt nicht mehr interessiert, welche menschlichen Qualitäten und Aufgaben ihm eignen. Wenn der Mensch für Liebe fähig sein soll, muß der Mensch selbst an erster Stelle stehen. Der Apparat muß ihm dienen und nicht er ihm. Er muß am Arbeitsprozeß aktiven Anteil nehmen, anstatt nur bestenfalls am Profit beteiligt zu sein. Die Gesellschaft muß so organisiert werden, daß die soziale, liebevolle Seite des Menschen nicht von seiner gesellschaftlichen Existenz getrennt, sondern mit ihr eins wird. Wenn das, was ich zu zeigen versuchte, zutrifft, daß nämlich die Liebe die einzig vernünftige und befriedigende Lösung des Problems der menschlichen Existenz darstellt, dann muß jede Gesellschaft, welche die Entwicklung der Liebe so gut wie unmöglich macht, auf die Dauer an ihrem Widerspruch zu den grundlegenden Bedürfnissen der menschlichen Natur zugrunde gehen. Wenn man von der Liebe spricht, ist das keine Predigt, denn es geht dabei um das tiefste, realste Bedürfnis eines jeden menschlichen Wesens.“ Soweit dieses Zitat. Es ist von einem alten Mann, der dieses Jahr gestorben ist, von Erich Fromm. Interessant ist, daß dieses Taschenbuch, es nennt sich „Die Kunst des Liebens“, seit eineinhalb Jahren an der Spitze der Bestsellerliste für Taschenbücher im deutschen Sprachraum, Bundesrepublik, Schweiz und Österreich steht, mit einer Auflage von bereits über 1,5 Millionen. Das ist ein Buch, das unheimlich kursiert unter den jungen Menschen, und das verständlich macht, was sie fühlen und denken. Ich glaube, es ist auch für uns Politiker interessant, in ein solches Buch hineinzuschauen, denn würden wir ganz neben dem gehen und stehen, was die Jugend von heute fühlt oder bewegt, dann könnte ja eines Tages unsere Politik in eine falsche Richtung gehen. In diesem Sinn, meine Damen und Herren, vielen Dank allen vielen Männern und Frauen im ganzen Land, die für unsere Jugend und mit unserer Jugend in der Steiermark gearbeitet haben und ein Glückauf für das Jahr 1982. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Gruppe 2 vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Dr. Maltz: Ich wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 2.

Präsident Zdarsky: Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Die Gruppe 2 ist somit angenommen.

Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Walter Kohlhammer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kohlhammer: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, umfaßt Feuerwehrwesen, Katastrophenhilfsdienst, Gewässerschutzmaßnahmen und Landesverteidigung. Einnahmen von 8,304.000 Schilling stehen Ausgaben von 68,150.000 Schilling gegenüber. Im Auftrag des Finanzausschusses stelle ich den Antrag, der Gruppe 1 in der vorliegenden Form die Zustimmung zu geben.

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrammel. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrammel: Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

In der Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, wird ein breiter Raum dem Feuerwehrwesen gewidmet. Nachdem heute auf der Galerie auch eine Abordnung der steirischen Feuerwehren hier anwesend ist, möchte ich diese Wehrmänner, die stellvertretend für die 40.000 Mann der steirischen Wehren zu uns gekommen sind, mit einem herzlichen Gut Heil begrüßen. (Allgemeiner Beifall.) In der Budgetgruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, werden die Untergruppen Feuerwehren, dann die Ansätze für das Rote Kreuz, für den Katastrophenhilfsdienst, für die Landesverteidigung behandelt und uns dafür auch die finanziellen Ansätze für die Beschlußfassung vorgelegt. Ich möchte aber auch die Exekutive, die Gendarmeriebeamten, die Polizeibeamten miteinbinden, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung in unserem Heimatland mithelfen, und ihnen auch dann einen Platz in meiner Rede einräumen. Ich habe schon in der Einleitung erwähnt, daß wir in der Steiermark über 40.000, genau 40.091 Wehrmänner in 753 Feuerwehren organisiert haben. Die Feuerwehr ist eine Körperschaft, kein Verein, wie das hin und wieder fälschlich festgestellt wird. Es ist unseren Wehrmännern, die freiwillig tätig sind, in Freiwilligen Feuerwehren, in Werkwehren, dafür, daß Sondereinheiten in den letzten Jahren geschaffen wurden, und zwar für den Wasserdienst, für den Taucherdienst, für den Ölalarmdienst, für den Sprengdienst, für den Flugdienst, für Atemschutztruppen, für den Strahlenspürdienst und für die Funktruppen zu danken, daß diese Ordnung so vorbildlich aufgebaut wurde. Unsere Feuerwehrmänner machen mit einer Selbstverständlichkeit ihren Dienst, und es ist eigenartig, obwohl sie nicht militärisch organisiert sind,

mit welcher Ordnung und mit welcher Selbstverständlichkeit sie ihren Dienst verrichten und sich dieser Idealismus förmlich auch auf die nachkommenden Generationen immer wieder fortsetzt. Somit vorerst einmal herzlichen Dank für die unzähligen Stunden, die unsere Wehrmänner in der Steiermark zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit für unser Heimatland aufwenden. (Allgemeiner Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gleich mit einem sehr zentralen Anliegen der steirischen Feuerwehren beginnen, das in die heutige Zeit dringend hineinpaßt, und zwar mit der zentralen Funksirenensteuerung. Sie wurde vom Kollegen Trampusch auch im Finanz-Ausschuß in Erwähnung gebracht. Ich möchte hier dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, unserem Feuerwehrreferenten, danken, daß er die Möglichkeit geschaffen hat, daß ein Budgetansatz von 1,8 Millionen Schilling als der Drittelanteil des Landes zur Verfügung gestellt wurde, um die zentrale Funksirenensteuerung weiter voranzutreiben. Die Verständigung im Katastrophenfall ist wohl vorerst einmal das Wichtigste. Wir haben zur Zeit in der Steiermark 950 Sirenen. Es sollen noch etwa 250 weitere dazukommen und angeschafft werden. Es war und ist dafür ein Budgetaufwand von vorerst 46 Millionen Schilling und dann noch weiteren 17 Millionen Schilling notwendig, um die Sirenen voll in der Steiermark - wie sie für den Einsatz gebraucht werden - auszubauen. Derzeit sind 236 Sirenen in allen 16 Bezirken an die zentrale Funksirenensteuerung angeschlossen. Ich habe früher schon erwähnt, das Land hat den anteilmäßigen Betrag von etwa 1,8 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, um die weitere Finanzierung der Funksirenensteuerung voranzutreiben. Wir hoffen nur, daß auch die Bundesstellen den Drittelanteil leisten und dann in der weiteren Folge, da werden wir sicher keine Schwierigkeiten haben, die Gemeinden mit dem restlichen Anteil in Form eines Drittels ebenfalls zur Finanzierung beitragen.

Ein Bereich, der in der heutigen Zeit im Feuerwehrwesen sehr wichtig ist, ist der Körperschutz. Wir sind alle sehr froh, die wir im Feuerwehrwesen tätig sind, daß dem Körperschutz ein größerer Raum gewidmet wurde, in letzter Zeit ein größerer Raum auch finanziell gewidmet wurde, und daß beispielsweise seit dem Jahr 1975 für die Finanzierung der Atemschutzstützpunkte und Atemschutzgeräte und auch für die AKL-Tests ein Betrag von 15,5 Millionen Schilling aus dem Landesbudget aufgewendet wurde. Was wäre eine Feuerwehr ohne Feuerwehrauto, wie man landläufig sagt. Um Ihnen eine Zusammenfassung vor Augen zu führen, darf ich in Erwähnung bringen, daß wir in der Steiermark zur Zeit 290 Tanklöschfahrzeuge dem modernsten Standard entsprechend haben, die der Zeit entsprechen, die natürlich da und dort der Zeit wieder angepaßt und zum Teil dann in den nächsten Jahren repariert werden müssen. Als wesentlicher Faktor wäre hervorzuheben, daß die Großgeräte zum Teil überaltert sind und es notwendig sein wird, daß diese Geräte der Zeit entsprechend erneuert oder der Zeit angepaßt werden.

Erfreulich ist, daß der Öllarmdienst vorbildlich funktioniert. Wir haben in der Steiermark 18 Stützpunkte. Es passieren leider immer wieder Öltankunfälle und Unfälle, wo Öl verschüttet wird und dabei die

Gefahr besteht, daß das Grundwasser verseucht wird. Hier haben sich diese 18 Stützpunkte bestens bewährt. Der Transport gefährlicher Güter nimmt auch immer mehr zu. Es ist lobend hervorzuheben, daß dieser Transport besonders gekennzeichnet werden muß und hier auch im Katastrophendienst besonders Vorsorge getroffen wurde.

Der Funkdienst ist die zeitentsprechende Verständigung für unsere Feuerwehren. Es ist eine relativ junge Einrichtung, und es gibt zur Zeit in der Steiermark nicht weniger als 1360 mobile Funkgeräte. Auch hier hat es eine schwerpunktmäßige Förderung gegeben, und ich möchte vorschlagen, daß die Funkgeräte, soweit sie noch gebraucht werden, auch an die anderen Wehren, die noch nicht diesbezüglich ausgerüstet sind, zugeteilt werden, und diese Wehren vom Land die erforderliche Unterstützung finden.

Ein zentrales Thema, wenn nicht das zentralste Thema in der Feuerwehr überhaupt, ist die Feuerwehrjugend, die Betreuung der Feuerwehrjugend, die vorbildlich ist. Sie wurde 1974 von Fürstenfeld aus begonnen, und zwar war der damalige Bezirkskommandant und heutige Ehrenlandeskommandant Gustav Einhofer der erste Initiator der Feuerwehrjugend. Ich möchte ihm heute auch anlässlich der Beschlußfassung des Feuerwehrbudgets für seine Tätigkeit und für seine Pionierarbeit herzlich danken. (Allgemeiner Beifall.) Der jährliche Stand der Feuerwehrjugend macht immerhin 2600 bis 3000 Jugendliche aus. Es gibt viele Jugendorganisationen in der Steiermark, die immer wieder besonders hervorgehoben werden. Die Feuerwehrjugend wirkt und agiert still und bescheiden im Hintergrund der aktiven Feuerwehrmänner und ist bereit, wenn sie dann gebraucht wird und auch das erforderliche Alter erreicht hat, in die vordersten Reihen einzurücken. Herr Landeshauptmann, ich möchte dir danken, daß das Land auch Förderungen für die Einkleidung der jungen Menschen bereitgestellt hat, immer wieder bereitgestellt hat. Wir haben im heurigen Jahr für die Feuerwehrjugend einen Betrag von 1,2 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt bekommen, und seit 1974 ist das immerhin ein Betrag von rund 9 Millionen Schilling. (Allgemeiner Beifall.)

Es wäre sicher ein Fehler, wenn wir unsere stolze Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring nicht besonders hervorheben würden. Sie versieht ihren Dienst, ist wohl eine der modernsten, wenn nicht überhaupt die modernste Schule dieser Art in Europa. Sie ist kein Luxus. Diese Schule wird nicht nur von der Feuerwehr allein in Anspruch genommen, sondern auch von den anderen Hilfsdienstorganisationen. So hat es im heurigen Jahr 1981 nicht weniger als 300 Ausbildungskurse gegeben.

Ich möchte dann noch den Versicherungsschutz in Erwähnung bringen. Eine wichtige Verordnung vom 29. März 1980 hat allen Feuerwehrmitgliedern in der Steiermark die Möglichkeit der Einbeziehung in die Zusatzversicherung gemäß § 34 der ASVG-Novelle gegeben. So wird den verunfallten Feuerwehrmännern aus Feuerwehrschutzsteuermitteln vom Land im jetzt zu Ende gehenden Jahr ein Betrag von rund 700.000 Schilling zur Verfügung stehen. Das Landesfeuerwehrgesetz versieht seine Dienste zur vollsten Zufriedenheit. Wir danken dafür, daß es im Jahre 1979 zu dieser Beschlußfassung gekommen ist, das Gesetz ist mit

1. Jänner 1981 in Kraft getreten und wird jetzt ein Jahr in Kraft sein. Dadurch ist eine Regelung gerechter fundiert worden, und zwar die Verbandsumlagenberechnung. Früher wurde die Berechnung nach der Sollstärke gemacht, derzeit wird die Berechnung der Verbandsumlage nach der Einwohnerzahl beziehungsweise bei Betriebsfeuerwehren nach der Betriebsbeschäftigtenzahl gemacht. Das ist richtig so, denn früher waren die aktiven Wehren, die Wehren mit einem starken Mannschaftsstand stärker besteuert, wenn ich das Wort hier in Anwendung bringen darf, als jene mit einem geringeren Mannschaftsstand.

Es ist sicher angebracht, bei dieser Gelegenheit auch einem Kollegen zu gedenken, der Jahr für Jahr für das Feuerwehrwesen im Landtag gesprochen hat, unserem Adi Marczik, der leider nicht mehr als Lebender unter uns ist, der bei diesem Feuerwehrgesetz sehr aktiv mitgewirkt hat, wobei etliche Formulierungen auf seine Anregung hin in der jetzt uns zur Verfügung stehenden Form getroffen wurden. Es gäbe sicherlich noch einige gesetzliche Wünsche in Erwähnung zu bringen; zum Feuerpolizeigesetz, zum Katastrophenhilfsdienstgesetz, die zur Zeit noch nicht beschlossen, aber in Vorbereitung sind, wäre sicher noch die Kehrordnung zu erwähnen. Ein Gesetz, das auch seine Dienste versieht, das Zivildienstgesetz aus dem Jahre 1974, ermöglicht beispielsweise den Einsatz der Zivildienner beim Roten Kreuz, in den Landeskrankenhäusern, in Altersheimen, beim Magistrat Graz, bei der Österreichischen Bundesbahn und auch bei der Post- und Telegrafverwaltung.

Wichtige Bereiche noch in aller Kürze angeführt: die Wirtschaftliche Landesverteidigung. Wir haben in der Steiermark ein Bevorratungsmodell, das vorbildlich ist. Die Steiermark ist das zweite Bundesland nach Vorarlberg, welches Bevorratungsmaßnahmen gesetzt hat. Hervorzuheben sind die Tankstellenförderungen. Im heurigen Jahr ist ein Betrag von 115.000 Schilling hierfür ausgegeben worden. Ein breiter Bereich der freiwilligen Hilfestellung wird natürlich dem Roten Kreuz einzuräumen sein. Auch hier gibt es 5617 freiwillige Helfer und 204 hauptberufstätige Mitarbeiter in 20 Bezirksstellen und 195 Ortsstellen. Wir haben in der Steiermark 204 Rettungswagen im Einsatz. Ich möchte auch diesen Damen und Herren beim Roten Kreuz den herzlichen Dank für ihre Leistungen aussprechen. Die überwiegende Zahl sind ja freiwillige Helfer. Die Förderung des Landes für das Rote Kreuz seit dem Jahre 1970 macht beispielsweise die stolze Summe von 35,88 Millionen Schilling aus. Ich möchte jetzt nicht im Detail die Förderungen in Erwähnung bringen, sondern vielleicht nur zwei Förderungen besonders herausstellen, das Rot-Kreuz-Zentrum Graz und das Rot-Kreuz-Zentrum Gleisdorf. Man könnte auch die Hauskrankenpflege in Erwähnung bringen, wo auch das Rote Kreuz finanziell mitgewirkt hat mit einem Betrag von 200.000 Schilling. Die Vorhaben des Roten Kreuzes für das Jahr 1982 sind auch der Zeit entsprechend auf Schulungen, Fahrzeuganschaffung, die Katastrophenvorsorge und die Sprechfunkausrichtung ausgerichtet. Zu erwähnen wäre dann noch die Bergrettung mit den 1135 Bergrettungsmännern in 51 Ortsstellen, die Wasserrettung, die sehr bescheiden und ruhig seit dem Jahre 1971 auch vom Land mit Förderungen bedacht wird, das Rettungsflugwesen, das vorbildlich sogar mit der militäri-

schen Flugrettung zusammenarbeitet, und die Österreichische Rettungshundebrigade, die für den Katastrophenfall, Lawineneinsatz und Erdbebenereignisse, Vorsorge trifft. Es wäre noch zu erwähnen, daß sogar die Handelskammer in der Steiermark eine Selbstschutztruppe führt. Es gibt dann noch einen Lawinenwarndienst mit umfassenden Lawinenwarndiensteinrichtungen, 200 Lawinenwarndienstmitgliedern, die den Gemeinden zur Verfügung stehen. Der Lawinenwarndienst hat sich für die nächste Zeit vorgenommen, eine Lawinenwarndienstbroschüre herauszugeben.

Ich komme damit zum Schluß, und möchte noch einmal den Dank namens des Landtages an alle freiwilligen Helfer und Mitarbeiter aussprechen, den Tausenden Helfern in der Feuerwehr, im Roten Kreuz, in allen Hilfsdienstorganisationen in der Steiermark. Ich danke auch den Exekutivbeamten der Gendarmerie und der Polizei, die gerade jetzt im Winter im Straßenordnungsdienst nicht immer die leichtesten Aufgaben zu erfüllen haben. Ich danke auch der Caritas und allen fördernden Einrichtungen. Ich danke aber auch dem Land Steiermark, daß es möglich war, selbst in einer Zeit, wo Budgeteinsparungen notwendig waren, die Budgetmittel für diese freiwilligen Hilfsdienstleistungen sogar geringfügig aufzustocken. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Trampusch hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch: Geschätzter Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Bekannt sind sicherlich der Einsatzwille und die Hilfsbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehren. Wir haben gerade früher Zahlen gehört. Insgesamt gibt es in der Steiermark, inklusive der Betriebs- und Berufsfeuerwehren und der Feuerwehrjugend an die 45.000 Männer, die bereit sind, hier ihre Freizeit in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen. Wenn man bedenkt, daß allein im abgelaufenen Berichtsjahr über 8600 Einsätze mit 140.000 freiwilligen Einsatzstunden geleistet wurden, dann kann man erst ermessen, was hier an persönlicher Leistung enthalten ist. Heute wird vor allem von jedem einzelnen Wehrmann ein hohes Maß an technischem Können und an praktischem Wissen verlangt. Die Feuerwehren spielen heute nicht mehr, so wie es im Sprachgebrauch noch heißt, Feuerwehr in dem Sinn, daß sie erst dann in Erscheinung treten und helfen, wenn es schon brennt, wenn also etwas passiert ist, die Feuerwehren sind heute selbstverständlich längst viel weiter. Sie betreiben etwa vorbeugenden Brand- und Unfallschutz, sie führen Schulungen für Erstbrandbekämpfung, für Erste Hilfe und für vieles andere durch. Längst sind auch diese beiden Gegensätze Feuer und Wasser nicht mehr das Haupteinsatzgebiet der Feuerwehren. Es ist vielleicht nicht uninteressant, daß es von den Einsätzen des Jahres 1980 nur 1652 bei Bränden oder Brandbekämpfungen gegeben hat, aber 6995, fast 7000, technische Einsätze zu verzeichnen waren. Dabei wurden leider auch 102 Feuerwehrleute verletzt, und auch das sollte man einfach hier sagen, um die Gefährlichkeit dieser Arbeit festzustellen. Ob es um gefährliche Brände, ob es um schwierigste Bergungen gegangen ist, um Lebensrettung, um die Hilfe bei Unfällen oder bei Hochwasser,

ob es Tauch- oder Ölalarmeinsätze waren, immer hat eine hervorragende Ausbildung, die äußerste Disziplin und auch die gute Ausrüstung diese Hilfeleistung erst ermöglicht. Erstaunlich ist es aber auch, liebe Abgeordnete, wenn man bedenkt, daß so viele junge Menschen, fast 3000, mit großem Idealismus, und was manchen noch mehr wundert, mit viel Disziplin mit bei der Sache sind. Die Feuerwehren sind ja auch – das werden mir sicher einige bestätigen – in vielen Gemeinden und Ortschaften oft die einzigen bestehenden Organisationen, die mit den Menschen im unmittelbar überschaubaren Bereich irgendwo den Kontakt halten, und so sind die Feuerwehren eigentlich auch ein sehr wichtiger und nicht zu übersehender gesellschaftlicher Faktor. Die Feuerwehren haben in der Steiermark auch eine lange Tradition. Wir haben heute hier schon einmal den Namen „Flavia Solva“ gehört. Hier gibt es einen Stein, auf dem steht, daß schon 200 nach Christus, also vor 1700 Jahren, Feuerwehrleute in der Steiermark tätig waren. Heute allerdings sehen die Dinge anders aus. Unsere Feuerwehren sind gut organisiert. Sie haben für die rasche Hilfeleistung – auch das wurde hier schon betont – ein gut funktionierendes Alarmsystem. Dieses Alarmsystem wird vor allem durch die Funksirenensteuerung besonders gegeben sein. Wir sind in der glücklichen Lage, hier in der Steiermark weiter zu sein als in vielen anderen Bundesländern. Und ich darf auch betonen, wir wollen hoffen, daß die bisherige Regelung, nämlich die Drittelteilung – ein Drittel Bund, ein Drittel Land und ein Drittel Gemeinde –, aufrechtbleiben kann. Es geht aber nicht nur um diese Sirenensteuerung, es geht auch um den Ausbau der Richtfunkstrecken. Das ist ein sehr großes Vorhaben und muß im Interesse der Feuerwehr und vor allem auch des Katastrophenschutzes unbedingt weiterbetrieben werden. Hier sind sicherlich noch viele Investitionen erforderlich.

Wenn ich schon vom Katastrophenschutz rede, dann möchte ich auch noch einmal die Frage eines gesamtsteirischen Alarmplanes anschnitten. Bei der letzten Fragestunde im Landtag wurde im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme des slowenischen Kernkraftwerkes Krško auch die Frage nach der Erstellung eines gesamtsteirischen Alarmplanes angeschnitten. Ein diesbezüglicher Antrag liegt dem Landtag ebenfalls vor. Seit Jahren schon wird im Interesse der Sicherheit unserer steirischen Bevölkerung die Erstellung eines solchen Planes gefordert. Es ist lobenswert, wenn wir nun ein Funksirenenystem ausbauen, aber es gehört auch ein entsprechender Alarmplan dazu. Es gibt sicher viele einzelne Alarmpläne im Bereich des Bundesheeres, im Bereich des Katastrophenschutzes und der höheren Feuerwehrkommandos. Es gibt auch Computerplanspiele, wie sich das alles koordinieren läßt. Aber was wir wirklich brauchen, das sind eine sehr konkrete Schulung und Information der Bürgermeister und der Feuerwehrkommandanten. Denn im Ernstfall, meine Damen und Herren, kann dann rasch und wirkungsvoll geholfen werden, wenn nach einem Gesamtplan allerdings die örtlich zuständigen Organe entsprechend rasch reagieren können.

Erwähnt wurde hier auch die wichtige Funktion der modernen Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring. Auch hier wären sicherlich noch weitere Ausbauten notwendig. Es finden dort ja mehr als 100 Feuer-

wehrkurse, aber auch viele andere Seminare im Lauf eines Jahres statt.

Meine Damen und Herren, jede Zeit hat auch ihre Probleme, jede Zeit hat auch ihre Bauwerke. Und wir haben ein besonderes Problem mit dem Brandschutz in den Hochhäusern. In der Steiermark gibt es bekanntlich an die 250 solcher Hochhäuser, mehr als 200 davon allein in Graz. Nicht so sehr das Feuer selbst, sondern die sich entwickelnden Rauchgase sind ein besonderes Problem. Seit dem Hochhausbrand – ich glaube – aus dem Jahre 1974 in Sao Paulo, wo damals 179 Menschen umgekommen sind, seitdem ist dieses Problem weltweit bewußt. Der Landtag hat im Jahre 1976 hier die Steiermärkische Bauordnung novelliert und entsprechende Bestimmungen eingebaut. Nun muß ich sagen, daß die erforderlichen Um- und Ausbauten aus Kostengründen noch nicht überall erfolgt sind, daß es dieses Problem noch gibt, diese Brand- und Rauchgasgefahr in Hochhäusern, aber auch in Hotels. Da gibt es Abgeordnete hier im Hohen Haus, die aus den Vereinigten Staaten aus jüngster Zeit eigene Erfahrungen mitgebracht haben. Diese Gefahren sollen bei der Novellierung der Bauordnung und bei der dringenden Neufassung des Feuerpolizeigesetzes ebenfalls mit berücksichtigt werden. Es ist nicht verständlich, daß zum Beispiel auf der einen Seite viel für die Wärmedämmung getan wird, aber andererseits Außenfassaden manchmal noch immer in brennbarer Verkleidung hergestellt werden, so daß Häuser zu Fackeln werden können. Die Feuerwehr ist bei der Beschaffung der Ausrüstung immer mit gewissen Schwerpunkten versetzt worden, ob es um Tanklöschfahrzeuge, um Geräte des schweren Atemschutzes gegangen ist, oder wie jetzt in einer Neuorientierung bei der Anschaffung von Rüstfahrzeugen oder etwa auf dem Gebiet der gefährlichen Güter und für Rettungsgeräte für Hochhäuser. Ich muß aber hier noch einmal auf die Hochhäuser zurückkommen, weil wir die meisten Hochhäuser in Graz haben und feststellen müssen, daß wir in dieser großen Stadt nicht einmal genügend Drehleitern haben, um überhaupt einen wirkungsvollen Einsatz ausführen zu können. Wenn ich bedenke, daß die Stadt Graz 1,2 Millionen Schilling aus diesem Topf bekommt, dann gibt es sicher in dieser Stadt viele, die sagen, man müßte hier noch etwas mehr tun. Wenn wir die Ansätze im Budget 1982 betrachten, dann hat Kollege Schrammel sicher richtig und auch mit Dank vermerkt, daß hier mehr gegeben worden ist. Nur bitte eine Feststellung: Das Land Steiermark verteilt nur um, denn die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer sind zweckgebunden. Und wenn die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer steigen, dann werden auch die Ausgaben für die Feuerwehr und den Katastrophenschutz steigen müssen. In diesem Sinn sind wir froh, daß es die Feuerschutzsteuer für diese Ausrüstungsbeschaffung und für die Organisation der Feuerwehr gibt. Aber ich möchte betonen, daß die wahren Opfer in den Gemeinden und bei den Feuerwehren gebracht werden, denn bei Anschaffungen wird ja auch aus dem Gemeindegeld und aus den Mitteln der Feuerwehr sehr viel geleistet, und dort muß gesammelt werden, dort muß organisiert werden. Also würde ich den Dank nicht nur auf das Land, sondern vor allem auf die Gemeinden und Feuerwehren ausgedehnt wissen wollen. (Allgemeiner Beifall.)

Wenn wir schon beim Dank sind, meine Damen und Herren, möchte ich auch damit schließen. Ich möchte danken dem Herrn Wirkl. Hofrat Dr. Kreuzwirth, der kurz nach dem Krieg zu dem damaligen Referat gekommen ist, der mit in der Steiermark die Feuerwehr aufgebaut hat, und danken möchte ich auch – nachdem er in Pension gegangen ist – seiner Abteilung, die ja in bewährter Weise weitergeführt wird. In diesen Dank miteinbeziehen möchte ich aber auch alle Mitarbeiter im Landesfeuerwehrkommando, in den Bezirkskommanden, und vor allem der besondere Dank, liebe Damen und Herren, gilt allen steirischen Feuerwehrleuten für ihren Einsatz. Darüber hinaus – das möchte ich jetzt nicht noch einmal behandeln – der Dank gilt genauso allen Einsatzorganisationen, ob es das Rote Kreuz ist, ob es die Berg- und Wasserrettung ist, der Zivil- und Katastrophenschutz, ob es das Bundesheer und die Exekutive sind. Meine Damen und Herren, es ist gut zu wissen, daß es in der Steiermark so viele Menschen gibt, die helfen wollen und die es auch täglich und stündlich unter Beweis stellen. Ich möchte allen Feuerwehrkameraden, die hier in Uniform und in Zivil sind, das sagen, was der Kollege Schrammel zu Beginn gesagt hat: ein Gut Heil! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Chibidziura hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Es freut mich, daß ich im Namen der Freiheitlichen unsere Freunde im „braunen Rock“ begrüßen darf. (Allgemeiner Beifall.) Meine sehr geehrten Damen und Herren, jene Freunde mit den roten, mit den schwarzen und den blauen Aufschlägen, aber ich begrüße auch recht herzlich auf der Galerie die Herren der Bergrettung. (Allgemeiner Beifall.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Christbaum ist ganz schön abgeräumt worden von meinen Vorrednern. Ich möchte mich hier in diese positive Bilanz über die Feuerwehren auch einstellen. Ich möchte nur eines noch dazu bemerken: Obwohl der ehemalige Landesrat Peltzmann nicht mein persönlicher Freund war, auf dem Sektor des Feuerwehrwesens hat er sicherlich Einmaliges geleistet. (Allgemeiner Beifall.)

Ich glaube, daß unsere Feuerwehrorganisation vorbildlich in Österreich ist. Wenn sich die Einsätze von der Brandbekämpfung hin zu den technischen Einsätzen verschoben haben, so ist es sicherlich auf der einen Seite der vermehrte Brandschutz und auf der anderen Seite die Entwicklung der Technik. Aber eines ist wichtig, daß die Ausrüstung unserer Feuerwehren Schritt hält, um die Bevölkerung zu schützen, aber auch um die Feuerwehrleute zu schützen. Lobenswert ist, und es wurde auch hier schon erwähnt, daß der versicherungsrechtliche Unfallschutz für die im Einsatz stehenden Männer der Freiwilligen Feuerwehren beziehungsweise aller Feuerwehren vorhanden ist und die Einigung zwischen Bund und Land stattgefunden hat. Was uns Freiheitlichen aber immer mehr Sorge bereitet, ist die mangelnde Zivilschutzgesinnung. Wenn mein Vorredner, der Abgeordnete Trampusch,

meine Anfrage aus der letzten Landtagssitzung zum Anlaß genommen hat, um hier einzusteigen, so bin ich froh, daß er dies getan hat, denn das unterstreicht die Wichtigkeit dieser Angelegenheit. Die Feuerwehr- und die Zivilschutzschule, die auch von meinen Vorrednern schon erwähnt wurde, veranstaltet sehr viele Kurse und versucht, mit Gemeindegemeinschaften mehr Verständnis für die Maßnahmen des Zivilschutzes, im besonderen des Schutzraumbaus und der Krisenvorsorge bei den Mitbürgern zu gewinnen.

Gerade die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Krsko im Juni des Jahres unterstreicht die Notwendigkeit geeigneter Maßnahmen in einer hoffentlich nicht eintretenden, aber möglichen Krisensituation. Nicht zuletzt werden Störfälle in Atomkraftwerken, auch dann wenn sie stattgefunden haben, immer wieder totgeschwiegen. Nur besondere Umstände lassen einen Störfall bekannt werden. Nachdem wir über die Sicherheiten dieses Atomkraftwerkes nicht informiert sind und der Probelauf stattfindet und faktisch abgeschlossen ist und es eigentlich egal ist, ob wir durch einen Probelauf oder durch einen beim aktiven Betrieb stattgefundenen Störfall verseucht werden, so muß ich Sie, Herr Landeshauptmann, bitten, daß gerade hier dieser Alarmplan umgehend und unbedingt erlassen wird. Ich weiß, daß die Erlassung dieses Alarmplanes allein in der Kompetenz des Landeshauptmannes liegt. Nachdem am 14. Dezember nach Ihrer Auskunft die Verhandlungen abgeschlossen wurden, hoffe ich, daß dieser Alarmplan umgehend erstellt wird. Daß es noch keinen gibt, ist sicherlich ein Versäumnis. Es wird notwendig sein, verstärkte Maßnahmen des Zivilschutzes zu setzen, der Ausbau der Schutzräume muß vorangetrieben werden. Vor allem die Einbaupflicht dieser Strahlenschutzräume in bestehenden Häusern ist zu überlegen. Ich glaube, daß es notwendig ist, einen Bestandsplan der Strahlenschutzräume aufzustellen, wobei es natürlich auch um deren Funktionsfähigkeit und deren Schutzwert geht. Wenn auch in der neuen Bauordnung im § 73 hier ein Fortschritt in dieser Sache gefunden ist, so weiß ich nicht, ob das alles schon ausreicht. Dazu kommt noch, daß ja diese neue Bauordnung erst beschlossen werden muß. Überlegenswert ist sicherlich auch, daß die Förderung fertiger Schutzräume verbessert werden muß. Zur Zeit werden zwar die Schutzräume errichtet, meistens bis zu den Türen. Die Ausstattung mit Sandfiltern und Dingen, die noch notwendig sind, weiters mit dem Krisenpaket, ist noch nicht gediehen oder vielleicht in den ganz wenigsten Fällen. Es wird auch überlegenswert sein, als Anreiz für die, die ein Wohnhaus bauen, daß zu den Wohnbauförderungsmitteln noch weitere Förderungsmittel zur Verfügung gestellt werden, um einen Schutzraum fertig auszubauen. Vielleicht wäre eine Möglichkeit hier, aus dem Katastrophenfonds eine Umschichtung der Gelder durchzuführen. Auch ist es wichtig, daß die Schutztruppen – und das sind in erster Linie in unserem Land die Freiwilligen Feuerwehren, die sich helfend immer wieder zur Verfügung stellen, und von denen im Ernstfall immer wieder eine Hilfe gefordert wird, obwohl sie freiwillig ihre Hilfsleistung durchführen und der Allgemeinheit zur Verfügung stehen, die auch ein Recht auf einen guten körperlichen Schutz haben – mit Strahlenschutzanzügen ausgestattet sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Österreichische Bundesheer hat auch die AC-Spürtruppe, und ich glaube, daß es sehr wichtig ist, daß die Bürgermeister in unserem Land für einen allfälligen Fall gut unterrichtet sind und auch in so einem Fall wissen, was sie zu tun haben beziehungsweise was sie ihren Schutztruppen und freiwilligen Feuerwehren befehlen müssen. Ich möchte zum Schluß auch den Dank aussprechen an alle Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, der Berufsfeuerwehren, der Bergrettung, schlicht der gesamten Exekutive, auch dem Hofrat Kreuzwirth, der sich sehr um den Katastrophenschutz und den Zivilschutz verdient gemacht hat. Ein herzliches Dankeschön dem Land, den Gemeinden und der Bevölkerung. Ich glaube, daß gerade die Lage in Polen zeigt, daß es fünf Minuten vor zwölf ist. Es ist Zeit, zu handeln. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist jedes Jahr ein bewegender Teil dieser Diskussion, wenn die Repräsentanten aller im Landtag vertretenen Parteien sich in einer so einmütigen und überzeugenden Weise dankbar zeigen für das, was unsere Einsatzorganisationen im Land leisten, ganz besonders auch die Feuerwehren dieses Landes. Ich möchte mich diesem Dank als Referent, aber auch als Landeshauptmann dieses Landes anschließen. Ich habe ja auch während des Jahres immer wieder Gelegenheit, und es gehört zu den eindrucksvollen Erlebnissen dieses Amtes, diesen Dank direkt an unsere Feuerwehrmänner, an die Rot-Kreuz-Männer, an die Männer des Bergrettungsdienstes namens des Landes auszusprechen. Und ich freue mich, daß auf der Galerie heute eine repräsentative Schar von Feuerwehroffizieren Platz genommen hat, an der Spitze der Landesfeuerwehrkommandant Strableg und der Landesleiter der Steirischen Bergrettung. (Allgemeiner Beifall.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schön und entspricht dem, was wir ein steirisches Klima nennen, daß hier in diesen Fragen eine so starke Übereinstimmung herrscht. Nur ganz unterschwellig ist erkennbar, daß die einen diesen, die anderen jenen Wunsch besonders unterstreichen. Herr Abgeordneter Trampusch, ich habe Ihnen als erster applaudiert zu Ihrer Feststellung Gemeinden-Feuerwehren, weil das auch meine ehrliche Überzeugung ist. Nichts ginge ohne diese Basisarbeit, nichts ginge ohne den Einsatz der Feuerwehrmänner. Aber ich habe auf der Landeshauptleutekonferenz in Bregenz auch ganz deutlich gemacht, daß die Stellungnahmen des Bundes in der Frage der Finanzierung der Leistungen, insbesondere für die Neuanschaffung und für die Verbesserung der Gerätschaften nicht konform gehen mit dieser Haltung, die in den Gemeinden, die in den Ländern und natürlich insbesondere in der Feuerwehr selber existiert. Es ist ja leider seit dem Jahre 1980 – und diese Grafik zeigt es – zu einer Reduktion des Anteiles der Bundesmittel gekommen. Wir haben – Gott sei Dank – durch eine sehr vorausschauende Politik in der Steiermark, durch die Feuerschutzsteuer, einen ständig ansteigenden Verlauf der Kurve der zweckgebundenen Mittel

für die Feuerwehren seitens des Landes. Ich sage deshalb sehr weitschauend, weil es nicht einmal einen Beschluß in der Richtung gibt, sondern einfach eine Feststellung im Jahre 1953 getroffen wurde, damals noch vom Feuerwehrreferenten des Landes, Landesrat Ferdinand Prirsch, der viele, viele Jahre mit großem Erfolg Referent für das Feuerwehrwesen gewesen ist, und weil sich die Parteien im Landtag und in der Regierung immer an diese Vereinbarung gehalten haben, bis hin in die Tage großer budgetärer Schwierigkeiten, etwa eben auch bis herauf in unsere Tage. Ich werde auch nicht ablassen, in dieser Frage mich zu Wort zu melden, weil einfach nicht einzusehen ist, daß die Feuerwehren selber, die Gemeinden, das Land steigende Beträge aufbringen, und daß der Bund das selbe nicht tut. Denn es ist gar kein Zweifel, daß die Anschaffungskosten für die Modernisierung, und zwar die permanente Modernisierung, sehr hoch sind – ich bin da am Sonntag zum Beispiel in Wenigzell gewesen, und habe mir natürlich auch dort das Feuerwehrhaus angesehen, und habe mir vom Feuerwehrkommandanten die Ausrüstung zeigen lassen. Da gibt es ein gigantisch eindrucksvolles Stück eines Oldtimers (Abg. Loidl: „Opel-Blitz!“), eines Opel-Blitz – die Herren verstehen etwas davon –, und wissen Sie (Abg. Loidl: „Leider, leider!“), ich kann mir denken, wie das zu verstehen ist, lieber Freund Sepp Loidl, aber im heurigen Jahr ist bei der ersten Ausfahrt das rechte Rad abgebrochen und bei der zweiten das linke Rad, zuerst das vordere und dann das rückwärtige. Meine Damen und Herren, so großartig haben sich diese Geräte der damaligen Zeit bewährt, denke man, das ist ein Kriegsmotormodell – bis zum Jahre 1981. Aber dort ist eine neue Anschaffung nötig. Und die Herren Fachleute wissen, daß das in vielen, vielen Feuerwehren unseres Landes so ist und ein absolut notwendiger Mitteleinsatz aller Gebietskörperschaften erforderlich ist, damit wir diesen großartigen Stand der Technik auch wirklich halten können. (Allgemeiner Beifall.) Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Zweite: Die Feststellungen des Abgeordneten Chibidziura, die Feststellungen des Abgeordneten Schrammel kann ich nur insgesamt unterstreichen, und sie haben keine Frage in diesem Sinn beinhaltet. Auch da muß ich das wiederholen, was ich in der Anfrage schon getan habe, wie diese an mich gerichtet wurde. Mein Schreiben vom 20. Oktober 1981 an das Bundeskanzleramt, Sektion IV, betreffend Krsko, hat bis zum heutigen Tag keine Antwort gefunden. Und daher haben wir auf eigenes Betreiben hin 59 Warnstellen im Land eingerichtet. Sie sehen sie. Ich habe den Landesbaudirektor beauftragt, der mir einen Bericht auch dazu herübergegeben hat, in der ersten Sitzung der Gemischten jugoslawisch-steirischen Kommission den direkten Telefonanschluß von Krsko in die Landeswarnzentrale offiziell zu machen. Denn unsere Einrichtungen reichen zwar aus, da liegt eben schon ein Versäumnis vor, aber nicht von uns, unsere steirischen Einrichtungen reichen aus, sofort die Veränderung der Voraussetzungen in der Atmosphäre zu registrieren und auch zu signalisieren, aber erst dann, wenn etwa eine solche atomverseuchte Atmosphäre in die Steiermark dringt. Es geschieht, daß dort ein Telefon eingerichtet wird, das sofort bei Ausbruch irgendeines Unfalls unsere Landeswarnzentrale verständigt, so daß sofort alle Vorkehrungen getroffen werden können. Ich habe auch in der Sitzung des

Koordinationsausschusses der Umfassenden Landesverteidigung in der vorigen Woche dieses Problem angesichts aller anwesenden hohen Herren des Heeres und der Gendarmerie, aber insbesondere auch unserer Einsatzorganisationen aufs Tablett gebracht, in der selben Weise, und es ist mir versichert worden von den Repräsentanten unserer Einsatzorganisationen, daß sie hier absolut am Damm der Zeit stehen und daß ständig – insbesondere auch in unserer großartigen Schule in Lebring – Kurse in dieser Richtung abgehalten werden. Ich habe angeordnet, daß die Bürgermeister in diese Ausbildung einbezogen werden, die Feuerwehrleute sind es ohnedies.

Meine Damen und Herren, ein Wort auch noch und kein zu langes in diesem Zusammenhang zu den anderen Organisationen, dem Roten Kreuz, der Bergrettung, der von Ihnen allen auch schon genannten Rettungsflugeinsatzorganisation der Wasserrettung und insbesondere auch zur Rettungshundebrigade und zum Lawinenwarndienst. Ich kann Ihnen sagen, für alle diese Organisationen gilt das Lied vom braven Mann. Das ist keine falsche Sentimentalität. Bei der Übung der Bergrettungsleute auf der Ödernalm bei Bad Mitterndorf hat es ununterbrochen geschüttet, einige der Herren Kollegen aus dem Hohen Landtag waren dort auch anwesend. Diese Leute haben in ihrer Urlaubszeit unverdrossen geübt, haben eine faszinierende Einsatzübung absolviert mit den Hubschraubern des Bundesheeres in Zusammenarbeit mit der Gendarmerie. Es hat sich erstmals ganz besonders die Ausstattung mit den Funkgeräten, die wir einleiten konnten, bewährt. Ich freue mich ganz besonders, daß es in meiner Zeit möglich geworden ist, daß wir diese Verbindung herstellen konnten. Wir werden eine weitere Modernisierung auf den Stand der heutigen Technik vornehmen. Und was sagt mir der Landesleiter auf die Äußerung hin: „Ja, das ist ja furchtbar bei dem Wetter“, sagt er, „ja, das ist eben auch ein Normalfall. Denn ob es regnet, ob es schneit, ob es stürmt oder ob die Sonne scheint, wir müssen hinaus.“ Ich habe Gelegenheit gehabt, gerade auch dieser großartigen Organisation vor vierzehn Tagen in einem eigenen Festakt hohe steirische Landesauszeichnungen zu überreichen, und ich muß Ihnen sagen, das ist wirklich bewegend, wie sich diese Leute, wenn man ihre Lebensläufe liest, vom einfachsten Almhalter, Arbeiter, bis zum Obermedizinalrat und Primarius und dem Herrn Chirurgen, der auch an der Einsatzstelle in Ramsau eingeschriebenes Mitglied ist, einfach voll einsetzen. Ich möchte das deshalb auch gesagt haben, weil ich glaube, daß so viel Eindrucksvolles in dieser Budgetdebatte gesagt wurde und insbesondere auch zu diesem Kapitel, und weil ganz sicher diese Art von selbstlosem Einsatz für unser Land weit, weit mehr ist als Rettung im engeren Wortsinn. Das ist natürlich das Hauptziel, sei es ein technischer oder ein Katastropheneinsatz, sei es ein Brandeinsatz, sei es eben der Einsatz der verschiedensten Einsatzorganisationen bei Unfällen und ähnlichem. Es ist weit mehr, es ist ganz sicher das, wovon auch die Rede heute war, nämlich die existenzielle Antwort auch auf die Sehnsucht des Menschen, diesem Leben einen Sinn zu geben und anderen zu helfen. Ich möchte Ihnen sehr, sehr herzlich namens des ganzen Hohen Hauses und der gesamten Steiermärkischen Landesregierung dafür danken

und Sie bitten, daß Sie auch im nächsten Jahr in dieser selben Gesinnung am Werk sind. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 1 nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Kohlhammer: Ich verzichte auf das Schlußwort. Ich ersuche noch einmal um Ihre Zustimmung zur Gruppe 1.

Präsident: Die Damen und Herren, die den Ansätzen der Gruppe 1 ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

Gruppe 0, Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Herrmann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 0 umfaßt Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung. Sie beinhaltet gleichzeitig die Ansätze Landtag, Amt der Landesregierung, Bezirkshauptmannschaften, Sonderämter, sonstige Aufgaben der allgemeinen Verwaltung, Pensionen und Personalvertretung. Die Summe der Einnahmen beträgt in der Gruppe 0 793,129.000 Schilling, Ausgaben: 2.692,933.000 Schilling. Namens des Finanzausschusses ersuche ich Sie, der Gruppe 0 Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Pfohl: Hohes Haus, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In allen Bereichen des öffentlichen Lebens wird derzeit mit Recht eine verstärkte Kontrolle gefordert. Obwohl diese Forderung zu unterstreichen ist, wäre es grundsätzlich falsch, in der Kontrolle eine Zauberformel zu sehen, die alle Probleme löst. Moral, Berufsethos, Verantwortungsgefühl usw. sind auch durch ein ganzes Heer von Kontrollbeamten nicht zu ersetzen. Trotzdem ist festzustellen, daß gerade in einer rechtsstaatlichen Demokratie der Kontrolle eine entscheidende Aufgabe zukommt. Denn durch mangelnde Kontrolle kann es zu einem gefährlichen Vertrauensschwund des Staatsbürgers zur öffentlichen Hand kommen. Die Anforderungen an die Kontrolle im öffentlichen Bereich haben sich im Lauf der Jahrzehnte vollkommen verschoben, und dieser Prozeß ist sicherlich noch nicht abgeschlossen. Stand seinerzeit das Verwalten im Vordergrund, so erfordern viele in der heutigen Zeit anfallende Aufgaben ein modernes, privatwirtschaftlichen Verhältnissen angepaßtes Management. Die steirische Landesverwaltung weist Größenordnungen auf, die kaum mehr überschaubar sind.

Wie funktioniert nun die Kontrolle in der steirischen Landesverwaltung? Ich glaube für alle Mitglieder des Kontrollausschusses, der oft in sehr langen Sitzungen über Berichte der Kontrollabteilung berätet, feststellen zu können, daß hier seit einigen Jahren ein neuer Stil und auch neue Ideen Einzug gehalten haben. Die Kontrollabteilung zeigt oft sehr hart, aber in einem sehr

sachlichen Stil Fehler und Mängel in der Landesverwaltung auf. Sie macht aber gleichzeitig, und dies ist besonders hervorzuheben, ganz konkrete Vorschläge, wie man es besser machen kann. Im Bereich der Gesellschaften, an denen das Land Steiermark beteiligt ist, wird immer wieder aufgezeigt, daß Baukostenüberschreitungen in gewaltigen Dimensionen vorkommen. Ich war selbst des öfteren im Kontrollausschuß Berichterstatter über derartige Berichte, und habe vielfach den Eindruck gewonnen, daß man der Regierung anlässlich der Beschlußfassung über die Beteiligung oft bewußt nicht einmal die halbe Wahrheit über die zu erwarteten Kosten sagt. Bei derartigen Fehlinformationen wird in Zukunft hart und mit allen Konsequenzen durchzugreifen sein. Für besonders gravierend halte ich die permanenten Feststellungen der Kontrollabteilung, daß die öffentliche Hand die Kosten für die von ihr erbrachten Leistungen nicht kennt oder oft gar nicht wissen will. Aber nur, wenn man die Kosten kennt, kann man entscheiden, welche Entgelte und Tarife zu verlangen sind, welche Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen sind, ob verschiedene Aufgaben nicht von der öffentlichen Hand abgegeben werden sollen, weil sie von der Privatwirtschaft kostengünstiger bewältigt werden können. Für beachtenswert halte ich auch die permanenten Feststellungen der Kontrollabteilung, mit denen immer wieder vor Augen geführt wird, daß unser Landesbudget mit Pflichtausgaben vollgepfästert ist. Es gibt fast überhaupt keine Budgetbeweglichkeit mehr, das heißt, Mittel für sinnvolle Investitionen und gezielte Förderungen stehen nur mehr in einem ganz kleinen Ausmaß zur Verfügung. Hier kritisiert die Kontrollabteilung vor allem, daß die sogenannten Pflichtausgaben als unabdingbare Größe zur Kenntnis genommen werden. Wie die Kontrollabteilung immer wieder beweist, entstehen viele sogenannte Pflichtausgaben dadurch, weil die öffentliche Hand Verpflichtungen übernimmt, die nicht Pflichtausgaben sind. Wenn wir Reisebüros oder einen Hundekosmetiksalon betreiben, so sind dies keine Pflichtaufgaben. Der dadurch anfallende Personalaufwand fällt aber unter die Pflichtausgaben, und werden dadurch die Mittel für Investitionen und Förderungen beschränkt. Leider konnte die Kontrollabteilung infolge des großen Umfanges der steirischen Landesverwaltung und des zu knappen Personalstandes der Kontrollabteilung immer nur relativ kleine Bereiche überprüfen. Ich glaube, daß man in vielen Bereichen der steirischen Landesverwaltung Personal einsparen könnte. Im Bereich der Kontrolle wäre dies aber der falsche Weg. Hier sollte man aussichtsreich investieren, denn nahezu bei jeder Prüfung der Kontrollabteilung werden überflüssige Dienstposten geortet, und es kommt zu echten Einsparungen. Wir wollen in der Kontrolle aber nicht nur eine personelle Aufstockung, sondern überhaupt neue Wege gehen.

Der von allen Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei im November 1980 erstmalig eingebrachte Initiativantrag, betreffend die Schaffung eines Landesrechnungshofes, hat - wie man auch schon verschiedenen Publikationen entnehmen kann - in Wissenschaft und Praxis weit über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus Beachtung gefunden. Die in diesem Initiativantrag enthaltenen Kontrollmöglichkeiten gehen weit über diejenigen des Rechnungshofes

und der Kontrolleinrichtungen anderer Bundesländer hinaus. Besondere Aufmerksamkeit hat erregt, daß gerade in die Landesverfassung der bindende Auftrag aufgenommen werden soll, daß bei Projekten ab einer gewissen Größenordnung die Baukosten, aber auch die Folgekosten, genau zu ermitteln sind. Vor Inangriffnahme eines Projektes, wenn man Fehlinvestitionen noch verhindern kann, wird dann der Landesrechnungshof zu prüfen haben, ob den Grundsätzen der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit Rechnung getragen wurde. Während der Abwicklung eines Bauvorhabens werden die Soll- und Istkosten permanent zu vergleichen sein. Auf diese Weise sollen die am Ende eines Bauvorhabens leider oft üblichen beachtlichen Kostenüberschreitungen verhindert werden. Neben der Kontrolle der gesamten Landesverwaltung und erwähnten Projektskontrolle soll dem unabhängigen und weisungsfreien Landesrechnungshof aber auch die Funktion einer Vergabekontrollkommission zukommen. An diese Kommission soll sich jeder wenden können, der glaubt, bei Vergabe im Bereich des Landes Steiermark benachteiligt worden zu sein. Wir freuen uns, daß der Initiativantrag der ÖVP, betreffend die Schaffung eines Landesrechnungshofes, die grundsätzliche Zustimmung der beiden anderen im Landtag vertretenen Parteien gefunden hat, und hoffen, daß die erforderlichen Parteienverhandlungen zum ehestmöglichen Zeitpunkt zu einem erfolgreichen Abschluß kommen. Vertrauen in allen Bereichen des menschlichen Zusammenlebens ist sicher gut und notwendig. Gerade aber dann, wenn es im Bereich des öffentlichen Lebens um die Verwendung und den sinnvollen Einsatz von Steuermitteln geht, kommt einer entsprechenden Kontrolle besondere Bedeutung zu und wird auch dies im Bereich der steirischen Landesverwaltung weiter auszubauen sein. Danke! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort hat sich der Herr Abgeordnete Hammerl gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Hammerl: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich kann nun nicht damit dienen, wie etwa am Nachmittag nur mit einem Satz meinen Diskussionsbeitrag auch zur Gruppe 0 zu leisten, obwohl Sie das gerne hätten, ich glaube das schon. Aber hier geht es immerhin um 4 Milliarden Schilling im Budget, und ich meine, diese Summe ist einer kritischen Prüfung wert. Zum zweiten, ich kann auch nicht damit dienen, gerade in der Frage Personalführung und Personalsituation im Land Konsens zu dokumentieren, wie in anderen Gruppen, wenn es diesen Konsens hier kaum gibt.

Nun, meine Damen und Herren! Persönlich habe ich nun das zehnte Mal die Auszeichnung, namens des sozialistischen Landtagsklubs im Rahmen der Budgetdebatte über das Kapitel Personal zu reden. Und wenn ich aus diesem Jubiläumsanlaß nun etwas nachgeblättert habe, so deshalb, um zu prüfen, ob Vorschläge, Anregungen und Stellungnahmen auch da und dort Verwirklichung gefunden haben. Meine Damen und Herren, für die Landesbediensteten selbst hat sich in diesem Zeitraum einiges zum Vorteil geändert, das muß man feststellen. So gab es weitreichende Verbes-

serungen im Dienst- und Sozialrecht und eine bedeutende Entwicklung am Gehaltssektor, wobei viele dieser Maßnahmen in Verfolgung der gezielten Politik für untere und mittlere Bereiche – also für die einkommensschwächeren Bereiche – besonders vorteilhafte Auswirkungen hatten, so auch die zuletzt bundesweit durchgeführte Besoldungsreform. Auch eine der wesentlichsten Fragen für die Landesbediensteten, nämlich eine Verbesserung der Pragmatisierungsgegebenheiten und die Gleichstellung der Frauen zumindest in dieser Frage konnte positiv verändert werden. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, völlig anders – und das bedauern wir sehr – sieht die Entwicklung in der Frage der politischen Personalführung aus. Hier ist es in den letzten zehn Jahren absolut und relativ nicht besser, sondern politisch noch einseitiger und in der Handhabung noch härter geworden. Alle Vorschläge zur Änderung oder Liberalisierung im Personalgeschehen und auch sehr deutliche Anwürfe in den Massenmedien sind einfach übergangen und kalt vom Tisch gefegt worden. Ich erspare mir aus diesen Gründen, meine Damen und Herren, ein Eingehen in Fragen der Personalverwaltung, des Dienstpostenplanes und anderer Sachfragen, über die zu reden und zu diskutieren sicher zweckmäßig und für die steirischen Belange auch vorteilhaft wäre. Ich finde es einfach nicht mehr zumutbar, über diese Fragen in sachlicher Form zu diskutieren, wenn auf der ÖVP-Seite überhaupt nur mehr einseitige, politische Machtausübung zählt. Es wird inzwischen eine Methode praktiziert, die schon eine Art Nachschnüffelei ist und eine politische Siebung bis hin zur Sippenhaftung nach sich gezogen hat. Und ich sage Ihnen Beispiele dafür, meine Damen und Herren. Ich habe im Vorjahr den Fall einer Fürsorgerin geschildert, die trotz einer erfolgten Aufnahmezusicherung plötzlich untragbar geworden war, als Recherchen in ihrer Heimatgemeinde ergeben hatten, daß der Vater sozialistischer Gemeinderat war. Die Betreffende selbst hat keiner Partei angehört. Allein aus dieser Parteizugehörigkeit ihres Vaters kam sie für eine Aufnahme in den Landesdienst plötzlich nicht mehr in Betracht. Meine Damen und Herren, ich bin nun sehr froh, mitteilen zu können, daß diese Fürsorgerin in den Dienst der Stadt Graz aufgenommen werden konnte. Ich glaube, daß das für die Genannte von Vorteil war. Damit wird auch gezeigt, daß die Gegebenheiten in der Stadt Graz, die Sie hier sehr oft bekriteln, doch wesentlich besser sind als hier im Landesbereich. Nun gibt es leider wieder unerfreuliche Vorfälle, über die man nicht einfach hinweggehen kann. Bei Betriebsratswahlen in einem steirischen Krankenhaus hat ein Landesbediensteter als Spitzenkandidat auf der Wahlvorschlagsliste der Sozialistischen Gewerkschafter kandidiert, der einige Zeit zuvor aus dem ÖAAB, dem Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund ordnungsgemäß mit schriftlicher Erklärung ausgetreten war. Nach Bekanntwerden der Wahlvorschlagsliste ist der Betreffende vom unmittelbaren Vorgesetzten massiv unter Druck gesetzt worden, und nun kommt dasselbe wieder, wie bei der Fürsorgerin seinerzeit, auch der ÖVP-Bürgermeister seiner Wohnsitzgemeinde, seines Wohnortes, ist wieder vom Sachverhalt informiert worden. Er wurde zum Bürgermeister vorgeladen, und dem Vernehmen nach hat der Herr Bürger-

meister dem Genannten auch einen Ausschluß aus der Jagdgemeinschaft, die von der Gemeinde verwaltet wird, angedroht. (Abg. Dr. Maitz: „Das glaube ich nicht!“) Das ist eine Tatsache, meine Damen und Herren! Das ist eine Tatsache, ich bin aber nicht bereit, hier den Namen zu nennen. Wenn Sie meinen, das wäre nicht wahr mit der Jagdgemeinschaft, dann müssen Sie ja wissen, um wen es sich handelt, nehme ich an, sonst könnten Sie das hier nicht verneinen. Das Bedauerliche dabei, all diese Einflußnahmen haben dazu geführt, daß dieser Mann seine Kandidatur vor der Wahl zurückgezogen hat, weil er einfach diesen Repressalien nervlich nicht standhalten konnte. Die Sozialisten haben in diesem Landeskrankenhaus das Mandat dann auch nur um eine Stimme verfehlt. Und wie sehr man sich hier in Demokratie gefällt, das zeigt ein weiteres Beispiel (Abg. Dr. Maitz: „Wir wissen, auf welche Art er vorher zur Kandidatur überredet wurde!“): Auf Grund der Wahlergebnisse der Landespersonalvertretungswahlen am 19. und 20. Oktober dieses Jahres, bei der die Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter 1260 Stimmen erreicht hat, und dieser Fraktion laut dem d'Hondtschen Verfahren das fünfte Mandat in der Landespersonalvertretung zugefallen ist, hat die Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter bei der konstituierenden Sitzung der Landespersonalvertretung den Antrag auf Dienstfreistellung eines Mitgliedes der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter gestellt. In der Landespersonalvertretungsordnung ist die Freistellung von fünf Mitgliedern vorgesehen, da mehr als 7000 Landesbedienstete wahlberechtigt waren. Dieser Antrag, meine Damen und Herren, wurde abgelehnt mit der Begründung der ÖAAB-FCC-Fraktion, die Freistellung eines fünften Landespersonalvertretungsmitgliedes sei nicht erforderlich, da die Landesbediensteten mit vier freigestellten Personalvertretern ausreichend betreut werden. Außerdem wäre auf Grund der schlechten budgetären Lage des Landes Steiermark am Gebot der Sparsamkeit festzuhalten, und die Landespersonalvertretung würde mit gutem Beispiel vorangehen. Meine Damen und Herren, auf Kosten der Minderheitsfraktion bei fünf möglichen Freistellungen, von denen vier der ÖAAB beansprucht, auf Kosten der Minderheitsfraktion zu sparen, das ist eine echt undemokratische Vorgangsweise! Nur ein neues nach demokratischen Grundsätzen gestaltetes Landespersonalvertretungsgesetz kann hier Wandel schaffen und solche politische Willkürakte in Zukunft ausschalten. Ich sage Ihnen eines, meine Damen und Herren, ich bin in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten tätig. Wenn in meinem Bereich ein Beschluß dieser Art gefällt würde, dann würde ich mich dafür schämen. Es ist einfach unerlässlich, daß in der Personalpolitik grundlegende Änderungen eintreten und notwendige Objektivierungen der Personalpolitik auf allen Ebenen erfolgen. Ein am 28. Oktober dieses Jahres neuerlich eingebrachter Antrag von sozialistischen Abgeordneten bringt hier sehr konkrete Vorstellungen in dieser Frage. Nachdem auch im Land Niederösterreich seit Jahren eine ähnliche Situation am Personalsektor anzutreffen war, sind dort aber doch Weichen für eine Liberalisierung auf dem Personalsektor gestellt worden. (Abg. Ing. Turek: „Habt Ihr die Objektivierungsrichtlinien von Wien abgeschrieben?“) Das, was wir hier verlangt haben, ist den Neuregelungen von Niederösterreich ähnlich, weil wir gemeint

haben, dort schwarz, da schwarz, da wird es doch gehen. (Abg. Brandl: „Wien hat bessere Richtlinien, noch objektivere!“) In Niederösterreich sind also Weichen für eine Liberalisierung gestellt worden. In einer abgeschlossenen Parteienvereinbarung wurde über wesentliche Punkte Übereinstimmung erzielt. Ich zitiere nun auszugsweise: zur Personalpolitik: Die Parteien erklären prinzipiell, den Grundsätzen der objektiven Personalpolitik in allen in ihrem Einflußbereich stehenden Institutionen zum Durchbruch verhelfen zu wollen. Aufnahme in den niederösterreichischen Landesdienst, Kundmachung aller freien Dienstposten im niederösterreichischen Landesdienst mit Angabe des Dienstortes in den „Amtlichen Nachrichten der Niederösterreichischen Landesregierung“, wobei die Bewerbungsfrist mindestens zwei Wochen betragen soll. Die Ansuchen von Bewerbern werden nach objektiven Kriterien von der Personalabteilung geprüft und von einem zu schaffenden Personalbeirat vor der Entscheidung durch den Personalreferenten begutachtet. Der Personalbeirat besteht aus je zwei Dienstgeber- und Dienstnehmervertretern, wobei die Dienstnehmervertreter von der Dienstgebervertretung nominiert werden. Die Dienstgebervertreter werden paritätisch von ÖVP und SPÖ nominiert. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Und von den Freiheitlichen!“) Freiheitliche gibt es nicht im Niederösterreichischen Landtag. In der Steiermark sind wir natürlich der Auffassung, daß auch die Freiheitlichen in einen solchen Personalbeirat miteinbezogen gehörten. Als objektive Kriterien im Sinn der Vereinbarung sind ebenfalls fixiert worden: Ausbildung, Zeugnisse, praktische Fertigkeit, zusätzliche Kenntnisse, soziale Verhältnisse, regionale Arbeitsmarktlage, Wohnort und abgeleiteter Präsenzdienst bei männlichen Bewerbern. Als Punkt zwei wurde die Ausschreibung von leitenden Dienstposten im niederösterreichischen Landesdienst vereinbart. Innerhalb der Bediensteten des Landes werden leitende Dienstposten unter konkreter Anführung der Besetzungserfordernisse im Erlaßweg ausgeschrieben, wobei diese Regelung auch für die Leiter der Landeskrankenanstalten und die Leiter der Abteilungen der Landeskrankenhäuser gilt, und die Ausschreibung auch auf diesen Personenkreis ausgedehnt wird.

Meine Damen und Herren, ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, die Frage:

1. Sind Sie bereit, den Grundsätzen einer objektiven Personalpolitik in allen in Ihrem Einflußbereich stehenden Institutionen zum Durchbruch zu verhelfen?
2. Sind Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, auch bereit, in dieser Frage ein Parteienübereinkommen im Sinn der in Niederösterreich getroffenen Vereinbarung abzuschließen?

Sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich bitte Sie nun, nicht, wie Sie das bisher getan haben, auszuweichen und auf Gemeinden und andere Institutionen zu verweisen, die in ihren Bereichen Ihrer Auffassung nach auch nur politisch einseitige Personalpolitik betreiben. Abgesehen davon, daß diese Vergleiche nur in wenigen Fällen stimmen, sind es aber vor allem die Größenverhältnisse. Fast 16.000 Landesbedienstete zu einigen hundert in anderen Körperschaften, die solche Vergleiche auf eine falsche Ebene

führen. Hier geht es darum, daß in einem demokratisch gewählten Forum des Landtages und der Landesregierung auch in Personalfragen demokratische Grundsätze zur Anwendung kommen müssen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, in einem Adventgespräch des Dr.-Karl-Kummer-Institutes für Sozialpolitik wurde kürzlich die Sozialzyklika von Papst Johannes Paul II. diskutiert und in diesem Zusammenhang vor allem das Thema Gerechtigkeit aufgegriffen. Meines Wissens waren Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, auch bei dieser Diskussion anwesend, auch der Herr Landesrat Jungwirth. Ich erlaube mir, aus dem Schlußwort des Herrn Landesrates Prof. Kurt Jungwirth zu zitieren: „Überall, wo bürgerliche Parteien ihren Gerechtigkeitsflügel als Linksüberholer verteuflern, verlieren sie die Mehrheit wie die ÖVP im Burgenland und in ganz Österreich. Das geschah heuer auch in Frankreich. Politik dreht sich eben um Gerechtigkeit.“ Dabei ist nichts auszusetzen, meine Damen und Herren, hier müßte man nur fortsetzen: „Das geschah vor kurzem auch in der Steiermark, dort ging es noch nicht um den Verlust der Mehrheit, aber der Verlust an Glaubwürdigkeit der ÖVP war bei diesen Landtagswahlen bereits augenscheinlich. Politik dreht sich eben um Gerechtigkeit.“ (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Dorfer: „Deswegen haben wir die Mehrheit!“) Meine Damen und Herren! Ich glaube also doch, daß man (Abg. Dr. Maitz: „Wer ist glaubwürdig?“) – schauen Sie, Herr Kollege, ich bin ja friedlich. Ich will im Sinn dieser Adventgespräche hier fortfahren. Ich kann doch nicht glauben, daß das alles nur graue Theorie sein kann. Ich bin der Meinung, daß einfach Diskussionsgrundsätze aus diesem Forum in die Realität übersetzt werden sollen. Und deshalb, Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, möchte ich Sie jetzt direkt ansprechen. (Abg. Dr. Dorfer: „Je mehr Sozialisten, desto mehr Demokratie!“) Ich habe in den zehn Jahren – ich habe das schon erwähnt –, in denen ich im Landtag zu Personalfragen Stellung beziehen kann, Sie nie persönlich angegriffen, und ich werde das auch heute nicht anders tun, und bitte Sie, Passagen nicht mißverstehen, die hier gesagt werden. Sie kennen meine persönliche Wertschätzung, die ich Ihnen entgegenbringe. Sie kennen auch die Achtung, die ich ihrer Funktion als Landeshauptmannstellvertreter entgegenbringe. Schauen Sie, ich glaube, daß das in einer Demokratie notwendig und sehr gut ist, wenn man das auch öffentlich sagt, wenn man also Achtung und Respekt einem Andersgläubigen, einem politisch Andersgläubigen, entgegenbringt. (Abg. Ing. Turek: „Ein bißchen dick ist das schon, Hammer!“) Herr Landeshauptmann Wegart ist in meinen Augen ein Mann der ersten Stunde, ein Mann der Kriegsgeneration, und wie ich ihn hier kennengelernt habe, ein exzellenter Parlamentarier. Und über Männer, die in so hohen Funktionen stehen (Abg. Ing. Turek: „Geht einmal mit gutem Beispiel voran!“), wird Geschichte geschrieben in diesem Land. Da stellt sich bei mir eine gewisse Besorgnis ein. Da gibt es nämlich den Fremdenverkehrsman Wegart, über den diese Geschichte sehr positiv urteilen wird. Ein Mann, der Impulse gesetzt hat in diesem Land, ein Mann, der Initiativen gesetzt hat (Abg. Brandl: „Gesetz hat er keines zusammengebracht!“), ein Mann, der jetzt sogar für ein

Fremdenverkehrsgesetz eintritt oder eintreten wird, wie wir hören. Der also eine breite Konsensbereitschaft gezeigt hat, eben der Fremdenverkehrsmann Wegart. (Abg. Dr. Pfohl: „Zu viele Blumen sind gefährlich!“) Da gibt es die andere Seite, die schwarze Seite, die etwas ungeliebte Seite des Personal-Wegart, wobei ich glaube, ich müßte ihn sehr verkennen, daß das nicht an ihm liegt, sondern daß er hier dem Druck seiner Partei sehr stark ausgesetzt ist. Ich kann mir das nicht anders vorstellen. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Herr Kollege, ich komme Ihnen entgegen: Selbst ist der Mann!“) In der Personalpolitik ist die Grundlinie, ich habe das schon erklärt, einseitig politisch. Es gibt also nicht den Landeshauptmannstellvertreter Wegart, den ich schätze, sondern noch immer – der Sprung ist hier scheinbar nicht gelungen – den ÖVP-Landespartei sekretär Wegart. Nicht den Landeshauptmannstellvertreter, der für alle Bereiche dieses Landes da sein müßte. (Abg. Karrer: „Da kommt er nicht los davon!“ – Abg. Ing. Turek: „Den Kommissar!“) Kommissarischer Leiter, meinst du, na, das könnte durchaus sein!

Konsensbereitschaft besteht hier nur in Bruchteilen von Prozenten, und, meine Damen und Herren, wie Sie wissen, ist die Geschichtsschreibung sehr hart. Es würde mir leid tun, wenn in der Gesamtheit ein negatives Ergebnis herauskäme. Es würde mir wirklich leid tun, und, meine Damen und Herren, ich knüpfe noch einmal an an diese Adventgespräche. Ich denke auch an die Zeit, in der wir uns jetzt befinden, vor Weihnachten. Aber ich sage das auch unter dem Eindruck – sehr ernst, meine Damen und Herren – des Geschehens in der Welt, etwa in Polen! Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich möchte Ihnen die Hand reichen. Und wenn Sie einschlagen und damit erklären, daß Sie bereit sind, mit uns zu reden, mit uns zu verhandeln, bereit sind, eine Objektivierung im Landesbereich vorzunehmen und einen Konsens mit uns zu finden, dann schlagen Sie ein, Herr Landeshauptmannstellvertreter, hier und jetzt! Ich glaube, dieser Landtag würde heute eine Sternstunde der Demokratie erleben. Ich bin bereit! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Eichtinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn ich hier stehe, dann habe auch ich den Wunsch, daß dieses Adventgespräch von Ihnen ganz ernstgenommen wird, denn, wenn man aus einem Bereich aus der Obersteiermark kommt, aus den Industriegemeinden, dann kann man hier mit Fug und Recht und Überzeugung feststellen: Herr Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart ist ein guter Personalreferent. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Hammerl: „Er hat recht, aber einseitig!“ – Abg. Preamberger: „Auf seiner Linie, ja!“) Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart wird nicht nur in der Geschichte als guter Fremdenverkehrsreferent beschrieben werden, sondern man wird sagen, daß zu seiner Zeit die Personalprobleme hier im Land gut gelöst wurden.

Ich habe mich ja wirklich sehr gefreut, daß mein lieber Freund Hammerl bei seiner zehnten Rede festgestellt hat, daß es zum Vorteil der steirischen Landes-

bediensteten gereicht hat. Wenn wir diese Wahlergebnisse anschauen, dann muß man hier sagen, es ist ein Vertrauensbeweis für alle Personalvertreter, die hier wirklich für die Belegschaft arbeiten, sich für die Belegschaft einsetzen. (Beifall bei der ÖVP.) Und, lieber Kollege Hammerl, ich hätte einen Wunsch: Du hast ja so schön gesprochen (Abg. Hammerl: „Danke!“), – wenn ich nicht so furchtbare Situationen schon mitgemacht hätte, wären mir fast die Tränen gekommen, ehrlich! (Abg. Hammerl: „Hat mir leid getan, daß es mir nicht gelungen ist!“) Das muß ich dir jetzt wirklich sagen, daß ich dich herzlich bitte, deinen Einfluß bei Euren Leuten geltend zu machen und zu sagen, jetzt sind wir Vorbilder. Wir möchten den Beweis liefern, daß es bei uns anders ist. (Abg. Preamberger: „Seid Ihr doch einmal Vorbild!“) Ich muß Euch eines sagen, ich rede hier, wenn ich an das denke, mit Enttäuschung. Es wird immer wieder etwas vorkommen, gebe ich ohné weiteres zu, aber, lieber Kollege Hammerl, ich war beruhigt, daß nur diese Beispiele hier genannt werden könnten. Kollege Hammerl, ich könnte unzählige Beispiele nennen, ich könnte Euch erzählen, gerade aus der letzten Zeit, und es ist im Landtag auch schon geschehen, was es heißt, wenn Menschen Angst haben müssen. Du hast heute das Beispiel von einem Land gebracht. Ich habe den Begriff der Angst vor einigen Wochen so stark erlebt, daß ich keine Antworten mehr geben konnte, als man mich gefragt hat, warum geschieht das? Warum macht man das mit meinem Mann? Warum ist man so ungerecht? Warum sieht man nicht, daß wir eine Familie sind, in der drei unversorgte Kinder sind? Als mir sozialistische Freunde, sage ich auch ehrlich, gesagt haben, daß sie so manches selber nicht verstehen, da habe ich mir gedacht, da gibt es in Ihren Reihen doch sehr viele, viele Menschen, bei denen dieser Reifungsprozeß erst einsetzen muß. (Abg. Ileschitz: „Aber geh!“) Lieber Präsident Ileschitz, das, was ich hier sage, stimmt hundertprozentig! (Abg. Brandl: „Dein Pathos ist nicht mehr auszuhalten!“) Ob das Pathos jetzt auszuhalten ist oder nicht, vielleicht ist das der Advent, aber, lieber Herr Kollege Brandl, ich möchte dir sagen, das ist manches Mal so entsetzlich, daß man sich wundert, daß Ihr zuschaut, daß man sich wirklich wundert, daß Ihr hier zuschauen könnt. Und, Herr Präsident Ileschitz, ich sage es auch dir, es gibt viele Dinge in deinem eigenen Bereich, wo du Vorbild sein könntest, und wo du zeigen könntest, daß es demokratisch gemacht wird. (Beifall bei der ÖVP.) Da gibt es viele, viele Bereiche. (Abg. Ileschitz: „Wir kennen Betriebe, wo Hunderte Leute mit einem Schlag arbeitslos wurden. Da kannst du nicht anfangen mit einem Mann!“) Wenn es mir gelungen ist, daß ich den Herrn Präsidenten gerührt habe, und daß ich den Herrn Präsidenten aufgerüttelt habe, dann bin ich sehr erfreut, Herr Präsident, wenn mir das gelungen ist. Aber, Herr Präsident, diese Gespräche, die man mit mir geführt hat, waren so ernst, daß ich sie auch in dieser Stimmungslage bringen mußte. Mehr kann ich nicht sagen.

Ich habe hier mein Konzept, ich weiche teilweise ab, möchte nur mitteilen, daß die Zahl der steirischen Landesbediensteten für das kommende Jahr um 166 gestiegen ist und daß zahlreiche Dienstposten notwendig waren, vor allen Dingen im Spitalsbereich. Und

das, was uns Abgeordneten heute immer wieder passiert, möchte ich auch unterstreichen, daß mehr und mehr Leute zu uns kommen und uns dringend bitten, ihnen bei der Beschaffung eines Postens behilflich zu sein. Wenn ich das als Obersteirer sage, dann deshalb, weil wir heute verspüren, was es bedeutet, wenn in unseren großen Betrieben der Aufnahmestopp seit 1975 eingeführt wurde.

Ich möchte als erfreuliche Tatsache hinstellen, daß im Jahr der Behinderten, wo man leider manches Mal mehr geschrieben hat, als dann tatsächlich gehandelt wurde, das Land Steiermark 25 Neueinstellungen durchführen wird, so daß die Zahl der Einstellungen auf 210 anwachsen wird. Ich kenne selbst ein oder zwei solcher Eingestellter, und ich kann nur eines sagen, für Behinderte ist es ein Segen, wenn man ihnen zeigt, daß sie irgendwo arbeiten können. Ich kenne ein Mädchen, das nervlich total zerrüttet und fertig war und das seit der Einstellung beim Land ein anderer Mensch wurde, ein fröhlicher Mensch wurde, weil sie arbeiten durfte. Auch das möchte ich hier sagen und von dieser Stelle den Appell richten an alle Institutionen, daß sie mehr Behinderte in ihre Betriebe einstellen. Ich möchte aber die Redezeit nicht mehr überschreiten und abschließen mit einem Dank an die steirische Beamtenschaft für den vorbildlichen Einsatz und auch für die stete Verbundenheit mit der steirischen Bevölkerung. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Turek. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Turek: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn man jetzt die Diskussion verfolgt hat, wo es um Personalfragen oder um die Personalpolitik des Landes gegangen ist, und wenn man sich an den vorgestrigen Tag zurückerinnert, wo ein ähnliches Thema zur Diskussion stand, nämlich hier wurde die Frage Betriebsterror angeschnitten, so ist mit diesem Problem eine sehr typische Schwachstelle unserer Demokratie aufgezeigt worden. Ich komme mir bei dieser Diskussion so vor, wie bei den internationalen Abrüstungsgesprächen, wo nämlich auf beiden Seiten die vollen Waffenarsenale den Zweck haben sollen, daß der Friede durch Rüstung oder gleichmäßige Aufrüstung gewahrt werden soll. Und wenn hier der Kollege Hammerl die Personalpolitik des Landes angreift und hier sicher Dinge aufgreift, die ich nur voll unterstreichen kann, so wird der natürlich solange gegen eine Wand rennen, solange nicht umgekehrt die Sozialistische Partei in den Bereichen, wo sie mit ähnlichem guten Beispiel vorangehen könnte, nämlich mit dem Beispiel, daß er dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart vorschlägt, wenn sie nicht dort mit diesem guten Beispiel vorerst einmal vorangehen. Das ist der Kern der Sache. (Abg. Prensberger: „Turek, du bist aber auch gutgläubig!“) Nur kann sich niemand zu einer einseitigen Abrüstung entschließen. So ist das ja. Ich würde an beide Parteien appellieren, vielleicht macht einer wirklich einmal den guten Anfang und beginnt einmal mit so einer Abrüstung. (Abg. Dr. Heidinger: „Turek, du fängst dann mit dem Aufrüsten an!“) Ich rüste bestimmt nicht auf. Ich werde doch nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen! Dann, Kollege Ham-

merl, dann werden deine Bemühungen, die ich vollinhaltlich unterstreiche, auch natürlich früher oder später in dem Haus auf fruchtbaren Boden fallen.

Das zweite, meine Damen und Herren, ist die Frage des Landesrechnungshofes. Es ist in den vergangenen Tagen zweimal das Sprichwort strapaziert worden „Steter Tropfen höhlt den Stein“, nämlich einerseits, was das Fremdenverkehrsgesetz anlangt, das uns in Aussicht gestellt wurde, und beim zweiten, das war das Kulturförderungsgesetz, das uns ebenso in Aussicht gestellt wurde. Zwei Problembereiche, die durch den steten Tropfen jetzt nun einmal offensichtlich zu einem gehöhlten Stein geführt haben. Ich möchte das Sprichwort wieder im Zusammenhang mit der uns nun auch in Aussicht gestellten Einrichtung eines Landesrechnungshofes auch gebrauchen. Ich möchte aber gleichzeitig darauf hinweisen – und lieber, hochgeschätzter Kollege Pfohl, Sie sind ja so ein korrekter Mensch, und man spürt direkt, wenn Sie etwas sagen, wovon Sie nicht ganz überzeugt sind, und das Gefühl habe ich gehabt, als Sie hier an diesem Rednerpult standen, um mit Überzeugung hier die Leistungen der Österreichischen Volkspartei und die Initiative der Österreichischen Volkspartei im Hinblick auf Einrichtung dieses Landesrechnungshofes herausgehört haben. Sie haben gemeint, die Österreichische Volkspartei hat diesen Initiativantrag eingebracht, der Kollege Schilcher hat sogar bei der Generaldebatte gesagt, das ist eine Idee von Landeshauptmann Krainer gewesen, er hat das noch ein bißchen höher angesetzt. (Abg. Dr. Schilcher: „Das schließt das doch nicht aus!“ – Abg. Dr. Heidinger: „Ist der Krainer nicht Volkspartei?“) So war es, nicht? Ich möchte hier einer Legendenbildung – zum wiederholten Male tue ich es, aber ich möchte es heute wieder tun – vorbeugen und ein bißchen verhindern, daß die Österreichische Volkspartei ein Kind der Freiheitlichen Partei ohne unsere Zustimmung direkt adoptiert. Der Hergang ist bekannt, ich schildere ihn noch einmal. Im Jahre 1974 haben wir unsere Formel „Steiermark als Langzeitprogramm“ ins Leben gerufen, und in dieser Formel Steiermark des Jahres 1974 ist die Forderung nach einem Langzeitprogramm – da steht es drinnen, stimmt es, der Kollege Schilcher hat ja alle Programme – nach Einrichtung eines Landesrechnungshofes verankert. Wir haben in der Zwischenzeit in einer Reihe von Gesprächen, natürlich mit der Mehrheit in dem Land – ist auch klar –, mit der Österreichischen Volkspartei versucht, hier diese Verankerung mit ihr zuwege zu bringen, letztendlich im Jahre 1978, wo wir wieder den Versuch unternommen haben in einer Parteienvereinbarung; ich nehme an, daß die Volkspartei mit der Sozialistischen Partei auch Vereinbarungen trifft, und so eine Vereinbarung haben wir mit der Österreichischen Volkspartei abgeschlossen, und haben versucht, in diese Parteienvereinbarung auch wieder die Unabhängigstellung – wobei wir uns nicht auf den Terminus Landesrechnungshof versteift haben, sondern um was es uns geht und uns allen geht, wissen wir, daß die Kontrolle dem Landtag unterstellt wird, haben wir im Jahre 1978 versucht – das wieder in eine Parteienvereinbarung mit der ÖVP unterzubringen, es ist strikte abgelehnt worden. (Unverständlicher Zwischenruf.) Du warst nicht dabei, Pörtl, du mußt deine Häuptlinge fragen, die wissen das. Es ist strikte abgelehnt worden. Unter

dem Eindruck der TKV-Affäre und natürlich der gleichzeitig laufenden Untersuchungen auf Bundesebene im Hinblick auf die Vorgänge beim Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses, unter diesem Eindruck hat die Österreichische Volkspartei die Flucht – (Abg. Dr. Dorfer: „Das stimmt nicht!“) Das stimmt, auch du warst nicht dabei. Du warst nicht dabei, ich werde dir das Protokoll zeigen. Unter dem Eindruck AKH und TKV, wo natürlich in diesem Zusammenhang plötzlich Kontrolle großgeschrieben war, es ein echtes Bedürfnis in der Öffentlichkeit war und heute noch ist, hier nach mehr Einschau, nach mehr Durchschaubarkeit zu trachten, hat die Österreichische Volkspartei die Flucht nach vorne begangen und hat von sich aus diesen Initiativantrag eingebracht. Das ist nichts Schlechtes. Ich begrüße es, nur möchte ich schon auch sagen, daß der Gedanke irgendwie Diebstahl geistigen Eigentums der Freiheitlichen Partei ist. (Abg. Dr. Maitz: „Machen wir etwas, sagst du, das ist Diebstahl, machen wir nichts, so schimpfst du auch!“) Ja, aber seit dem, meine Damen und Herren. (Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: „Der Ausdruck Diebstahl ist sehr gefährlich! Sei vorsichtig!“) Es ist belegbar, daß das unser geistiges Eigentum ist. Es ist belegbar, bitte! Es ist ja nur so, wenn ich jemandem etwas unterstelle und es nicht beweisen kann, dann selbstverständlich werde ich mich durchaus bereiterklären, mich zu entschuldigen. In der Frage brauche ich mich nicht zu entschuldigen, weil das ja belegbar ist. Und die Hergänge sind ja nachvollziehbar. Sei es, wie es sei. Seit Einbringen dieses Initiativantrages ist ja nichts passiert. Der lag am Tisch. Und ich habe auch wieder mit Interesse vernommen, nachdem anlässlich der Parteiengespräche mit der Österreichischen Volkspartei nach der vergangenen Wahl wieder diese Frage – allein nur was die terminliche Inaussichtstellung anbelangt – nicht konkret beantwortet werden konnte – ich gebe zu, daß da sicher gewisse Schwierigkeiten ja auch zu überwinden sind –, daß der Herr Kollege Schilcher erklärt hat, daß die Österreichische Volkspartei – und sie hat ja mit ihrer Mehrheit auch die Möglichkeit, diese Initiativen entsprechend voranzutreiben, bis Sommer nächsten Jahres auch eine Vorstellung von uns, der wir uns voll anschließen – im Sommer nächsten Jahres diesen Landesrechnungshof gedenkt zu installieren. Uns ist es egal, ob es in der Form passiert, daß dieser Landesrechnungshof in die Verfassung eingebaut wird. Übrigens: Die Verfassung liegt ja auch schon in den Laden der einzelnen Klubs, vielleicht ließe sich dieses Kapitel auch gleichzeitig hier erledigen. Aber uns geht es nicht darum, in welcher Form das passiert, ob es ein eigenes Landesrechnungshofgesetz ist oder ob wir den Landesrechnungshof in der Verfassung hier verankern, sondern wichtig ist, daß er installiert wird. Ich glaube, daß da sicher den Vorstellungen aller in dem Haus vertretenen Parteien Rechnung getragen wird und sicher auch dem Wunsch der Bevölkerung entgegengekommen wird, nämlich, daß dann eine bessere und effektivere Kontrolle der Landesgebarung erfolgen kann. In diesem Sinne darf ich meiner Freude Ausdruck verleihen, daß das bis Mitte nächsten Jahres der Fall sein wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Das Ritual der Gruppe 0 ist seit Jahren eingerichtet, aber ich möchte heute versuchen, einen anderen Einstieg zu wählen, ehe ich auf die einzelnen Diskussionsbeiträge eingehe. Zunächst einmal zur Entwicklung des Personals! Meine Damen und Herren, wir haben den Dienstpostenplan 1982 vom März 1981 bis etwa zum August mit allen Bezirkshauptmannschaften, mit den einzelnen Abteilungen, mit den Landeskrankenhäusern und mit den übrigen Dienststellen abgehandelt. Bei diesen umfangreichen Verhandlungen war es unser Ziel, daß wir den Personalstand nach Möglichkeit nicht vermehren, denn 1981 ist uns das erfreulicherweise gelungen. Aber 1982 gibt es eine Vermehrung, eine Vermehrung, die unvermeidbar geworden ist. Ich werde sie auch noch im einzelnen begründen. Der Personalstand des Landes beträgt für 1982 genau 17.108 Dienstposten. Es ist vielleicht jetzt bemerkenswert, wie das auf die einzelnen Sparten aufgeteilt ist: in der Hoheitsverwaltung 2965 Dienstposten oder 17 Prozent. Es ist also erstaunlich, daß das, was wir im klassischen Sinn des Wortes die Hoheitsverwaltung nennen, fast seit einem Jahrzehnt unverändert ist, und würden wir nur den Nachwächterstand des 19. Jahrhunderts haben, dann würde das Personal und würden die Kosten des Personals sehr bescheiden sein. Aber mittlerweile ist auch das Land Steiermark ein Dienstleistungsbetrieb geworden. Ein Dienstleistungsbetrieb, der eine umfangreiche Palette an Aufgabeneinstellungen aufweist. Ich möchte auch dazu vielleicht noch eine Bemerkung machen. Wir haben in der Bauverwaltung 2550 Dienstposten oder 15 Prozent, in allen Sanitätsanstalten 8638 Dienstposten oder 51 Prozent, mehr als die Hälfte aller unserer Dienstposten sind in unseren Landeskrankenhäusern und den komplementären Einrichtungen tätig. In den übrigen Dienststellen 1717 Dienstposten oder zehn Prozent, in den Wirtschaftsbetrieben 550 Dienstposten oder drei Prozent, Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen 331 Dienstposten oder zwei Prozent, und in den Sozialhilfverbänden 357 Dienstposten oder zwei Prozent. Nun zu den Vermehrungen: Meine Damen und Herren, wir haben 49 Dienstposten für die Straßenerhaltung der neu in Betrieb gehenden Autobahn- und Schnellstraßenstücke vermehren müssen. Davon allerdings 42 gegen volle Refundierung und sechs gegen 60prozentige Refundierung durch den Bund. Hier haben wir einiges im Griff. Wir haben 41 Dienstposten mehr für den Zubau des Landesaltenpflegeheimes Bad Radkersburg und den Ausbau der Heilpädagogischen Station in Graz-Wetzelsdorf. Wir haben 41 Dienstposten mehr im Landeskrankenhaus Graz. Davon allein 19 für die neue Intensivstation auf der I. Medizinischen, drei für eine dritte Computertomographie im Zentralröntgeninstitut und zwölf Diplomschwester für die notwendige bessere Abwicklung der Nachtdienste, vor allem auf den internen Abteilungen. 23 Dienstposten im Landessonderkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie, vor allem für die Ausstattung der neuerichteten Intensivstation in der Schlaganfallsonderstation. Es sind nur Beispiele. Das heißt, im Lauf des Jahres sind neue Abteilungen und neue Einrichtungen fertig geworden, die zwangsläufig später besetzt werden müssen. Ich würde aber trotzdem sagen, daß die

Personalbewirtschaftung, meine Damen und Herren, streng gehandhabt wird, gerade mit Rücksicht darauf, daß wir jährlich Dienstpostenpläne aushandeln, die mit den verantwortlichen Abteilungsvorständen und mit der zuständigen Personalvertretung erfolgen. Aber ich möchte vielleicht auch in diesem Zusammenhang auf einen Umstand aufmerksam machen, weil er vielleicht zu dem passen wird, was ich gerne jetzt auch im Zusammenhang mit den Diskussionsbeiträgen sagen möchte. Vom 1. Oktober 1980 bis zum 30. Oktober 1981, das ist in einem Jahr, sind bei der Personalabteilung 4941 Bewerbungsgesuche eingelangt. Aufgeteilt auf die wichtigsten Dienstzweige sieht das wie folgt aus, ich zähle sie auf, weil sie auch Rückschlüsse auf eine bestimmte Entwicklung zulassen: 34 Juristen, 64 Biologen, Psychologen, Betriebswirte und ähnliches, 50 Diplomingenieure, 359 Maturanten, 83 Förster, Fürsorger, medizinisch-technische Assistenten und Erzieher, 446 Kanzleischreibpersonal, 134 Lehrlinge, 126 Kraftfahrer, 420 Professionisten, Schlosser, Mechaniker, Maurer, Tischler, Installateure, um nur Beispiele zu nennen, 146 Hilfsarbeiter, Hausarbeiter und ähnliches, 73 Aufräumerinnen, 1220 für den Sanitätshilfsdienst, 36 Absolventen von HTL und allgemein 1750. Meine Damen und Herren, ich habe diese Aufstellung deshalb im einzelnen aufgezählt, weil ich jetzt nur von Ansuchen spreche, die eingelangt sind. Ich kann aber hinzufügen, daß es Tausende von Bewerbern gibt, die zwar beim Herrn Landeshauptmann, bei den Kollegen der Landesregierung vorsprechen, bei den Abgeordneten, ich sehe es ja am Schriftverkehr, in meinem Büro, an meine Adresse gehen täglich zwischen 180 bis 220 Briefe nur an Personalwünschen ein. Ich muß das wiederholen, täglich zwischen 180 bis 220! Es sind hier viele, die sagen, ich spreche einmal vor, und wenn man dem dann die Wahrheit sagt, wie es aussieht, dann sagt er, da suche ich gar nicht an. Wir geben jedem ein Merkblatt, wir geben jedem einen Rat mit. Wir schreiben, es ist keine Firma in der Steiermark vor einem Brief von mir sicher, weil wir versuchen, irgendwo zu helfen und den Leuten unter die Arme zu greifen. Denn der Personalwechsel auch im Land ist auf ein Minimum reduziert. Ich möchte Ihnen das an einem Beispiel sagen. Vor zehn Jahren sind von zehn Krankenschwestern, die wir eingestellt haben, in den ersten drei Jahren nach ihrer Verpflichtung sieben ausgeschieden. Drei sind zurückgeblieben. Heute ist es so, daß von zehn, die wir einstellen, zehn bleiben. Das ist die Realität. Wir haben vor zehn Jahren im Jahr etwa einen Wechsel von 1000 bis 1100 gehabt. Meine Damen und Herren, das hat sich auf ein Minimum reduziert und liegt in der Größenordnung zwischen 100 und 120. Das ist die Realität der wir gegenüberstehen.

Der Landesdienst, wie alle öffentlichen Dienste, ist naturgemäß gefragt. Warum? Es gibt die Sicherheit des Arbeitsplatzes, ein gutes Klima, Bedingungen, die nicht überall im gleichen Umfang vorgefunden werden, auch die Besoldung. Das Wort von Nestroy, der Beamte hat nichts, und das hat er sicher, das ist ein Gag, der im 19. Jahrhundert zum Teil seine Richtigkeit gehabt hat. Heute ist der öffentliche Dienst ebenfalls gleichgezogen mit vielen anderen Sparten der Wirtschaft, Gott sei Dank, das füge ich auch hinzu, damit kein Zweifel aufkommt, denn auch der öffentliche Dienst als Dienstleistungsbetrieb hat ein Anrecht dar-

auf, daß er genauso besoldet wird, weil er eben auch eine Leistung für die steirische Bevölkerung erbringt. Es ist eben ein großer Dienstleistungsbetrieb. Ich würde manchem raten, und das würde ich sehr raten, sich einmal Krankenhäuser anzuschauen, unter welchen Bedingungen Ärzte und Schwestern arbeiten und auch mit welcher Begeisterung. Ich sage Ihnen, für mich bleibt es ein unauslöschliches Erlebnis. Ich habe mir die Kinderabteilung am Landessonderkrankenhaus zweimal angeschaut, da ist eine Schwester dort, die ein Kind, ich habe es selbst gestoppt, 46 Minuten lang gefüttert hat, ehe sie ihm das hineingebracht hat, was dieses arme Wesen zum Leben braucht. 46 Minuten! Ich habe sie nachher gefragt, welche innere Einstellung haben Sie eigentlich? Was empfinden Sie dabei? Und da hat sie mir eine sehr nüchterne Antwort gegeben, sie hat gesagt, wissen Sie, wenn ich nicht diese innere Liebe zu der Aufgabe hätte, ich wäre schon längst gescheitert. Nur diese innere Liebe bindet mich daran, daß ich das mache. Ich sage Ihnen, da geht man zufrieden wieder weg und dankt dem Herrgott, daß man anderes tun kann und daß man vor solchen Dingen bewahrt und verschont ist. Ich will nur sagen, das ist ein Dienstleistungsbetrieb. Es wird gerne hin und wieder auf die Beamten hingeeckt. Und trotzdem sage ich Ihnen eines, wir haben eine volksnahe und bürgernahe Verwaltung. Gott sei Dank! Natürlich besteht der Landesdienst nicht aus lauter Nobelpreisträgern. Es gibt auch im Bundesdienst nicht nur Nobelpreisträger und woanders. Aber ich kann nur eines sagen, wir dürfen froh sein, daß wir über eine solche Verwaltung verfügen.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang sei auch ein Vorgang erwähnt, der erstaunlicherweise in der breiten Öffentlichkeit noch keine Resonanz gefunden hat, weil es hier so gegensätzliche Aussagen gibt. Das ist die Entwicklung auf dem Ärztesektor. Wir haben die Fakultät gebeten, uns die Ziffern bekanntzugeben, soweit sie aus ihrer Sicht beurteilt werden können, wie das in den nächsten Jahren aussehen wird, denn zum ersten Mal sind wir nicht mehr in der Lage, alle Ärzte, die promoviert haben, in den Turnus zu übernehmen und einzuteilen. Wir müssen es auch den Ärzten ehrlich sagen. Es ist so, wie es mir Kriegskameraden gesagt haben, die später Medizin studiert haben, daß ihnen die Personalabteilung gesagt hat, 1947 und 1948, sie können den Turnus absolvieren, aber um die Spitalssuppe, das heißt, es gibt keinen Bezug. Und sie haben zugegriffen, nur um die ärztliche Ausbildung überhaupt fortzusetzen. Denn ein promovierter Mediziner, der später nicht in die Praxis gehen kann, das heißt nicht den Turnus machen kann, hat in Wahrheit sein Studium in den Papierkorb geworfen. Es sagen prominente Mediziner, daß die sogenannte Halbwertszeit medizinischer Erkenntnisse jetzt bei sechs Jahren liegt. Das heißt, wenn er nicht mit auf der Höhe ist, dann ist er abgehängt. Er ist zwar auch ein Arzt, aber bitte, dann braucht man nicht zu fragen, welcher. Es ist erstaunlich, daß nun das stärker wird. Es sagt die Fakultät, daß wir im Wintersemester 1981/82 mit 180 neupromovierten Ärzten zu rechnen haben. Im Sommersemester 1982 neuerdings mit 180. Im Wintersemester 1982/83 mit 110. Im Sommersemester 1983 mit 130, im Wintersemester 1983/84 mit 160 und im Sommersemester 1984 mit 160. Das heißt mit

anderen Worten, daß wir nahezu 1400 Ärzte innerhalb eines halben Jahrzehnts herausbekommen. Es gehen davon sicherlich einige in andere Bundesländer, weil sie auch von anderen Bundesländern hergekommen sind, um zu studieren, aber der Löwenanteil wird im Land bleiben. Es wird sicherlich der eine sich auch auf dem ärztlichen Sektor verändern, weil wir sonst – glaube ich – auch hier zu einem Problem gelangen, ich habe deshalb diese Ziffern genannt.

Meine Damen und Herren, der Herr hüte uns vor einem: vor arbeitslosen Akademikern und Maturanten. Das sage ich Ihnen aus meiner Lebenserfahrung. Ich kann mich sehr lebhaft erinnern, wie das in den dreißiger Jahren gewesen ist, wer damit begonnen hat. Deshalb glaube ich, ist die Frage, die den Landtag drei Tage lang durchgezogen hat, in Wahrheit, wenn man aufmerksam zuhört, und ich bin ein aufmerksamer Zuhörer, erlebt man dann und hört man die große Sorge von allen, können wir die Beschäftigung erhalten, können wir ein hohes Beschäftigungsniveau zuwege bringen, ich gebrauche gar nicht mehr das Wort Vollbeschäftigung. Ich würde schon lieber von einem hohen Beschäftigungsniveau sprechen. Denn, meine Damen und Herren, nicht nur, daß es so viele Junge sind, die in den Arbeitsprozeß streben, sondern die Lebenserwartung ist größer geworden. Das heißt mit anderen Worten, auch die Lebensarbeitszeit ist größer geworden. Es hat sich ja Unglaubliches verändert. Und daher glaube ich, ist es die Aufgabe von uns allen, alles zu tun. Da leistet auch das Land Steiermark, auch diese Regierung, auch dieser Landtag seinen Beitrag. Auch auf die Gefahr hin, daß ich morgen wieder eine Schlagzeile erringe in einer bestimmten Zeitung, sage ich Ihnen wieder ein Erlebnis. Meine Damen und Herren, als es in den dreißiger Jahren in diesem Land 600.000 Arbeitslose und Ausgesteuerte gegeben hat, kam einer, und der sagte: „Ich werde dieses Land in einen blühenden Garten verwandeln. Ich werde Euch allen Brot und Arbeit geben.“ Und als seine Leiche im April 1945 verbrannt wurde, hinterließ er uns ein Trümmerfeld. Aber wissen Sie, wo das Unglück begonnen hat? Bei den arbeitslosen Heeren der dreißiger Jahre. Dort hat das Unglück begonnen und nirgendwo anders. Ich sage Ihnen eines: Damals kam einer aus dem Norden – wenn wir das nicht halten können, das sage ich aus meiner Lebenserfahrung –, der nächste, der kommen wird, wird aus dem Osten kommen. Er braucht gar keinen Schuß abzufeuern, da geht es von selbst. Daher ist es ein Selbsterhaltungstrieb, daß wir alles tun, was in unserer Macht steht, um ein hohes Beschäftigungsniveau und meinetwegen auch die Vollbeschäftigung zu erhalten. Ich füge hinzu, um jeden Preis, meine Damen und Herren! Das sage ich Ihnen aus meiner Lebenserfahrung. (Allgemeiner Beifall.)

Nun, meine Damen und Herren, ich habe schon eingangs gesagt, es ist ein Ritual, das hier eingeschlagen wird. Mein geschätzter Kontrahent, der Herr Abgeordnete Hammerl, hat in sehr freundlicher Weise zu meinen Qualitäten Stellung genommen. Ich möchte sagen, Sie haben es eindeutig überzeichnet, das muß ich gleich einmal feststellen. In meinem Alter hat man schon bestimmte Selbsterkenntnisse, wenn man jünger ist, ist das nicht so einfach. Aber lieber, geschätzter Herr Abgeordneter Hammerl, Sie haben ein paar

Themen angeschnitten, und zu zweien möchte ich etwas sagen. Zuerst einmal zur Frage der Objektivierung bei den Einstellungen. Ich möchte dazu folgendes bemerken. Ich kann das ganz leidenschaftslos sagen. Es gibt zunächst einmal nach den Landtagswahlen umfangreiche Parteienverhandlungen. Bei diesen Parteienverhandlungen wird zum Teil ein Programm abgesteckt, zum Teil geschäftsordnungsmäßige Dinge. Also mit einem Wort gesagt, ein Arbeitspapier. Es wird mit Ihrer Partei verhandelt, mit der Freiheitlichen Partei verhandelt, es sind alle demokratischen Kräfte des Landes miteingebunden.

In dieser Parteienvereinbarung haben wir auch die Vorgangsweise in den Personalfragen geregelt. Sie ist unterschrieben vom Parteivorsitzenden Hans Gross, vom Herrn Landeshauptmann, und daher von denjenigen, die dabeigewesen waren. Es war ein Kompromiß, der zugegebenerweise auch den politischen Realitäten und Mehrheitsverhältnissen im Land Rechnung getragen hat. Aber – das war der Wille auch von uns, das sage ich Ihnen –, ich bin froh, daß Sie ein Wort gebracht haben, auf das ich Wert lege, daß wir auch den Konsens gesucht haben. Die Zusammenarbeit ist uns kein leeres Wort. Ich sage es Ihnen auch aus meiner Lebenserfahrung. Wir werden sie in dem Jahrzehnt dringender brauchen als in dem hinter uns liegenden. Ganz sicher! Aber ich möchte Ihnen auch gleichzeitig folgendes sagen. Wir haben uns gefragt – deshalb habe ich diese Ziffern heute so konkret genannt –, was sollen wir tun, wenn Tausende und Abertausende sich bewerben, und wir von 100, die sich bewerben, im besten Fall ein oder zwei berücksichtigen können. Das ist ja die Realität. Und ich sage Ihnen nochmals – ich weiß schon, daß eine solche Aussage problematisch ist, ich sage es aber trotzdem –, ich kann es mir gar nicht leisten, jemanden nach dem Parteibuch zu fragen. Ich könnte unter vier Augen mit jedem alles bereden. Ich sage Ihnen – weil Sie gesagt haben, eine Tätigkeit von einmal –, ich habe nicht einmal als Landespartei sekretär am Karmeliterplatz jemanden danach gefragt. (Abg. Brandl: „Da gibt es genug andere, die das tun!“ – Abg. Ing. Turek: „Es gibt genug andere, die fragen!“) Das habe ich gar nicht notwendig gehabt. Ich weiß nur eines, ich habe mit der Haltung weitaus mehr Leute meiner Gesinnungsgemeinschaft zugeführt, als wenn ich es umgekehrt gemacht hätte. Das weiß ich auch aus der Erfahrung. Ich sage es nur, das ist gar nicht möglich und denkbar, denn die Regierungsbüros sind keine Parteisekretariate. Sie sind allen zugänglich. Und sie kommen auch. Es kommen von Ihnen genug Leute auch zu mir, aus allen Kategorien. (Abg. Hammerl: „Aber dann ist irgendwo Endstation!“) Wir reden darüber. Und jetzt möchte ich Ihnen auch sagen, obwohl es nicht passend ist, was ich jetzt sage. Ich habe zum Beispiel heute mit dem Herrn Kollegen Gross einen Termin für Montag vereinbart. Warum? Um Personalangelegenheiten, die wir in der Regierung zu beschließen haben, am Montag zu besprechen. Ich gehe zu ihm, ich werde ihn informieren von den Vorschlägen, werde auf seine Wünsche hören (Abg. Hammerl: „Auf seine Wünsche eingehen, nicht nur hören!“), und was werden wir am Ende versuchen? Einen Kompromiß! Weil auch Wünsche seinerseits selbstverständlich in diesem Paket enthalten sein werden und zum Teil schon drinnen sind. Aber

es ist ein Kompromiß, wie er in der Demokratie aus der Kraft der Mehrheitsverhältnisse nun einmal gegeben ist. Ich darf Ihnen noch etwas sagen: Ich bekomme laufend Briefe von den Kollegen der Regierung, laufend! Da geht hin und wieder etwas, aber das meiste geht nicht, weil auch ich keine Möglichkeit sehe. Und Sie dürfen mir glauben, es würde mir viel Freude bereiten, wenn man sagen könnte, wir können möglichst viele Leute einstellen, denn auch da lehrt die Erfahrung: Ein Glanz dessen, wenn man jemandem hilft, strahlt ja auf einen selbst zurück. Ich weiß das, da sammelt man im Verlauf eines Lebens viel politisches Kapital. Aber es geht nicht, es ist ja auch das Problem, vor dem wir stehen. Jemand, der bei meiner Tür hinausgeht, dem ich vorher gesagt habe, ich kann Ihnen keine Chance bieten, wenn ich keine Möglichkeit sehe, wird bei Gott nicht sagen, daß ich der Beste unter allen bin. So ist es eben einmal, das Leben. Ich muß damit auch auskommen und muß damit existieren. Ich will nur sagen, wir suchen auch hier das Gespräch und den Konsens im Rahmen der Möglichkeiten, die es gibt. Aber eines bitte von uns nicht zu verlangen, auf das wir nicht eingehen können. Damit beginnt ja das, was Sie gerne hätten. Ich weiß es, wo es hinaus soll. Aber, Herr Kollege Hammerl, das ist gegenwärtig nicht drinnen. Und ich sage es Ihnen, ich habe es auch verfassungsmäßig untersuchen lassen, ob die Legislative in die Exekutive Aufgaben übernehmen kann. Da sagt der Verfassungsdienst, das ist nicht möglich und nicht denkbar. Denn dazu ist die Exekutive hier, wenn es um diese Fragen geht, die Legislative hat ihre eigenen Funktionen. So wird es übrigens auch im Parlament gehandhabt und im Bund. (Abg. Hammerl: „Herr Landeshauptmann, wir reden aneinander vorbei! Ich will Gerechtigkeit, daß alle Bürger unter gleichen Bedingungen die gleichen Chancen haben!“) Das ist gerecht, was hier vor sich geht. Wir haben ja miteinander geredet. Ich würde mir den Vorwurf einstecken, den stecke ich ein, das sage ich Ihnen, wenn Sie sagen würden, wir reden nicht miteinander, wir verhandeln nicht, es gibt nichts, das ist ein Kompromiß. Und ich darf Ihnen noch etwas sagen: Alle Beschlüsse in Personalangelegenheiten sind in den letzten Jahren einstimmig gefaßt worden. Alle! Es gibt keinen Mehrheitsbeschluß in dieser Frage. Wir haben den letzten Mehrheitsbeschluß vor mehr als fünf Jahren gefaßt. Ich sage Ihnen, ich habe es damals sehr bedauert. Ich sage Ihnen das als zuständiger Personalreferent, daß wir den Mehrheitsbeschluß gefaßt haben. Er ist geschehen, Schluß – aus! Bisher sind alle Personalangelegenheiten einstimmig gefaßt worden. Warum? Weil es auch der Kompromiß ist, weil auch die Einsicht da ist und gesagt wird, so und so schaut die Realität aus. Ich habe Verständnis, daß Sie auch aus anderen Gründen, da brauchen wir keine näheren Erläuterungen, sagen, irgend etwas muß geschehen. Aber jetzt sage ich Ihnen eines, ich kann auf eine Retourkutsche nicht verzichten. Ich habe vor drei Wochen einen Bericht in der „Neuen Zeit“ gelesen über das Ergebnis der Eisenbahnerwahlen. Ich habe ursprünglich die Absicht gehabt, meinem Büro zu sagen, schneidet mir das heraus, ich werde das für die Budgetdebatte brauchen, weil der Hammerl kommt ganz bestimmt und wird mir da etwas erzählen. Ich verzichtete darauf. Aber was glauben Sie, Herr Kollege Hammerl, wie ich gelesen habe, daß bei den Eisenbah-

nern die sozialistische Fraktion, die sozialistischen Gewerkschafter 87 Prozent erzielt haben. (Abg. Prensberger: „Herr Landeshauptmann, da war Ihre Partei entscheidend schuld daran, denn Ihre einseitigen Erklärungen gegen die Eisenbahner, das hat der ÖVP geschadet!“) Geschätzter Kollege Prensberger, vor vier Jahren waren es 85 Prozent. Also lassen wir das. Ich habe mir nur eines gedacht, ob da nicht jemand sich verschluckt, wenn er anfängt, hier Vorwürfe zu machen, und im selben Atemzug lese ich 87 Prozent. Ich sehne den Tag herbei, wo wir 87 Prozent zusammenbringen. Aber ich werde es wahrscheinlich nicht zusammenbringen, das ist ja mein Problem. (Beifall bei der ÖVP.)

Und das zweite: Wenn wir jetzt anfangen, gegenseitig die Unzufriedenen aufzuwiegen, dann hätten wir ein bißchen viel zu tun. Aber es sitzt ja einer so ruhig heute hier, und da habe ich mir gedacht, den muß ich mir noch aufs Korn nehmen, das ist der, von mir hochgeschätzte Kollege Brandl, der hat nämlich auch Betriebsratswahlen gehabt und hat auch ein blendendes Resultat der Öffentlichkeit mitgeteilt. Von 40 zu vergebenden Mandaten hat er 39 erreicht. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Brandl: „Herr Landeshauptmann, die Forstarbeiter sind ja denkende Menschen, die wissen, wo sie hingehören!“ – Heiterkeit.) Lieber Kollege Brandl, da kann ich nur mit einem Satz antworten: Ich bin froh, daß ich es bei uns auch schon auf 80 Prozent denkender Menschen gebracht habe. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist müßig, darüber weitere Dinge zu sagen. Ich glaube nur, es ist das Problem, dem wir gegenüberstehen, ernst genug. Ich möchte aber zusammenfassend und zum Schluß auch heute gerne eines sagen. Ein herzliches Danke allen Landesbediensteten in allen Sparten. Wir dürfen auf diese Arbeit stolz sein, weil sie im Interesse der steirischen Bevölkerung geschieht. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 0 nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Ritzinger: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Ich wiederhole meinen Antrag auf Zustimmung der Gruppe 0.

Präsident: Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 0 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben. Die Gruppe 0 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Dieter Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Strenitz: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der Gruppe 9 sind vorgesehen an Einnahmen 8.512,824.000 Schilling, an Ausgaben 2.151,903.000 Schilling. Auch diese Ansätze wurden im Finanzausschuß vorberaten. Namens dieses Ausschusses ersuche ich Sie um Annahme dieser Post.

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Klausner. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Klausner: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich werde versuchen, den Aufbruch in die Weihnachtszeit nicht allzusehr zu verzögern, ein paar Bemerkungen muß ich mir trotzdem erlauben. Zunächst möchte ich doch festhalten, daß in den Parteienvereinbarungen, die nach den Wahlen geschlossen wurden, kein Passus enthalten ist, der generell Personaleinstellungen regelt. Unsere Partei hat so etwas gefordert, das Verhandlungsergebnis hat aber darin bestanden, daß diese Forderung herausgestrichen wurde. Das Problem liegt ja in Wirklichkeit, und das nur als Randbemerkung, meine Damen und Herren, darin, daß wir eine sechsmonatige Probezeit haben, die ohne in die Regierung zu kommen, dem einzelnen bewilligt wird. Was für Konsequenzen mit dieser Vorgangsweise verbunden sind, das kann sich jeder selbst vorstellen und ausmalen.

Zu den Budgetziffern, auf die zuerst schon der Herr Kollege Dr. Schilcher in der Generalrede hingewiesen hat, ein paar Hinweise. Der Landesvoranschlag 1964 hat im ordentlichen Haushalt 1.724.934.000 Schilling ausgewiesen und einen außerordentlichen Haushalt von 204.000.000 Schilling. Echt waren davon 98.000.000 Schilling weniger, weil auch damals die Wohnbauförderung in diesem Umfang ein „Durchlaufer“ war. Der Schuldendienst betrug damals 46.485.000 Schilling, der Schuldenstand per 31. Dezember 1964 ganze 311.700.000 Schilling. Der Schuldendienst hat also 2,54 Prozent des Ausgabenrahmens beansprucht, der Schuldenstand hat sich dazu verhalten wie 17,02 zu 100.

Im Voranschlag 1982 haben wir bekanntlich Ausgaben von 19.050.000.000 Schilling und im außerordentlichen 570.000.000 Schilling. Davon sind allerdings auf Grund der zweimaligen erheblichen Verschiebungen durch die Finanzausgleichsverhandlungen beziehungsweise durch die Pakte, die da geschlossen wurden, Durchlaufer 3.632.000.000 Schilling für die Lehrerbezüge und knapp 2 Milliarden Schilling im Bereich der Wohnbauförderung. Der Schuldendienst im Budget 1982 ist veranschlagt mit 1.290.000.000 Schilling, der Schuldenstand zum 31. Dezember 1982 voraussichtlich mit 8.094.000.000 Schilling. Wenn ich die Tilgung, die 1982 vorgesehen ist, in der Höhe von nicht ganz 500 Millionen Schilling davon abziehe, bleiben etwas mehr als 7.600.000.000 Schilling als Schuldenstand zum Jahresende 1982 übrig. Das ist für den Schuldenstand unter Abzug der zwei Durchlauferblöcke ein Prozentsatz von 9,20 Prozent und ein Anteil des Schuldenstandes im Verhältnis zu diesem bereinigten Ausgabenvolumen von 54 Prozent, sogar etwas mehr als 54 Prozent.

Ich will dazu gar keinen Kommentar geben. Die Ziffern sprechen für sich. Wir müssen in der heutigen Situation schon zufrieden sein, wenn es uns gelingt, diese Relationen nicht weiter zu verschlechtern.

Die Budgetdebatte hat genügend Beiträge gebracht, die die Problematik ja ausführlich aufgezeigt haben. Es gibt allerdings mit der Entwicklung zu solchen Größenordnungen ein Problem, das auch schon angeschnitten wurde, allerdings in einer Form, die nur analog darauf Bezug hat. Das ist die Flut von Vorschriften, Gesetzen, Verordnungen, aber auch natürlich die Flut und Vermehrung von Ansätzen und Posten, die Sie im Budget

finden und die deren Spielweise regeln. Das hat natürlich dazu geführt, daß die Übersichtlichkeit der öffentlichen Haushalte samt und sonders in einem Maß zu wünschen übriggelassen hat, daß es wirklich schon fast der Kenntnisse eines Spezialisten bedarf, oder zumindest eines, der sich intensiv hineinkniet, um hier noch zu wissen, was nach welchen Vorschriften wo zu finden ist, gehandhabt wird, welche Regeln hier gelten. Und es wäre sicher erfreulich, wenn wir auch in diesem Bereich zu einfacheren Vorgangsweisen kämen.

Aber in Wirklichkeit, meine Damen und Herren, geht es uns ja mit dem Budget so wie mit der Gesetzesflut. Im Zuge der ganz allgemeinen Entwicklung zur Demokratisierung haben wir eben auch einen Zug zur Verrechtlichung und zur Absicherung eines jeden unter Einschränkung des Ermessensbereiches. Herr Kollege Dr. Schilcher, Sie schütteln das Haupt. Ich brauche Sie nur daran zu erinnern, welches Unglück meiner Meinung nach die zunehmende Gesetzesflut in der Folge des Einbruches der bundesdeutschen, ehemals reichsdeutschen Gesetzgebung oder die Art der deutschen Legistik auch bei uns mit sich gebracht hat, und womit wir uns hier herumschlagen müssen. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß das, was wir an österreichischen Normen herübergerettet haben, ein Vorbild wäre, auch in anderen Bereichen. Leider gelingt es uns nicht, das durchzusetzen. (Abg. Dr. Heidinger: „Aber, Herr Landesrat, im öffentlich-rechtlichen Bereich sind die Bundesdeutschen viel beweglicher!“) Ja, wem haben wir das zu verdanken, Herr Kollege! In erster Linie dem ehemaligen Justizminister und bedeutenden Richter Dr. Klecatsky, der ununterbrochen für etwas gestritten hat, womit wir uns alle schon beschäftigt haben, nämlich mit der Frage der Determinierungserfordernisse, die ja in Wirklichkeit einen erheblichen Anteil der Verantwortung tragen, die uns da so eingeengt hat.

Im übrigen möchte ich auf noch etwas aufmerksam machen. Wir haben vor ein paar Tagen zur Kenntnis genommen, daß ungefähr eine halbe Milliarde Schilling Überschreitungen des Haushalts erfolgt sind und zur Kenntnis genommen wurden. Und so sehr ich durchaus zugebe, daß so ein Budget in der Größenordnung kaum für kommende 365 Tage ganz exakt durchführbar ist und Veränderungen notwendigerweise erfolgen müssen, so sehr scheint mir die Größenordnung doch geeignet, darauf hinzuweisen, daß echte Beurteilungskriterien erst in den Rechnungsabschlüssen zu finden sind. Die Budgets sind sozusagen Wunschprogramme, die kaum je voll durchgehalten und erfüllt werden können.

Uns ist von einigen Damen und Herren – mir auch – im Zusammenhang mit der Pendlerpauschale eine Doppelstrategie vorgeworfen worden. Meine Damen und Herren, ich bekenne mich natürlich zu den Parteienvereinbarungen, in denen es heißt, daß wir uns über das Pendlerpauschale einigen sollen. Sie werden mir doch erlauben, Sorge und Zweifel an der Frage der Finanzierbarkeit zu hegen und mir hier den Kopf zu zerbrechen.

Wir haben oft genug schon gehört, daß wir mit den Möglichkeiten des Budgets allmählich die Grenzen des Möglichen erreichen. Im übrigen passiert mir ja ununterbrochen, daß wir uns zwar sehr wohl über ein Budget einigen, das vielen weh tut. Es gibt da so einen

schönen Spruch: „Der Finanzreferent kann dann mit einem Budget zufrieden sein, wenn die Unzufriedenheit einigermaßen gleichmäßig verteilt ist.“ Das trifft offenkundig zu, denn immer wieder werden ja Leute zu mir geschickt oder kommen auch von sich aus, um sich darüber zu beschweren, daß ich den Rahmen irgendwo beschnitten oder eingeschränkt hätte, warum denn der böse Finanzreferent für irgendeine Ausgabe nicht mehr Geld zur Verfügung stelle. Auch das gehört offensichtlich zu einer Vorgangsweise, die so Tradition geworden ist, daß sie mich nicht mehr erschüttert. Ich sage es nur im Zusammenhang mit der Doppelstrategie, meine Damen und Herren!

Dem Herrn Kollegen Heidinger, meinem lieben Freund Gerhard, möchte ich doch sagen, daß du mich enttäuscht hast, weil du bei der rühmlichen Hervorhebung des geringen Abganges, des relativ geringen Abganges der Krankenanstalten gar keinen Hinweis gemacht hast, daß das auch den sehr mühsamen und anstrengenden Streichungsanstrengungen der Rechtsabteilung 10 zu verdanken ist. Ich gebe aber durchaus zu, daß auch hier nicht jedermann beglückt über solche Vorgangsweisen ist. Das ist eben einmal so.

Eine Bemerkung erlauben Sie mir zu dem, was der Herr Kollege Dr. Pfohl im Zusammenhang mit dem Opernhaus gesagt hat. Das Entscheidende dort, fürchte ich, besteht darin, daß wir zwei Fragen gleichzeitig behandeln müssen, die sich nicht ohne weiteres zur Deckung bringen lassen. Das eine ist die Funktionsfähigkeit des Opernbetriebes, die nach allem, was wir bei dieser Enquete im Redoutensaal gehört haben, den Zubau in Richtung Girardigasse erfordert, und die Frage der städtebaulichen Begutachtung, Auswirkung der Folgen, die ein solcher Zubau mit sich bringt, und die natürlich wenigen von dieser Sicht her Freude macht. Ich möchte nur betonen, daß meiner Meinung nach hier wirklich mehr Information notwendig ist, daß ich aber nichts von einem Wettbewerb halte, der die Frage der Notwendigkeiten für den Opernbetrieb nicht vorher entscheidet. Denn das ist eine Frage, die nicht unter dieselben Kriterien fällt wie die der städtebaulichen Auswirkungen des Zubaus. Ich mache darauf aufmerksam, weil die Fristen drängen, weil der 30. Juni 1983 unweigerlich dasteht, leider. Die Termine sind ja im politischen Rahmen denkbar ungut und ungeschickt, aber wir können sie nicht verändern. Die Vorschriften sind so. Und ich mache darauf aufmerksam, daß es mir hier wirklich darum geht, ob man die Opfer funktionsfähig erhält oder nicht.

Das hat mit der Überziehung der Budgets, mit der laufenden Überziehung der Budgets gar nichts zu tun. Es ist eine Frage, von der ich doch hoffe, daß der Kollege Dr. Pfohl und ich durchaus im Einvernehmen allmählich soweit kommen, daß uns das nicht immer wieder solche Sorgen bereiten wird und solchen Wirbel machen wird.

Es ist schon davon gesprochen worden, und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart hat es hervorgehoben: Vollbeschäftigung um jeden Preis. Den Preis, den wir dafür zahlen, finden Sie in diesem Sonder-AO, der alles das zusammenfaßt, was mit Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt zu tun hat. Aber selbstverständlich ist das nur der eng abgegrenzte und unmittelbare Bereich, der sich so auswirkt, daß eine ganze Serie von Maßnahmen des ordentlichen Haushaltes und auch die

Investitionen im außerordentlichen dem dienen, das ist uns ja allen bekannt.

Ich fürchte auch, meine Damen und Herren, daß wir im Bereich der Wohnbauförderung vor finanziellen Anforderungen stehen werden, mit denen wir uns auseinandersetzen haben. Das wird nicht ganz einfach sein. Der Bund wird hoffentlich ein Sonderprogramm auf die Beine stellen. Niemand braucht sich einzubilden, daß das funktionieren wird, ohne daß die Länder dazu zur Kasse gebeten werden. Und allzulange wird es uns auch nicht gelingen, meine Damen und Herren, die Probleme immer nur im Wege der Vorfinanzierung vor uns herzuschieben. Auch das muß man deutlich sagen. Das sind allerdings Größenordnungen, die ich derzeit nicht abzuschätzen wage, und von denen ich nur sicher weiß, daß sie im Lauf des Jahres 1982 auf uns zukommen werden. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, mit ihnen so zu Rande zu kommen, wie uns das auch mit dem Budget für dieses Jahr gelungen ist. Appelle an alle sind sozusagen Mode geworden. Selbstverständlich gilt es, auch das darf ich mir erlauben, hier zu sagen, in Zeiten wie diesen Maß zu halten. Es gilt auch nichts zu versprechen, was wir nicht halten können, und es gilt auch, den Menschen dieses Landes bewußt zu machen, daß zwar nicht mehr alles geht, daß aber durchaus kein Grund besteht, zu verzweifeln oder den Kopf hängen zu lassen.

Es geht uns noch immer gut, auch wenn da und dort Schmerzen auftreten. Noch immer können wir stolz sein auf dieses Österreich und auf diese Steiermark. Wir brauchen nur etwas weiter in die Runde zu schauen. Ich wünsche jedem das richtige Augenmaß, dann wird es uns zu Weihnachten 1982 sicher nicht schlechter gehen als heute, vielleicht sogar ein bisschen besser. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, daß wir uns zu einem solchen Budget zusammengefunden haben. Ich danke allen im Land und wünsche ein wenig Zeit zum Nachdenken, Zuversicht, Selbstbescheidung und Gelassenheit. Ihnen und der ganzen steirischen Bevölkerung wünsche ich namens des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Hans Gross, der sozialistischen Regierungsmitglieder und unseres Landtagsklubs alles Gute zu den Feiertagen und ein glückliches, vor allem aber ein friedliches Jahr 1982. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich bitte Sie um ein Händezeichen, wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 9 zustimmen. Die Gruppe 9 ist angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der außerordentliche Haushalt des Landes Steiermark besteht aus dem Normalprogramm und dem Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm. Ausgaben sind in der Höhe von 570 Millionen Schilling vorgesehen, die durch Darlehen bedeckt werden sollen. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Wenn

Sie ihm die Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Händenzeichen.

Der außerordentliche Haushalt ist angenommen.

Wir kommen nun zu den Beschlußanträgen des Landesvoranschlages 1982.

Ich schlage unter Berücksichtigung der einzelnen Unterstützungen vor, in zwei Teilen abstimmen zu lassen, und zwar im ersten Teil über die zehn Beschlußanträge, welche von allen drei im Hohen Haus vertretenen Parteien unterstützt werden, und im zweiten Teil über den Beschlußantrag, der von der Sozialistischen Partei Österreichs abgelehnt wird. Es handelt sich hierbei um den Antrag, mit dem die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, die den Landeskrankehäusern angeschlossenen Landwirtschaften in Zukunft nicht mehr selbst zu betreiben, sondern sie zu verkaufen oder zu verpachten und so eine Bewirtschaftung durch Landwirte zu ermöglichen.

Ich frage den Herrn Berichterstatter Abgeordneter Hans Brandl, ob er den Antrag stellt, über die Beschlußfassung in dieser Reihenfolge abzustimmen.

Abg. Brandl: Ich stelle diesen Antrag.

Präsident: Ich ersuche nun die Damen und Herren, welche den zehn Beschlußanträgen des ersten Teiles des Mündlichen Berichtes Nr. 1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Beschlußanträge der ersten Gruppe sind somit angenommen.

Nun ersuche ich die Abgeordneten, welche dem Beschlußantrag des zweiten Teiles zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle fest, daß auch dieser Beschlußantrag angenommen ist.

Wir kommen nun zum Dienstpostenplan. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Über den Dienstpostenplan ist bereits bei der Gruppe 0 eingehend diskutiert worden. Ich darf nur noch die Globalansätze vortragen. Für die Hoheitsverwaltung inklusive Sozialhilfeverbände und Bauwesen sind 5872 Dienstposten vorgesehen, für die Sanitätsanstalten einschließlich der Schulen und Landesaltenpflegeheime 8638, für sonstige Dienststellen 1717 und für Wirtschaftsbetriebe 550. Das sind 16.777 Dienstposten oder 166 mehr als 1981. Für Pflichtschullehrer, Lehrer an landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sind 13.181 vorgesehen, das sind um 712,3 mehr als im Jahr vorher. Insgesamt sind es 29.958 Dienstposten, die in der Anlage 2 eingehend aufgegliedert sind. Ich darf namens des Finanzausschusses um Annahme dieses Dienstpostenplanes durch das Hohe Haus bitten.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen.

Der Antrag ist angenommen.

Kraftfahrzeugsystemisierungsplan. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hans Brandl, dem ich das Wort erteile.

Abg. Brandl: Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge des Landes Steiermark und seiner Wirtschaftsbetriebe liegt in der Unterlage vor. Ich ersuche um Ihre Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händenzeichen, wenn Sie zustimmen.

Damit ist der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan angenommen.

Wir haben noch über den Antrag des Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45/1, abzustimmen, und ich erteile dazu dem Herrn Abgeordneten Brandl das Wort.

Abg. Brandl: Ich habe eingangs der Debatte den Antrag auf Annahme gestellt. Ich wiederhole diesen Antrag.

Präsident: Wer mit dem Antrag und den Ansätzen der Regierungsvorlage 45/1 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben. Damit ist der Landesvoranschlag 1982 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan angenommen.

Das Wort hat der Herr Landeshauptmann Dr. Josef Krainer.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein kurzes Wort zum Schluß dieser Budgetdebatte. Es ist der Versuch unternommen worden, mit der Umdrehung der Gruppeneinteilung ein neues System der Diskussion zu versuchen. Es wird Zeit sein, darüber nachzudenken, ob sich dieses System bewährt hat. Zweifellos war heute erkennbar, daß sich der Rhythmus, mit dem die ersten zwei Tage sich abgewickelt haben, ich will nicht sagen, fortgesetzt hätte werden können. Es war gut, daß sich die Klubobmänner der Parteien dazu gefunden haben am Nachmittag, den Versuch zu unternehmen, in der Gesamtzeit den alten Rahmen nicht zu sprengen. Das ist gelungen. Das ist immerhin ein bemerkenswertes Zeichen auch der Disziplin und des gegenseitigen Einverständnisses, das in diesem Hohen Hause auch zwischen den Fraktionen existiert. Ich habe auch in vielen Gesprächen mit Journalisten und Zuhörern immer wieder feststellen können, und es wird Ihnen nicht anders ergangen sein, daß die Frage immer wiederkehrt, ist das ein sinnvoller, ja, ist das der bestmögliche Stil einer Selbstdarstellung des Landtages zu einer so wichtigen Frage, wie es der Haushaltsvoranschlag für das nächste Jahr ist. Die Frage bleibt offen, aber sie ist sicherlich des Schweißes der Edlen wert in ihrer Beantwortung. Wir jedenfalls meinen, daß diese Frage auch in den Überlegungen der nächsten Wochen und Monaten durchaus ein zentraler Punkt auch hinsichtlich der Methoden und der Arbeit des parlamentarischen Fortschrittes innerhalb des Steiermärkischen Landtages sein kann. Eines ist jedenfalls für mich sicher, und es ist nun auch das zehnte Mal, daß ich eine solche Budgetdebatte selber

mitmache. Es gibt Freunde in diesem Hohen Haus, die über Jahrzehnte Budgetdebatten selber mitgestaltet und miterlebt haben, nämlich daß im Grunde genommen die eigentlichen, die großen Fragen des Landes samt und sonders diskutiert werden, erörtert werden, auch wenn vieles offenbleibt, ja, wenn vieles im Gegensatz verharrt und manches ein wenig unbefriedigend ist im Hinblick auf die Durchschaubarkeit dessen, was der eine oder der andere meint oder gar deutlich wird, wenn auch nicht ausgesprochen, daß man da und dort vielleicht wirklich gemeinsam einen neuen Weg suchen sollte, der eher den demokratischen Grundvorstellungen unseres Landes entspricht. So geschieht etwas immer wieder, nämlich daß unüberhörbar bleibt, ohne falsche Sentimentalität, ohne daß irgend jemand versuchen wollte, sozusagen dann schließlich den Staub gleichmäßig zu verteilen, das vitale Interesse, das spürbar ist hinsichtlich des Anliegens für die Menschen des Landes und für dieses Land das Bestmögliche gemeinsam zu tun. Es ist gerade auch aus den Worten des Herrn Landesrates Dr. Klauser in seiner bekannt zurückhaltenden Art – zumindest in den Schlußreden, die er beim Parlament des Landes zum Haushaltsvoranschlag hält – eine Abgeklärtheit, die nicht mit Resignation zu verwechseln ist, herauszuhören, obwohl ich mir denken kann, daß der Landesfinanzreferent so wie jeder Finanzreferent irgendeiner Gebietskörperschaft mit großen Sorgen beladen ist. Ich möchte Ihnen auch ganz ausdrücklich dafür danken, weil ich glaube, daß der Versuch, den wir unternommen haben bei der Budgeterstellung in diesem Herbst nach den Wahlen, mit ein Teil jener Bewährung ist, die für uns hier, zumindest für Hans Gross und mich, ja erst vor eineinhalb Jahren im eigentlichen Wortsinn dieser Hauptverantwortung begonnen hat. Es war eine äußerst imponierende Art, in der dieses Budget vorverhandelt wurde im Rahmen auch der Regierung. Und ich könnte mir denken, daß dieser Stil auch viel Zukunftweisendes an sich hat. Ich möchte es unpolemisch sagen, aber ich glaube, daß der nächste Schritt, den wir zu tun haben, der schon eingeleitet ist mit der Nullbudgetierung, der uns eine weitere größere Durchschaubarkeit der einzelnen Budgetposten im Hinblick auf eine bestimmte Wertordnung und Wertvorstellungen bringen wird, gekoppelt sein müßte mit der Bemühung, uns auch in der Technik der Budgeterstellung der modernstmöglichen Methoden, wie sie etwa im EDV-Bereich vorhanden sind, wirklich zu bedienen. Das wird mehr denn je nötig sein, denn ich gebe mich und Sie geben sich keinem Zweifel darüber hin, daß die Erstellung der Budgets der nächsten Jahre um nichts einfacher sein wird als die Erstellung des Budgets in diesem heurigen Jahr für das Jahr 1982.

Und ein zweites: Der Weg, den wir eingeschlagen haben, einerseits wie es auch gesagt wurde in den Reden, insbesondere auch in der so eindrucksvollen Generalrede des Herrn Professor Schilcher, nämlich die Konsolidierung zu versuchen, eingeschlossen das – Kollege Klauser – was Sie in einem Nebensatz aus Ihrer langen Erfahrung so richtig gesagt haben, nämlich, daß das Budget immer ein Versuch bleibt und die Rechnungsabschlüsse eigentlich, Auskunft erteilen über unsere Stärke oder Schwäche, oder die Stärke und Schwäche der Umstände. So sehr ist das ein bedeutender Beginn und zugleich diesen Versuch zu unterneh-

men, Wegart hat es so emotionell aber auch so überzeugend gesagt in seinem Wort aus einer langen und reichen Lebens- und Berufserfahrung, uns um die Beschäftigung in diesem Lande mit aller Kraft zu mühen und dafür zu kämpfen, mit der Erstellung dieses 300-Millionen-Sonderteiles des außerordentlichen Haushaltes.

Wir haben gerade in den letzten Wochen als Gesamtregierung mit dem Generaldirektor und dem Generaldirektorstellvertreter der VOEST-Alpine ein sehr langes, ein sehr aufrichtiges Gespräch geführt über die Bemühungen. Ich habe mit Landesrat Fuchs zusammen den Generaldirektor von Steyr-Daimler-Puch vor einigen Tagen in Graz gehabt, und wir haben alle, Sie und wir, jeder von uns, immer wieder Gespräche geführt. Vor zwei Tagen ist der Generaldirektor von Philips-Austria hier gewesen, ein Holländer. Und wir spüren, daß wir uns nicht abhängen lassen dürfen von der Zukunft, wie sehr wir bereit sein müssen, auch Opfer auf uns zu nehmen. Da lasse ich mich gerne – sage ich Ihnen –, von wem auch immer, mit allen möglichen Vorstellungen konfrontieren. Die rühren mich gar nicht, wenn ich weiß, daß es uns gelingt und gemeinsam gelingt, für das Hauptproblem dieses Landes, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze alles zu tun. (Allgemeiner Beifall.)

Da lassen wir die Verstaatlichte nicht ausspielen gegen die Kleinen und Mittleren, gegen die Privaten, sondern das ist die steirische Wirtschaftsförderung. Ich sage das! (Allgemeiner Beifall.) Auch wenn man versteht, daß in einer Diskussion von drei Tagen immer wieder einmal ein Manöver versucht wird, da und dort. Und ich weiß mich mit dem Präsidenten der Arbeiterkammer einig, daß wir gerade in den Fragen, in denen es auf uns ankommt, auf unseren persönlichen, auf unseren politischen Einsatz ankommt, alles Trennende hintanstellen und miteinander gehen für dieses Land. Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie es mich abschließend noch zusammenfassend aussprechen, es ist der Dank, den wir immer aussprechen, am Ende dieser Budgetdebatte, denen, die für uns arbeiten, für die wir arbeiten, unsere Mitarbeiter in der Rechtsabteilung 10, in der Landesbuchhaltung, in der Landesverwaltung ganz allgemein, die Damen haben Gott sei Dank auch Weihnachtsferien vor sich und werden – hoffe ich – Gelegenheit haben, etwas für ihre Hände tun zu können. (Allgemeiner Beifall.) Die Repräsentanten der Medien natürlich auch eingeschlossen. Für sie ist es ja deshalb immer so besonders bemerkenswert, weil sie ja dann auch noch hinausgehen müssen, um das wiederzugeben, was sie hier gehört haben. Und das ist ja gar nicht so einfach, das so wiederzugeben, wie es wirklich war. (Allgemeiner Beifall.) Ich darf mir erlauben, auch den neuen Abgeordneten zu gratulieren, insbesondere jenen, die hier das erste Mal das Wort ergriffen haben in dieser Budgetdebatte, und ich darf, weil das auch immer so war, denen ein herzliches Wort des Dankes sagen, die die Pensionsgrenze erreicht haben. Stellvertretend dem Herrn Hofrat Kreuzwirth, dem Hofrat Strahser und dem Hofrat Lapaine als Abteilungsvorstände und Referatsleiter, stellvertretend, weil wir sie alle umschließen, die für uns gearbeitet haben, für dieses Land gearbeitet haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ein 200-Jahr-Jubiläum im nächsten Jahr zu feiern, und wir werden uns keiner falschen Sentimentalität hingeben, aber wir werden aus dem ganzen Fundus der steirischen Seele auch dieses Jahr feiern, weil es einerseits ein sehr schwieriges Jahr sein wird, und das sagen uns alle Prognosen, und weil gerade der Mann, den wir feiern, in schwierigsten Zeiten einer gewesen ist, der gewußt hat, daß man nicht dabei verharren darf, die Schwierigkeiten als unüberwindlich anzusehen. Der gerade auch in einer schwierigen Zeit Hand angelegt hat, nachgedacht hat, Gemeinsinn angesprochen hat, alle immer wieder aufgerufen hat, für dieses Land und seine Menschen Altes zu bewahren, gutes Altes zu bewahren, wie er es gesagt hat zur Eröffnung der Landwirtschaftsgesellschaft, aber sich vor allem auch um das gute Neue mit aller Kraft zu bemühen. Hoffen wir miteinander, und es ist alles so oft beschworen worden in diesen Tagen, was sich an Schrecklichem in diesen Tagen auch in unserer unmittelbaren Nähe tut, daß wir uns würdig erweisen der Freiheit, die wir besitzen. Ein Anruf an uns, es mit unseren Freunden, mit allen in diesem Lande ernst zu meinen und voll und ganz sich für sie einzusetzen. Ein herzhaftes und ein steirisches Glückauf für dieses Jahr 1982. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Herr Landeshauptmann, meine Herren Landeshauptmannstellvertreter und Herren Landesräte, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Die Geschäftsordnung schreibt es mir vor, die Sitzung zu beschließen, und eine alte Sitte verhält mich dazu, noch ein Wort zu sagen. Drei Tage lang wurde der Jahresvoranschlag des Landes Steiermark für 1982 beraten und beschlossen. Nach einer Dauer von fast 32 Stunden haben sich 56 Abgeordnete und 9 Regierungsmitglieder zu insgesamt 107 Wechselreden gemeldet. Es ging um die Sorgen und die Fragen, mit denen das Land im kommenden Jahr fertig werden muß, und doch war der Beginn dieser Sitzung und ihr Verlauf bis zum Ende überschattet vom Verhängnis und von dem ungewissen Los, das über den Menschen in Polen liegt. Die Sorge begleitet uns in die Weihnachtsferien und in das neue Jahr. Wir wollen einander durch gute Vorsätze in der Hoffnung bestärken, daß wir alle, jeder und jede daheim und wir alle im ganzen Land, den Frieden, der immer noch den Menschen guten Willens verheißen ist, festhalten können. Gesegnete Weihnachten und ein herzliches Glückauf für 1982. Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner Beifall. - Ende der Sitzung: 21.20 Uhr.)